

L 70000
39

1914-15

2. VIII. - 10. IX.

Handel u. Gew.
A.Allgem.
7

2/8 914

2. August 1914

Seite 7

Ein Erlaß des Handelsministers.**Der österreichischen Industrie zur Kenntnis.**

Die drei zentralen Verbände (Bund Österreichischer Industrieller, Industrieller Klub und Zentralverband der Industriellen Österreichs) bringen hiemit der österreichischen Industrie zur Kenntnis, daß ihnen vom Handelsministerium nachstehender Erlaß zugekommen ist:

Dem Handelsministerium sind Mitteilungen zugekommen, denen zufolge industrielle Unternehmungen ihre Betriebe einschränken oder sistieren, ohne daß diese Maßnahmen durch die getroffenen militärischen Verfügungen hinreichend begründet erscheinen. Nach diesen Mitteilungen wird auch von einzelnen Firmen die Uebernahme und die Abberufung bestellter Waren abgelehnt. Es hat den Anschein, als ob dies in der Annahme geschähe, daß die bisherigen Ereignisse ganz allgemein von der Einhaltung eingegangener geschäftlicher Verpflichtungen entbinden würden.

Derartige Vorkommnisse sind geeignet, eine in den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus nicht begründete Beunruhigung und Störung des wirtschaftlichen Verkehrslebens hervorzurufen. Insbesondere besteht die Gefahr, daß auf diese Weise großen Schichten der arbeitenden Bevölkerung, die gerade jetzt noch mehr als sonst auf einen regelmäßigen Verdienst angewiesen sind, die Erwerbs- und Existenzmöglichkeit entzogen wird und hiedurch ohne zwingende Notwendigkeit schwere wirtschaftliche Schädigungen herbeigeführt werden.

Angeichts dieser Wahrnehmungen muß auf das nachdrücklichste vor überstürzten und durch die Ereignisse nicht gerechtfertigten Schritten gewarnt werden.

Es ist die patriotische Pflicht jedermanns, mit allen seinen Kräften dazu beizutragen, daß das wirtschaftliche Leben des Staates nach Möglichkeit seinen ungestörten Fortgang nimmt und durch die Aufrechterhaltung der Ruhe und Besonnenheit unbegründeten wirtschaftlichen Schädigungen vorgebeugt wird.

In den für Handel und Wandel maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen ist keine Venderung eingetreten und jedermann hat die volle Verantwortung für die Nicht-einhaltung eingegangener Verpflichtungen zu tragen.

Das geehrte Präsidium wird eingeladen, im Wege der Verständigung der Mitglieder des geehrten Vereines sowie einer Veröffentlichung durch die Fachzeitschriften auf eine Beruhigung der industriellen Kreise im Sinne der vorstehenden Ausführungen einzuwirken.

Es ist zu hoffen, daß die Veröffentlichung dieser Kundgebung ihre Wirkung nicht verfehlen wird.

Soweit die Industriellen. Wir fügen hinzu, daß die Befolgung dieser Mahnung **d r i n g e n d** zu wünschen ist.

Keine Betriebseinstellungen in Wien.

Die industriellen Verbände im Wiener Bezirk haben ihren Mitgliedern empfohlen, nicht überstürzte Betriebseinstellungen vorzunehmen und im äußersten Falle eine Einschränkung der Arbeitszeit, nicht aber der Arbeiterzahl zu verfügen. Für die kaufmännisch Angestellten soll über die gesetzliche Verpflichtung hinaus gesorgt werden.

578 914

Der Krieg und der Arbeitsmarkt.

Der Betrieb industrieller Unternehmungen.

Ein Appell und eine Warnung.

Amlich wird erklärt: Dem Handelsministerium sind Mitteilungen zu gekommen, wonach industrielle Unternehmungen ihre Betriebe einschränken oder sistieren, ohne daß diese Maßnahmen durch die getroffenen militärischen Verfügungen hinreichend begründet erscheinen. Nach diesen Mitteilungen wird auch von einzelnen Firmen die Uebernahme und die Ablieferung bestellter Waren abgelehnt. Es hat den Anschein, als ob dies in der Annahme geschähe, daß die bisherigen Ereignisse ganz allgemein von der Einhaltung eingegangener geschäftlicher Verpflichtungen entbinden würden. Derartige Vorkommnisse sind geeignet, eine in den gegenwärtigen Verhältnissen durch aus nicht begründete Beunruhigung und Störung des wirtschaftlichen Verkehrslebens hervorzurufen. Insbesondere besteht die Gefahr, daß auf diese Weise großen Schichten der arbeitenden Bevölkerung, die gerade jetzt noch mehr als sonst auf einen regelmäßigen Verdienst angewiesen sind, die Erwerbs- und Existenzmöglichkeit entzogen wird, und hierdurch ohne zwingende Notwendigkeit schwere wirtschaftliche Schädigungen herbeigeführt werden. Angesichts dieser Wahrnehmungen muß auf das nachdrücklichste vor überstürzten und durch die Ereignisse nicht gerechtfertigten Schritten gewarnt werden. Es ist die patriotische Pflicht jedermanns, mit allen seinen Kräften dazu beizutragen, daß das wirtschaftliche Leben des Staates nach Möglichkeit seinen ungestörten Fortgang nimmt und durch die Aufrechterhaltung der Ruhe und Besonnenheit unbegründeten wirtschaftlichen Schädigungen vorgebeugt wird. In den für Handel und Wandel maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen ist keine Aenderung eingetreten und jedermann hat die volle Verantwortung für die Nichteinhaltung eingegangener Verpflichtungen zu tragen.

* * *

Weiter erklärt die Regierung eine „ernste Mahnung an die Sparer“, in der sie erklärt:

In einzelnen Bezirken scheinen an Sparkassen größere Rückzahlungsansprüche der Einleger gestellt worden zu sein. Ursächlich dieses vollständig grundlosen und dabei leicht verwirrenden Andranges des Einlegerpublikums findet sich das Ministerium des Innern veranlaßt, neuerlich zu erklären, daß die Sicherheit der Einlagen der Sparkassen ebenso wie der bewährten anderen Einlagensinstitute in keiner Weise gefährdet erscheint. Die Sorge aller und daher auch der Sparkassen, muß es selbstverständlich sein, in allererster Linie die Versorgung der zur Kriegsdienstleistung Einrückenden mit ausreichenden Vorräten sicherzustellen. Sobald dieses augenblickliche und allerdingendste Bedürfnis seine Befriedigung gefunden haben wird, ist die höchste Anspannung überwunden. Dann aber wird die allmähliche Abwicklung der aus wirklichen Bedürfnissen heraus begehrten Rückzahlungen auf keine nennenswerten Schwierigkeiten stoßen.

Es wäre daher unpatriotisch, wenn jemand, um sein ohnedies nicht gefährdetes Geld vermeintlich in Sicherheit zu bringen, über Bedarf abhebt und dadurch die vorhandenen Zahlungsmittel denen entzieht, die für das Vaterland, also auch für ihn ihr Leben einzusetzen haben. Niemand, der Gemeingefühl besitzt, wird es über sich bringen, die Mitbürger ganz mittellos ins Feld ziehen zu sehen, während er daheim überflüssige Vorräte aus vollständig unberechtigter und egoistischer Neugierlichkeit unbenutzt liegen hat! Die Regierung kann nur zu wiederholtenmalen versichern, daß weder durch den Krieg noch durch das Moratorium die Sicherheit der Einlagen irgendwie gefährdet ist, und fordert alle auf, unter den gegebenen Verhältnissen im vollen Vertrauen auf unsere wiederholt bewährten Institute jeder Neugierlichkeit sich zu entschlagen und von sinnlosen und die Allgemeinheit schädigenden Rückforderungen nicht unbedingt benötigter Spargelder abzusehen.

5/8 914

Der Krieg und der Arbeitsmarkt.

Der Betrieb industrieller Unternehmungen.

Ein Appell und eine Warnung.

Amlich wird erklärt: Dem Handelsministerium sind Mitteilungen zugetommen, wonach industrielle Unternehmungen ihre Betriebe einschränken oder sistieren, ohne daß diese Maßnahmen durch die getroffenen militärischen Verfügungen hinreichend begründet erscheinen. Nach diesen Mitteilungen wird auch von einzelnen Firmen die Uebernahme und die Ablieferung bestellter Waren abgelehnt. Es hat den Anschein, als ob dies in der Annahme geschähe, daß die bisherigen Ereignisse ganz allgemein von der Einhaltung eingegangener geschäftlicher Verpflichtungen entbinden würden. Derartige Vorkommnisse sind geeignet, eine in den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus nicht begründete Beunruhigung und Störung des wirtschaftlichen Verkehrslebens hervorzurufen. Insbesondere besteht die Gefahr, daß auf diese Weise großen Schichten der arbeitenden Bevölkerung, die gerade jetzt noch mehr als sonst auf einen regelmäßigen Verdienst angewiesen sind, die Erwerbs- und Existenzmöglichkeit entzogen wird, und hierdurch ohne zwingende Notwendigkeit schwere wirtschaftliche Schädigungen herbeigeführt werden. Angesichts dieser Wahrnehmungen muß auf das nachdrücklichste vor überstürzten und durch die Ereignisse nicht gerechtfertigten Schritten gewarnt werden. Es ist die patriotische Pflicht jedermanns, mit allen seinen Kräften dazu beizutragen, daß das wirtschaftliche Leben des Staates nach Möglichkeit seinen ungestörten Fortgang nimmt und durch die Aufrechterhaltung der Ruhe und Besonnenheit unbegründeten wirtschaftlichen Schädigungen vorgebeugt wird. In den für Handel und Wandel maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen ist keine Aenderung eingetreten und jedermann hat die volle Verantwortung für die Nichteinhaltung eingegangener Verpflichtungen zu tragen.

* *

7./8. 1914.

Die Industriellen über die schwebenden Fragen.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Permanenzkomitees unter dem Vorsitze des Kammerpräsidenten Paul Ritter v. Schoeller wurde zunächst über eine Reihe von Fragen der Approvionierung berichtet und mitgeteilt, daß die Frage der Beschaffung von Hafer nunmehr auch für das Privatfuhrwerk einer befriedigenden Lösung unter Führung der Gemeinde mit Heranziehung der maßgebenden Großhändler zugeführt werden dürfte.

Weiter wurde zur Kenntnis gebracht, daß die berufenen staatlichen Faktoren mit dem Ausbau und dem Zusammenschlusse der bestehenden Arbeitsvermittlungsorganisationen beschäftigt sind und daß die notwendigen Maßnahmen zum interlokalen Ausgleich in kürzester Zeit beendet sein werden. Um eventuellen Arbeiterentlassungen den im Interesse des Arbeitnehmers und Arbeitgebers gelegenen provisorischen Charakter zu wahren, ist in Aussicht genommen, eigene Legitimationscheine zu schaffen, damit die Arbeitsbücher selbst vorläufig beim Arbeitgeber belassen werden können. Auf diese Weise würde der Zusammenhang zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer beim Wiedereintritt normaler Verhältnisse keine Unterbrechung erfahren. Weiter wurde ein Spezialauschuß eingesetzt, der sich mit den durch die Moratoriumsverordnung ausgelösten wirtschaftlichen und juristischen Fragen eingehend beschäftigt und in kürzester Zeit einen Bericht ausarbeiten wird. Neuerlich wurde erwogen, wie dem allgemein empfundenen Mangel an Hartgeld in den geeigneten Branchen, speziell jenen des Lebensmittelhandels, durch tunlichst weitgehende Ausgestaltung des privaten Verkehrs mit Bonbücheln gegen vorherigen Erlag einer Gesamtsumme teilweise abgeholfen werden könnte; in diesem Zusammenhange wurde als wünschenswert bezeichnet, daß auch die städtischen Straßenbahnen durch Ausstattung der Kondukteure mit den bekannten, bisher aber nur an wenigen Verkaufsstellen erhältlichen Fahrscheinblocks und durch Annahme von Briefmarken an Zahlung statt die Erleichterung des Verkehrs unterstützen. Sehr beifällig wurde die Nachricht begrüßt, daß in Ungarn Postsendungen, welche die zur Auszahlung der Löhne in Fabriken benötigten Baroelder enthalten, zur Beförderung mit den Zügen des Kriegsfahrplanes zugelassen werden, und beschloffen, anzustreben, auch für Oesterreich eine ähnliche Verfügung zu erhalten. In der wichtigen Frage der Militär- und von Regierungslieferungen im allgemeinen wurde beschloffen, eine Deputation, bestehend aus den Herren Präsidenten Paul Ritter v. Schoeller, Präsidenten Heinrich Better des Bundes, Vizepräsidenten Ruffler des Zentralverbandes der Industriellen und dem Präsidenten Schiel des Niederösterreichischen Gewerbevereines, als der Geschäftsstelle des Reichsverbandes der deutschen Gewerbevereine zu dem Leiter des Finanzministeriums zu entsenden.

7/8. 1914

Der Krieg und die Kaufmannschaft.

Gestern nachmittag fand im Festsaale des Hauses der Kaufmannschaft eine außerordentliche Plenarversammlung des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft unter dem Vorsitze des Präsidenten Landtagsabgeordneten kaiserlichen Rates Cornel Spigler statt, in welcher zu der durch die Kriegslage geschaffenen wirtschaftlichen und finanziellen Situation Stellung genommen wurde. Der Versammlung wohnten im Auftrage des Permanenzkomitees der Handelskammer die Kammerräte Kuffler und Lemberger sowie Reichsratsabgeordneter Friedmann bei.

In seiner einleitenden Rede bemerkte Präsident Spigler, die heutige Versammlung sei berufen, nach außen hin der Solidität der Kaufmannschaft Ausdruck zu verleihen und damit zu bekunden, daß jeder einzelne sich in diesen schweren Tagen der Gesamtheit zur Verfügung stelle. Die wirtschaftlichen Interessenvertretungen — und vor allem die kaufmännischen — seien bereits fieberhaft tätig, um die immer wieder neu auftauchenden Fragen zugunsten der Allgemeinheit zu erledigen. Der Präsident schloß seine Ausführungen mit folgenden Worten: Wir Kaufleute wollen richtig beurteilt und eingeschätzt werden, wir wollen, daß man nicht nur die Opferkraft, die die Kaufmannschaft von jeher für die Wohlfahrt des Staates aufgebracht hat, würdigt, sondern es muß sich die Erkenntnis durchbringen, daß wir tatsächlich Gut und Blut für unser geliebtes Oesterreich und für unser geliebtes Kaiserhaus opfern wollen. (Stärklicher Beifall.) Wir wissen es zu schätzen, was treue Freundschaft und Bundestreue bedeutet, und wir sind mit unserem ganzen Herzen und ganzen Empfinden bei unseren Brüdern im Reiche. (Lebhafte Zustimmung.) Alles, was uns beschieden sein mag, wollen wir gottergeben, aber voll Vertrauen auf die gerechte Sache mittragen und mit allen Kräften mithelfen, über die schwere Zeit hinwegzukommen. (Lebhafte Beifall.) In der Frage des Moratoriums ist die Versammlung der Meinung, daß eine solche schwerwiegende Maßregel im Einvernehmen mit den betroffenen Wirtschaftskreisen erfolgen sollte, und es wird dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß künftighin ein solches Einvernehmen gepflogen werde. Bezüglich der Erhöhung des Bankzinsfußes wurde beschlossen, in einer Eingabe an die beteiligten Stellen darauf hinzuweisen, daß volkswirtschaftliche Gründe für die enorme Erhöhung des Bankzinsfußes nicht vorliegen und daß weder die Verteidigung der Valuta noch die Furcht vor Inanspruchnahme übermäßiger Gelder einen Anlaß zu der Erhöhung der Bankrate bieten können. Die Erhöhung sei maßgebend für den gesamten Zinsfuß und bilde eine zwecklose und schwere Belastung der Kaufmannschaft.

Handelskammerrat Kuffler berichtet über die in der Permanenzkommission zur Bekämpfung des Hartgeldmangels ins Auge gefaßten Maßnahmen, wie Annahme von Dreimarken und Stempelmarken an Zahlungsstatt, Bonussystem im Verkehre zwischen Kaufleuten und Kunden und Ausgabe kleiner Banknoten.

Handelskammerrat kaiserlicher Rat Artur Lemberger führt aus, daß es in dieser Zeit des Notstandes jedermanns Pflicht sei, möglichst wenig Geldmittel zu beanspruchen.

Die Versammlung spricht sich nach Aufklärungen seitens der Sekretäre Dr. Brichta und Dr. Weiß auf das entschiedenste für die Herausgabe von kleinen, mindestens bankmäßig gedruckten Noten durch die Oesterreichisch-ungarische Bank aus.

Bezüglich der Maßnahmen zur Bekämpfung des Lebensmittelwunders teilt Präsident Spigler mit, daß bereits bei 29 Firmen eine Aufnahme der Mehlvorräte stattgefunden habe. Es wurde das Vorhandensein von ausreichenden Vorräten konstatiert und kein Anlaß zur Erlassung eines Maximaltarifs, der ein zweischneidiges Schwert sei, gefunden. Bei dieser Gelegenheit stellt der Präsident fest, daß die Preistreiberien nicht von den Zwischenhändlern, sondern von jenen Kreisen ausgegangen seien, die gewisse „grüne Plakate“ affizieren ließen. (Rufe: Die Agrarier!) Die Versammlung genehmigt schließlich den Beschluß des Präsidiums, dem Kriegsministerium die Bureauz sowie einzelne Institute des Gremiums, wie das Krankenhaus und das Genesungsheim in Gießhübl, für die Pflege verwundeter Offiziere und Soldaten zur Verfügung zu stellen.

Der Erste Sekretär des Gremiums Dr. Rudolf Brichta gab wichtige Aufklärungen über die durch die Kriegsmassnahmen geschaffenen Rechtsverhältnisse zwischen Prinzipalen und Angestellten. Bezüglich der dem Handlungsgehilfen-gesetze unterstellten Personen gilt, daß sie im Falle ihrer Einberufung Anspruch auf einen vierwöchigen Gehalt haben, also nicht früher als nach vier Wochen, und zwar ohne Kündigungsfrist, entlassen werden können, wenn sie mindestens ein Jahr angestellt waren. Wenn der Prinzipal einberufen wird, so haben die Angestellten das Recht auf die gesetzliche oder vertragmäßige Kündigungsfrist. Stellt sich der Angestellte freiwillig, so kommt dies einem Austritte gleich. Bezüglich der der Gewerbeordnung unterstellten Personen gilt, daß sie nur für bereits verrichtete Arbeit entlohnt zu werden brauchen, also im Falle ihrer Einrückung keinen Anspruch auf eine Mehrleistung seitens des Prinzipals haben.

Im Anschlusse an diese Ausführungen des Ersten Sekretärs richtete Präsident Spigler einen warmen Appell an die Versammelten, sich im gegebenen Falle nicht allzu streng an den Buchstaben des Gesetzes zu halten, sondern nach Möglichkeit helfend und mildtätig den Angestellten und dessen Angehörigen entgegenzukommen. Die Leitung des Gremiums behalte sich vor, für die durch die außerordentlichen Verhältnisse in Notlage geratenen Kaufleute und Angestellten sowie deren Familienmitglieder im gegebenen Zeitpunkt eine besondere Hilfsaktion ins Werk zu setzen und dann an die Gremialmitglieder heranzutreten.

Hierauf schließt der Präsident die Versammlung mit dem Wunsche begeistert aufgenommenen heißen Wunsche, unserer glorreichen Armee mögen neue rühmliche Erfolge beschieden sein.

8. VIII. 14.

Die schwebenden kaufmännischen Fragen.

Heute fand eine Sitzung des Permanenzkomitees für Industrie, Gewerbe und Handel statt. Darüber wird nachstehende Mitteilung verlautbart:

Der Vorsitzende, Kammerpräsident Paul Ritter v. Schoeller, brachte zunächst ein Schreiben des Handelsministers zur Verlesung, in welchem die Konstituierung des Komitees begrüßt und der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß das Zusammenwirken aller maßgebenden wirtschaftlichen Korporationen zur Beruhigung der beteiligten Kreise und zur Vermeidung unbegründeter Schädigungen des Wirtschaftslebens wesentlich beitragen werde. Das Komitee möge sich der Mitwirkung des Handelsministeriums versichert halten. Der Vorsitzende begrüßte sodann die Vertreter des Handelsministeriums, die Sektionschefs R. Kiedl, Dr. v. Kreuzbruck, Dr. Müller, Hofrat Dr. Meyer und Sektionsrat Dr. Angerer. Die Mitteilung von den Bestrebungen des Landes-Approvisionierungskomitees betreffend die Stabilisierung der Getreidepreise, sowie von der Aufklärungsaktion im Publikum wegen der Steigerung der Engrosmehlpreise wurde zur Kenntnis genommen, dabei allerdings darauf verwiesen, daß schon in der allernächsten Zeit dank der neuen Ernte ein reges Angebot zu erwarten ist. Betreffend die Befreiung vom Landsturmdienste des zweiten Aufgebotes jener Betriebsinhaber oder Leiter, deren Einberufung nachweisbar ein Stillstehen der Betriebe mit sich bringen würde, wurde mit den Vertretern des Handelsministeriums vereinbart, daß die genau geprüften Gesuche dem Handelsministerium vorzulegen sind, welches sich vorbehält, diese Gesuche nach weiterer Ueberprüfung an das Landesverteidigungsministerium weiterzuleiten. Es wurde sodann an das Handelsministerium das Petiti gerichtet, hinsichtlich des Grenzverkehrs gewisser Approvisionierungsartikel mit dem verbündeten Deutschen Reich und neutralen Staaten im gegenseitigen Interesse ein Abkommen, betreffend den leichteren Güteraustausch, zu treffen. Weiter wurde über das Ergebnis der Deputation, die sich namens des Permanenzkomitees zum Leiter des Finanzministeriums begeben hatte, berichtet und mitgeteilt, daß die Staatsverwaltung ihrerseits auf militärische und sonstige dringende industrielle Lieferungen das Moratorium nicht anwenden wolle, sondern daß die Zahlung tunlichst sofort nach Fälligkeit zu erfolgen hat. Die Finanzverwaltung stehe der Verwendung von Stempel- und Briefmarken als Ersatzmittel für Hartgeld sympathisch gegenüber und es dürfte aller Voraussicht nach zur Erlassung einer Verordnung, betreffend die Rückeinlösung der als Zahlungsmittel verwendeten Marken beider Art, kommen. Jedenfalls kann schon am morgigen Zahlungstage des Wochenlohnes von diesem Ausfunksmittel Gebrauch gemacht werden; bei Briefmarken bildet das Aufleben auf Sparkarten der Postsparkasse eine wichtige Erleichterung des Rückeinlösungsverkehrs. Bekanntlich macht ja die Postsparkasse vom Moratorium überhaupt keinen Gebrauch, sondern bringt wie in normalen Zeiten Beträge in jeder beliebigen Höhe zur Auszahlung. Es ersättigte sodann der Spezialauschuß, betreffend das Moratorium seinen Bericht und machte eine Reihe von Vorschlägen, die von einer Deputation, bestehend aus dem Vizepräsidenten des Zentralverbandes Kuppler, dem Präsidenten des Zentralkverbandes der Kaufleute Spiger und dem Präsidenten des Reichsverbandes der Gewerbevereine Schiel, dem Leiter des Finanzministeriums bekanntzugeben sind.

Sektionschef Kiedl lenkte die Aufmerksamkeit der anwesenden Vertreter auf ein wichtiges Erleichterungsmittel des Kreditverkehrs, das sich besonders in England bewährt hat, die gekreuzten Schecks, die nicht bar eingelöst werden können, sondern nur der Ueberweisung auf Bankguthaben dienen, also vorwiegend dem Groß- und Mittelbetriebe zugute kommen. Es wurde beschlossen, diese Anregung sowie die detaillierte Begutachtung der vorliegenden Druckproben von Bon-Bücheln einem Spezialkomitee zu überweisen.

1918-914

Hilfe für das bedrängte Gewerbe!**Notlage im Schneidergewerbe. — Für die armen Näherinnen. — Die Benzinteuering.**

Besonders schwer leiden unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Geschäftsleute und Kleingewerbetreibenden. Die Sperrung des Kredits, die Barzahlungsforderungen der großen Rohstofflieferanten, das Ausbleiben der Bestellungen bedrohen zahlreiche kleine Betriebe in ihrer Existenz. Und daß die Gewerbetreibenden obendrein noch mit dem geringen Verständnis behördlicher Organe für die Lebensbedingungen des Gewerbes und für die Formen des Geschäftslebens zu kämpfen haben, das haben die jüngsten drakonischen Bestrafungen von kleinen Geschäftsleuten bewiesen, die ihren Warenvorrat ihren ständigen Kunden vorbehalten wollten. Die Erhaltung der täglichen, beziehungsweise ständigen Kundschaft gehört zu den Existenzbedingungen des Gewerbes, ebenso wie eine wirkliche **Verhinderung der so gemein schädlichen Voraussetzungen** (Angsteinkäufe) nur dann möglich ist, wenn in diesen abnormalen Zeitläuften die Käufer insbesondere von Lebensmitteln nach Möglichkeit dazu gehalten werden, ihre Einkäufe dort zu besorgen, wo sie bisher Kundschaft gewesen. Wohin soll es führen, wenn ein Vorgang, der im allgemeinen Interesse liegt, mit Arrest und Entziehung der Gewerbe Konzession bestraft wird?

Besonders hart mitgenommen ist das Schneidergewerbe. In der Branche der Damenschneider und Näherinnen ist bitterste Not eingetreten und heute verübte die Näherin Anna Stokal (Märzstraße 63) auf dem Baumgartner Friedhof aus Hunger und Verzweiflung Selbstmord. Ueber Anregung des U. Bielowka leitete der Deutschösterreichische Gewerbebund zur Steuer der Not im Schneidergewerbe eine besondere Aktion ein, die auch von Kardinal Dr. Bissl und Hgm. Dr. Weiskirchner energisch unterstützt wird. Das Präsidium des Gewerbebundes richtete an die Fürsorgezentrale im Rathaus eine Eingabe, in der es die Beihilfe des Damenbeirates der Fürsorgezentrale zur Behebung der Erwerbslosigkeit so vieler Hunderte von Näherinnen erbittet. Die Eingabe verweist darauf, daß die Herrenschneider zu verschiedenen Uniformlieferungen herangezogen werden können, bei den Damenschneidern und deren weiblichen Personale sei dies leider nicht möglich. Die Hilfsstelle des Gewerbebundes sandte viele der arbeitslosen Näherinnen für landwirtschaftliche Arbeiten in die Provinz, doch sei nunmehr auch dieser Weg abgesperrt. Der Damenbeirat der Fürsorgezentrale wird gebeten, den Näherinnen eine Beschäftigung während der Kriegszeit zu geben, um sie vor dem moralischen und materiellen Untergange zu retten. Insbesondere mögen die Damen-

komitees, welche bisher Näharbeiten für die Armee unentgeltlich verrichteten, hiezu die arbeitslosen Näherinnen heranziehen. Die Hilfsstelle des Gewerbebundes ist bereit, die Vermittlung zu übernehmen. Der Gewerbebund wandte sich auch an das Reichskriegsministerium, das Landesverteidigungsministerium und Arbeitsministerium. Ueber Anordnung des Hgm. Dr. Weiskirchner ist der Produktivgenossenschaft der Herrenschneider eine große Bestellung von Straßenbahneruniformen usw. zugekommen.

Mehrfach behandelt wurde in der „Reichspost“ die für viele Branchen geradezu ruinöse **Verteuerung des Benzins**, die ihren Ausgang bei den großen Raffinerien genommen hat. Hier tut ein energisches Einschreiten der berufenen Organe dringend not. In bezug auf den gestern veröffentlichten Klageruf eines Benzinkonsumenten schreibt uns die Firma Ludwig Schön & Kreidl (Wien-Landstraße): „Es ist nicht richtig, daß wir unverteuertes Benzin 720/30 jemals zu 81 Kronen verkauft haben. Dagegen ist es richtig, daß wir verteuertes leichtes Autobenzin 700 bei Abnahme des kleinsten Quantum in explosionsfähigeren Kannen mit 81 Kronen per 100 Kilogramm in der vorigen Woche während des totalen Benzinmangels verkauften. Der Preis für dieses Benzin in Originalbarrels war vor Ausbruch des Krieges 50 bis 52 Heller per Kilogramm unverteuert, d. i. mit Zuschlag der Steuer von 13 Heller zirka 65 Heller per Kilogramm in Barrels. Im Anbruch wurde immer ein Zuschlag von 4 Heller per Kilogramm für Manko und Manipulation gemacht, so daß sich der Preis im Anbruch auf 69 Hellern per Kilogramm stellte. Es kann somit nicht von einem „120%igen Preisaufschlag“ gesprochen werden, wenn wir in dieser Zeit, wo es durch fast Tote unmöglich war, sich von irgend einer Seite Benzin zu verschaffen und die Preise auch seitens der Raffinerien wesentlich erhöht wurden, einen Preisaufschlag von 10 Heller pro Kilogramm verlangten, was wir auch nur deshalb taten, um mit dem ganz minimalen noch vorhandenen Quantum den Betrieb wenigstens notdürftig weiterführen zu können. Bei dem wegen Mangel an Benzin auf nahezu ein Viertel des Normalen gesunkenen Umsatze bringen die gleich gebliebenen, teilweise sogar erhöhten Regien trotz des Preisaufschlages nicht nur keinen erhöhten Nutzen, sondern es resultiert daraus sogar noch ein effektiver Verlust. In den letzten Tagen waren wir überhaupt ohne Benzin und mußten nicht nur die fremden, sondern auch unsere langjährigen Kunden wegschicken, ohne ihnen Benzin geben zu können. Erst gestern gelang es uns, gestützt auf eine Aktion des k. k. Handelsministeriums, wenigstens ein kleines Quantum Benzin, allerdings zu erhöhten Preisen zu bekommen. Wir haben dieses nur für ganz kurze Zeit ausreichende Quantum sofort durch Zirkulare allen unseren bisherigen Kunden nur mit Zuschlag des ganz gewöhnlichen bürgerlichen Gewinnes zur Verfügung gestellt und werden gewiß die Preise insoweit nicht erhöhen, als uns die Beschaffung eines genügenden Quantum Benzin möglich gemacht wird. Auch aus den erhöhten Preisen der vergangenen Woche ziehen wir durchaus keinen separaten Nutzen, weil uns dieselben bei dem so tief gesunkenen Umsatz lediglich die Möglichkeit geben sollen, unser Personal so lange als möglich zu behalten und nicht durch Kündigung in so schwerer Zeit brotlos zu machen.“

1878. 1914.

8

Die Rückwirkung des Krieges auf Industrie und Kaufmannschaft.

Beratung des Permanenzkomitees für Industrie, Gewerbe und Handel.

Die heutige Sitzung des Permanenzkomitees für Industrie, Gewerbe und Handel unter Vorsitz des Vizepräsidenten der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer Wittschelt war zunächst einer eingehenden Besprechung der Bedingungen gewidmet, Industrie und Kaufmannschaft die notwendigen Kredite zu beschaffen. Vertreter des Permanenzkomitees werden in dieser Beziehung mit den Banken, vor allem mit der Oesterreichisch-ungarischen Bank, Fühlung nehmen. Die Erleichterung des Kredits erscheint dem Permanenzkomitee von höchster Wichtigkeit, da die glückliche Lösung dieser Frage die erste Bedingung für die tüchtigste Einschränkung der Betriebsreduktionen und Einstellungen ist.

Die von einigen Stellen angeregte Boykottbewegung gegen Waren aus Staaten, mit welchen die Monarchie im Kriege steht, findet nicht die Billigung des Permanenzkomitees, da es sich um eine Bewegung handelt, welche derzeit nur heimische Kaufleute, die ausländische Waren bereits bezogen und in den meisten Fällen auch schon bezahlt haben, trifft.

Das Permanenzkomitee muß nochmals mit allem Nachdrucke darauf hinweisen, daß durch die Moratoriumsverordnung die Lieferungs- und Uebernahmeverpflichtungen von Waren nicht getroffen sind. Ebenso bezieht sich die neue ungarische Moratoriumsverordnung nur auf die Verschiebung der Erfüllung von Geldverpflichtungen. Die vielfach verbreitete Annahme, daß durch das Moratorium die Verpflichtung zur Lieferung und Uebernahme von bestellten Waren storniert sei, ist gänzlich hinfällig. Das erste ungarische Moratorium hatte allerdings eine Schiebung auch der Warenlieferungs- und Uebernahmeverträge vorgesehen, aber keineswegs eine Stornierung. Einer Anregung gemäß wird übrigens das Kammerbureau in den nächsten Tagen einen Kommentar zu der Moratoriumsverordnung ausarbeiten, um

eine weitere Klärung der etwa strittigen Rechtsfragen zu erreichen.

Durch die Einberufung zahlreicher Leiter kaufmännischer Unternehmungen ergibt sich häufig die Notwendigkeit, Kuratoren für die Weiterleitung der Betriebe und Geschäfte einzusetzen. Die Kammer wird zum Gebrauch der Gerichtsbehörden gemeinschaftlich mit den Fachverbänden Listen vertrauenswürdiger Persönlichkeiten nach Bedarf aufstellen.

Ein Ersuchen der Handels- und Gewerbekammer in Demberg an das k. k. Finanzministerium, Militärbonus zur Zahlung von Steuern zuzulassen, findet die lebhafteste Unterstützung des Permanenzkomitees. Schließlich gab der Vertreter des k. k. Handelsministeriums, Ministerialrat v. Staniewicz, mehrere Aufklärungen. Auf Grund mehrfacher Beschwerden wegen Nichtauszahlung von Nachnahmebeträgen wurde Veranlassung getroffen, daß gegen die Parteien in entgegenkommendster Weise vorgegangen werde. In Zukunft werden nur solche Nachnahmebeträge von der Auszahlung ausgenommen sein, die auf Sendungen lasten, welche nach Feindesland aufgegeben worden sind. Die Frist zur Erneuerung abgelassener Markenschutzrechte wird voraussichtlich auf sechs Monate erstreckt, die Frist des § 4 der Markenschutznovelle vom Jahre 1895 zur Einbringung der Klage wegen des sogenannten qualifizierten Vorgebrauchs einer Marke in ihren Wirkungen gehemmt werden. Desgleichen stehen verschiedene Ausnahmestimmungen und Fristverlängerungen im Patentwesen in Aussicht.

* * *

Die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer versendet soeben an Firmen ihres Sprungels einen Fragebogen, um einen Ueberblick über die Lage der Industrie seit Beginn der kriegerischen Ereignisse zu erhalten. Es handelt sich dabei nicht um eine Erhebung statistischer Art, der Zweck ist vielmehr, in engste Fühlung mit den industriellen und gewerblichen Interessen zu treten und die geeigneten Unterlagen zu beschaffen, um in ihrem Wirkungskreise den möglichst regelmäßigen Fortgang der Produktion auch unter den gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnissen fördern zu können. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Kammer in individuellen Fällen doch durch ihre Intervention Erleichterungen erzielt. Bei allen diesen Bemühungen wird selbstverständlich das Einzelinteresse dem Gesamtinteresse unbedingt untergeordnet werden müssen.

Der Krieg und die Volkswirtschaft.

Die Aufrechterhaltung der industriellen Betriebe.

Eine Abordnung der Reichenberger Handels- und Gewerkekammer, bestehend aus dem Präsidenten Herrenhausmitglied Neumann, dem Herrenhausmitglied Baron Theodor Liebig und Regierungsrat Dr. Carus, fand sich gestern beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh und den Chefs der übrigen in Betracht kommenden Ressorts ein, um mit ihnen eine Reihe wichtiger Anträge der Reichenberger Kammer zu erörtern, welche darauf abzielen, die Befriedigung der dringendsten industriellen Bedürfnisse herbeizuführen. In erster Linie handelt es sich um die Vorjorgen zur Aufrechterhaltung der industriellen Betriebe, wobei insbesondere die durch die deutschen Ausfuhrverbote entstandenen Schwierigkeiten in der Versorgung der Industrie mit Rohmaterial aller Art in Betracht kommen. Die Verteilung der militärischen Lieferungen, die Störungen im Eisenbahn-, Post- und Telephonverkehr, die Eisenbahn- und zolltarifarisiche Erleichterung der Versorgung mit Brotgetreide, die möglichsie Einschränkung der Arbeiterentlassungen und die Aufrechterhaltung der sozialen Fürsorge, insbesondere der Krankenversicherung für die dennoch erwerbslos werdenden Arbeiter und eine Reihe anderer Fragen bildeten den Gegenstand bestimmter Vorschläge der Kammerdelegierten. Die Anträge der Reichenberger Kammer werden, wie aus den Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten und den Ressortministern hervorgeht, im Schoße der Regierung einer gründlichen Prüfung unterzogen werden und entsprechende Berücksichtigung finden. Ministerpräsident Graf Stürgkh gab der Abordnung die Versicherung, daß er es derzeit als seine wichtigste Aufgabe betrachte, so rasch als möglich zwischen den Bedürfnissen der Industrie und den militärischen Erfordernissen die weitestgehende Uebereinstimmung herzustellen. Auch der Minister des Außern Graf Berchtold empfing die Abordnung der Kammer, nahm ihre Vorschläge mit dem größten Interesse entgegen und erklärte sich in gleicher Weise bereit, in seinem Wirkungskreis alles zu tun, um den vorgebrachten Wünschen und Anregungen rasche Verwirklichung zu sichern.

Der österreichische Export während des Krieges.

Der Oesterreichische Exportverein hält seit der zunehmenden Besserung der Kommunikationsverhältnisse alle Exportwege und Verkehrsmöglichkeiten mit dem neutralen Auslande in Evidenz und ist in der Lage, an jedem Tage Interessenten die letzten Relationen in- und außerhalb Oesterreichs mitzuteilen. Ferner wurde Veranlassung getroffen, daß über alle auf den Export bezüglichen Fragen technischer oder juristischer Natur unverzüglich Ratschläge und Auskünfte erteilt werden können.

Die Not des Kleinhandels.

Die Anregung, die wir Anfang voriger Woche mit unserem viel beachteten Artikel über die „Ausbeutung der Kriegsnot“ gaben, hat erfreulicherweise nach vielen Richtungen hin gute Früchte getragen. Wir haben Zustimmung und Unterstützung bei den maßgebenden Handelsvertretungen gefunden, und zahlreiche Lieferanten-Gruppen haben ihr früheres schroffes Verhalten erfreulicherweise aufgegeben. Trotzdem bleibt auf manchen Gebieten noch viel zu wünschen. Zum Wohl des Kleinhandels ist ein Ausschuß der Berliner Handelskammer vorgegangen. Wir haben über seine Arbeit gestern berichtet und die wesentlichsten Punkte der berechtigten Forderungen des Kleinhandels hervorgehoben. Wir erwarten von dem Eingreifen der Handelskammer gute Folgen. Wie nötig gerade auf diesem Gebiet schnelle Hilfe tut, ergibt sich aus einem Schreiben, dem wir nachstehend gern Raum gewähren:

„Als langjähriger Leser Ihres geschätzten Blattes freut es mich doppelt, daß Sie es waren, der die Geschäftswelt ermahnte, sich nicht untereinander zu zerfleischen und in puncto Kredit und Zahlungsweise Mäßigung an den Tag zu legen.

Ich bin Lebensmittelhändler und habe als solcher in den letzten Wochen so recht erfahren, wie brutal und unbarmerzig das Großkapital auftritt. Daß wir den äußeren Feind besiegen, daran liegt wohl kein Zweifel, daß aber dem eigenen Volksgenossen, dem Manne aus dem kleineren Mittelstande, das Lebenslicht ausgeblasen wird, wenn er nicht in Schutz genommen wird, ist ebenso klar.

Man hat sehr viel über Wucherpreise der Kleinhandler geschrieben. Einige Uebergriffe dürften vorgekommen sein, der größte Teil aber kann als unbegründet zurückgewiesen werden. Hätte man sich erkundigt, was der Kleinhandler beim Einkauf selbst bezahlt hat, so wäre auch sicher ein anderes Urteil zustande gekommen. Aber über den Wucher und das schamlose Treiben fast aller Grossisten, zu denen besonders die Firma G. zu zählen ist, schrieb keine Zeitung. Ich jüge Ihnen Rechnungen bei, aus denen Sie ersehen, daß drei bis vier Wochen vor der Kriegserklärung derselbe Sad Weizenmehl 33,50 M. kostete, den wir später mit 50 M. bezahlen mußten. Für eine Kiste Quäter Dats (Daserflooden) verlangte dieselbe Firma statt 16,50 24,50 M. Ein Kollege bezahlte — allerdings bei einer anderen Firma — für einen Sad Salz, der sonst etwa 11 M. kostet, 20 M. Alle Waren, um die es sich handelt, waren zu alten Preisen und Bedingungen auf Lager der Abgeber, oder sie waren bereits unterwegs. Man sucht uns dumm zu machen, indem man erklärt, es wären höhere Unkosten hinzugekommen. Wodurch denn? Wir wurden weder von Reisenden besucht, noch schickte man uns die Ware zu. Im Gegenteil, der Kleinhandler hatte den Fuhrlohn, der recht beträchtlich war, zu zahlen. Durch rede- und febergewandte Herren sucht man uns noch klar zu machen, daß der Grossist nicht Hunderttausende — um diese Summen handelt es sich bei einigen Firmen — verdient hätte, sondern sie hätten dem Vaterlande noch Dienste geleistet. Ein Rundschreiben der Firma M. ist so naiv gehalten, daß es verdient, der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden. Die Firma macht eine Aufstellung ihrer Lasten und beginnt:

Mietsverbindlichkeiten bis 1. Oktober 1916 etwa 100 000 M.
Eigene Akzepte und Kundenwechsel etwa 120 000 M. usw.

Nach Durchlesen dieses Schreibens habe ich dem lieben Gott gedankt, daß der Mietvertrag der Firma nur bis Oktober 1916 läuft, und daß ihre Schulden nur 120 000 M. betragen. Zum Glück scheint die Firma nicht in Goldminen spekuliert zu haben, sonst wären aus dem Aufschlag von 20—25 % vielleicht 40—50 % geworden.

Der Sturm hat sich inzwischen gelegt, aber das Elend ist für uns noch größer geworden. Der Kreditverkauf ist vollständig beseitigt, und die alten Außenstände werden von vielen Firmen unachtsam eingezogen. Alte Schulden bezahlen, Kasse kaufen und dazu der schlechte Geschäftsgang, der alle Tage Zuschuß erfordert, muß den Ruin vieler kleiner Geschäftleute bringen, und mit ihm wird man auch sehr viele kleine Hausbesitzer zu Grabe tragen.

Ich breche hier nicht für böswillige Schuldner eine Lanze, auch nicht einmal für mich selber, denn ich werde mich schon durchwinden. Ebensovienig müte ich auch dem Kapitalisten zu, daß er sein Geld leichtfertig aufs Spiel setzt, aber das jetzige Handeln ist hart und unbarmerzig. Für wen sind denn die Maßnahmen, die die Regierung getroffen hat, und über die wir uns so sehr freuen? Für den Kleinen stehen sie nur auf dem Papier. Es muß jedem leid tun, wenn ein kleiner, durchaus fleißiger Stand für die Mühe jahrelanger Arbeit, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht einmal soviel erreicht, daß er kümmerlich sein Durchkommen findet und sich von seinen Kindern im späteren Alter durchfüttern lassen muß. Die Macht des einzelnen reicht natürlich gegen die Uebergriffe nicht aus. Von Wichtigkeit wäre es, wenn die Regierung alle geheimen Abmachungen und Ringbildungen außer Kraft setzen würde, denn alle Abmachungen und Manöver sind nur von den Grossisten zum eigenen Wohle und ohne unser Zutun gemacht. Das neueste Werk ist, daß sich alle Produzentenhändler verpflichtet haben, unter keinen Umständen Kredit zu gewähren.“

Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie.

N Berlin, 14. Septbr. (Priv.-Tel.) Bei der großen Bedeutung, die der Außenhandel für Deutschland besitzt, hat der Kriegsausschuß der deutschen Industrie gleich bei seiner Gründung eine Außenhandels-Abteilung in seiner Organisation geschaffen. Dieser Außenhandels-Abteilung erwuchs sofort infolge des Erlasses zahlreicher Ausführverbote und des Stockens der überseeischen Einfuhr und Ausfuhr eine wichtige Aufgabe. Es galt, die zahlreich bei dem Kriegsausschuß der deutschen Industrie zusammenströmenden Wünsche auf Aufhebung und Milderung von Ausführverboten zu prüfen und gegebenenfalls bei den zuständigen Reichsbehörden zu vertreten, was größtenteils mit Erfolg geschehen ist. Nachdem nun die Ausführverbote ganz erheblich eingeschränkt sind, beschäftigt sich die Außenhandels-Abteilung damit, die trotz des Kriegszustandes vorhandenen Ausfuhr- und Verschiffungsmöglichkeiten festzustellen, und erteilt andauernd auf zahlreiche Anfragen aus der Industrie hierüber Auskunft. Des weiteren ist sie bemüht, die Einfuhr und Sicherung von Rohstoffen in die Wege zu leiten. Fortwährend werden die Arbeiten des Kriegsausschusses auf dem Gebiete des Außenhandels noch durch neue Angelegenheiten vermehrt. Beispielsweise tritt schon jetzt die Frage auf nach der Geltendmachung und Regelung von Entschädigungs-Ansprüchen, die im Außenhandel infolge der Maßnahmen feindlicher Mächte entstanden sind. Um einer Zersplitterung der bereits von verschiedenen Seiten in Angriff genommenen

Arbeiten zur Aufrechterhaltung des Außenhandels während des Krieges vorzubeugen, ist es erwünscht, wenn die Fachverbände und Exportvereinigungen noch mehr als bisher im Einvernehmen mit dem Kriegsausschuß der deutschen Industrie tätig sind und ihre besonderen Bestrebungen im Anschluß an ihn verfolgen.

19. 9. 1914.

15

(Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel.) In der gestrigen Sitzung des Permanenzkomitees unter dem Vorfige des Kammerpräsidenten Paul Ritter v. Schoeller wurden zunächst die hinsichtlich des Abbaues des Moratoriums von dem hiefür eingesetzten Subkomitee erstatteten Anträge einer eingehenden Beratung unterzogen. Es wurde beschlossen, die Anträge, welche das Subkomitee in einer Reihe von Sitzungen auf Grund eingehender Debatten vorbereitet hatte, an das Justiz- und Handelsministerium weiterzuleiten. Hierauf wurden verschiedene Verkehrsfragen besprochen und beschlossen, die notwendigen Schritte wegen unbeschränkter Zulassung des Stückgutverkehrs nach Ungarn sowie wegen Auflassung der Deckenmiete bei Verfrachtungen in offenen Waggons einzuleiten. Nach einem Berichte des Bureau des Permanenzkomitees laufen die Verhandlungen der in Berlin befindlichen österreichisch-ungarischen Kommission mit der deutschen Regierung wegen wechselseitiger Aufhebung von Ausfuhrverboten fort; vor kurzem wurde allerdings in Deutschland eine Reihe weiterer Ausfuhrverbote erlassen. Ferner machte das Bureau Mitteilung über die verschiedenen Versendungs- und Versicherungsmöglichkeiten, um Waren, welche nicht Kontorhande sind, auf neutralen Schiffen nach neutralen Staaten zu verfrachten und speziell den Verkehr nach den Vereinigten Staaten wieder zu beleben. Es wurde empfohlen, in berücksichtigungswürdigen Fällen, in welchen durch die Anwendung des autonomen Zolltarifes gegen Provenienzen aus feindlichen Staaten die Interessen der heimischen Bezueher getroffen würden, also vor allem bei Waren, welche vor Kriegsausbruch in Freilagern aufbewahrt wurden, im Wege der Handels- und Ge-

werbekammer Gesuche um Anwendung des Vertragszoll zur Weiterleitung an die Finanzverwaltung einzubringen. Der gleiche Vorgang empfiehlt sich bei der Einfuhr von solchen Artikeln, welche beim Import zur See einem ermäßigten Differenzialzoll unterliegen, infolge der Kriegereignisse aber in einem ausländischen Hafen gelöscht wurden, so daß die Einfuhr tatsächlich auf dem Landwege erfolgt. Das Bureau der Wiener Kammer hat es auch übernommen, Erstattungsansprüche von Angehörigen ihres Sprengels gegen feindliche Staaten, welche durch öffentlich rechtliche Maßnahmen, wie die plötzliche Vertreibung unserer Staatsangehörigen bei Kriegsbeginn, die Konfiskation auf den Zollämtern, militärische Requisitionen oder Beschlagnahme von Schiffen usw. entstanden sind, zu sammeln, zu sichten und an die kompetenten Stellen zur feinerzeitigen Geltendmachung weiterzuleiten.

Die Erhaltung der Kleinexistenzen im Handel und Gewerbe.

Durch die schicksalsschwere Zeit, die über unser Volk gekommen, sind die Kleinexistenzen im Kleinhandel und Gewerbe am schwersten bedroht. Ihnen nützen die Maßnahmen des Bundesrates zur Milderung der wirtschaftlichen Schäden wenig oder gar nichts. Die Kriegs- und Darlehnskassen beleihen nur materielle Werte. Der Kleinkaufmann und Gewerbetreibende, dessen Daseinsmöglichkeit nur in seinem persönlichen Kredit und seiner Arbeit besteht, hat keine Ersparnisse, die er als Unterlage für Kapitalkredit verwenden könnte, und doch stecken in den erborgten Waren vereint mit der Arbeitskraft des einzelnen ungeheure volkswirtschaftliche Werte. Der Kleingewerbetreibende, dessen Existenz auf Warenkredit und Arbeit aufgebaut ist, macht einen großen Bruchteil unseres Volkes aus. Soll dieser Volksteil in dieser schweren Zeit zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft ohne ausreichende Hilfe seinem Schicksal überlassen, dem Ruin preisgegeben werden? Für die Kreise, die in der glücklichen Lage sind, bankmäßige Beleihungsobjekte zu besitzen, sind große Erleichterungen durch die Lombardbank, Kriegsbank und Darlehenskassen zur Ueberwindung der Kriegszeit geschaffen. Dem Mittelstand, der mit seinen kleinen Mitteln auf Kredit und Arbeit angewiesen ist, der jetzt doppelt schwer um seine Existenz ringt, sind die reichen Hilfsquellen verschlossen. Die Maßnahmen des Bundesrates sind Palliativmittel. Was nützt dem Mittelstand der Aufschub, was die Geschäftsaufsicht und die 30tägige Frist für Wechselproteste?

Unser Wirtschaftsleben beruht auf dem Kreditssystem. Die Zahlungen der auf Kredit entnommenen Waren sind längst fällig. Die beim Detaillisten lagernden Waren können in absehbarer Zeit nicht abgesetzt werden, er kann auch die Waren aus verschiedenen wirtschaftlichen Gründen nicht zu Geld machen, weil bestimmte Waren-gattungen, teils weil sie der Mode, teils weil sie dem Verderben unterworfen, vom Lombard ausgeschlossen sind. Die wenigen Waren, die beleihungsfähig wären, darf er, um das Geschäft im Gang zu erhalten, diesem nicht entziehen. Der Notstand, der an seine Türen klopf, verlangt schnelle Hilfe. Dem gewerblichen Mittelstand kann nur geholfen werden, indem ihm die Möglichkeit gegeben wird, seine Schulden nach und nach abzutragen und die Zahlung eines Teiles auf eine Zeit hinausgeschoben wird, in welcher die wirtschaftlichen Verhältnisse wieder gesundet sind.

Aber die Gläubiger des gewerblichen Mittelstandes sind schließlich selbst Schuldner, sie dürfen und können auch nicht die ganze Last des Aufschubes allein tragen. Von dem Schutzverband der Detaillisten und Gewerbetreibenden Groß-Berlins geht folgender Vorschlag aus:

Die Gewerbetreibenden erkennen ihrem Gläubiger gegenüber die Schuld an, die anerkannten Forderungen sollen von einem Institut, gleichviel ob bestehend oder neu zu gründen, mit 50 v. H. beleihen werden. Diese 50 v. H. sollen vom Schuldner verzinst und innerhalb zwei Jahren in Raten dem Institut zurückgezahlt werden, die restierenden 50 v. H. soll der Schuldner dem Gläubiger direkt in möglichst kurzer Zeit abzahlen. In dem Maße, wie die Abzahlung erfolgt, sind dem Schuldner neue Kredite zu gewähren."

Der Schutzverband weist darauf hin, daß, wenn der wirtschaftliche Zusammenbruch der Kleinexistenzen erfolgt, es vielen infolge vorgeschrittenen Alters nicht mehr gelingen wird, sich aus eigener Kraft eine neue Existenz zu gründen. Staat und Kommune mögen ihre Beihilfe nicht verlagern, denn am letzten Ende würden ihnen diese aus der Selbständigkeit Ausgeschalteten in irgendeiner Form doch zur Last fallen.

Kriegsindustrien.

Eine neue Zeit verlangt neue Bedingungen. Was sonst an Wert das Begehrteste war, das hat heute kein Interesse für uns, und was wir in normalen Zeiten als unwichtig außeracht lassen, das gewinnt nun in unseren Augen erhöhte Bedeutung. Wer hätte gedacht, daß in wenigen Tagen das Bild Europas so viel Aenderung böte, wer hätte erwartet, daß es solcher Neubildung fähig sei und sie mit so großer Fähigkeit vertrage? Handel und Industrie beginnen in neuen Bahnen zu wandeln und der Uebergang zur Neuierung wird durch das Erstehen einer Reihe von Industrien charakterisiert, welche man schlechtweg als Kriegsindustrien bezeichnen muß.

Wollen wir absehen von jenen ungeheuren Mengen, welche die Verproviantierung und Ausrüstung von Millionenheeren erfordern — die ja die Legion der Heereslieferungen bedingen, soweit sie nicht schon in Friedenszeiten gemacht werden können —, so bietet sich uns noch immer ein weiter Ausblick auf die Erfordernisse der schweren Zeiten. Denn gar vielerlei bedarf der Soldat außer der Montur. In rauhen Gegenden spielt sich ein großer Teil des Krieges ab. Schon sind die Nächte kalt und eifrig und nicht lange wird es dauern, da kommen Tage, an welchen auch der Abgehärtete friert und schützender Hüllen bedarf. Da wurden für die Braven im Felde Hunderttausende von Westen mit Ärmeln aus Lammfell gemacht, die unter der Uniform getragen werden und „Leib und Seele zusammenhalten“. Und Schneehauben und Schals, Puls- und Kniewärmer und Socken, von tausenden hilfsbereiter Frauen und Mädchen in stundenlangem Mühen hergestellt, sollen den Schutz der Montur ergänzen. Dadurch wird nicht nur der Wollverbrauch außerordentlich gehoben, so daß nun warme, weiche Strickwolle schon schwerer zu beschaffen ist, sondern viele arbeitslose Frauen haben sich durch die Handarbeit für Tage und Wochen Erwerb geschaffen und das Notwendigste verdient. Merkwürdig ist es nur, daß im Verhältnis mit dem Wollverbrauch auch die Preise für dieses Material beträchtlich steigen. Ja, warum denn? — Das Rohmaterial wird teurer, sagt der Geschäftsmann. — Die Wolle, die nun in den Warenhäusern veräußert wird, ist aber doch noch nicht aus dem neuen Rohmaterial hergestellt, sondern liegt auf Lager, und man empfindet die Preissteigerung um so mehr als unberechtigt, als doch die Hausfrau, die sich mit Opfern zum Ankauf von einem oder gar mehreren Kilogramm Strickwolle entschließt, gern will, daß das, was sie ausgibt, den Soldaten und nicht dem Privatgewinn zugute komme.

Eine erhöhte Bedeutung kommt der Anfertigung von Verwundetenwäsche zu. Wenn auch ein großer Teil des erforderlichen Materials bei den verschiedenen Fürsorgeinstituten gespendet wurde, so haben doch alle diese Materialien ihre Käufer gehabt und Millionen von Metern in Leinen und Baumwollstoffen, in Bändern und Zwirnen werden verarbeitet. Das Waschen dieser Wäschemengen erfordert wieder eine eigene Arbeiterklasse. Fuhrwerk, ein Artifel, der jetzt sehr rar ist, besorgt die Ab- und Zufuhr der Wäschemengen und Fuhrleute und Träger finden Verdienst.

Ein Verbrauch, von dem sich auch die blühendste Phantasie nichts träumen läßt, macht sich in Verband- und Desinfektionsmitteln, in chirurgischen, überhaupt ärztlichen Instrumenten aller Art, in Medicinen, an Reinigungsmitteln geltend und Tausende von Arbeitern schaffen Tag und Nacht, um den Anforderungen auch nur annähernd gerecht zu werden. Und Pfleger und Pflegerinnen bedürfen schützender Hüllen, um keinerlei Ansteckung zu übertragen, um rein dem Kranken gegenüber zu treten und ihn vor Bakterien zu schützen. Da macht sich großer Bedarf an Gummimänteln, an weißen und weißblau gestreiften Leinenmänteln, an Schürzen und Gummihandschuhen, an Häubchen und Kopfpuz, an Seife und Bürsten, an Alkohol und Benzol geltend. Immer wieder von dem Gedanken geleitet, die Verwundeten zu schützen, sie vor Verunreinigung ihrer Wunden zu bewahren, ihre Heilung zu beschleunigen, werden Industrien geschaffen und gefördert, die in normalen Zeiten brach liegen oder doch nur geringe Ausdehnung haben. Natürlich, ein Heer anderer Zweige ruht oder arbeitet mit den geringsten Mitteln und die Arbeitslosen der einen Kategorie müssen in den neu erstandenen Zweigen Beschäftigung suchen.

Barackenbauten und Notstandsarbeiten, wie Erdarbeiten verschlingen eine weitere Kategorie von Arbeitskräften. Tischler und Tapezierer, Eisenwarenhändler und Schlosser stellen Hunderttausende von Betten und Kästchen her, und es ergibt sich die Tatsache, daß an derartigen Professionisten sehr großer Mangel herrscht. So müssen auch Lehrlinge und Frauen mitwirken, denn es ist kein Kleines, das jetzt von diesen Leuten gefordert wird. Und alle Lieferungen sollen rasch effektuiert werden, da Not an Mann herrscht und täglich neue Spitäler und Räume für Verwundete in Stand gesetzt werden müssen.

27. 19. 1914.

II 19

Kriegsindustrien.

Die leichteren, aber nichtsdestoweniger eben so nützlichen als bedeutungsvollen Industrien erstrecken sich auf Gegenstände, die sich mit der Illustration des Krieges, mit der Verherrlichung der Waffentaten, mit der Verbrüderung der befreundeten Staaten, mit der Verwertung des Schmuckes an Gold und Edelsteinen, mit der Herstellung von Erinnerungsschmuck und Erinnerungszeichen befassen, Karten von den Kriegsschauplätzen und Kriegskalender, deren nicht wenige geführt werden, Schreibmaterialien und Briespapiere — denn der Privatbrief hat eine viel einschneidendere Bedeutung als in Normalzeiten — werden viel erfragt. Patriotische Notizen geben den Seidenposamentierern und Nadelabriken erwünschte Betätigung, Medaillons aus Silber mit den Bildnissen der verbündeten Monarchen und des Thronfolgers, Glücksringe und Erinnerungsringe „Gold gab ich für Eisen“, Kriegsbrochen mit dem schwarzgelben und weißroten Emailkreuz, Emailfahnen, geben den Emailarbeitern und den Juwelieren, den Drehern und den Medailleuren, den Tagelöhnern und den Trägern Arbeit. Millionen Ansichtskarten verbreiten den Ruhm unserer und der deutschen Waffentaten, rufen uns die Trachten unserer braven Regimenter im Farbenglanze ihrer Originaluniformen, die für die Parade und die Felbausrüstung bestimmt sind, in Erinnerung, schildern uns die großen Momente, die dem Kriegsbeginn vorausgingen, im Bilde, Briefverschlusssmarken und Rechnungszettel, Bücher über Verwundetenpflege und Infektionsverhütung, über militärische Themen und volkswirtschaftliche Angelegenheiten, finden reißenden Absatz. Die Lebensmittelhändler, von den Großhändlern bis zu den kleinsten Greislern, haben erhöhten Absatz, denn was die Armee im Felde nicht braucht, das verschlingt die Großstadt, in der viele Tausende von Flüchtigen aus anderen Provinzen und Heimkehrende aus dem Auslande fast das verbrauchen, was die Eingewöhnten in Normalzeiten verzehren.

Der Krieg hat in seinem ersten Stadium viele Arbeitslose geschaffen. Ein großer Teil von ihnen ist in anderen Industrien untergekommen und die Plakate, die an allen Vitafassäulen angeschlagen sind und Erdarbeiter auffordern, sich zu melden, zeigen, daß Arbeiter fortbauernnd gesucht werden. So ist zu hoffen, daß die Arbeitslosigkeit nicht überhand nimmt und daß ein beträchtlicher Teil jener, die durch den Krieg ihr Brot verloren, in anderen Industrien unterkommen werden.

E. F.

* Mehr Unterstützung dem einheimischen Gewerbe.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Geehrte Redaktion! In der am 10. September abgehaltenen Vorstandssitzung der Genossenschaft der Gürtler, Bronzewarenerzeuger, Ziseleure usw. wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, an sämtliche Diözesen sowie an die Pfarrgeistlichkeit mit dem Ersuchen heranzutreten, den Ankauf sowie die Bestellungen von Metallkirchengeräten aller Art nur bei den heimischen Erzeugern zu decken, respektive zu bestellen, da bis jetzt der größte Teil dieser Gegenstände von mehreren Kaufleuten aus Frankreich bezogen und dadurch sehr viel Geld an das Ausland abgegeben wurde, was doch jedenfalls für die heimischen Erzeuger und deren Arbeiter einen Verdienstentgang dar-

stellt. Die hiesigen Kirchengeräteerzeuger sind gewiß in jeder Beziehung sehr leistungsfähig und erzeugen nur sehr solide, gute und schöne Qualitätsarbeit, welches von der französischen Ware nicht immer behauptet werden kann, da dieselbe wohl nur fürs Auge schön, aber in Material bedeutend schwächer gehalten ist, weshalb diese sich nicht so dauerhaft als die inländischen Erzeugnisse bewährt. Es wäre deshalb auch eine patriotische Pflicht, die heimischen Kirchengeräteerzeuger in dieser schweren Zeit auf das kräftigste durch Aufträge und Bestellungen zu unterstützen, damit auch für deren Gehilfen Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, wodurch dieselben vor der größten Not geschützt werden könnten. Adressen von Kirchengeräteerzeugern sind jederzeit in der Genossenschaftskanzlei zu haben, auch werden Auskünfte jeder Art bereitwilligst erteilt. Die Genossenschaft der Gürtler, Bronzewarenerzeuger, Ziseleure und der ihr zugehörigen Gewerbe in Wien: Johann Felinet, Vorsteher.

Wiedererwachen der Kaufkraft und Kauflust in Wien.

(Eine Rundfrage in der Geschäftswelt.)

Wien, 10. Oktober.

Den interessanten Ausführungen des Reichsrats-
abgeordneten und Kommerzialrates August Denk in
unserem gestrigen Morgenblatte lassen wir heute die
Aeußerungen des kaiserlichen Rates Arnold Mandl,
Chefs der Firma M. & S. Mandl, folgen, die als
eine der größten österreichischen Kleiderkonfektions- und
Eskompteurfirmen in der kaufmännischen Welt einen her-
vorragenden Platz einnimmt. Auch von dieser Seite wird
ein neues Ausleben der Geschäftstätigkeit festgestellt, die
ganz besonders lebhaft in den Kronländern außerhalb
Niederösterreichs in die Erscheinung tritt, eine Wahr-
nehmung, die zu günstigen allgemeinen Schlüssen be-
rechtigt. Kaiserlicher Rat Mandl faßt die sich der Kauflust
entgegenstellenden Hemmungen als „neurastheni-
schen Pessimismus“ zusammen. Auch er plädiert
bei aller Anerkennung der bestehenden Schwierigkeiten
für ein herzhaftes Zufassen, für mutige geschäftliche
Aktionsfähigkeit, der das Publikum schließlich willige
Gesolgenschaft leisten wird. Der schwerste Anfang sei bereits
getan.

Kaiserlicher Rat Arnold Mandl.

Chef der Firma M. & S. Mandl.

Es wird besser. Die Lage der Industrie bis in die
allerjüngste Zeit, war unleugbar zum Teil eine sehr prekäre.
Der Produktion gewisser Artikel und dem Handel in ganzen
Branchen war vollständig Abbruch getan. Seit zwei bis
drei Wochen aber spüren wir einen re-
gamen Beginn des geschäftlichen Verkehrs
und sind voll bester Hoffnungen. Dieser Verkehr
ist, was hervorgehoben zu werden verdient, insbeson-
dere in den Kronländern außerhalb Nieder-
österreichs bereits ziemlich stark und geht der
Bewegung auf dem Wiener Plage, die noch etwas zögernd
ist, kräftig voran. Solche Beobachtungen mache ich mit Ge-
nugtuung auch in dem Wirkungsbereiche meiner Firma, und
ich kann bereits heute über die geschäftliche Gesamtlage sagen,
daß ich gar nicht mehr ganz unzufrieden bin.

Die „Neue Freie Presse“, die in voller Ueberzeugung von
dem Sieg unserer verbündeten Armeen die Zweifler und
Schwächmütigen kraftvoll stützt, verdient für ihren Kampf
gegen die gefährliche Zurückhaltung des tausenden Publi-
kums und die an vielen Stellen beobachtete Trägheit volle
Anerkennung. Sie handelt eminent gemeinnützig, wenn sie

gegen den neurasthenischen Pessimismus
Front macht, der übrigens mit jedem neugewonnenen
militärischen Erfolg immer mehr an Boden verliert.

Was die Situation der Industrie betrifft, so hat eine
große Anzahl von Produzenten dadurch, daß sie ihre Betriebe
den Zwecken von Armee- und Staatslieferungen dienstbar ge-
macht hat, die ihr sonst drohenden großen Ausfälle wett-
gemacht. Viele Webereien, die bisher andere Artikel erzeugt
haben, fabrizieren Militärtuch, und andere Unternehmungen,
die niemals ähnliches auf den Markt gebracht haben, produ-
zieren Militärbedarfsartikel.

Der Ruf der „Neuen Freien Presse“, nicht grundlos mit
jenen Ausgaben zurückzuhalten, die ein mittlerer gewohnter
Komfort im Hause verlangt, ist durchaus berechtigt.
Wenn man bedenkt, daß ebenso wie in meinem Hause
tausende von Privatunternehmungen, Versicherungsgesell-
schaften, Banken, von den öffentlichen Beamten ganz ab-
gesehen, die Bezüge ihrer Angestellten vollständig unangetastet
gelassen haben, ist damit allein schon die Kaufkräftigkeit eines
großen Teiles des Publikums dargetan. Man sieht täglich
mit Staunen und Freude, wie außerordentlich groß, in ihrer
Summe gewaltig, die von privater Seite geübte Wohltätig-
keit ist. Ich konnte beispielsweise bei meiner Beamtenenschaft
Liebeswerke in ganz respektablem Umfange beobachten. Das
zeugt jedenfalls von finanzieller Kraft.

Ich selbst habe, als die geschäftlichen Krisen begannen,
vor der Frage gestanden, ob ich meinen Haushalt nicht ein-
schränken solle. Ich buchte damals 600 K. monatlich zugunsten
der Ausspeisung der Arbeitslosen, mußte auch eine Ein-
quartierung in meiner Villa in Neuwaldegg dem Haus-
haltungskonto zu Lasten schreiben. Aber ich entschloß mich, im
Allgemeininteresse keine Einschränkungen vorzunehmen, und
bin heute froh darüber.

Es ist ja fraglos, daß bei großen Firmen, die von dem
Moratorium keinen Gebrauch gemacht haben, ein Mangel an
Bargeld sich geltend macht und daß darum ihre Situation
vorläufig keine gerade rosigte ist, aber so einschneidend ist dieser
Mangel denn doch nicht, daß ihre normalen Bedürfnisse darum
herabgeschraubt werden müßten. Die günstige Wendung, die
in den allerletzten Wochen gekommen ist, wird auch die Kauf-
leute in ihrer Zuversicht bestärken, sie aktionsfreudiger machen,
ihre Werbetätigkeit erhöhen und das kaufkräftige Publikum
in ein neuerwachtes, lebhaftes Geschäftsleben hineinziehen.

Ein Einigungsamt in der Handelskammer.

Ueber wiederholt in den Sitzungen des Permanenzkomitees für Industrie, Gewerbe und Handel gegebene Anregungen hat die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer beschlossen, ein Einigungsamt ins Leben zu rufen, das seine Tätigkeit sofort beginnen und über alle ihm vorgelegten Forderungen zwischen Industriellen, Kaufleuten und Gewerbetreibenden in kurzem Wege eine Einigung zu erzielen bestrebt sein wird. Als Funktionäre dieses Einigungsamtes werden die Mitglieder des Schiedsrichterkollegiums für das ständige Schiedsgericht der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer herangezogen. Die Intervention erfolgt unentgeltlich. Die Anrufung des Einigungsamtes geschieht durch eine Zuschrift an die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer, in der die Forderung kurz zu bezeichnen ist.

Das Wiedererwachen der Kaufkraft und Kauflust in Wien.

(Eine Rundfrage in der Geschäftswelt.)

Wien, 12. Oktober.

Das große Interesse, das die von uns veranstaltete Rundfrage in den weitesten Kreisen hervorruft, äußert sich in zahlreichen Zuschriften und Zustimmungskundgebungen, die bei uns einlaufen. Ganz besondere Beachtung verdienen die Äußerungen des Generaldirektors der Tabakregie, Sektionschef Dr. v. Scheuchensstuel, der unserer Bitte, sich von seinem speziellen Standpunkte aus zur Frage der Kaufkräftigkeit des Publikums zu äußern, in liebenswürdigster Weise nachkam. Die durchaus günstigen und hoffnungsfreudigen Auskünfte sind von großer Wichtigkeit, weil ein großer Teil des ganzen österreichischen Publikums, Wohlhabende und Bedürftige, zu den Kunden der Tabakregie gehören und dem Generaldirektor einen ausgezeichneten Ueberblick über ihre finanzielle Leistungsfähigkeit gewähren.

Sektionschef Dr. Wilhelm Edler v. Scheuchensstuel,
Generaldirektor der Tabakregie.

Ich kann meinen Mitteilungen zunächst voranschicken, daß der Tabakkonsum in den letzten zwei Wochen ganz erheblich gestiegen ist. Genauer gesprochen: der Verkauf. Dem kann man mit voller Berechtigung symptomatische Bedeutung beimessen, denn der Tabak ist ja fast als Lebensmittel anzusehen. Das Emporsteigen des Einkaufes macht sich deutlich bemerkbar und muß als eine Tatsache genommen werden, die als sicherer Beleg für die beginnende Wiedererweckung der Kauflust gelten kann, aber auch als ein Beweis für die Kaufkraft des Publikums. Die in den letzten Jahren beobachtete Neigung des Publikums für bessere und feinere Sorten, die in den Monaten August und September naturgemäß weniger hervorgetreten ist, wird wieder fühlbar. Der September blieb gegen das Vorjahr noch um eine halbe Million Kronen im Rückstand, während der Oktober sogar einen um 140.000 Kronen gegen das Jahr 1913 höheren Konsum aufzuweisen hat. Das spricht eine deutliche Sprache.

Es ist ja sicher, daß selbst in schlechten Zeiten die Raucher das Geld für Tabak aufzubringen bemüht sind, daß gerade der Tabak jenes Genußmittel ist, dem man trotz des Geldmangels zu allerletzt entzagt. Das Rauchen ist gewissermaßen die Poesie im Leben des armen Mannes, ein Komfort, den er nicht läßt, selbst wenn er am Essen sparen müßte. Dennoch haben wir sichere Maßstäbe für die Beurteilung der Willigkeit und Leichtigkeit, der Noblesse im Konsum, und die müssen gegenwärtig als günstige und hoffnungsvolle bezeichnet werden. Folgern wir weiter, so kann man mit Rücksicht darauf, als die Hunderttausende, die Millionen Raucher allen Schichten der Bevölkerung angehören, den Schluß ziehen, daß das Publikum durchaus nicht in auffallender Weise an Kaufkraft eingebüßt hat. Allerdings ist es, wie die „Neue Freie Presse“ in so dankenswerter Weise propagiert, dringend notwendig, daß die Geschäftswelt nicht müßig zusehe, sondern ihrerseits alles anwende, um die Kauflust zu reizen und zu beflügeln. Daß die berühmte leichte Wiener Hand in diesen ernsten Zeiten etwas träger geworden ist, darf dabei den Geschäftsmann nicht entmutigen.

Auch die Tabakregie wird nicht ruhen. Wie alljährlich werden auch heuer Weihnachtsnovitäten erscheinen, wenn sich nicht unüberwindliche technische Schwierigkeiten dieser Absicht entgegenstellen sollten. Das beweist am besten, daß wir durchaus nicht kleinmütig, sondern wirtschaftlich voll Hoffnung sind.

21./X. 1914.

Das Einigungsamt der Handels- kammer.

Von der Wiener Handels- und Gewerbelammer erhalten wir den folgenden Bericht: Das vor kurzem geschaffene Einigungsamt der Wiener Handels- und Gewerbelammer kommt, wie die Praxis schon jetzt zeigt, einem regen Bedürfnis unserer Geschäftswelt entgegen. Es ist in den ihm vorgelegten Fällen erfolgreich bestrebt, zwischen den Parteien Ausgleich im kurzen Wege zu erzielen, und löst auf diese Weise die durch die jetzige Wirtschaftslage sowie durch die Moratoriumsverordnung entstandenen Schwierigkeiten. Es läßt sich durch das Einigungsamt vor allem die Inanspruchnahme der richterlichen Stundung nach § 15 der Moratoriumsverordnung vom 27. September im Interesse des Gläubigers wie des Schuldners vermeiden.

Für Ausgleich vor dem Einigungsamt kommen naturgemäß hauptsächlich Forderungen in Betracht, deren Erfüllung durch den Krieg in besonderem Maße erschwert wurde. Solche Erschwerungen sind vor allem in jenen Betrieben hervorgerufen, die, wie zum Beispiel die gesamte Exportindustrie, ihre Geschäfte größtenteils mit dem Auslande abschließen, aus dem, auch wenn es sich um neutrale Staaten handelt, unter den jetzigen Verhältnissen nur schwer Zahlungen zu erhalten sind. Ebenso sind manche andre Industriezweige, so zum Beispiel die Luxusartikel erzeugenden oder vertreibenden, durch den Weltkrieg ganz besonders getroffen.

Die verschiedensten Verzugs- und Preisfragen finden nach einer Besprechung vor dem Einigungsamte, bei der versucht wird, den minderzahlungskräftigen Teil zu schützen, eine den Interessen beider Parteien entsprechende Lösung. Auch Zahlungskonditionen, deren strenge Durchführung heute bisweilen eine große Härte bedeuten würde, lassen sich durch Uebereinkommen der Parteien mildern. Das gleiche gilt von aus Ratengeschäften herrührenden Zahlungen.

Endlich ist die Erzielung von Uebereinkommen hinsichtlich der Mietzinse von Bedeutung. Namentlich durch Einigung auf ratenweise Bezahlung der Zinsbeträge wird für den Mieter eine bedeutende Zinsermäßigung erreicht, während der Vermieter Kündigungen vermeidet, die unter den jetzigen Verhältnissen oft ein längeres Leerstehen der Mietobjekte zur Folge hätte, was dann für den Hausbesitzer einen empfindlichen Schaden bedeuten würde.

Die Intervention des Einigungsamtes erfolgt, wie bereits mitgeteilt, unentgeltlich, die Anrufung geschieht durch eine den Gegenstand kurz darlegende Beschrift an das Einigungsamt der Wiener Handels- und Gewerbelammer, 1. Bezirk, Stubenring Nr. 8-10.

Die kriegswirtschaftliche und Kriegsfürorgetätigkeit des Gewerbevereines.

Ueber diese Tätigkeit des Vereines berichtete in der letzten Generalversammlung des Gewerbevereines Präsident Schiel. Gleich nach Ausbruch des Krieges haben die wirtschaftlichen Körperschaften alles vorgekehrt, damit auch unsre wirtschaftlich-finanzielle Mobilmachung so rasch und so klug als möglich vor sich gehe, damit unsre Volkswirtschaft, diese wichtige Grundlage unsrer politisch-militärischen Bereitschaft, ungebrochen weiterbestehen und sich erfolgreich betätigen könne. Es wurde das Permanenzkomitee für Industrie, Handel und Gewerbe von der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer gebildet, welchem auch der Gewerbeverein angehört. Dort wurden von seiten der Vertreter des Vereines zahlreiche Anregungen gegeben

und berücksichtigt. Mit den Entwürfen der Moratorien beschäftigte sich der Verein wiederholt, doch wurde den Wünschen der Geschäftswelt, wie bekannt, nur zum Teil Rechnung getragen. Die steigenden Devisenkurse und fallenden Kurse unsrer Valuten erschweren und verteuern auch den notwendigen Import, und es wurde insbesondere gewünscht, daß die Bank mehr Devisen als bisher abgebe und daß die Kreditinstitute sich Markkredit verschaffen, damit auf die Devisenkurse ein Druck geübt werden könne. An den Vorberatungen über die Darlehensklassen, welche nebst einer Kredithilfe auch eine Verbesserung des Zahlungswesens und eine Einschränkung der Ausgabe der Banknoten durch die Ausgabe von Kassenscheinen ermöglichen, nahm der Verein teil, ebenso befaßte er sich mit der von der Handelskammer angeregten Niederösterreichischen Kriegskreditbank. Zahlreiche Verkehrserschwerungen (Wiederaufnahme des Personen- und Güterverkehrs, Versendung von Postpaketen, Verkehr mit verbündeten oder neutralen Staaten) gelangten zur Beratung.

Die von den Bekleidungsgeräten ausgehende große Aktion zugunsten der Verwendung inländischer Stoffe und zur Förderung der Wiener Mode wurde vom Vereine eifrig weiterverfolgt, und die diesbezügliche Propaganda in der Gesellschaft und in der Presse ist schon in Angriff genommen worden. Zugunsten der Fortführung der Geschäftsbetriebe wurden kürzere Zahlungstermine in Verbindung mit Erleichterungen bei der Steuerzahlung und bei der Zahlung der Hypothekenzinsen vorgeschlagen. Ferner wurden behandelt: Die Uebelstände bei der Festsetzung der Preise für kriegsararische Lieferungen, eine Reihe zweckmäßiger Notstandsarbeiten von Staat, Land und Gemeinde, die Einstellung von bezahlten stellenlosen Angestellten und Arbeitskräften in den Kriegsfürsorgeeinrichtungen an Stelle von ehrenamtlich tätigen Personen, die eventuell auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes erfolgende Heranziehung von Arbeitslosen zu den Schanzarbeiten an Stelle dringend benötigter gewerblich-industrieller Arbeiter oder Gewerbeunternehmer. Zugunsten des Exports wurden den Mitgliedern geeignete Verkehrs- und Absatzwege, namentlich in den neutralen Staaten, sowie Adressen von vertrauenswürdigen Personen für die geschäftliche Korrespondenz mit diesen und überseeischen Staaten bekanntgegeben. Wiederholt schritt der Verein zugunsten der Verbilligung von Getreide und Mehl ein und forderte schon frühzeitig die Aufhebung der Zölle auf diese Produkte sowie Festsetzung von Höchstpreisen, Vorratserhebungen und Lieferfrist, beziehungsweise Zwangsrequirierung. Der Verein ersuchte um die Anwendung der Seedifferentialzölle bei der Einfuhr wichtiger Bedarfsgegenstände und Rohstoffe (Kolonialwaren, Gewürze, Südfrüchte, roher Reis, Obst, Gemüse, Fische, Oele, Mineralien, Farb- und Gerbstoffe, Roheisen, Eisen und Stahl, Seife usw.) angesichts der derzeit schwierigen See-einfuhr auf die Einfuhr über die Landesgrenze.

Auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge betätigte sich der Verein, indem er selbst 2000 K. widmete und eine Sammlung unter den Mitgliedern einleitete. Eine gesonderte Sammlung unter den Mitgliedern zugunsten notleidend gewordener Gewerbetreibender ergab bisher einen Betrag von 10.000 K., welcher sich in der nächsten Zeit voraussichtlich noch wesentlich erhöhen dürfte. Eine weitere Fürsorge, worüber an anderer Stelle des Blattes ausführlich berichtet wird, betraf die postenlos gewordenen Privat- und Handelsangestellten.

Zum Schlusse kennzeichnete Präsident Schiel die Stellung des Vereines zu den befreundeten wirtschaftlichen Korporationen in jenen Staaten, mit welchen uns treue Waffenbrüderschaft verbindet — in Ungarn und dem Deutschen Reich. Es wird freudig begrüßt, daß die ungarischen Körperschaften eifrig bemüht sind, für den unge störten Fortbetrieb der ungarischen Volkswirtschaft einzutreten, in der Erkenntnis, daß sie diese Aufgabe Hand in Hand mit den österreichischen Schwesterkorporationen lösen müssen, da der gemeinsame Kampf auch einer gemeinschaftlich und im gegenseitigen Einverständnis geförderten Volkswirtschaft in Oesterreich und in Ungarn bedürfe. Desgleichen wird dankbar begrüßt die große Gesamtkundgebung aller wirtschaftlichen Kreise des mächtigen Deutschen Reiches, in welcher der unerschütterliche Wille zum Durchhalten und zum opferwilligen Ausbarren im Kriege dargetan wurde. Es sei zu hoffen, daß das politisch-militärische Bündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich die wirtschaftliche Freundschaft stärken und vertiefen werde und daß nach dem siegreichen Kampfe auch die gemeinschaftlich angestrebten wirtschaftlichen Erfolge sich einstellen werden.

Präsident Schiel schloß seinen beifälligst aufgenommenen Bericht mit folgenden Worten: „Wie auf dem Schlachtfelde, so muß auch in der Volkswirtschaft einer für alle und alle für einen wirken. Wie war Oesterreich vor eine ernstere und größere Aufgabe gestellt als jetzt. Wir sind aber im Innersten davon überzeugt, daß diese große Zeit bei uns allen ein großes Geschlecht finden, daß unser geliebtes Vaterland aus der schweren Zeit der Prüfung gesint und gestärkt hervorgehen und daß ihm eine neue und schöne Zukunft erblihen werde!“

22. / 11. 1914.

Gesuche um Warenzeichenschutz.

Berlin, 20. Oktbr. (B. B. Nichtamtlich.) Die „Nordb. Allgem. Zeitung“ schreibt: Bei dem Kaiserlichen Patentamt werden jetzt häufig Anmeldungen eingereicht, in denen für Worte und Darstellungen, die auf die gegenwärtigen kriegerischen und politischen Ereignisse Bezug haben, der Warenzeichenschutz begehrt wird. Die freie Benützung solcher Worte und Darstellungen (z. B. der Name von Schlachten, Schiffen, Heerführern usw.) bei der Ausstattung und Feilbietung von Waren entspringt einem allgemeinen Bedürfnis, und der Verkehr sieht in solchen Zeichen mehr einen Ausdruck vaterländischer Gesinnung, als einen geschäftlichen Hinweis auf eine bestimmte Ursprungsstätte der Waren. Bezeichnungen dieser Art entbehren daher im allgemeinen der Unterscheidungskraft im Sinne des § 1 des Warenzeichnungsgesetzes vom 12. Mai 1894 und dürfen nicht durch Eintragung in die Zeichenrolle zum Gegenstand von Sonderrechten einzelner gemacht werden. — Von den zuständigen Abteilungen des Patentamts werden daher Anmeldungen, welche diesem Grundsatz widersprechen, zurückgewiesen. Es wird den Gewerbetreibenden empfohlen, zur Ersparung von Kosten und Umständen von der Einreichung derartiger aussichtsloser Anmeldungen Abstand zu nehmen.

Eine Kundgebung der ungarischen Industrie

Der Bund der Ungarischen Fabrikindustriellen in Budapest hat an den Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverband in Berlin eine Kundgebung gerichtet, deren Schlüsselformel folgendermaßen lautet: „Unter dem Einfluß der durch unseren gemeinsamen Kampf ausgelösten gemeinsamen Gefühle wenden sich unsere Herzen in der gegenwärtigen schicksalschweren Zeit unwillkürlich den uns verwandten Faktoren der deutschen Volkswirtschaft zu. Wir begrüßen daher die mächtige deutsche Industrie und deren in ihrem Verbands stehende Vertreter mit der größten Hochachtung und Sympathie und geben unserer Ueberzeugung Ausdruck, daß das Bündnis der beiden Reiche aus dem gemeinsam geführten schweren Kampfe in der gegenseitigen Freundschaft erfüllt reichlich hervortreten wird.“

22./X. 1914.

Günstiger Stand der Kupfervorräte in Oesterreich.

Der Krieg hat an die Kupferverarbeitenden Industrien in Oesterreich außerordentliche Ansprüche gestellt, die bei zureichenden Vorräten an diesem Metall befriedigt werden konnten. Die heimische Kupferproduktion genügt bei weitem nicht, den Anforderungen der betreffenden Industrien zu genügen, und man ist daher auf ausländische Bezüge angewiesen, vor allem aus Amerika. Nun sind seit dem Kriegsausbruch die amerikanischen Zufuhren stark beeinträchtigt, ebenso aus andern Staaten, die in normaler Zeit Kupfer exportieren, wie namentlich

England, das, hierin andern Ländern folgend, ein Kupferausfuhrverbot erlassen hat. Gleichwohl ist, wie erwähnt, Oesterreich mit Kupfer gut versorgt, und die einschlägigen industriellen Betriebe, die hauptsächlich Staats-, beziehungsweise Meeresaufträge auszuführen haben, sind daher in der Lage, diesen Bedarf zu decken. Die in Betracht kommenden Stablfabrikanten sind reichlich beschäftigt.

Der Kupferpreis ist gegen die Zeit des Kriegsbeginnes erheblich gestiegen. Während Elektrokupfer damals in der Hamburger Notierung auf 128 Mark lautete, stand es gestern auf 170 Mark pro Tonne. Beträchtlich sind die Vorräte, die sich in Amerika im Gefolge des Krieges durch die Unterbindung des Exports aufgehäuft haben. Die Vorräte haben seit dem Ende Juli, wo sie sich auf 23,000 Tonnen beliefen, bis Ende September um 88,000 Tonnen zugenommen, so daß sie sich um diese Zeit insgesamt auf 111,000 Tonnen beliefen, ein Vorratsstand, wie er in Amerika seit Jahren nicht zu konstatieren war.

— (Das Einigungsamt der Handelskammer.)
Das vor kurzem geschaffene Einigungsamt der Wiener Handels- und Gewerbekammer kommt, wie die Praxis schon jetzt zeigt, einem regen Bedürfnis unserer Geschäftswelt entgegen. Es ist in den ihm vorgelegten Fällen erfolgreich bestrebt, zwischen den Parteien Ausgleich im kurzen Wege zu erzielen, und löst auf diese Weise die durch die jetzige kritische Wirtschaftslage sowie durch die Moratoriumsverordnung entstandenen Schwierigkeiten. Es läßt sich durch das Einigungsamt vor allem die Inanspruchnahme der richterlichen Stundung nach § 15 der Moratoriumsverordnung vom 27. September im Interesse des Gläubigers wie des Schuldners vermeiden. Für Ausgleich vor dem Einigungsamt kommen naturgemäß hauptsächlich Forderungen in Betracht, deren Erfüllung durch den Krieg in besonderem Maße erschwert wurde. Solche Erschwerungen sind vor allem in jenen Betrieben hervorgerufen, die, wie zum Beispiel die gesamte Exportindustrie, ihre Geschäfte größtenteils mit dem Ausland abschließen, aus dem, auch wenn es sich um neutrale Staaten handelt, unter den jetzigen Verhältnissen nur schwer Zahlungen zu erhalten sind. Ebenso sind manche andere Industriezweige, so zum Beispiel die Luxusartikel erzeugenden oder vertreibenden Branchen, durch den Weltkrieg ganz besonders schwer getroffen. Die verschiedensten Lieferungs- und Preisfragen finden nach einer Besprechung vor dem Einigungsamt, bei der versucht wird, den minder zahlungskräftigen Teil zu schützen, eine den Interessen beider Parteien entsprechende Lösung. Auch Zahlungskonditionen, deren strenge Durchführung heute bisweilen eine große Härte bedeuten würde, lassen sich durch Uebereinkommen der Parteien mildern. Das gleiche gilt von aus Ratengeschäften herrührenden Zahlungen. Endlich ist die Erzielung von Uebereinkommen hinsichtlich der Mietzinsen von Bedeutung. Namentlich durch Einigung auf ratenweise Bezahlung der Zinsbeträge wird für den Mieter eine bedeutende Zahlungserleichterung erreicht, während der Vermieter Kündigungen vermeidet, die unter den jetzigen Verhältnissen oft ein längeres Leerstehen der Mietobjekte zur Folge haben, was für den Hausbesitzer einen empfindlichen Schaden bedeutet. Die Intervention des Einigungsamtes erfolgt, wie bereits mitgeteilt, unentgeltlich; die Anrufung geschieht durch eine den Gegenstand kurz darlegende Zuschrift an das Einigungsamt der Wiener Handels- und Gewerbekammer.

24./X. 1914

[Verteuerung der Pfeifen und Raucherartikeln.] Infolge der mit Kriegsausbruch erfolgten Einstellung des internationalen Verkehrs und Imports sind die Notierungen von Hornspitzen, Metallen, Gummi, Brucherholz usw. derart gestiegen, daß die Preise von fertigen Pfeifen und Raucherartikeln um 15 bis 20 Prozent in die Höhe gegangen sind. Aus Interessentenreisen wird mitgeteilt, daß

die Verhältnisse auf dem Rohmaterialienmarke sich in absehbarer Zeit noch verschlechtern dürften, so daß eine weitere fühlbare Verteuerung dieser Fabrikate zu erwarten ist.

29./X. 1914.

34

Aus dem Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel.

Die Gesuche um Ausnahmen von den Ausführ-
verboten. — Gegen die Lügennachrichten der feind-
lichen Presse. — Das Einigungsamt in der Handels-
kammer. — Der Zinstermin. — Briefzensur und
Geldbriefe.

In der gestrigen Sitzung des Permanenz-
komitees für Industrie, Gewerbe und Handel wurde
zunächst über die Audienz beim Ministerpräsidenten
hinsichtlich der Ausführverbote berichtet. An
der Audienz hatten Kammerpräsident Paul Ritter
v. Schoeller, Abg. Max Friedmann und
Kammersekretär Dr. Ristor teilgenommen. Die
Deputation wies auf die Schwierigkeiten hin, welche
Handel und Industrie aus der langen Dauer der
Erledigungen der Gesuche um Ausnahmen von den
Bestehenden Ausführverboten erwachsen, und ins-
besondere auch darauf, daß eine große Anzahl von
Waren mit dem Ausführverbote belegt sei, ohne daß
dies durch die Umstände begründet sei. Die Deputation
brachte hiefür eine Reihe von Beispielen vor und gab
schließlich dem Wunsche Ausdruck, daß die Ent-
scheidung über Ausnahmen von Ausführverboten
kommissionell unter Hinzuziehung von Vertretern der
Fachreise, wie dies in Deutschland bereits der Fall
sei, geschehe. Der Ministerpräsident, der die Aus-
führungen mit lebhaftem Interesse entgegennahm,
würdigte die vorgebrachten Argumente und gab
schließlich die Erklärung ab, wegen der Regelung der
Ausfuhrbewilligungen im Sinne der vorgebrachten
Wünsche Fühlung nehmen zu wollen.

Hierauf beschäftigte sich das Permanenzkomitee
mit der Notwendigkeit, den lägenhaften Nachrichten
der englischen und französischen Presse entgegen-
zutreten. Es ist beabsichtigt, den bereits eingeleiteten
Aufklärungsdienst der Handelskammer in den
neutralen Staaten, insbesondere in Nordamerika,
weiter auszubauen und zunächst ein Rundschreiben
durch Vermittlung der Kaufmannschaft und besonders
der Exporteure zu versenden, welches die Wahrheit
der Ereignisse darstellt.

Das bei der Kammer eingerichtete Ein-
igungsamt für Forderungen von Geschäftsleuten
erfreut sich einer regen Inanspruchnahme, und es
wurden sämtliche bisher durchgeführten Verhand-
lungen erfolgreich abgeschlossen.

Das Permanenzkomitee beschloß, neuerdings bei
der Regierung vorstellig zu werden, um für den
Novembertermin die Umwandlung der
halbjährlich zu entrichtenden Mietzinse
in vierteljährliche und der viertel-
jährlichen in monatliche, wie dies schon
früherzeit angeregt wurde, zu erreichen.

Die vor kurzem beim Hauptpostamt geschaffene
Möglichkeit, Briefe für das Ausland sofort zen-
surieren und schließen zu lassen, ist im Publikum und
allem Anschein nach auch auf manchen Postämtern
noch nicht genügend bekannt. Es erweist sich aber als
ungerechtfertigt, daß auch im Falle des Bei-
schlusses von Rimesse derartige Briefe
als Geldbriefe angesehen und dem hohen
Porto für Geldbrieffendungen unterworfen werden.
Es ist dies um so weniger gerechtfertigt, als die Post-
verwaltung keine Verantwortung für die Sendungen
übernimmt. Es wurde beschlossen, an maßgebender
Stelle um Abhilfe vorstellig zu werden.

29. / X. 1914.

Die Verordnung über die Sonntagsruhe.

In Vertretung des Vereins der genossenschaftlichen Gehilfenvertreter sprachen gestern die Abgeordneten **Widholz** und **Smitta** und die Gehilfenvertreter **Reischl**, **Pick**, **Urbach** und **Zelenka** beim Minister des Innern **Baron Seibold** und beim Handelsminister **v. Schuster** in Angelegenheit der Sonntagsruhe vor. Beide Minister erklärten, daß die Verordnung vom 31. Juli lediglich als eine zeitweilige Maßnahme anzusehen sei, und daß tatsächlich in vielen Betriebszweigen von der Gestattung der Sonntagsarbeit kein Gebrauch gemacht worden sei. Das Handelsministerium habe sich bereits mit dieser Frage beschäftigt und den maßgebenden Stellen Neußerungen abverlangt. Es ist zu erwarten, daß in der nächsten Zeit eine teilweise Aufhebung der betreffenden Verordnungen erfolgen wird.

**Wirtschaftlicher Kriegsauskunftsdiens des
Oesterreichischen Handelsmuseums.**

Das Oesterreichische Handelsmuseum in Wien, 9. Bezirk, Berggasse 16, gibt bekannt, daß es in Wahrnehmung der ihm organisationsgemäß übertragenen Aufgaben im Interesse des heimischen Gewerbe- und Handelsstandes alle durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Maßnahmen des In- und Auslandes, und zwar Ausfuhr- und Durchführungverbote, Moratorien, Verfügungen über Zahlungsverbote und sonstige Maßregeln des Handelskrieges, in steter Evidenz hält und hierüber sowie anderseits über alle Fragen, die aus der Notwendigkeit zur Sicherstellung des inländischen Importbedarfes sowie zur Aufrechterhaltung der Ausfuhrwege entstehen, alle nötigen Aufschlüsse promptest zu erteilen in der Lage ist.

1. / XI. 1914.

Wichtige Fragen im industriellen Permanenzkomitee.

Das Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung neuerlich mit der Frage der Bestellung geeigneter Personen für die Geschäftsaufsicht. Die Beratung im Permanenzkomitee führte zu dem Ergebnisse, daß wohl vieles für das deutsche System der Zweiteilung sprache, daß diese jedoch mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in Oesterreich nicht unbedingt anzustreben sei. In der Praxis kann es wohl den Gläubigern überlassen bleiben, in jenen Fällen, welche außer dem eigentlichen Geschäftsführer eine ehrenamtlich wirkende, die Oberleitung führende Aufsichtsperson erfordern, eine solche zu bestellen. Ein wichtiger Antrag des Kammerrats Artur Leinberger befaßte sich mit der Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Galizien und der Bukowina. Die in dieser Hinsicht zu treffenden Maßnahmen berühren das Interesse der gesamten österreichischen Kaufmannschaft und es wurde beschlossen, einen besonderen Ausschuss einzusetzen, der sich mit den einschlägigen Fragen, insbesondere im Hinblick auf den Gläubigerschutz, zu beschäftigen haben wird. Schließlich kamen noch verschiedene Verkehrsangelegenheiten zur Sprache, vor allem die Schwierigkeiten, welche mit den nachträglichen Verfügungen über nach oder aus Ostgalizien und der Bukowina verfrachtete Waren verknüpft sind. Das Permanenzkomitee wird sich bemühen, materiell und formell Erleichterungen zu erreichen. Gemäß einer aus kaufmännischen Kreisen gegebenen Anregung wird das Permanenzkomitee eine Eingabe an das Landesverteidigungsministerium richten, um eine mögliche Erstreckung des Termins zwischen der Musterung und der Einberufung landsturmpflichtiger Personen zu erwirken, um auf diese Weise zu ermöglichen, daß rechtzeitig Ersatz für qualifiziertes Personal geschaffen werden kann.

Der Krieg und der Arbeitsmarkt.

Der Weltkrieg war überall eine böse Ueber-
raschung für die wirtschaftlichen Kreise, und unter
dem ersten Eindruck wurden von einzelnen und
Korporationen vielfach Maßnahmen ausgeführt,
die sich dann als Ausfluß einer übermäßigen Angst-
lichkeit erwiesen. Als bald nach Kriegsausbruch
ging eine ganze Anzahl von Unternehmungen
mit Betriebsbeschränkungen vor, Arbeiter und An-
gestellte in großer Zahl wurden gekündigt und ent-
lassen. Erfreulicherweise änderte sich das Bild binnen
kurzem, und es ergab sich in nicht wenigen Branchen
die Möglichkeit, sie und da sogar die Notwendigkeit,
wieder neue Kräfte heranzuziehen und die Lücken in
der Arbeiterschaft, häufig sehr beschleunigt, auszu-
füllen; denn es bot sich Beschäftigung weit über die
vorhandenen Kräfte dar, so zwar, daß stellenweise sich
ein Arbeitermangel fühlbar machte. Es fehlte häufig
selbst an Arbeitern ohne spezielle Vorkenntnisse, Tag-
elohnern und insbesondere auch an qualifizierten Ar-
beitern. Namentlich in den für den Heeresbedarf be-
schäftigten und den damit zusammenhängenden zahl-
reichen Branchen reichen die Aufträge nicht selten über
die Grenze der Leistungsfähigkeit. Auf dem Arbeits-
markt überwiegt gegenwärtig in vielen Zweigen
die Nachfrage, die Zahl der Arbeitslosen hat sich in
den letzten Wochen zweifellos erheblich verringert;
zum Teil allerdings auch infolge der militärischen
Einberufungen. Relativ am ungünstigsten ist die
Situation für die Angestellten mit nicht manueller,
sondern mit mehr geistiger Berufsarbeit: Buchhalter,
Reisende, Provisionsagenten, Fabrikbeamte u. dgl.
wurden am intensivsten von Gehaltsreduktionen
betroffen oder haben ihre Posten gänzlich eingebüßt,
ohne in der Kriegszeit Ersatz finden zu können.
Auch die weibliche Arbeiterschaft der gleichen Kate-

gorie leidet gegenwärtig empfindlich durch Stellen-
losigkeit.

Von einer Persönlichkeit, die vermöge ihrer
Stellung genaueren Einblick in die Verhältnisse des
Arbeitsmarktes wie der gewerblichen und industriellen
Tätigkeit hat, geht uns die folgende Darstellung zu:

Der Einfluß des Weltkrieges auf die
Industrie ist noch zu unmittelbar, als daß man zu
einem halbwegs präzisen Urteil gelangen könnte.
Sicher ist aber jedenfalls, daß die Wirkungen auf die
heimische Industrie weitaus nicht so ein-
schneidend sind, als man im Beginn des
Krieges besürchten mußte. Es gibt vielmehr Indus-
trien, die überaus gut, ja fast über ihre Leistungs-
fähigkeit hinaus über Aufträge verfügen und die
daher Arbeiter suchen, um die übernommenen Be-
stellungen termingemäß fertigstellen zu können. Ja
das Maß der Beschäftigung vieler Betriebe, nament-
lich für den Armeebedarf, bleibt hauptsächlich von
der Lieferfähigkeit abhängig, die allerdings wieder
durch mannigfache Umstände bedingt ist, wie ins-
besondere, ob genügendes Rohmaterial für die Pro-
duktion vorhanden ist, dann wieder, ob man die
erforderlichen Hilfskräfte rasch genug beschaffen
kann. Es fehlen beispielsweise, um einzelne Arbeiter-
kategorien zu nennen, Eisendreher, Werkzeug-
schmiede. Daß die Textilindustrie jetzt be-
schäftigt ist, erklärt sich ebenfalls aus dem Umfang
der Heereslieferungen. Dagegen sind in weit weniger
günstiger Position die Seidenfabriken, aus-
gesprochen schlecht ist die Lage der Betriebe für
Luxusartikel. Auch die Handschuhfabriken
klagen über Beschäftigungsmangel, namentlich jene,
welche hauptsächlich für den Export nach Frankreich
und England gearbeitet haben. Uebrigens fehlt in
der Handschuhfabrikation vielfach das Rohmaterial:
Schaf- und Ziegenleder, das hauptsächlich vom
Balkan kommt, wo infolge der letzten Kriege die
Herstellung solcher Felle, da die Viehkultur ab-
genommen, sehr zurückgegangen ist. Ueber mangelnde
Beschäftigung klagen ferner die Damen-
konfektion und das Tapezierer-
gewerbe. Dagegen haben die Kürschner, die
vor dem Kriege wenig beschäftigt waren, viel Arbeit
erhalten durch Aufträge für Pelzgilets für den
Militärbedarf. Auch die Betriebe, die Zwisch her-
stellen, sind stark in Anspruch genommen für die
Lieferung von Decken, Zelten und Segelleinwand,
die aus diesem Stoffe erzeugt werden. Das Ban-
gewerbe mit den dazugehörigen Industrien liegt
daneben, nachdem gerade vor dem Kriegsausbruch
unverkennbare Anzeichen einer sich vorbereitenden
Besserung wahrzunehmen waren.

Im allgemeinen ist jedenfalls die ganz außer-
ordentliche Widerstandsfähigkeit der
österreichischen Industrie gegen die Kriegs-
urhilden hervorzuheben, ein erfreulicher Beweis
dafür, daß sie auf gesunden Grundlagen beruht.

* (Kriegshilfsorganisation für Gewerbetreibende.) Für heute abends wurde von der Handelspolitischen Kommission eine Sitzung der 4. Sektion einberufen mit der Tagesordnung: Kriegshilfsorganisation für Gewerbetreibende. Der Versammlung wird ein Bericht vorgelegt werden, der die Rückwirkungen der kriegerischen Ereignisse auf das Wirtschaftsleben bespricht und betont, daß viele Gewerbetreibende über die ihnen zur Verfügung stehenden Hilfsquellen nicht genügend informiert sind. Der Bericht zählt die vom Ministerium für öffentlichen Arbeiten, vom Handelsministerium, dem Lande Niederösterreich und der Handels- und Gewerbekammer zur Verfügung gestellten Beträge auf und verweist darauf, daß abgesehen von diesen Geldquellen, den Gewerbetreibenden auch in beschränktem Maße die normalen bankmäßigen Kredite, weiters die Niederösterreichische Kriegskreditbank und unter Umständen auch die Darlehenskassen zu Verfügung stehen. Die größten Mittel aber fließen den Gewerbetreibenden aus ihrer eigenen Kraft zu, aus den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und den Sparkassen. Welche bedeutenden Mittel durch die genossenschaftliche Selbsthilfe zur Verfügung stehen, beweist, daß die dem Allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Oesterreich angehörenden Genossenschaften im Jahre 1913 251.645.000 Kronen gewährten. Nach dem letzten Ausweise haben die in Betracht kommenden 128 Vereine von ihren Mitteln in Wien 13.707.863 Kronen und in Niederösterreich 12.713.557 Kronen nicht im Kreditgeschäfte verwendet, sondern in Wertpapieren, Realbesitz, bei Banken und sonstigen Instituten angelegt. Ferner kommen die Sparkassen in Betracht und außerdem hat das Ministerium des Innern für die Dauer der in der Kriegslage begründeten besonderen Verhältnisse den Sparkassen die Gewährung von Personalkrediten in einem über den Rahmen der bisherigen Vorschriften hinausgehenden Umfange gestattet und sie überdies ermächtigt, anerkannte Forderungen gegen den Staat, das Land, Bezirk und Gemeinden zessionsweise zu übernehmen. Stehen hiedurch schon sehr große Mittel den Gewerbetreibenden zur Verfügung, werden diese noch in weit höherem Maße durch die Widmung der Gemeinde Wien an den Kreditverein der Zentralsparkasse in der Höhe von 1 Million Kronen verstärkt. Der Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien gewährt Wiener Handels- und Gewerbetreibenden Kredite von 500 bis 30.000 Kronen gegen Eskompte oder Belehnung von Wechslern. Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß der bereits bestehende Apparat jedenfalls ein sehr umfangreicher ist und daß alle jene Gewerbetreibenden, welche überhaupt ihren Geschäftsbetrieb auf einer gesunden Grundlage errichtet haben und führen, trotz des Krieges sehr wohl in der Lage sein dürften, die vorübergehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Es ist sehr wünschenswert, daß eine Zentralstelle ins Leben gerufen würde, bei welcher sich die Gewerbetreibenden Rat holen können, um sich über die zweckmäßigen Mittel der Kreditbeschaffung zu informieren. Mit Rücksicht auf die weitgehende Zersplitterung der Kreditquellen, hält es die Handelspolitische Kommission für wünschenswert, daß eine Art Evidenzzentrale für die an Gewerbetreibende gewährten Darlehen und Unterstützungen geschaffen würde, deren Aufgabe es wäre, die von den angeschlossenen Stellen gewährten Kredite in übersichtlicher Weise in Vormerkung zu nehmen. Die Handelspolitische Kommission stellt daher den Antrag, daß unverzüglich die Schaffung eines Kredit-Informationsbureaus in Verbindung mit einer Evidenzzentrale für Gewerbetreibende in Angriff genommen werde. Die Handelspolitische Kommission hält es auch für wünschenswert, daß in Verbindung mit der individuellen Auskunftserteilung über die vorhandenen Kreditquellen eine wirtschaftliche Beratung und Belehrung der Gewerbetreibenden Platz greife. Die Aufgaben, welche sich der individuellen Beratung der Gewerbetreibenden über die Behebung der Kredit-schwierigkeiten hinaus bieten, erstrecken sich auf alle die zahlreichen Fragen, welche das Leben eines jeden in der Produktion Tätigen mit Sorge erfüllen. Es gehören also hierher die Beratung über die Beschaffung von Rohmaterialien, die Behebung von Personalschwierigkeiten, die Vorsorge für die Zahlung des Mietzinses der Betriebsstätten, die Beratung bei Anschaffung von neuen Arbeitsbehelfen, Auffindung von Absatzgelegenheiten, Vermittlung von öffentlichen Lieferungen, Belehnung von Lagerware für den Export u. a. m. Die neue Stelle hingegen hätte auch die wichtige Aufgabe, aus eigener Initiative an die Gewerbetreibenden und deren Organisation heranzutreten. Es wird daher beantragt, daß die Handelspolitische Kommission ehestens die Errichtung eines Auskunftsdienstes für Gewerbetreibende in Angriff nehme.

Eine Aktion der kommerziellen Korporationen in Wien.

Erweiterung des Auskunftsdienstes der Handelskammer. — Warenbeschaffung und Absatzverkehr.

Gemäß dem vom Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel aufgestellten Programm fand am 3. d. eine Besprechung der Delegierten der kommerziellen Korporationen Wiens statt, und zwar waren für die Handels- und Gewerbekammer Kammererrat Stephan Robitzel und Kammersekretär Dr. Bistor, für den Verband der Exporteure Direktor Lemberger (von Schweiger u. Co.), für den Wiener Kaufmännischen Verein Kommerzialrat Rosenberg, für das Gremium der Handelsagenten Dr. Friedmann und für den Verein Reisender Kaufleute Vizepräsident Epstein erschienen.

In dieser Konferenz wurde eine Erweiterung des Auskunftsdienstes der Handelskammer, den diese durch ihre Export- und Zollabteilung und ihr juristisches Bureau besorgt, beschlossen. Dieser Dienst erstreckt sich heute bereits auf alle Fragen des Außenhandels und die durch den Krieg besonders aktuell gewordenen Fragen der Aus- und Durchführverbote, das Moratorium, Zahlungsverbote u. Nunmehr soll sich die Kammer auch damit befassen, der Kaufmannschaft und den Konsumenten bei der Beschaffung von Rohmaterial und Halbfabrikaten an die Hand zu gehen. Infolge des Krieges steht der Handel naturgemäß weitgehend geänderten Verhältnissen und grundlegend beeinflussten Bezugsmöglichkeiten gegenüber, und es muß daher ge-

trachtet werden, in tunlichst weitgehendem Maße alle Bezugsquellen des Inlandes zu verwerfen und hiebei gegebenenfalls auch kleine, irgendwo versteckte, vielleicht von den Eignern nicht berücksichtigte Mengen von Roh- und Halbprodukten heranzuziehen. So hat es sich beispielsweise gezeigt, daß in gewissen Alpengegenden große Welle beschafft werden konnte, die gerade unter den jetzigen Verhältnissen gute Verwertung für die Erzeugung von Winterausrüstungsgegenständen findet. Als Verkäufer verschiedener Materialien kommen vielfach jene Unternehmungen in Betracht, die ihren Betrieb ganz oder teilweise eingestellt haben und daher geneigt sind, derzeit für sie unverwendbare Roh- und Halbfabrikate abzustößen.

Über auch der Ausfindigmachung von Ersatzstoffen wird weitgehende Aufmerksamkeit zuzuwenden sein. Weiter wird mit den heimischen Exporteuren ein Einvernehmen herzustellen sein, um Ware, die sie wegen Sperrung des Auslandsverkehrs nicht exportieren können, bei den heimischen Konsumenten oder solchen in neutralen Staaten abzusetzen. Nach Ausdehnung ihres Auskunftsdienstes in dem hier erwähnten Sinne wird die Kammer sonach auch als Evidenzstelle für den Binnenhandel bestimmter Waren fungieren.

Bei ihr sind für den Absatz geeignete Quanten anzumelden, während im Wege der Verlautbarung an die kaufmännischen Körperschaften sowie durch die Tages- und Fachpresse Käufer ausfindig gemacht werden sollen.

Die Organisation wird sich unter Umständen auch der Kriegsdarlehenskasse für den Vertrieb befehnter Waren im Interesse des rascheren Absatzes zur Verfügung stellen.

Die zu der Konferenz erschienenen Vertreter der verschiedenen Korporationen erklärten, daß sie auch persönlich für Rat und Mitarbeit zur Verfügung stehen. Vor allem der Verein Reisender Kaufleute und das Gremium der Handelsagenten begrüßten die Aktion, weil sich hiebei auch für ihre Mitglieder ein aussichtsreiches Feld der Betätigung gerade während der Kriegszeit eröffnen dürfte.

Der Warenverkehr zwischen Oesterreich und Ungarn.

Heute werden die Ziffern über den Zwischenverkehr zwischen Oesterreich und Ungarn im September veröffentlicht. Auch im Warenaustausch zwischen Oesterreich und Ungarn ist durch den Krieg und die im September zum Teil noch bestehende Verkehrsstockung ein Ausfall hervorgerufen worden. Unsere Einfuhr nach Ungarn war mit rund 97 Millionen, um fast 46 Millionen geringer, die Ausfuhr nach Ungarn ist zirka 78 Millionen um 64 Millionen niedriger, so daß sich ein Einfuhrüberschuß von 18,4 Millionen ergibt. Beim Import zeigt sich in erster Linie bei Getreide und Mehl ein Rückgang, und zwar von 15,4, beziehungsweise 5,9 Millionen Kronen. In der Ausfuhr ist der stärkste Ausfall bei Baumwollwaren (12,9 Millionen Kronen), Wollwaren (6,9 Millionen Kronen) und Maschinen (11,3 Millionen Kronen) zu verzeichnen. Die provisorische Handelsbilanz seit Jahresbeginn bis einschließlich September 1914 ergibt für Oesterreich nur ein Aktivum von 933 Millionen Kronen gegenüber einem solchen von rund 150 Millionen in der gleichen Periode des Vorjahres, da der Einfuhrwert um 57,8 Millionen Kronen, der Ausfuhrwert nach Ungarn um 114 Millionen geringer geworden ist.

8. 7. 1914.

42

* Die Gewerbetreibenden und der Krieg. Der christlich-soziale Wählerverein auf der Wieden hielt am Montag in Pellsers Gastwirtschaft (früher Gubner), Wien, 4. Bezirk, Allee-gasse, eine Versammlung ab, die sehr zahlreich besucht war und der auch viele Mandatäre beigewohnt haben. Hr. Breuer sprach unter oftmaligem lebhaften Beifall über die Lage der Gewerbetreibenden, kritisierte die fremdländische Modetorheiten namentlich der oberen Zehntausende und sagte: „So wie einst die Gräfin Sonthaus für die Aristokratie beispielgebend gewirkt hat, indem sie die Spitzenklöppelei im Erzgebirge förderte und diese Erzeugnisse selbst trug, so rufe er heute, in dieser schweren Kriegszeit, den Aristokraten zu: Tretet ein für Oesterreichs Gewerbe, laffet die Kleinigkeiten bei Seite, erkennet die Not der Zeit und unterstützet das vaterländische Gewerbe, namentlich jetzt, zur kommenden Weihnachtszeit!“ (Lebhafter Beifall.) Hr. Banasch mißbilligte das Vorgehen mancher Milliquäre, die ihre Betriebe oft unnuß sperrten und so direkt dem Arbeitslosenleid Tür und Tor öffneten. (Beifall.) Eine besondere Fürsorgeaktion des Bürgermeisters erblickte Redner darin, daß die Verfügung getroffen wurde, dem maßlosen Zuzug galizischer Flüchtlinge nach Wien Einhalt zu tun und dieselben auf die andern, größeren Städte zu verteilen, was die Regierung auch durchgeführt habe. Ansiedelung zahlreicher jüdischer Gewerbetreibender, Metzger und Metzgerei in Wien und ihr Versuch, sich hier selbstständig zu machen, habe auch den Beschluß des Bürgermeisters gezeitigt, gegenwärtig keinen Gewerbebescheinigung auszugeben. (Großer Beifall.) In herzlich warmen Worten gedachte Redner der christlichen Presse, der in der Kriegszeit erhöhtes Augenmerk zugewendet werden müsse. Die unverschämte Hebe in den Judenblättern gegen den katholischen Klerus habe gezeigt, daß sich diese Presse verschiedenes erlauben darf, was der christlichen Presse nicht gestattet ist. Trotz der Predigt von der konfessionellen Einigkeit haben es die Zeitungen verschiedener Richtungen nicht unterlassen, bei jeder Gelegenheit auf die Christen hinzuhauen. (Beifall und Zustimmung.) Nachdem Redner noch für die Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide durch die Regierung eintret, wurde die interessante Versammlung geschlossen.

(Materialbeschaffung für Industrie und Handel.) Bei der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer, Wien, 1. Bezirk, Stubenring Nr. 8 bis 10 (Exportabteilung), wurde Bedarf in nachstehenden Artikeln angemeldet: Hüttenaluminium mit 98 bis 99 Prozent Aluminiumgehalt; Elektrolyt-Fluor in Blöcken für Gießereizwecke, Aluminiumschmelze, herrührend von Blechen und Stangen, mit 98 bis 99 Prozent Aluminiumgehalt; Blei in Stangen und Barren, Quebrachoextrakt, Knoppern, amerikanisches Zylinderöl und roter Phosphor. Firmen, welche in der Lage sind, die oben erwähnten Artikel abzugeben, wollen sich mit Offerten an die Exportabteilung (Materialbeschaffungsdienst) unter Zahl 47915 wenden, die sie unverzüglich und kostenlos an die Interessenten weiterleiten wird.

Säuberung im Großgewerbe.

Die Ausländerei im Geschäftswesen gründlich auszurotten, dafür dürfte kein Zeitpunkt geeigneter sein als die jetzigen Tage. Einen vortrefflichen Anfang, das öffentliche Gewissen aufzurütteln, haben die deutschen Militärbehörden in den Reichslanden mit ihren bekannten Erlassen gemacht. Soll aber auf die Dauer Wandel geschaffen werden, so müssen sich alle reichstreuen Elemente zur Hilfe bereit stellen. Neben den Behörden finden auch Banken und Kaufleute Gelegenheit zu nationaler Betätigung.

Besonderen Anstoß erregt es, wenn große gewerbliche Unternehmungen, die in Deutschland ihre Betriebe haben, aus deutscher Arbeit ihre Erträgnisse erwirtschaften und ihre Dividenden verteilen, noch immer sich mit einem ausländischen Mantel zu umhüllen erdreisten. Nicht selten stehen derartige Unternehmungen in engster Verbindung mit angesehenen deutschen Bankinstituten, häufig gehören Finanzmänner mit gutem deutschen Namen den Verwaltungsräten, deutsche Kaufleute und Techniker den Vorständen an. Aufgabe dieser Personen ist es, hier aufzuräumen und, wo sie etwa auf den Widerstand ausländischer, jetzt feindlicher Interessenten stoßen, die Hilfe der Behörden nachzusuchen.

Ein Beispiel für derartige Verhältnisse bietet der in den jüngsten Tagen ausgegebene Geschäftsbericht der

Vereinigten Stahlwerke Burbach-Eich-Düdelingen.

Dieses Unternehmen, welches im Jahre 1911 aus der großen Burbacher Hütte hervorging und sich die kleineren Betriebe in Eich und Düdelingen angliederte, betont geschildert den ausländischen Charakter seiner Interessenten. Ueberwiegt nun tatsächlich das belgisch-französische Interesse, so ist es geboten, die Gesellschaft unter Staatsaufsicht zu stellen. Ist das Gegenteil der Fall, so haben Vorstand und Verwaltung sich der deutschen Sprache zu befleißigen. Was soll man dazu sagen, wenn in dem Bericht von den Werken zu Sarrebrud statt Saarbrücken, zu Dudelange statt Düdelingen, zu Dommelange statt Dommelangen gesprochen wird, wenn die deutsche Wehrsteuer in der Bilanz als „Impôt spécial allemand“ eingestellt ist und wenn neben der Marx-Rechnung auch noch die gleichen Summen in Franken-Rechnung aufgeführt werden. Der Gesellschaftsitz ist dem Namen nach zwar Düdelingen im Luxemburgischen, dies ist aber kein Grund, um den Bericht in französischer Sprache abzufassen, denn die Hauptwerke befinden sich im Rheinland, ebenso wie der Eschweiler Bergwerksverein, dessen Betriebe mit Burbach-Eich-Düdelingen unter deren Dividendengarantie in Interessengemeinschaft arbeiten. Zur Personalcharakteristik der „Acieries réunies“ mögen folgende Namen dienen, deren Träger kürzlich auch in den Aufsichtsrat des Eschweiler Bergwerksvereins eingetreten sind, nämlich Léon Metz, Norbert De Gallais, Adolphe Fiane, George Dewandre, Gaston Barbançon, René Müller. Auffälligerweise ist der vom 30. Oktober 1914 datierte Rechenschaftsbericht der „Vereinigten Stahlwerke Burbach-Eich-Düdelingen“ weder von einem Mitglied des Vorstandes noch des Aufsichtsrats unterzeichnet. Das gleiche gilt von der Bilanz und dem Gewinn- und Verlustkonto.

Ein anderes im französischen Sinne geleitetes Unternehmen, mit dem wir uns bereits am 1. d. M. beschäftigten, ist die

Ersteiner Kammgarnspinnerei.

Wie uns aus Straßburg geschrieben wird, wurde diese Fabrik früher von zwei Elässern geleitet, von denen der eine, Herr Reichard der Ältere, bis zu seinem Tode im Jahre 1887 eine ausgesprochen deutsch-freundliche Gesinnung betätigte. Seit 1889 steht aber an der Spitze der

Filature de laine peignée d'Erstein

ein National-Franzose, ein Monsieur Remy Albert, der von Roubaix hergeholt wurde. Dieser Herr Albert hat es in den langen Jahren seines Verweilens im Elsaß, und obgleich die Fabrik fast ausschließlich nach Sachsen und dem Rheinlande ihre Gespinste liefert, hierunter auch die „selbarauen“ für Militärstühle, es nicht der Mühe wert gefunden, nur einen Satz in fliegender Deutsch sprechen oder schreiben zu lernen. Stets bediente er sich sowohl mit seinem Personal als auch im sonstigen Verkehr ausschließlich der französischen Sprache und trug selbstverständlich dazu bei, diese in allen Kreisen der Ersteiner Bevölkerung auszubreiten, selbst in Schichten, die sich früher nur des Elsäßer Dialekts bedienten. Ein persönlicher Verkehr des Herrn Albert mit seinen Arbeitern, dem größten Teile der doch nicht fertig Französisch sprechenden Fabrikmeister, war dadurch ausgeschlossen, aber letztere suchten, um sich mit dem Vorgesetzten verständigen zu können, nach Möglichkeit Französisch sprechen zu lernen. Wie sehr ein solcher französischer Einfluß im Verlaufe von Jahrzehnten der Verbreitung des Deutschums hinderlich, dem Hinüberneigen nach Frankreich förderlich ist, liegt bei einer Arbeiterschaft von etwa 1200 Mann auf der Hand.

Als seinerzeit der frühere Statthalter, Graf Wedel, vor Jahren viele Fabriken, unter anderen auch die Ersteiner Kammgarnspinnerei, besichtigte, war er so lebenswürdig, mit jenem Herrn Albert die Unterhaltung, die von dessen Seite in deutscher Sprache unmöglich gewesen wäre, französisch zu führen. Gewiß ein großes Entgegenkommen in einem Orte, wo Deutsch die Landessprache ist und gegenüber einem Franzosen, der damals schon weit über zehn Jahre in seiner Stellung war. Man denke sich nur einmal den gleichen Fall auf Reims oder Roubaix angewendet, ob dort wohl der Präsekt mit dem ersten Direktor (nicht etwa Besitzer) einer französischen Fabrik Deutsch gesprochen hätte?

Daß besagter Herr Albert, trotzdem er persönlich die regsten Beziehungen zu seinem Heimatlande unterhielt und nie dem Deutschum nähergetreten ist, dennoch nach dem Kriegsausbruch in seiner einflußreichen Stellung bleiben durfte, beweist wohl eine selten großmütige Nachsicht von Seiten der deutschen Regierung hier im Grenzlande, ganz nahe einer etwaigen Zernierungslinie Straßburgs, und steht in großem Gegensatz zu dem rücksichtslosen Vorgehen der französischen Regierung gegen deutsche Fabrikleiter in Frankreich.

18/11. 1914.

Das Permanenzkomitee für Industrie Handel und Gewerbe.

Diskussion und Anregungen über Tagesfragen.

Die gestrige Sitzung des Permanenzkomitees beschäftigte sich mit seiner endgültigen Stellungnahme zur neuen Moratoriumsverordnung und wählte für die heute im Justizministerium stattfindende interministerielle Besprechung über Fragen des Moratoriums Delegierte, welchen für ihr Verhalten hierbei noch weitere Informationen erteilt wurden.

Ueber Anregung des Niederösterreichischen Gewerbevereines beschloß das Permanenzkomitee, an die zuständigen staatlichen Zentralstellen das Ersuchen zu stellen, nach dem Vorbilde der Gemeinde Wien auch den staatlichen Kontrahenten die erliegenden Badien und Kautionen freizugeben. Damit sie auf Grund dieser Rücklässe die Kriegsanleihe in erhöhtem Maße zeichnen können. Sollte eine vollständige Freigabe nicht durchführbar sein, so sollte zumindestens über Ansuchen des Kautionsstellers die Lombardierung der von ihm hinterlegten Werte zugelassen und die Zeichnung der Darlehenssumme für Rechnung des Kautionsstellers auf die Kriegsanleihe ermöglicht werden, wobei selbstverständlich die zugewiesenen Stücke der Kriegsanleihe weiterhin dem Kautionszweck zu dienen hätten.

Ferner beschloß das Permanenzkomitee, einen an anderer Stelle befindlichen Aufruf zur möglichst großen Zeichnung der Kriegsanleihe an Handel, Industrie und Gewerbe ergehen zu lassen.

Nach einem in Berlin bereits mit großem Erfolg beobachteten Vorgang sollen einem weiteren Antrag des Permanenzkomitees gemäß die in Wien befindlichen Eisenbahnzollämter ermächtigt werden, die Ausführfähigkeit der in Wien ausgegebenen Waren mit Rücksicht auf die bestehenden Ausführverbote amtlich zu konstatieren.

Da das Permanenzkomitee seine wiederholt betriebene Aktion wegen Beschleunigung der Ausfuhrbewilligungen und sonstiger damit zusammenhängender amtlicher Verfügungen durch eine neuerliche Eingabe fortzusetzen beabsichtigt und neben den bereits vorliegenden Beschwerden hierbei noch weitere Fakten als Unterlage der Eingabe von Bedeutung wären, ersucht es sämtliche angeschlossenen Korporationen um möglichst schnelle Bekanntgabe von zugehörigen Fällen.

Eine Mitteilung, daß den Anträgen des Permanenzkomitees in bezug auf die Bestellung von Geschäftsaufsichtspersonen und die Anordnung der Geschäftsaufsicht seitens des Justizministeriums durch einen an alle Oberlandesgerichtspräsidien gerichteten Erlaß Rechnung getragen wurde, nahm das Permanenzkomitee mit großer Befriedigung zur Kenntnis.

(Wiener Handelskammer.) Die Niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer hielt gestern eine öffentliche Plenarsitzung ab. Der Präsident Herrenhausmitglied Paul Ritter v. Schoeller widmete in einer längeren Ansprache zunächst dem verstorbenen Mitgliede der Kammer, Generaldirektor Dr. James Lang, einen überaus warmen Nachruf. Ein weiterer Verlust traf die Kammer durch den Singang ihres korrespondierenden Mitgliedes, Präsidenten der Reichenberger Handelskammer Herrenhausmitgliedes Alois Neumann, dessen Tätigkeit insbesondere in der handelspolitischen Zentralstelle und im Industrierate bei Vorbereitung des letzten Zolltarifes und der neuen Handelsverträge unvergeßlich bleiben wird. Schließlich gedenkt der Präsident mit ehrenden Worten des dahingeshiedenen korrespondierenden Mitgliedes der Kammer kaiserlichen Rates Heinrich Trnler. Präsident v. Schoeller richtete sodann an die Mitglieder der Kammer sowie an die von dieser vertretenen Kreise und Organisationen den dringenden Appell, sich an der Zeichnung der Kriegsanleihe zu beteiligen, und machte die Mitteilung, daß über Anregung des Kammerpräsidiums von der Verwaltung des Pensionsfonds der Kammer beschlossen wurde, für eine Million Kronen nominale Schatzscheine der Kriegsanleihe zu zeichnen.

(Beifall.) Der Redner gedachte sodann der Tätigkeit des Permanenzkomitees für Industrie, Gewerbe und Handel, der Errichtung der Kriegsdarlehenskasse und der Kriegskreditbank. Das Aktienkapital der letzteren, das ursprünglich mit 6 Millionen Kronen angelegt worden war, wurde infolge der eingelangten Ueberzeichnungen auf 6½ Millionen Kronen erhöht. Drei Millionen des Kapitals wurden von den Wiener Banken übernommen, während 3½ Millionen Kronen durch Zeichnungen aus den Kreisen der Industrie und des Handels aufgebracht wurden. Ein ausgedehntes Feld der Betätigung erwuchs der Kammer auf dem Gebiete der Moratoriumsfragen. Die mit dem Einigungsamt der Kammer während der verhältnismäßig kurzen Dauer seines Bestandes gemachten Erfahrungen sind überraschend günstige. Ihre besondere Aufmerksamkeit widmete ferner die Kammer dem von Frankreich und Großbritannien eingeleiteten Handelskrieg und den im Inlande erforderlichen Retarationsmaßnahmen. Zur Sicherstellung der Ersahansprüche an das feindliche Ausland leitete die Kammer eine besondere Aktion ein. Speziell zu Anfang des Krieges hat ein Großteil der Zeitungen in neutralen Staaten gegenüber Oesterreich-Ungarn und Deutschland eine unfreundliche Haltung eingenommen, die allerdings derzeit zum Teil etwas gemildert ist. Zum Zwecke der Aufklärung hat die Kammer den am das neutrale Ausland exportierenden Firmen Niederösterreichs Berichte über die Waffenerfolge von Oesterreich-Ungarn in sieben Sprachen mit der Bitte zur Verfügung gestellt, damit sie diese ihrer Kundschaft zur Kenntnis bringen. Der Umfang dieser Tätigkeit wird am besten durch die Tatsache gekennzeichnet, daß den heimischen Firmen auf ihr Ersuchen über 80.000 Exemplare jener Berichte übergeben wurden. — Ein Antrag von Kammerat Stinigl beschäftigte sich mit dem Abbau des Moratoriums. Es wurde vorgeschlagen, daß der Abbau in derselben Weise und in demselben Tempo wie in der ungarischen Reichshälfte erfolge, daß im Verordnungswege bestimmt werde, daß sämtliche Indossanten eines Akzepts ohne Protest im Obligo bleiben, und daß der Abbau des Moratoriums ohne Unterschied, ob es sich um Wechsel oder offene Forderungen handelt, in Monatsraten von höchstens 10 Prozent erfolge. Es wird der Antrag gestellt, diese Vorschläge im Permanenzkomitee zur Verhandlung zu bringen. Im Uebergange zur Tagesordnung genehmigte die Kammer den Kammervoranschlag für das Jahr 1915, nahm eine Reihe von Wahlen vor und bewilligte zahlreiche Subventionen.

*Die österreichische Industrie ruft aus
im Kampf!*

stand, ihre Produktion umzugestalten und sich ebenfalls für Kriegslieferungen einzurichten. Für diese improvisierten Kriegsindustrien bedeutet der Krieg wohl keine Konjunktur, doch ist ihnen die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Betriebe und eines langen Durchhaltens, wenn auch ohne Nutzen, gegeben. Jenen Industrien, die nicht für den Krieg arbeiten, noch sich für dessen Bedürfnisse einrichten konnten und auf den Massenkonsum der inländischen Bevölkerung angewiesen sind, oblag die schwere Aufgabe, sich den wesentlich veränderten Konsum- und Kreditverhältnissen anzupassen. In diesen Reihen ist manches Opfer der heutigen Verhältnisse zu finden. Aber immerhin hat sich auch hier gezeigt, daß die Befürchtungen übertrieben und die Konsumkraft weiter Schichten der Bevölkerung denn doch nicht so geschwächt wurde, als ursprünglich befürchtet. Wir können getrost behaupten, daß das sich bei uns darbietende Gesamtbild sich erfreulich unterscheidet von jenen lägenhaften Ausstreunungen, die wir in den Blättern unserer Feinde und teilweise der neutralen Staaten über unsern Wirtschaftszustand finden. Die Wirtschaft des Staates funktioniert normal und die österreichische Industrie hat sich den veränderten Verhältnissen vollkommen angepaßt. Wie die Armee ausharrt und ausharren wird bis zum letzten Blutstropfen, bis die sicher zu erwartende Stunde des Sieges gekommen, wie die Armee in völliger Aufopferung jeden faulen Frieden von sich weisen wird, so ruft die Industrie heute unsern Brüdern im Felde zu, daß sie sich völlig eins weiß im Gedanken mit der Armee; wir stehen hinter euch, wir wollen und werden die Wirtschaft des Staates und des Volkes aufrecht erhalten, und sei es mit den größten Opfern. Die Industrie wird niemals nach einem vorzeitigen Frieden rufen, auch für sie besteht der Wunsch und die Pflicht des Ausharens, bis der Sieg unser ist, denn die österreichische Industrie steht und fällt mit dem Siege oder Unterliegen unsrer Waffen. Die österreichische Industrie ist sich voll bewußt der Schwere der jetzigen Zeit, aber deshalb muß erst recht laut und vernehmlich gesagt werden, wir wollen und werden durchhalten, wir wollen arbeiten, streben und die Wirtschaft und unsre Betriebe aufrecht erhalten, unsern Arbeitern Beschäftigung und der Bevölkerung die Möglichkeit der Befriedigung ihrer Bedürfnisse geben, bis unsre Brüder im Felde gesiegt haben. Wir wollen ihnen heute zurufen: Ihr kämpft für eine Bevölkerung, die wohl mit Ernst

Bei der Deutschen Regierung
in Wien
am 22. November 1914
Die Deutsche Regierung
in Wien
am 22. November 1914

Gemeinschaft mit der tapferen Allianz des verbündeten Deutschen Reiches unsre heiligsten Güter verteidigt. Der harte Kampf wird siegreich enden, unsre Monarchie aus diesem Kriege mit größerer politischer und wirtschaftlicher Macht und feher denn je gestärkt hervorgehen. Unbeeinträchtigt von den unvermeidlichen Schwankungen des Kriegsglückes, bleibt die österreichische Industrie mit vollem Vertrauen in die Zukunft. Im ersten bellenden Ansturm der Ereignisse schienen Industrie und Handel ins Stoden zu geraten, die weitere Entwicklung hat aber überzeugend dargetan, auf welcher gesunden Grundlage sich unsre Volkswirtschaft aufbaut und welche Widerstandskraft ihr innewohnt. Das Selbstvertrauen ist gewachsen überall äußert sich der feste Wille, sich durchzusetzen, und deshalb sind wir gewiß, daß der Aufruf, der in diesen Tagen an die Völker der Monarchie erging, neben der militärischen auch die finanzielle Kraft des Kaiserreiches glänzend erweisen wird. Wir fühlen uns auch für eine lange Kriegsdauer gewappnet, um den hohen Preis eines günstigen und bleibenden Friedens zu erringen. Gemäß dem Wahlspuche unsres erhabenen Herrschers werden alle Berufsgruppen fest zusammenstehen und sich den Anforderungen der großen, ersten Zeit anpassen. Wett-eifernd mit allen, wird auch die Industrie opferfreudig für Kaiser und Reich das Höchste leisten, dessen Ver-einzeln sie fähig ist. So wird unter dem Schutze des Hauses Habsburg ein neues Zeitalter anbrechen, in dem die friedliche Arbeit des Bürgers die geschlagenen Wunden heilen und der Weg zum neuen Aufstieg und zu größerem Wohlstand frei wird!

Hierauf ergreift Vizepräsident Dr. Heinrich Fries das Wort und schlägt die einstimmige Annahme der Resolution vor.

Sektionschef Dr. Brosche bringt hierauf, nachdem die Versammlung der Anregung durch lebhaften Beifall zugestimmt hat, die Resolution zur Abstimmung, welche einstimmig angenommen wird. (Lebhafter Beifall.)

Sektionschef Brosche bittet um die Ermächtigung, im Anschluß an die heutige Versammlung ein Guldigungs-Telegramm der österreichischen Industrie an den Kaiser sowie Grüße der österreichischen Industrie an unsern Armeekommandanten Erzherzog Friedrich und ein Guldigungs-Telegramm an den erhabenen Verbündeten Kaiser Wilhelm II. im Namen der österreichischen Industrie richten zu dürfen.

Nachdem diese Anregung die stürmische Zustimmung der Anwesenden gefunden hat, schließt Sektionschef Dr. Brosche die Versammlung.

**Verlängerung der Mandatsdauer der Mitglieder
der Handelskammern.**

Wien, 23. November.

Gemäß § 6 des Gesetzes vom 29. Juni 1868, betreffend die Organisation der Handels- und Gewerbekammern, werden die wirklichen Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern auf sechs Jahre gewählt. Nach Ablauf von drei Jahren tritt am 31. Dezember die Hälfte der Mitglieder nach der Reihenfolge ihres Dienstalters aus und wird durch Neuwahlen ersetzt. Im Jahre 1914 sollten demzufolge wieder Ergänzungswahlen in die Handels- und Gewerbekammern stattfinden. Die Vorbereitungen hierzu waren bereits getroffen, mussten aber eingestellt werden, weil die kriegerischen Ereignisse eine ordnungsmäßige Durchführung der Vorarbeiten (Anlage der Wahllisten, Durchführung des Reklamationsverfahrens usw.) sowie die Ergänzungswahlen zu dem gesetzlich statuierten Termine (31. Dezember 1914) unmöglich erscheinen ließen. Die von den Kammern fortlaufend wahrzunehmenden Interessen von Produktion und Handel, welche angesichts der Kriegslage eine besondere Vorsorge erheischen, legten der Regierung die Verpflichtung auf, einer Unterbrechung der Beschlussfähigkeit dieser Körperschaften vorzubeugen und eine auf vollzähliger Zusammensetzung der Kammern beruhende Tätigkeit derselben auch nach dem 31. Dezember 1914 sicherzustellen. Diesen Erwägungen trägt eine morgen zur Veröffentlichung gelangende kaiserliche Verordnung, laut welcher die Funktionsdauer der am 31. Dezember 1914 auscheidenden, wirklichen Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern bis 31. Dezember 1915 verlängert wurde, Rechnung. Die Dauer der Mandatsverlängerung wurde mit Rücksicht auf die Bestimmung des § 6 des Kammergesetzes, welche als Termin für den Ablauf der Kammermandate den 31. Dezember festsetzt, mit einem Jahre bestimmt.

Generalversammlung des Bundes Oesterreichischer Industrieller.

Wien, 23. November.

Die diesjährige, Sonntag den 22. d., abgehaltene Generalversammlung des Bundes Oesterreichischer Industrieller hatte mit Rücksicht auf die Samstag veranstaltete große Kundgebung der österreichischen Industrie einen mehr formellen Charakter. Es waren zu derselben nur die Mitglieder des Bundes geladen, welche überaus zahlreich erschienen waren. Fast sämtliche 32 Sektionen des Bundes waren durch ihre Obmänner und Referenten vertreten. Der Vorsitzende, Präsident Kommerzialrat Heinrich Better, erinnerte in seinen einleitenden Worten an die große Kundgebung der Industrie, in welcher klar und mit vollem Bewußtsein zum Ausdruck gebracht wurde, daß die österreichische Industrie sich vor jedem Pessimismus hüten solle. Wenn wir daran denken, was unsere Soldaten, unsere Brüder, unsere Söhne, unsere Beamten und Arbeiter derzeit im Felde zu leisten haben, müssen wir wirklich sagen, daß derjenige Industrielle, der zu Hause vielleicht unter gewissen großen persönlichen Bedrückungen und Hindernissen, die der Aufrechterhaltung seines Betriebes entgegenstehen, zu leiden hat, noch lange kein Recht hat, zu klagen, sondern vielmehr darauf bedacht sein muß, mit allen Mitteln sich selbst aufzurichten zum Wohle seines Betriebes und zum Wohle der gesamten Volkswirtschaft.

Präsident Better spricht die Hoffnung aus, daß die großen Blutopfer einerseits, andererseits die großen Lasten im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, welche die Industrie zu tragen hat, ihr den Anspruch verschafft, in Zukunft bei der Regelung der sie berührenden Fragen mitzureden zu können und auch gehört zu werden. Zum Schlusse spricht er den Wunsch aus, daß wir in der nächsten Generalversammlung nach erreichtem Frieden auf eine günstige Entwicklung unserer gesamten Volkswirtschaft, insbesondere aber der Industrie, zurückblicken können und die Wunden, die jetzt der Gesamtheit und jedem einzelnen geschlagen werden, zur Heilung kommen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Vizepräsident Dr. Singer erstattete sodann den Kassenbericht, welcher ebenso wie der von Herrn Eduard Spohn vorgelegte Bericht der Revisoren genehmigend zur Kenntnis genommen wurde. Bei den folgenden Wahlen wurden die ausscheidenden Mitglieder des Präsidiums, respektive Zentralausschusses, und zwar: Vizepräsident Dr. S. M. Singer, Viktor Brausewetter, Friedrich Déri, Richard Elbogen, Hugo Fischer v. Rösslerstamm, Ingenieur Josef Kurz, Professor Dr. Julius Landesberger, Generaldirektor Ludwig August Lohmstein, Emil Mayer, Alois Regenhart, Direktor Karl Stögermayer, Dr. Otto Torsch und Josef Weinecl wieder, und Herr Dr. Friedrich Elbogen, Mitbesitzer der Firma Seligman Elbogen, Prag, neu in den Zentralausschuß gewählt.

Ingenieur Brausewetter dankte namens der gesamten Mitgliedschaft des Bundes der Bundesleitung für die opfervolle, unermüdete Tätigkeit, der es die Industrie mit zu danken hat, wenn in diesen schwierigen Zeiten unser Wirtschaftsleben in ungebrochener Kraft aufrechterhalten geblieben ist. Die Worte des Ingenieurs Brausewetter lösten in der Versammlung begeisterte Zustimmung aus.

Zum Worte meldete sich kaiserlicher Rat Oskar Berl, welcher die Anregung gibt, daß die Oesterreichisch-ungarische Bank, um der mittleren und Kleinindustrie die Beteiligung an der Kriegsanleihe zu erleichtern, schon heute eine kulantende Lombardierung der Schatzscheine nach Ablauf des Jahres 1915 zusichere. Fortführend, bespricht kaiserlicher Rat Berl die durch die Schwierigkeit der Zufuhr geschaffene Situation hinsichtlich der Kohlenversorgung Wien.

Nachdem Präsident Better sich eine Konkretisierung der Vorschläge des Herrn kaiserlichen Rats Berl erbeten, verspricht er im Namen der Bundesorganisation, dieselben zu vertreten. Die Anregung des kaiserlichen Rats Berl, betreffend die Kriegsanleihe, führte zu einer Diskussion, an welcher sich insbesondere Kommerzialrat Emil M. Cnael beteiligte.

Sektionsobmann Kommerzialrat Max Samassa aus Laibach lenkte die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Verteuerung der Lebensmittel, unter der die Arbeiterchaft unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen besonders leide, und verlanat, daß die Bundesleitung ihren ganzen Einfluß aufbiete, damit endlich die schon so lange geforderten Höchstpreise für die wichtigsten Brotfrüchte festgesetzt werden, und wenn dies nicht genüge, noch weitergehende Maßnahmen zur Sicherstellung dieses dringenden Bedarfes der Bevölkerung erlassen werden. Obmann der Sektion Aussia, Bürgermeister Dr. Bornemann, unterstützt diesen Antrag auf das kräftigste. Präsident Better anerkannte die Wichtigkeit und Dringlichkeit dieser Angelegenheit und versprach, behufs gemeinsamen Vorgehens sich mit den beiden anderen zentralen Verbänden ins Einvernehmen zu setzen. Nach mehr als zweistündiger Dauer schloß Präsident Better die Versammlung.

Die günstige Lage des Arbeitsmarktes.

Ueber die Lage des deutschen Arbeitsmarktes im Oktober berichtet das vom Kaiserlichen Statistischen Amte herausgegebene „Reichs-Arbeitsblatt“ in seinem Novemberheft wie folgt:

Die im September dem August gegenüber in fast sämtlichen Gewerbezeigen eingetretene Verbesserung des Arbeitsmarktes hat sich auch im Oktober weiter fortgesetzt. Vor allem haben die verschiedenen Industrien, die sich an den Kriegslieferungen beteiligen können, im Oktober nicht nur gleich lebhaft, sondern zum Teil sogar noch lebhaftere Beschäftigung als im Vormonat aufzuweisen gehabt. Die mit wenigen Ausnahmen hervortretende Besserung erstreckt sich sogar auf Luxusindustrien, wie die Edelmetallindustrie.

Nur das Baugewerbe hat eine Verbesserung im Oktober im allgemeinen nicht aufzuweisen gehabt — zum Teil unter dem Einfluß der ungünstigen Witterungsverhältnisse.

Die Hebung des allgemeinen Beschäftigungsgrades ist wie aus den Industrieberichten so auch daran zu erkennen, daß die Nachweise über die Arbeitslosen in den deutschen Fachverbänden im Oktober eine erhebliche Verminderung der Arbeitslosenziffer ergeben. Die Arbeitslosigkeit war Ende Oktober nur noch halb so groß als Ende August. Ebenso ist die Zahl der Krankenkassenmitglieder wiederum gestiegen, und die zahlenmäßig an der Hand der Krankenkassenberichte erkennbare Zunahme der Beschäftigten bleibt wahrscheinlich noch hinter der tatsächlichen Besserung zurück.

Nach den Berichten der Arbeitsnachweisverbände hat sich die Lage des Arbeitsmarktes in Schlesien, in Pommern, in Hessen-Nassau, Hessen und Waldeck, ebenso in Hamburg und Württemberg auch weiterhin nicht unerheblich verbessert. Die Lage des Arbeitsmarktes in Brandenburg-Berlin wird sogar als teilweise besser als im Vorjahre die gleiche Zeit bezeichnet. Der Beschäftigungsgrad im Rheinland wird als gut, in Westfalen als gleichfalls günstig angegeben. Auch für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt wird eine günstigere Gestaltung des Beschäftigungsgrades der Arbeiter festgestellt. In Schleswig-Holstein war die Lage nicht ungünstiger als im September; die Eisen- und Schiffbauindustrie ist unverändert stark beschäftigt und nicht minder weisen die Nahrungsmittel- und Bekleidungsindustrien weiterhin gute Beschäftigung auf.

Diesem Gesamtüberblick läßt das „Reichs-Arbeitsblatt“ eine ausführliche Wiedergabe von Berichten über Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Arbeitsnachweis usw. folgen. Auch über Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit in England und im neutralen Auslande wird nach amtlichen Quellen berichtet.

Für den gewerblichen Mittelstand.

Die Beratungskommission für den gewerblichen Mittelstand, die Ende August vom Innungsausschuß und von den Hausbesitzervereinigungen unter Mitwirkung der hiesigen Ortsgruppe des Hansabundes ins Leben gerufen worden ist, befaßt sich in ihren Beratungen mit Maßnahmen zur Bänderung der Kriegsnot des gewerblichen Mittelstandes. Bis jetzt sind u. a. Schritte zur Besserung der Kreditverhältnisse zwischen Kreditbedürftigen und Geldinstituten einerseits und zwischen Lieferanten und Abnehmern andererseits beraten und in die Wege geleitet worden. Die Frage der Wiedereröffnung der Fortbildungsschulen wurde unter Mitwirkung von Schulmännern dahin geregelt, daß der Unterricht möglichst auf die Abendstunden gelegt und Gesuche der Arbeitgeber auf Befreiung vom Unterricht tunlichst berücksichtigt werden sollen. Ferner wurde der Steigerung der Lebensmittelpreise und den bei Vergebung von Armeelieferungen zu Tage getretenen Mißständen durch Eingaben entgegengetreten. Endlich war das Verhältnis zwischen Mietern und Hausbesitzern und zwischen letzteren und Hypothekengläubigern der Gegenstand eingehender Beratungen und mehrfacher Eingaben an die zuständigen Behörden und Hilfsstellen. Schließlich hat die Beratungskommission für die Anfang Dezember stattfindende Sitzung des Reichstags eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet, in der um Ergänzung des Kriegsnotgesetzes vom 4. August 1914 und der Kriegsverordnungen vom 7. und 18. August in folgenden Punkten ersucht wird.

- 1) Die Unterbrechung eines gerichtlichen Verfahrens soll in Fortfall kommen, wenn ein wirtschaftliches Bedürfnis dafür nicht oder nicht mehr vorhanden ist.
- 2) Eine Fristgewährung soll nur nach sorgfältigster Prüfung, wenn möglich unter Zuziehung der städtischen Stundungskommission stattfinden.
- 3) Gläubiger sollen durch Androhung der Folgen des Versäumnisverfahrens zum Erscheinen bei den Verhandlungen über Bestimmung einer Zahlungsfrist angehalten werden können.
- 4) Eine Geschäftsaufsicht soll nicht nur von Schuldner, sondern auch vom Gläubiger beantragt werden können und zwar ganz allgemein.
- 5) Das Gericht soll auf Antrag eines Hypothekenschuldners erklären können, daß die Wirkungen einer erfolgten Hypothekensündigung erst mit dem Friedensschluß eintreten sollen.

28. 11. 1914.

54

Das Permanenzkomitee über aktuelle wirtschaftliche Fragen.

Wien, 27. November.

Die heutige Sitzung des Permanenzkomitees für Industrie, Gewerbe und Handel nahm zunächst zum neuen Memorandum Stellung. Einen weiteren Punkt der Tagesordnung bildete die Erörterung der Ruhestände in den von Kriegsschäden betroffenen Gebieten Oesterreichs; das für diesen Gegenstand eingesetzte Subkomitee wird seine Arbeiten fortsetzen.

Weiter befaßte sich das Permanenzkomitee mit der am Ende des Geschäftsjahres aktuell werdenden Bilanz-aufstellung für die kaufmännischen und gewerblichen Unternehmungen. Es wurde darauf hingewiesen, daß eine Bilanz-aufstellung von jenen Betrieben nicht verlangt werden könne, deren Inhaber durch den Kriegsdienst oder durch einen Zwangsaufenthalt im Auslande an der Aufstellung der Bilanz gehindert sind. In vielen geschäftlichen Betrieben wird die Bilanz-aufstellung aber auch aus dem Grunde schwer durchführbar sein, da ein großer Teil des kaufmännischen Personals zu den Fahnen einberufen worden ist. Der Kriegszustand erfordere daher eine gesetzliche Verlängerung der Frist für die Fertigstellung der Bilanz. Diese Fristverlängerung wird auch durch die Tatsache gerechtfertigt, daß eine zuverlässige Bewertung einzelner Bilanzposten, wie Effekten, Forderungen an das feindliche Ausland, Waren und Betriebsanlagen im feindlichen Auslande usw., nicht möglich sein wird. Das Permanenzkomitee beschloß, ein Subkomitee mit dem Studium der für die gesamte Geschäftswelt so wichtigen Frage der Bilanz-aufstellung zu betrauen, das geeignete Vorschläge zu erstatten hat.

Hierauf gelangte die Frage der Kohlenversorgung, insbesondere für Zwecke der Industrie, zur Erörterung. Auf Grund der von dem im Gegenstande eingesetzten Subkomitee vorgenommenen Feststellungen ergab sich, daß, von Inzidenzfällen abgesehen, ein Anlaß zur Beunruhigung nicht gegeben ist. Es wurde festgestellt, daß die Frage der Kohlenversorgung ganz vorwiegend mit den Transportverhältnissen zusammenhängt.

Gemäß einem gestellten Antrage wird das Permanenzkomitee der Regierung die Anregung unterbreiten, die Verordnung über die Geschäftsaufsicht, welche ein Ausgleichsverfahren in verschleierter Form darstellt, mit Inkrafttreten der neuen Konkurs- und Ausgleichsordnung einer entsprechenden **Änderung** zu unterziehen oder sie gegebenenfalls außer Kraft zu setzen.

Um zahlreichen Beschwerden der Geschäftswelt über die bestehenden Schwierigkeiten, die bei der Ausgabe geschlossener rekommandierter Briefe in das Ausland infolge nicht hinreichender Anzahl von Zensurstellen erwachsen, Rechnung zu tragen, hat das Stammerbureau bei der Postverwaltung wiederholt interveniert.

Antwort unseres Kaisers und des deutschen Kaisers.

An die drei zentralen industriellen Verbände (Bund österreichischer Industrieller, Industrieller Klub, Zentralverband der Industriellen Oesterreichs) ist die Antwort auf die in der Versammlung am 21. d. beschlossenen Huldigungskundgebungen eingelangt. Die Antwort des Armee-Oberkommandanten Erzherzog Friedrich wurde bereits veröffentlicht.

Von Sr. Majestät dem Kaiser Franz Josef ist folgende Antwort eingelangt:

„Se. I. u. I. apostolische Majestät danken huldvollst für die im Namen der Gesamtindustrie Oesterreichs zum Ausdruck gebrachte Versicherung unverbrüchlicher Treue und erblicken in der hohen Entwicklung und zuverlässigen Haltung der österreichischen Industrie eine sichere Gewähr für deren glückliche Zukunft. Auf Allerhöchsten Befehl: Freiherr v. Schießl.“

Der deutsche Kaiser antwortete folgendermaßen:

„Se. Majestät der Kaiser und König lassen für die guten Wünsche der drei zentralen Verbände der österreichischen Industrie bestens danken. Auf Allerhöchsten Befehl: v. Treutler.“

7. / VII, 1914.

(Aufhebung der Ladensperre an den Sonntagen im Monat Dezember.) Ein Antrag des Bezirkrates Grandauer in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf, der auch einstimmige Annahme fand, geht dahin, Schritte einzuleiten, damit in den harten Zeiten, in denen Handel und Gewerbe daniederliegen, den Geschäftsleuten der Verkauf ihrer Waren an allen Sonn- und Feiertagen im Monat Dezember freigegeben werde. Bezirksrat Grandauer brachte diesen Antrag als Mundantrag ein.

2./XII. 1914.

Das Permanenzkomitee über aktuelle wirtschaftliche Fragen.

Das Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung zunächst mit den neuerlich eingelangten Meldungen, daß in Frankreich ernste Bestrebungen bestehen, die endgültige Beschlagnahme und den Verkauf der sequestrierten Güter von österreichisch-ungarischen und deutschen Staatsangehörigen zugunsten des französischen Fiskus durchzuführen. Das Permanenzkomitee beschloß, an die Regierung das dringende Ersuchen zu stellen, durch Vermittlung einer neutralen Macht der französischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, daß jede Verletzung des österreichischen Privateigentums mit den schärfsten Repressalien beantwortet werden würde. Das Permanenzkomitee wird die Beschlagnahme des französischen Eigentums im Inlande und die Nichtigerklärung der in französischem Besitze befindlichen österreichischen Wertpapiere beantragen, ferner die ehefte Ausschließung aller Verwaltungsräte feindlicher Nationalität in österreichischen Aktiengesellschaften.

Weiter beschäftigte sich das Permanenzkomitee in eingehender Weise mit der Frage der Kohlenversorgung und gelangte mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieses Gegenstandes zu dem Ergebnis, daß unverzüglich eine neuerliche Enquete aller beteiligten Faktoren abzuhalten sei. Mit Rücksicht auf die erforderliche Zentralisierung der einzuleitenden Schritte und die ganz besonderen Konsumenteninteressen, welche mit dieser Frage ver-

knüpft sind, wird das Permanenzkomitee an die Gemeinde Wien herantreten, damit von dieser auch mit der notwendigen Exekutive ausgerüsteten Stelle die Einladungen zu der Besprechung ergehen.

Schließlich befaßte sich das Permanenzkomitee noch mit dem Rahmengesetz über die Höchstpreise für Getreide und Mehl, dessen Vorschriften in ihrer praktischen Durchführung zu vielen Schwierigkeiten Anlaß geben müssen.

2./XII 1914

(Gewerbeförderung im Kriege.) Vom Oesterreichischen Arbeitgeber-Hauptverband wird uns geschrieben: Von allen erwerbenden Schichten der Bevölkerung ist es der Gewerbe- und Handwerkerstand, welcher durch die gegenwärtigen Kriegswirren am stärksten in Mitleidenschaft gezogen wird. Von den Behörden wird es den Gewerbetreibenden — und dies mit Recht — zur Pflicht gemacht, keine Entlassungen der Arbeiter vorzunehmen, während die gerade in den vermögenden Schichten der Bevölkerung mit Berufung auf die kriegerischen Verhältnisse platzgegriffenen Einschränkungen des Bedarfs den Einlauf der so notwendigen Aufträge unterbinden. Neuanschaffungen oder Reparaturarbeiten, die unter normalen Verhältnissen den Gewerbetreibenden zur Ausführung übertragen worden wären, werden unter Hinweis auf den Krieg zurückgehalten, obwohl gerade jetzt die Vergabung dieser Arbeiten ein patriotisches Werk von unschätzbarem Wert wäre. Viele Hausbesitzer, die regelmäßig im Herbst die verschiedenen Bauhandwerker, wie Dachdecker, Maurer, Tischler, Schlosser, Anstreicher, Spengler, Stukkateure, Installateure usw. beschäftigten, haben die Ausführung der oft recht notwendigen Instandhaltungsarbeiten unterlassen und dadurch den Bauhandwerkern und deren Gehilfen die in diesem Jahre doppelt notwendige Beschäftigung entzogen. Auch in der Herren- und Damenschneiderei macht sich das Aus-

bleiben der erwarteten Aufträge sehr empfindlich fühlbar. Der Stillstand in den Damenmodeschneidereien hat eine große Zahl männlicher und weiblicher Arbeitskräfte überflüssig gemacht; durch die Krise in der Damenmodebranche ist wieder die Posamentenerzeugung arg in Mitleidenschaft gezogen usw. Im Namen der uns angeschlossenen Vereinigungen richten wir daher an die vermögenden Kreise der Bevölkerung die dringendste Bitte, in Anbetracht der Nothlage, in der sich der Gewerbe- und Handwerkerstand befindet, von den bisher befolgten äußerst unsozialen Einschränkungen Abstand zu nehmen.

Der Glückwunsch der österreichischen Kaufmannschaft.

Das Präsidium des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft und des Zentralverbandes österreichischer Kaufleute hat folgende Huldigungsdepesche an die Kabinettskanzlei des Kaisers abgesendet:

„Die Leitung der gesetzlichen Vertretung der Wiener Kaufmannschaft bittet im Verein mit der Vertretung des Zentralverbandes österreichischer Kaufleute den Gefühlen dankbarer und treuer, unwandelbarer Ergebenheit Ausdruck geben zu dürfen, welche die Kaufmannschaft Wiens und Oesterreichs für Euer kaiserliche und königliche Apostolische Majestät, den innigstgeliebten Monarchen, befeelen.

In der ernsten und schweren Zeit, in welcher der harte Kampf um die Sicherung des geliebten Vaterlandes alle Völker des Reiches um den geheiligten Thron Euer kaiserlichen und königlichen Apostolischen Majestät, des höchsten Schirmherrn der Größe und Einheit des Reiches, vereinigt, erfüllt ein Wunsch die Herzen aller Völker und Stände: Gott erhalte, Gott beschütze Euer kaiserliche und königliche Apostolische Majestät!“

Besserung und Belebung im auswärtigen Handel.

Wien, 5. Dezember.

Eines der erfreulichsten Momente in der Entwicklung der letzten Zeit ist die Besserung und Belebung im auswärtigen Handel, die im Monat Oktober eingetreten ist. Der Krieg hat den Seeverkehr vollständig lahmgelegt und damit den überseeischen Export zum Stillstande gebracht. Wichtige Ausfuhrgebiete, Frankreich, England, Belgien, Rußland, sind durch den Krieg verschlossen und so ist im August die Ausfuhr auf den geringen Betrag von 30·4 Millionen Kronen zurückgegangen. Im September hat aber bereits die Besserung eingesetzt, die Ausfuhr in diesem Monat betrug 61·8 Millionen Kronen und erhöhte sich im Oktober auf 159·8 Millionen Kronen, während die Einfuhr im Oktober 132·5 Millionen Kronen erreichte. Die Einfuhr umfaßte 44 Prozent, die Ausfuhr 40 Prozent der im gleichen Monat des vorigen Jahres erzielten Wertziffern. Der Ausfall im Export beträgt also immerhin noch 60 Prozent. Allein die Besserung ist unverkennbar, da im September die Ausfuhr um 75 Prozent geringer war als im Vorjahre. Im August, welcher der schlechteste Monat war und nicht nur einen Stillstand des Seeverkehrs, sondern auch eine Lahmlegung des Bahnverkehrs gebracht hat, war der Export auf ein Viertel seines früheren Umfanges, im September auf ein Viertel der im gleichen Vorjahrsmonat erzielten Umsätze gesunken. Im Oktober hat er sich wieder auf 40 Prozent gehoben. Die Ausfuhr an Rohstoffen zeigt einen Rückgang um 39·8 Millionen Kronen, vorwiegend in Hopfen, Fellen und Häuten, Braunkohle, Wolle und Eisen. Die Ausfuhr von Halbfabrikaten, in erster Linie von Holz, Leder, Baumwollgarnen und Malz, ist um

36 Millionen Kronen zurückgegangen. Bei den Ganzfabrikaten erreichte der Exportausfall einen Wert von 83·9 Millionen Kronen, hauptsächlich in Zucker, Baumwoll-, Leinen- und Wollwaren, Konfektions- und Lederwaren, Holzwaren, Petroleum, Glas- und Metallwaren und Maschinen. Die Einfuhr ist weit stärker als die Ausfuhr gesunken, nämlich insgesamt um 167 Millionen Kronen. Die Rohstoffeinfuhr ist um 105·5 Millionen Kronen geringer als im Vorjahre, vorwiegend in Baumwolle und anderen Textilrohstoffen, Kohle, Fellen, Häuten und Sämereien. In Halbfabrikaten betrug der Einfuhrückgang 27 Millionen Kronen, woran Leder und Garne den Hauptanteil haben. In Ganzfabrikaten, insbesondere in Seidenwaren, Lederwaren, Woll- und Baumwollwaren, Maschinen, Uhren, Instrumenten, ist eine Abnahme der Einfuhr um 34·4 Millionen Kronen eingetreten. Die Ausfälle sind selbstverständlich noch immer groß, allein der Verkehr erfuhr doch von Monat zu Monat eine zunehmende Belebung.

In den ersten zehn Monaten (Januar bis Oktober) betrug die Einfuhr 2489·7 (— 287·4) Millionen Kronen, die Ausfuhr 1768·8 (— 490·3) Millionen Kronen. Die Handelsbilanz war mit 720·9 Millionen Kronen passiv, während im Vorjahre das Passivum 518 Millionen Kronen betragen hat.

Im Zwischenverkehr betrug im Oktober die Einfuhr aus Ungarn 139 Millionen Kronen gegen 96·8 Millionen Kronen im Monate September, die Ausfuhr nach Ungarn 105·2 Millionen Kronen gegen 78·4 Millionen Kronen im September. Gegenüber dem Vorjahre ist die Ausfuhr um 36·8 Millionen Kronen geringer gewesen, während bei der Einfuhr die Gesamtziffer des Wertes nur eine Abnahme um 8·3 Millionen Kronen aufweist, weil die Verminderung der Einfuhrmengen durch die hohen Preise von Getreide und Mehl zum großen Teile ausgeglichen wurde. In den ersten zehn Monaten betrug die Einfuhr aus Ungarn 991·5 (— 66·1) Millionen Kronen, die Ausfuhr nach Ungarn 1051 (— 151·1) Millionen Kronen. Die Bilanz war mit 59·5 (— 85) Millionen Kronen aktiv.

6. / XII. 1914.

Der Warenverkehr zwischen Oesterreich und Ungarn.

Im Warenverkehr zwischen Oesterreich und Ungarn betrug im Monat Oktober die Einfuhr aus Ungarn (ausschließlich des Münz- und Edelmetallverkehrs) insgesamt 139 Millionen Kronen gegen 96.8 Millionen Kronen im Monate September und die Ausfuhr nach Ungarn 105.2 Millionen Kronen gegen 78.4 Millionen Kronen im September. Im Vergleich zum Monat Oktober des Vorjahres 1913 war die Einfuhr im Oktober dieses Jahres um 6.3 Millionen Kronen, die Ausfuhr um 36.8 Millionen Kronen geringer. Die Bilanz ergibt für den Monat Oktober einen Einfuhrüberschuß von 33.8 Millionen Kronen. Obwohl die Einfuhr aus Ungarn in den meisten Warengruppen gegenüber den Bezügen im gleichen Vorjahrsmonat einen stärkeren Rückgang erfuhr, ist die Wertabnahme der Gesamteinfuhr doch eine verhältnismäßig geringe, da einerseits die Einfuhr von Schlacht- und Zugvieh eine wesentliche Erhöhung aufweist (+ 14,700 Stück, beziehungsweise 11.8 Millionen Kronen) und andererseits bei den zwei wichtigsten Warengruppen Getreide und Mehl infolge der Preissteigerung der Wert der Einfuhr trotz starken Rückganges der Einfuhrmenge ein höherer war (zusammen + 5 Millionen Kronen). Die Getreideeinfuhr war um 340,000 Meterzentner, die Mehleinfuhr um 278,000 Meterzentner geringer als im Oktober 1913. Merklich abgenommen hat vor allem auch die Einfuhr von Tabak, Obst und Gemüse, Geflügel, Wein, Kohle, Wolle etc. Dagegen war eine Mehreinfuhr außer beim Schlachtvieh bei Geflügeleiern sowie Rohhäuten und Fellen zu verzeichnen. Am Rückgange der Ausfuhr nach Ungarn haben so ziemlich alle Warengruppen mehr oder weniger Anteil; hauptsächlich ergab sich eine Ausfuhrabnahme bei Baumwollwaren, Woll- und Seidenwaren, Konfektionswaren, bei Leder und Lederwaren, bei Mineralölen, Eisen- und Metallwaren sowie Maschinen, Instrumenten und Uhren, Holzmöbeln, Glaswaren etc.

Für die Monate Jänner bis einschließlich Oktober dieses Jahres stellt sich der Wert der Einfuhr aus Ungarn auf 991.5 Millionen Kronen, das ist um 66.1 Millionen Kronen weniger als in der gleichen Periode des Vorjahres, und der Wert der Ausfuhr nach Ungarn auf 1051 Millionen Kronen oder um 151.1 Millionen niedriger als im entsprechenden Zeitraum 1913. Die provisorische Handelsbilanz für die ersten zehn Monate 1914 ergibt somit für Oesterreich ein Aktivum von 59.5 Millionen Kronen gegenüber einem solchem von 144.5 Millionen Kronen in der gleichen Periode des Vorjahres.

Die Vertreter der Permanenzkomitees beim Ministerpräsidenten.

Wien, 7. Dezember.

In der Vorwoche sprach unter Führung des Reichsratsabgeordneten Friedmann eine Deputation, bestehend aus dem Landtagsabgeordneten kaiserlichen Rat Spizer als Präsidenten des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft, dem Kammerrat Artur Ruffler als Vertreter des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs, dem Präsidenten Schiel des Niederösterreichischen Gewerbevereines, dem Kammerrat Winzler als Präsidenten des Kaufmännischen Vereines, dem Generalsekretär des Zentralverbandes Dr. Hermann und dem Handelskammersekretär Professor Dr. Wraheg beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh vor, um die weitere Ausgestaltung des Permanenzkomitees, welches unmittelbar nach Kriegsausbruch unter Zuziehung aller zentralen wirtschaftlichen Organisationen errichtet wurde, vor allem durch die Entsendung ständiger Vertreter sämtlicher staatlichen Zentralstellen einschließlich des Kriegsministeriums anzuregen, damit dieses Permanenzkomitee sohin tatsächlich den Anspruch erheben könne, als maßgebendes, begutachtendes Organ auf Kriegszeit zu gelten. Im Anschlusse hieran wurden die Fragen des Moratoriums, des Lieferungswezens und der Ausfuhrverbote, des Postwezens, der Höchstpreise und der Requisitionspreise sowie die Frage des gewerblichen Kredits besprochen. Was die Requisitionspreise anbelangt, wurde insbesondere die Feststellung solcher Preise im Einvernehmen mit den begutachtenden Fachkreisen gefordert.

In der Frage des gewerblichen Kredits anerkannte der Ministerpräsident, daß die bisher auf Kriegszeit geschaffenen Kriegsorganisationen weiten Kreisen des Gewerbes nicht zugänglich seien und sagte dem vom Permanenzkomitee zum Studium dieser wichtigen Angelegenheit eingesetzten Ausschusse seine Unterstützung zu. Es wurde insbesondere festgestellt, daß zufolge starker Inanspruchnahme der Genossenschaften durch Auszahlungen zwecks Zeichnung der Kriegsanleihe die bisherigen Kreditquellen derzeit vielfach unzugänglich sind. Zum Schlusse gab der Ministerpräsident der Deputation die Versicherung, daß er die Bedeutung des Permanenzkomitees würdige und die in Hinsicht der Ausgestaltung dieses Komitees vorgebrachten Wünsche im Einvernehmen mit den beteiligten Ressorts zu erledigen bereit sei.

Die Rohstoffversorgung der Industrie.

Wien, 12. Dezember.

Donnerstag den 10. d. fand unter dem Vorsitze des Vizepräsidenten Oskar Heintzel Edlen v. Heinegg eine Monatsversammlung des Industriellen Klubs statt, auf deren Tagesordnung eine Diskussion über Die Rohstoffversorgung im Kriege stand. Der Referent Kommerzialrat Arthur Ruffler führte aus: Das Gebiet der Rohstoffversorgung ist ein so umfassendes, daß es notwendig ist, sich zunächst auf die Frage der Beschaffung der industriellen Rohstoffe, und zwar solcher zu beschränken, die normal aus dem Auslande bezogen werden. Für die Beschaffung derjenigen industriellen Rohstoffe, die das Inland liefert, kommen vollständig andere Gesichtspunkte in Betracht, wie insbesondere die allgemeine Kriegslage, das Vorhandensein von Arbeitskräften, Transportmitteln und dergleichen. Für unsere Monarchie ist aber die Beschaffung der industriellen Rohstoffe aus dem Ausland von umso größerer Bedeutung, als wir teils infolge unserer geographischen Lage, teils mit Rücksicht auf alte eingelebte Handelsbeziehungen durch lange Zeit den heimischen Häfen vernachlässigt haben. Der Importhafen bildet in den meisten Fällen auch den Markt und den Stapelplatz für den betreffenden Artikel, was zur Folge hat, daß wir bei überseeischen Rohstoffen in großem Maßstabe auf europäische Importländer, in der Hauptsache auf das Deutsche Reich, als Vermittler angewiesen sind. Die Ausfuhr- und Durchfuhrverbote, die fast alle europäischen Länder sofort bei Kriegsausbruch eintreten ließen, haben uns von einem Tag zum andern von den gewohnten, auch befreundeten Märkten abgeperrt, so daß wir nur auf die Vorräte angewiesen waren, die sich in den heimischen Fabriken in Verarbeitung befunden haben. Am günstigsten ist die Versorgung in denjenigen Artikeln, für die Triest in Friedenszeiten den normalen Einfuhrhafen und Markt bildet, wie zum Beispiel Reis, Kaffee, ostindische Baumwolle, während für alle Produkte, die über Nordseehäfen bezogen werden, die Aus- und Durchfuhrverbote sofort ihre Wirksamkeit äußern. Man kann mit Recht sagen, daß die einzig verlässliche Art der Rohstoffversorgung während des Krieges die Rohstoffbeschaffung im Frieden ist.

Der gegenwärtige Krieg wird zum Unterschiede von früheren ähnlichen Ereignissen nicht nur militärisch, sondern in hohem Maße als wirtschaftlicher Krieg geführt. England hat vom ersten Tage an seine Stellung als Seemacht in rücksichtslosester Weise ausgenützt und sich nicht gescheut, auch dem Handel der neutralen Staaten jede Beschränkung unbekümmert um die völkerrechtlichen Vereinbarungen aufzuerlegen, die ihm zur Schädigung seiner Gegner notwendig scheinen. Zunächst wurde die bisherige Liste von Konterbandeartikeln willkürlich erweitert und so ziemlich alles, was zur See transportiert wird, als relative oder absolute KriegsKonterbande erklärt. Darüber hinaus hat England in seinen Besitzungen und den von ihm verwalteten Ländern den Export selbst von Artikeln, die nicht Konterbande sind, auch nach neutralen Ländern auf das schärfste eingeschränkt und gestattet ihn nur, wenn der Verkäufer gegen hohe Kaution die Verantwortung übernimmt, daß das betreffende Gut tatsächlich im neutralen Land verarbeitet und konsumiert wird. Diese Taktik hat begreiflicherweise dazu geführt, daß die neutralen Staaten, um sich selbst die notwendigsten Rohmaterialien zu sichern, dem von England ausgeübten Druck nachgebend, fortwährend neue Beschränkungen für die Ausfuhr und Durchfuhr feststellten.

Man darf somit nicht verkennen, daß auch in allen den privaten Handel, sowohl der Kriegführenden als der Neutralen, betreffenden Fragen die Rechtsnormen aufgehoben sind und nur die Macht entscheidet. Von den in Betracht kommenden Ländern wäre zunächst Amerika in der Lage, seinen Interessen Geltung zu verschaffen. Eine der größten Sorgen der Vereinigten Staaten besteht gegenwärtig darin, die Entwertung der Baumwollrente, die zu einer Verarmung der Südstaaten führen müßte, zu verhindern. Und es wird vom höchstem Interesse sein, zu beobachten, ob es der Union möglich ist, sich von den Hindernissen, die ihr England auch beim Absatz von solchen Waren, die ausdrücklich als Nichtkonterbande erklärt wurden, bereitet, zu befreien. Die den Seeverkehr betreffenden Schwierigkeiten sind gegenwärtig für alle Gegner Englands die gleichen. Für die einheimische Industrie haben sich aber die Schwierigkeiten noch dadurch erhöht, daß sie auch von ihren gewohnten europäischen Einkaufsmärkten abgeschlossen ist. Dank dem Entgegenkommen der deutschen Regierung konnten zwar die allergrößten Härten, wenn auch erst nach Erledigung zeitraubender manipulativer Schwierigkeiten behoben werden. Für die Zukunft ist aus den jetzigen Erfahrungen die Lehre zu ziehen, daß man nur über das sicher verfügen kann, was sich im eigenen Lande befindet und daß es daher unbedingte Pflicht ist, für eigene Märkte in den wichtigsten Rohstoffen Sorge zu tragen.

Dr. Friedrich Karminski charakterisierte die Haltung Englands als Kriegführender und jene der Vereinigten Staaten von Amerika als neutraler Macht. Der gegenwärtige Krieg lehre, daß wir unsere Volkswirtschaft gegenüber den Wechselfällen des Schicksales so einrichten müssen, daß wir unabhängig vom Auslande, uns auf unsere eigenen Kräfte verlassen können.

Generaldirektor Ritter v. Benzig-Franz legte die Schwierigkeiten dar, welche sich dem Bestreben entgegenstellen, im Inlande große Vorräte von Schafwolle anzuhäufen. Unter Hinweis auf die Wichtigkeit dieses Artikels für die Heeresausrüstung erklärte er, die Schaffung schnellerer Dampferverbindungen und die Begünstigung der Industrie überhaupt könne allein hier fördernd wirken. Je mehr Industrie, desto mehr Vorräte.

Vizepräsident Otto v. Seybel bemerkte zur Frage der Salpeterbeschaffung, daß, nachdem der Import dieses Artikels nach Europa völlig unterbunden sei, Deutschland daran gehe, Salpeter auf synthetischem Wege herzustellen. Ähnliches würde sich auch hier zu Lande empfehlen.

Julius Pastrea berührte die Frage der Kohlenversorgung der Industrie, worauf kaiserlicher Rat Oskar Berl ausführte, daß diese Frage heute zum großen Teile eine Verkehrsfrage sei und daß, falls durch militärische Erfordernisse die Benützung einer Eisenbahnlinie eingeschränkt oder eingestellt werde, durch Hilfsrouten und Bezug aus anderen Revieren Abhilfe geschaffen werden müsse.

In seinem Schlussworte sagte der Referent Ruffler, die bisherige Entwicklung zeige, daß der Krieg immer mehr auf wirtschaftlichem Gebiete geführt werde und daß Oesterreich die Kriegsvorbereitungen, die es auf militärischem Gebiete getroffen, in Zukunft auch auf wirtschaftlichem Gebiete treffen müssen.

Mit einem Dank an den Vortragenden und die Diskussionsredner schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Das Weihnachtsgeschäft.

Große Einkäufe für die Soldaten.

Viele Wiener Geschäftsleute werden das Jahr 1914 nicht nur als das Jahr des Krieges im Gedächtnis bewahren. Haben sie doch in diesem Jahr, vom rein geschäftlichen Standpunkt betrachtet, die seltsamsten Verispetien erlebt. Im

August herrschte bei den Detailhändlern, besonders in den Mobilisierungstagen, die reine Verzweiflung. Tagelang kamen keine Käufer — man hatte eben andere Sorgen —, und mancher Kaufmann hatte sich schon mit dem Gedanken vertraut gemacht, den Kollbalken herabzuziehen und zu sperren. Dann kam die Wendung. Zunächst kehrten die gewöhnlichen Käufer wieder. Dann kamen die galizischen Flüchtlinge, mit denen ganz gute Geschäfte gemacht wurden. Dann setzten die Liebesgabenkäufe ein, und gegen Ende November begann das Weihnachtsgeschäft, umfangreicher als jemals, aber von ganz anderer Art als in vergangenen Jahren. Während nämlich sonst der Weihnachtseinkauf zum großen Teil einen vom Praktischen abgekehrten Charakter zeigte und vielfach Luxusgegenstände umfaßte, ist es heuer ganz anders, das Praktische dominiert, und diejenigen, für die eingekauft wird, sind hauptsächlich unsere Soldaten. Vielleicht werden die Kaufleute im Januar, bis das Weihnachtsgeschäft ganz wird überblickt werden können, genau zwischen dem Soldatengeschäft und dem gewöhnlichen Weihnachtverkauf unterscheiden. Heute ist das aber noch nicht gut möglich, denn der Weihnachtseinkauf, wie er sonst stattfand, hat sich heuer noch nicht recht bemerkbar gemacht. An jene, die zu Hause sind, wird man eben später denken. Für sie wird erst im letzten Augenblick eingekauft. Aber wenn sie auch nur schwach bedacht werden sollten, so werden die Kaufleute es im allgemeinen wenig spüren, denn das Soldatengeschäft war sehr gut.

Wirkwaren und Lebensmittel aller Art beherrschen diesen Weihnachtsmarkt, das Publikum hat Woll- und Wirkwaren jeder Sorte für die Weihnachtsbescherung der Soldaten eingekauft; Unterwäsche, Säuben, Handschuhe sind in riesigen Mengen abgesetzt worden. Auch Schuhe werden stark gekauft. Der österreichische Feldsoldat hat seit Beginn des Feldzuges durchschnittlich drei Paar Schuhe ausgefaßt. Er bekam sie aber nicht auf einmal, und da er Märste in Kot und Schnee zurücklegen muß, so bedeutet es für ihn ein Labial, wenn er ein Paar trockene Reservebeschuhe im Tornister zum Wechseln beiträgt.

Unter den Lebensmitteln, die zu Weihnachten ins Feld geschickt werden, dominiert wegen seiner Haltbarkeit das Wurstzeug, in erster Linie Salami. Davon wurden in der letzten Zeit so große Mengen umgesetzt, daß es in den Delikatessengeschäften fast niemals harte (alte) Salami gab. Die war verkauft und nur die frische Ware erhältlich. Auch viel Backwaren gingen ab, namentlich Kakes und Lebkuchen.

Von sonstigen Geschenken gingen Unmengen von Tabak und Zigaretten ab. Unsere Tabakregie wird, namentlich in den billigen Sorten, ein Riesengeschäft verzeichnen. Meist wurde Rohstabak gekauft, der von den Privaten gestopft wurde. Die Zigarettenhüllenindustrie machte ein gutes Geschäft. Auch kleine hölzerne Tabakpfeifen wurden in Mengen gekauft.

In den wenigsten Geschenkpaketen für die Soldaten fehlt ein Eßbesteck. Auch ein Universalmesser für die Soldaten wurde in den Handel gebracht. Es ist einfach ausgestattet, ziemlich massiv, mit Holzschale, und enthält Messer, Gabel, Schere, Bohrer, Stemmmeisen, Pfeifensticker und Pfeifenstopfer usw. Es fand großen Absatz. Auch viel Uhren wurden gekauft, besonders nach Erscheinen des Aufrufes, unsere Braven mit Uhren zu bedenken.

Man erfieht aus dieser kurzen Zusammenstellung, daß der Krieg auch gelegentlich des Weihnachtseinkaufes viel Geld unter die Leute gebracht hat.

*** Die Bilanzaufstellung in Oesterreich.**

W. Wien, 18. Dezbr.

Seit meinem letzten Artikel ist die Frage der Bilanzaufstellung im Kriege in Finanz- und Regierungskreisen eingehend diskutiert worden, und es ist eine erfreuliche Klärung der Anschauungen zu Tage getreten. Von der Unterdrückung der Bilanzen oder der Verschiebung des Termines des Bilanzabschlusses, sei es, daß man Bilanzen per 30. Juni 1914 oder erst per 30. Juni 1915 oder gar per 31. Dezember 1915 aufstellt, also zwei Perioden zusammenfaßt, ist nicht mehr die Rede. Es besteht geradezu Einstimmigkeit darüber, daß die per 31. Dezember 1914 abschließenden Unternehmungen wie gewöhnlich ihre Rechnungsabschlüsse für diesen Termin aufstellen und veröffentlichen werden. Eine notwendige Ausnahme wird nur für die Unternehmungen, die ihren Sitz in den derzeit vom Feinde besetzten Provinzen haben, zugelassen, weil bei diesen die Aufstellung der Bilanz oft schon deshalb geradezu unmöglich ist, weil viele von ihnen gar nicht ihre Geschäftsbücher mitgenommen haben und selbst diejenigen, bei denen dies der Fall ist, meist keine Ahnung haben, ob und wieweit ihre Aktiven noch vorhanden sind. Für die übrigen Unternehmungen gilt die Verpflichtung, die Bilanz aufzustellen, für undiskutierbar. Die meisten Unternehmungen stehen auf dem Standpunkte, daß die Bilanzveröffentlichung und die Generalversammlung zu dem gewöhnlichen Zeitpunkte erfolgen soll. Aber einzelne Banken, sofern ihnen statutarisch eine kürzere Frist für die Abhaltung der Generalversammlung eingeräumt ist als anderen, denen die Wahl des Zeitpunktes innerhalb des ersten Halbjahres freisteht, wünschen eine Erstreckung dieser Frist eventuell längstens zum 30. Juni, weil sie der Meinung sind, daß sich schon im März oder April der Wert zahlreicher Aktiva richtiger einschätzen lassen wird als im Januar oder Februar, und daß dadurch möglicherweise eine zu weit getriebene Vorsicht im Interesse der Dividendenbemessung vermieden werden könnte. Sie wünschen dafür aber eine allgemeine Verfügung der Regierung und nicht eine spezielle Erlaubnis der Aufsichtsbehörde, weil eine solche das darum ansuchende Institut mit einer levis macula vor den Augen des Publikums behaften könnte. Ob es zu einer solchen Verfügung kommt, ist zweifelhaft, weil ein großer Teil der Aktiengesellschaften jedes Eingreifen der Regierung in der Frage der Bilanzaufstellung für überflüssig und nachteilig erklärt, mit Ausnahme der erwähnten Sonderverfügung für Galizien und die Bukowina und etwaiger besonderer Vorschriften für Sparkassen, Versicherungsgesellschaften und Genossenschaften, bei denen die Verhältnisse anders liegen als für die Banken-, Industrie- und Transportunternehmungen. Auch hat sich einer der angesehensten Juristen Oesterreichs, der Schöpfer der Zivilprozessordnung, Geheimer Rat Dr. Franz Klein, öffentlich sehr scharf gegen jede Verschiebung der Generalversammlungen mit den gleichen Argumenten, die mit Recht gegen die Verschiebung des Abschlußtages der Bücher angeführt werden. Ich glaube, daß da in einer ziemlich untergeordneten Frage allzusehr mit prinzipiellen theoretischen Argumenten gearbeitet wird, die praktisch niemals volle Geltung haben können. Wertverändernde, vor allem wertvermindernde Momente, die zwischen dem Bilanztag und dem Beschluß der Verwaltungen über die Bilanz fallen, werden immer berücksichtigt und es ist kein besonderes Bedenken dagegen, daß die Frist für die Berücksichtigung solcher Momente dort, wo sie besonders kurz ist, heuer etwas verlängert wird, gerade zu dem Zwecke, um ein richtiges Urteil über die vielen zweifelhaften Werte in günstigem oder ungünstigem Sinne zu gewinnen.

Für eine Verfügung der Regierung kämen vor allem, wenn von der Hinausschiebung der Generalversammlung abgesehen wird, Vorschriften für die Bewertung der börsenmäßig notierten Wertpapiere in Betracht. Die Gegner eines Eingreifens berufen sich darauf, daß neben den börsenmäßig notierten Wertpapieren auch andere existieren, deren Bewertung doch wie immer dem Ermessen der Verwaltung überlassen bleibt, und daß überhaupt alle Aktiven in ihrem Werte geschätzt werden müssen und auch die börsenmäßig notierten keine Ausnahme bilden. Die Regierung könnte überhaupt nur Höchstkurse festsetzen, unter die die Verwaltungen wahrscheinlich zumeist herabgehen würden. Diese Ansicht ist gestern in einer Besprechung der Banken, die auf Veranlassung des Justizministeriums abgehalten wurde, fast allgemein ausgesprochen worden. Aber es scheint mir, daß dabei doch zu wenig darauf Rücksicht genommen wird, daß neben den großen Banken und Aktiengesellschaften, die ihre Bilanzen sehr solid aufstellen, auch viele andere Unternehmungen und Kaufleute bestehen, die vielleicht geneigt wären, ihre Aufgabe leichter zu nehmen. Der Hinweis darauf, daß für alle anderen Aktiven als Wertpapiere und Waren mit Börsen- oder Marktpreisen überhaupt keine spezielle Vorschrift für die Wertbemessung besteht, ist nicht stichhaltig. Wäre diese Ansicht entscheidend, so würde kein Grund vorliegen, warum die modernen Handelsgesetze für die Bilanzaufstellung auf den Börsen- oder Marktpreis ausdrücklich hinweisen. Für Immobilien und Mobilien, die zu dauerndem Besitz oder dauernder Verwendung bestimmt sind, ist die Frage der Veränderungen des Wertes infolge des Krieges derzeit noch so ungeklärt, daß irgend eine Vorschrift überhaupt unmöglich ist. Auch haben sich in Bezug hierauf bei allen Unternehmungen feste Grundsätze herausgebildet, die eine

höhere Bewertung gegen die Vorjahrsdividende in der Regel ausschließen und bloß in der Wahl der Höhe der Abschreibungen eine Marge für größere oder geringere Vorsicht zulassen. Bei den Außenständen ist natürlich ein viel weiterer Spielraum gegeben, indem man zweifelhafte Schuldner abschreiben kann oder nicht. Anders bei Wertpapieren, deren scharfer Kurssturz seit Ende vorigen Jahres bis zur Schließung der Börsen, dem ja überdies starke Kursrückgänge schon vorangegangen waren, bei vielen Kaufleuten und Unternehmungen die für viele Kategorien des Kursblattes wahrscheinlich trügerische Hoffnung erwecken könnte, daß die Kursverluste nur auf dem Papier bestehen und im nächsten Jahre bereits wieder geschwunden sein werden. Da liegt für den, der nicht sehr vorsichtig bilanzieren will, die Verlockung sehr nahe, zu den Kursen der letzten Bilanz oder wenigstens zwischen den damaligen und den Tiefkursen vom Juli zu bilanzieren. Und deshalb glaube ich, wäre eine Vorschrift, die die Kurse vom 25. Juli als Höchstkurse ansetzt — sie wären ja gegen die im freien Verkehr gegenwärtig vorkommenden noch viel zu hoch — sehr erwünscht. Weiter zu gehen wäre kaum angebracht, weil man damit auf das Gebiet der Willkür bei der Kursvorschreibung gelangen würde und jedem, der solid bilanzieren will, unbenommen bleibt, unter diesen Höchstkurs herabzugehen. Man könnte ja immerhin noch vorschreiben, daß die Bilanzkurse hinter den Kursen vom letzten Börsentag um etliche Prozente zurückbleiben müßten, aber auch diese Bestimmung bringe den Charakter des Willkürlichen.

Ein weiterer Grund für die Vorschrift von Höchstkursen läge darin, daß die Interessenten dann wenigstens die Sicherheit hätten, daß bei der Bilanzaufstellung nicht über diese Kurse hinausgegangen worden ist, was angesichts der in Oesterreich noch recht mangelhaften Berichterstattung der Aktiengesellschaften an ihre Aktionäre wohl erwünscht wäre. Allerdings wird der Wert einer solchen Vorschrift dadurch beeinträchtigt, daß gerade für diejenigen Unternehmungen, für die sie am wichtigsten wären, Ausnahmen schwer zu vermeiden sind. Und das sind die Sparkassen und Kreditgenossenschaften, die an ihren Wertpapierbeständen seit Jahren so große Einbußen erleiden, daß für die ersteren bereits in den letzten Jahren Sondervorschriften gemacht werden mußten, indem ihnen gestattet wurde, die Abschreibung der Kurseinbußen auf einige Jahre zu verteilen. Bei den Genossenschaften wird der Schwerpunkt der Verluste wohl bei den Debitoren liegen, aber auch für sie spielen Verluste an Wertpapieren eine erhebliche Rolle. Da Verlust-Bilanzen den Kredit dieser Unternehmungen schwer beeinträchtigen könnten, wird es wohl angezeigt sein, ihnen neuerlich solche Erleichterungen zu bewilligen. Aber auch da wird die Festsetzung von Höchstkursen wenigstens den Vorteil haben, daß man weiß, welche Kurse der Bilanzaufstellung eigentlich zugrunde gelegt werden, wenn auch diejenigen Institute, die über ausreichende Reserven nicht mehr verfügen, die Abschreibung dieser Verluste auf einige Jahre verteilen mögen. Bei Versicherungsgesellschaften und zumal bei Lebensversicherungsgesellschaften, die ja vor allem sehr große Wertpapierbestände haben, liegt die Sache insofern etwas anders, als sie einerseits zumeist sehr große Reserven besitzen, andererseits die Wertpapiere zu dauernder Veranlagung bestimmt sind und in absehbarer Zeit nicht verkauft werden dürften. Immerhin wird auch bei ihnen die Kursabschreibung unverfälscht sein, zumal gerade bei den festverzinslichen Wertpapieren Mancher Umstand für die Annahme spricht, daß eine beträchtliche Kurserrhöhung nach dem Kriege nicht in nahe

Aussicht steht. Allerdings ist von sachkundiger Seite kürzlich darauf hingewiesen worden, daß die Rechnungsabschlüsse der Lebensversicherungsgesellschaften heuer dadurch erheblich aufgebessert werden dürften, daß die großen Akquisitionsspesen während des zweiten Halbjahres nahezu ganz wegfallen, so daß die Abschreibungen aus den Erträgen erleichtert sind. Die nachteilige Wirkung der Stockung an der Neugewinnung mag ja allerdings später zutage treten, aber jedenfalls erst in der Zukunft nach dem Kriege, wo auch die Verluste bereits überwunden sein mögen. Ob und in welchem Umfang eine behördliche Vorschrift erfolgt, das ist nach der Stellungnahme der Banken zu der Frage zweifelhaft. Eine Frage von großer Bedeutung für Aktiengesellschaften und andere Kaufleute ist noch die der steuerrechtlichen Behandlung der Kriegsverluste und Kriegsreserven, da das österreichische Steuergesetz und seine Handhabung die Möglichkeit geben, solche Verluste und Reserven unter Umständen steuerpflichtig zu machen. Darauf soll nächstens eingehender zurückgekommen werden.

Die Bilanzstellungen in der Kriegszeit.

Eine Enquete im Justizministerium.

Freitag findet im Justizministerium unter Teilnahme von Experten aus allen wirtschaftlichen Kreisen eine Enquete über die aktuelle Frage der Bilanzaufstellung statt. Die Grundlage der Beratungen bildet ein umfangreicher Fragebogen.

Mittlerweile haben sich mit dem Problem schon einzelne wirtschaftliche Korporationen beschäftigt, so auch der verwaltungsrechtliche Ausschuss der Wiener Handelskammer, der eine Reihe bestimmter Anträge formulierte. Hierüber wurde gestern in einer unter dem Vorsitz des Direktors Dr. Hammerich Lag abgehaltenen Sitzung des Permanenzkomitees seitens des Kammersekretärs Dr. Bedner berichtet. Es gelangten im wesentlichen folgende Anträge zur Annahme:

Eine Suspendierung der gesetzlichen Vorschriften über die Aufstellung der Bilanzen für das am 31. Dezember ablaufende Geschäftsjahr empfiehlt sich nicht. Nur in besonders ungewöhnlichen Fällen, die zur Anzeige zu bringen wären, solle eine Hinausschiebung des Termins für die Bilanzaufstellung Platz greifen. Allgemeine Direktiven für die Bewertung von Effekten bei der Bilanz sollen nicht erlassen werden. Soll bezüglich der festverzinslichen Papiere ein Höchstkurs festgesetzt werden, so wäre der 24. Juli als Stichtag zu wählen.

Der Termin für die Abhaltung der Generalversammlungen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften und Aktiengesellschaften, deren Geschäftsjahr nicht später als am 31. März schließt, soll auf sechs Monate nach Abschluß des Geschäftsjahres hinausgeschoben werden.

Empfohlen wird die Auszahlung einer Abschlagszahlung auf die Dividende.

Die Bilanzauflstellungen in der Kriegszeit.

Ueber die Sitzung des Permanenzkomitees für Industrie, Gewerbe und Handel, die sich mit der Aufstellung der Bilanzen während des Krieges befaßte, wird heute der folgende Bericht verlautbart:

Auf Grund eines Berichtes des Steuer- und Verwaltungsausschusses der Wiener Handels- und Gewerbekammer, vom Kammerkonsulenten Doktor Wilhelm B e d e r erstattet, wurde beschlossen, bei der Regierung zu beantragen:

1. Eine allgemeine Suspendierung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften über die Aufstellung der Bilanzen für das am 31. Dezember 1914 ablaufende Geschäftsjahr empfiehlt sich nicht.

2. Eine Hinausschiebung der gesetzlichen und statutarischen Termine für die Aufstellung der Bilanzen soll nur jenen Unternehmungen über Einschreiten beim I. L. Handelsministerium gestattet werden, welche ihren Sitz oder eine Hauptbetriebsstätte in einem vom Feinde besetzten Gebiete haben. Selbstverständlich wird bei Unterlassung der Aufstellung der Bilanzen bei Einzelfirmen, offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften der im Strafgesetzbuch § 486 lit. c und d angeführte Nachteil nicht eintreten, wenn der Firmeninhaber oder die persönlich haftenden Gesellschafter durch den Kriegsdienst oder durch einen Zwangsaufenthalt im Ausland an der Bilanzerrichtung verhindert sind.

3. Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Aktiengesellschaften, bei welchen das Geschäftsjahr nicht später als am 31. März 1915 abschließt, sollen berechtigt sein, den gesetzlichen oder statutarischen Termin für die Abhaltung der Generalversammlung bis sechs Monate nach Schluß des Geschäftsjahres hinausschieben zu dürfen.

4. Es empfiehlt sich nicht, für die Bilanzauflstellung irgendwelche Bewertungsvorschriften zu erlassen. Insbesondere wird die Erlassung von Vorschriften über die Bewertung von Wertpapieren, die an der Börse kotiert werden, widerraten.

Sollten jedoch bezüglich der für verzinslichen Wertpapiere die Kurse eines bestimmten Tages als Höchstkurse festgesetzt werden, von denen bei Erstellung der Bilanz auszugehen ist, so wäre der 24. Juli 1914 zu wählen. Für Kreditgenossenschaften, Sparbanken und Versicherungsgesellschaften empfiehlt es sich, eine Vorschrift zu erlassen, in der diesen Instituten gestattet wird, eventuelle Kursverluste nicht in den Bilanzen über das Jahr 1914 abschreiben zu müssen, sondern die Abschreibung auf die Dauer eines längeren Zeitraumes verteilen zu dürfen.

5. Wenn der öffentlichen Rechnungslegung unterliegende Unternehmungen während der Kriegsdauer Bilanzen aufstellen, die einen Verlustsaldo aufweisen, so soll dieser bei den nächsten Bilanzen als Abzugspost geltend gemacht werden können.

In einer Anregung des Kammerrates Artur Demberger wurde auf die großen Vorteile hingewiesen, welche die Einführung des Postsparkassendienstes bei den Feldpostämtern bieten würde. Gegenwärtig werden der Volkswirtschaft große Vorräte durch die Löhnungen der Truppen entzogen. Es sammeln sich bei den Mannschaften Geldmittel an, für die diese im Felde keinerlei Verwendung haben, die sie aber mittels des für diese kleinen Beträge zu kostspieligen und schwerfälligen Postanweisungsverfahrens auch nicht ihren Angehörigen zukommen lassen können. Unzweckmäßige und überflüssige Ausgaben und Verluste sind die Folgen dieses Zustandes. Dazu kommt die Gefahr, daß die Vorräte der Gefangenen oder Toten in die Hände des Feindes fallen, wie auch gerade in dem Mitführen von Vorräten ein starker Anreiz zur Plünderung der Gefangenen liegt.

Der Bericht des Subkomitees für die Fragen des mittelständischen Kredits, in welchem der Ausbau der bestehenden Kriegshilfsinstitutionen im Sinne einer weitergehenden Berücksichtigung des gewerblichen und landwirtschaftlichen Kredits, und zwar für ersteren durch Unterstützung des genossenschaftlichen Kreditsbedarfes seitens der Kriegskreditbanken, für letzteren unter Erweiterung des Wirkungsbereiches der Darlehenskasse befürwortet wird, wurde zur Kenntnis genommen.

Im Anschluß daran wurde darauf hingewiesen, daß die Militärbehörden nach wie vor die Kenntnisnahme der Abtretung von Forderungen, welche Industrielle und Gewerbetreibende an militärische Behörden besitzen, unter Berufung auf das Hofdekret vom 21. August 1838, dessen Aufhebung seit vielen Jahren mit größtem Nachdruck verlangt wird, verweigern. Hierdurch wird es den Kreditinstituten, insbesondere auch der Niederösterreichischen Kriegskreditbank, unmöglich gemacht, Akzeptkredite gegen Abtretung solcher Forderungen zu gewähren. Es soll nunmehr ein energischer Schritt wegen Aufhebung dieses Hofdekretes unternommen und eine Verordnung gefordert werden, welche die Möglichkeit der Zession in den bezeichneten Fällen sicherstellt.

Das Permanenzkomitee beschloß weiter, auf Anregung des Kammerrates Vinz, geeignete Transportmaßnahmen für eine bessere Zuckerversorgung Wiens zu verlangen und auch den Bürgermeister um Unterstützung der bezüglichen Schritte zu ersuchen. Auch soll bei der Heeresverwaltung eine reichlichere Zuckerversorgung der Armee im Felde in Anregung gebracht werden.

Metall-Höchstpreise.

Schließlich beschäftigte sich das Permanenzkomitee noch mit der Einführung von Metallhöchstpreisen, die in Deutschland bereits erfolgte, und den Maßnahmen, die im Falle der gleichen Vorgehens in Oesterreich zu treffen wären.

Die Versicherungsgesellschaften und die Bilanzen.

Wien, 16. Dezember.

Im Ministerium des Innern fand in Anwesenheit des Geheimen Rates Sektionschef Dr. Ritter v. Wolf eine Beratung der privaten Versicherungsgesellschaften und der Vertreter der Landesversicherungsanstalten statt, die sich mit der Frage der Bilanzierung befaßte. Es wurde mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen, als Stichtag für die Bewertung der Effekten bei den bevorstehenden Bilanzabschlüssen nicht den 30. Juli, sondern die Kurse des letzten Börsentages, demnach den 25. Juli, zu wählen. Geheimer Rat Dr. Ritter v. Wolf wies darauf hin, daß der Sicherheitsfaktor der österreichischen Versicherungsgesellschaften über jeden Zweifel erhaben sei. Die Gesellschaften befinden sich in einer günstigen finanziellen Situation, und es würde ihrem eigenen Interesse widersprechen, wenn man für sie im Wege einer Notverordnung einen anderen Stichtag, beispielsweise den 30. Juli, dekretieren wolle. Es sei allerdings nicht zu leugnen, daß das Interesse der österreichischen Gesellschaften bei der Wahl des Stichtages ein ungleichartiges wäre. Das Gros der Gesellschaften hat die Aktiven in Hypotheken und Pölkzendarlehen angelegt, so daß bei diesen von einer höchstens 15prozentigen Anlagerung in Effekten gesprochen werden könne. Geheimer Rat Dr. Ritter v. Wolf dankte schließlich im Namen des Ministers des Innern den Versicherungsgesellschaften für ihre umfangreichen Zeichnungen auf die Kriegsanleihe und für ihre Spenden für Kriegsfürsorgezwecke.

Die Hauptversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereines.

Die Feier des 75jährigen Bestandes.

Wien, 18. Dezember.

Mit der heute abgehaltenen Hauptversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereines wurde dessen 75jähriger Bestand, und zwar mit Rücksicht auf die Kriegslage in einfacher Form gefeiert. In der Versammlung, die unter der Leitung des Präsidenten Adolf Schiel abgehalten wurde, hielt der Ehrenpräsident des Vereines, Herzoghausmitglied Geheimen Rat Dr. Wilhelm Egner, einen Vortrag.

Die Ansprache des Ehrenpräsidenten Geheimen Rates Dr. Wilhelm Egner.

„Einst, jetzt und demnächst.“

Geheimer Rat Dr. Egner besprach einleitend die Entstehungsgeschichte des Vereines, der bei Gelegenheit der Gewerbeausstellung, die im Jahre 1835 im ZeremonienSaale der Hofburg veranstaltet wurde, durch vier Wiener Bürger, Artzhaber, Coith, Hornbostel und Spörlin, in Anregung gebracht worden war.

Der Redner charakterisierte die Zeit, in der der Verein entstand, dahin, daß sich in dieser Periode die Naturwissenschaften bis zu ihren Anwendungen im Gewerbebetrieb fast mit der Blödsichtigkeit eines Phänomens entwickelten.

Aus dem Gewerbeverein heraus entwickelten sich neue Institutionen, wie die Handels- und Gewerbelammern und sachliche freie Vereinigungen der verschiedensten Art.

Nach der Einführung verfassungsmäßiger Einrichtungen des Staates begann eine bis in die Gegenwart reichende segensvolle Friedensperiode, die der Niederösterreichische Gewerbeverein als Bannerträger technischen und künstlerischen Fortschrittes in der Gewerbepflege, als mannhafter und erfolgreicher Vertreter der wirtschaftlichen Interessen des Mittelstandes und als Führer in sozialpolitischen Fragen ausnützte.

In diese Blüteperiode unausgesetzten Aufstieges brach das große Unglück eines europäischen Krieges herein, der durch panlawistische Deutegier, die uns seit Jahrzehnten bedrohte, durch den französischen Nachdruck, der seit 1871 Deutschland auslauierte, unter der Führung Englands auf die Vernichtung Deutschlands und Oesterreichs abzielt. Wir — Deutschland und Oesterreich-Ungarn — haben unsere staatliche Existenz zu verteidigen und kämpfen auch für die neutralen Staaten, die, wie einst Dänemark durch England oder jetzt die Türkei durch Rußland, rechtlos überfallen worden sind und jederzeit dieser Gefahr ausgesetzt sein können. Wir kämpfen auch für den Internationalismus im edlen Sinne des Wortes, dessen Entwicklung durch den Willkürkrieg schwer geschädigt und auf Jahre hinaus in Frage gestellt worden ist. Der Wiederaufbau des wissenschaftlichen und technischen Internationalismus kann nur durch die Ausschließung des rücksichtslosen Großbritanniens erreicht und die von diesem Staate dem Frieden stets drohende Gefahr kann nur durch den jetzigen Befreiungskrieg mit einem vernichtenden Siege über Großbritannien dauernd beseitigt werden. Der große deutsche Philosoph Immanuel Kant hat den englischen Staat zum Unterschied vom englischen Volk schon vor langer Zeit als das gezeichnet, was er ist: „Nicht ein Konkurrenzstaat für die Großmächte, sondern auf die Vernichtung der Existenz jedes Staates abzielend, der seinen Weltherrschaftsplänen störend in den Weg tritt.“ Die verbündeten europäischen Zentralmächte müssen bei der Befreiung ihrer Feinde vor allem andern die Vernichtung des Rädelsführers, das ist England, im Auge behalten, wenn sie zu dem ersehnten dauernden Frieden gelangen wollen.

Der Niederösterreichische Gewerbeverein hat auch jetzt die durch den Krieg unserem Volkstum erwachsenen Pflichten mit Sorgfalt erwogen, den dem Gewerbeverein zukommenden bescheidenen Anteil auf sich genommen und mit Ernst verfolgt. Weit erheblicher wird sich der Kreis seiner Verpflichtungen ausdehnen in dem ersehnten Moment, wo unsere Volkswirtschaft auf friedlichem Boden eine neue großartige Gestaltung erfahren soll. In diesem Saale ist zuerst das schöne Wort „Abbau des Hasses“ ausgesprochen worden. Es handelt sich aber nicht bloß um eine Art von Beruhigung, sondern um eine tüchtige Schaffensarbeit zunächst auf dem Gebiete der beiden verbündeten Monarchien. Es genügt uns nicht, daß das militärische Bündnis sich bei der Abwehr der Feinde bewährt haben wird und uns für alle Zukunft als Heeresmächte vereinigt. Das militärische Bündnis soll durch

ein wirtschaftliches ergänzt und dadurch verstärkt werden. Diese so verbündeten Staaten werden damit ihren freundschaftlichen Gesinnungen für unseren dritten Bundesgenossen und die jetzigen neutralen Staaten erhöhten Wert verleihen und beim endgültigen Friedensschlusse wird dieser an Gewicht gewinnen. Die weitere Entwicklung könnte zu einem mitteleuropäischen Staatenverband führen, wie ihn unser berühmter Landsmann Professor v. Liszt vorschlägt.

Dann wird man auch an die Wiederaufrichtung und weitere Ausgestaltung des Internationalismus schreiten können. Die Verbündeten Deutschland-Oesterreich-Ungarn werden „Schulter an Schulter“ für die ethischen und zivilisatorischen Ziele des Internationalismus nachvoll eintreten. Jeder Krieg seit der Renaissance, mit der der Internationalismus entstand, hat diesen zur gegenseitigen Bereicherung dienenden Austausch von Früchten der Humanität, der Künste, der Wissenschaften und der technischen Erfindungen auf Kriegsdauer gestört, doch immer wieder siegt der große Gedanke der Bergesellschaftung des menschlichen Fortschrittes. Es wird uns leicht sein, auf naturwissenschaftlichem und technischem Gebiete den abgerissenen Faden wieder anzunähen, den Weltpostverein, die Telegraphenunion, den Kabelschutz, den Schutz des geistigen Eigentums (Autorecht, Patent, Marken- und Musterrecht) usw. neu und vervollständigt aufzubauen. Vielleicht wird man auch in Zukunft Garantien für die Aufrechterhaltung der Genfer Konvention und für deren Schutz gegen jeden Eingriff anbahnen können. Eine entsetzliche Krise ist ja gewiß dieser große Krieg auf allen Gebieten der Menschlichkeit und der wirtschaftlichen Prosperität, aber eine Vernichtung der großen Ideen wird er nicht herbeiführen können. Und bei dem Aufleben dieser großen Ideen möge der Niederösterreichische Gewerbeverein seine durch 75 Jahre gewissenhaft und erfolgreich getane Pflicht mit neuen Hoffnungen und erhöhten Anstrengungen weiter erfüllen. Diesen Wunsch sprach unter dem lebhaftesten Beifall der Versammlung Redner aus, der eine besondere Wärme durch den Umstand gewann, daß der Redner, der Ehrenpräsident des Vereines, durch mehr als ein halbes Jahrhundert in den innigsten Beziehungen zum Gewerbeverein steht.

Das gewerbliche Eigentum im Krieg.

Die internationale Vereinbarung zum Schutze des gewerblichen Eigentums ist auch gegenüber den Angehörigen der kriegsführenden Staaten in Kraft geblieben.“ Diesen wichtigen Grundsatz hat der I. Zivilsenat des Reichsgerichts in einer Entscheidung vom 26. Oktober ausgesprochen, deren Abdruck in der amtlichen Sammlung erfolgen wird. Das Reichsgericht tritt hiermit der Auffassung entgegen, welche in der juristischen Literatur überwiegend vertreten wird und zu deren Gunsten auch die Bestimmung des Frankfurter Friedensvertrags angerufen werden kann. Die Literatur steht auf dem Standpunkte, daß durch den Krieg die zwischen den Kriegsführenden abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge ohne weiteres erlöschen, selbstverständlich mit Ausnahme derjenigen, die lediglich für den Krieg abgeschlossen wurden, gleichviel ob es sich um Angelegenheiten handelt, die das öffentliche Recht oder solche, die das Privatrecht berühren. Das Reichsgericht nimmt die fortbauende Geltung auch gegenüber den Angehörigen der kriegsführenden Staaten an, weil die genannte internationale Vereinbarung ein Bestandteil der Reichsgesetzgebung geworden sei, indem es dabei noch ausdrücklich betont, dem deutschen Recht sei die Anschauung anderer Rechte fremd, daß der Krieg auch gegen friedliche Untertanen der Kriegsführenden geführt werde, soweit nicht Vergeltungsmaßnahmen angeordnet worden sind. Demgemäß ist auch die internationale Vereinbarung zum Schutze des Urheberrechts, der sogen. Berner Unionsvertrag, gegenüber den Angehörigen der kriegsführenden Staaten nicht als erloschen zu betrachten, da der Vertrag ebenfalls Bestandteil der Reichsgesetzgebung ist.

Es wäre von Interesse, zu wissen, ob der englische oberste Gerichtshof und der französische Kassationshof sich auch auf diesen großzügigen Standpunkt stellen werden, der beweist, wie sehr man in Deutschland bestrebt ist, so lange nicht die Maßnahmen der feindlichen Staaten die Anwendung von Vergeltungsmaßnahmen unbedingt erheischen, die Wirkungen des Krieges auf die privatrechtlichen Verhältnisse nicht zu erstrecken. Aber dennoch bleiben wir natürlich „Sunnen“.

Der Krieg und die Geschäftskonturrenz.

Die große Zeit, in der wir leben, zeitigt Erscheinungen, die wohl abseits von der Bedeutung des Weltkrieges liegen, aber dennoch aus diesem Anlaß die Schattenseiten des allgemeinen geschäftlichen Lebens in Erscheinung bringen. Neid und Mißgunst sowie die Gelegenheit, einen durch Erfolg und Entwicklung übermächtigen Konkurrenten etwas am Zeuge flicken zu können, lassen gewisse Kreise Anstand und Sitte im Geschäftsleben völlig vergessen, und mit besonderer Vorliebe klammern sich solche Neidlinge an den „ausländischen“ Klang einer solchen Firma, seitdem die Angehörigen der gegnerischen Staaten im Weltkriege förmlich zu persönlichen Gegnern gestempelt worden sind. Es handelt sich um die alle Länder der Welt umfassende Singer-Nähmaschinen-Aktiengesellschaft, gegen welche der Verband österreichischer Nähmaschinenhändler in Wien den völlig aus der Luft gegriffenen Vorwurf erhoben hat, eine englische Firma zu sein, deren Erzeugnisse boykottiert werden müßten. Die genannte Firma ist jedoch eine rein deutsche und österreichische, deren Zentrale in Hamburg ist, wo deutsches Kapital, deutsche Leitung, deutsche Beamte und deutsche Arbeiter tätig sind, die berühmten und in aller Welt anerkannten Singer-Nähmaschinen zu erzeugen und in Vertrieb zu bringen. Die Hamburger Zentrale, die völlig selbständig und unabhängig ist, leitet den ganzen Betrieb im Deutschen Reiche, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg, und hat nicht die geringste Beziehung zu den gleichfalls selbständigen Unternehmungen dieser Art in England, Frankreich, Rußland und andern Ländern. Der Schöpfer der weltberühmten Singer-Nähmaschine war der Deutsch-Amerikaner J. M. Singer, und von den Vereinigten Staaten aus hat sein Werk den Siegeszug in alle Welt angetreten. Die Konkurrenz hat der Singer-Nähmaschine niemals in irgendeiner Weise zu Leib rücken können, so daß sie jetzt in kritischer Zeit zu dem verwerflichen Mittel greift, die Firma fälschlich als eine englische zu erklären, um auf diesem Wege Stimmung gegen diese und für ihre eigenen Sonderinteressen zu machen. Man muß diesen Versuch mit aller Entschiedenheit zurückweisen, um so mehr, als diese rein deutsche und österreichische Firma es niemals unterlassen hat, in der Heimat ihre patriotische Pflicht zu erfüllen. So hat gerade jetzt die Wiener Direktion der Singer-Aktiengesellschaft Hunderte von Nähmaschinen für militärische und Spitalzwecke unentgeltlich zur Verfügung gestellt, hat ihre großen Werkräume in der Niederlage, Mariahilferstraße Nr. 47, für laufende Arbeiten gleicher Art gewidmet und dafür die vollste Anerkennung der maßgebenden hohen Persönlichkeiten in reichstem Maße errungen. Es dürfte demnach ein erfolgloses Beginnen des oben genannten Verbandes sein, wenn er — entgegen seiner eigentlichen Aufgabe — bestrebt ist, den wohlverdienten Ruhm der Singer-Nähmaschine durch derartige Ausstreuungen zu verkleinern. Die bisherige Verbreitung in Millionen und aber Millionen der Singer-Nähmaschinen im Haushalte und in Werkstätten bildet einen unzerstörbaren Ruhmestitel der deutschen und österreichischen Industrie, die stolz darauf sein darf, die Singer-Nähmaschinen-Aktiengesellschaft in Wien und Hamburg zu ihrem Besitze rechnen zu können.

Gesteigerter Geschäftsverkehr.

Vom Direktor des Kreditorenvereines Dr. Hermann Oppenheim wird uns über die Gestaltung des Geschäftsverkehrs während der letzten fünf Monate des Krieges mitgeteilt:

Es wurde viel darüber debattiert, ob eine Notwendigkeit für die Erlassung eines Moratoriums in Oesterreich bestand, und wenn wir heute rückblickend uns darüber äußern sollen, so kann wohl als allgemeine Meinung ausgesprochen werden: Eine zwingende Notwendigkeit für die Einführung eines allgemeinen Moratoriums in Oesterreich-Ungarn war nicht vorhanden.

Die Erfahrungen wenigstens, welche die im Kreditorenverein vertretenen Branchen, das ist die Textilindustrie, die Lederindustrie und ein großer Teil der Eisenindustrie, gemacht haben, beweisen, daß trotz Enthebung der Schuldner von ihrer Zahlungsverpflichtung viele von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht haben, sondern ordnungsgemäß ihren Zahlungsverpflichtungen nachkamen. Die Zahl dieser unerschütterlichen Privatwirtschaften wäre noch bedeutend größer, wenn durch die Stundungsverordnung nicht auch die Banken und Sparkassen u. zum allergrößten Teil ihrer Zahlungsverpflichtungen gesehlich enthoben worden wären und unsere Banken nicht die Kreditgeschäfte, das Eskomptegeschäft, das Lombardgeschäft, das Buchforderungsbelehnungsgeschäft u. vollkommen sistiert hätten.

Die bisherigen Wahrnehmungen beweisen, daß die Erlassung eines allgemeinen Moratoriums nicht am Platz gewesen ist, sondern daß die österreichische Volkswirtschaft so widerstandsfähig war, daß man mit der Stundung der Forderungen an Eingerrückte und besonders vom Krieg betroffene Wirtschaftssubjekte das Auslangen hätte finden können.

Indes kann daraus der Regierung kein Vorwurf gemacht werden, weil niemand in der Lage war, die wirtschaftlichen Folgen der Mobilisierung, des Weltkrieges sicher einzuschätzen. Es war also immerhin vorsichtig, eine Stundung in einem größeren Ausmaß als unbedingt notwendig anzuordnen, um den Zusammenbruch volkswirtschaftlich wichtiger Elemente zu verhüten. Dieses Ziel ist mit der Anordnung der Stundung und mit ihrem vorsichtigen Abbau, mag man auch mit den Details der Abbauperiode nicht einverstanden sein, und durch die kaiserliche Verordnung vom 17. September d. J. über die Einführung der Geschäftsaufsicht im ganzen und großen erreicht worden.

Trotz beinahe fünfmonatiger Dauer des Krieges ist die prophezeite Devalbierung aller Werte ausgeblieben, im Gegenteil; es wird von vielen Angehörigen der Textil- und Lederindustrie, mit Ausnahme natürlich der Modebranchen, versichert, daß das Geschäft hinsichtlich des Umfanges des Absatzes zwar naturgemäß mit dem normalen nicht zu vergleichen ist, daß aber in den Verdienstmöglichkeiten und den Zahlungskonditionen — bekanntlich ist die Konditionsfrage bisher ein ungelöstes Problem in vielen Zweigen der österreichischen Industrie — Erfolge erzielt werden konnten wie nie zuvor.

Schon der kritische Tag erster Ordnung, der 15. Oktober 1914, der Tag des Ablaufes des österreichischen Moratoriums, hat die Ueberraschung gebracht, daß Wechselproteste in viel geringerem Umfange vorgekommen wurden, als allgemein angenommen wurde. Eine erste Notariatskanzlei in Wien erklärt, daß sie zwar mobilisiert war, aber schon im Monat Oktober zur Erkenntnis kam, daß diese außerordentliche Vorbereitung überflüssig gewesen ist. Auch die Zahl der eingebrachten Klagen blieb weit hinter den Befürchtungen zurück, und so ähnlich war es auch an den dem 15. Oktober folgenden Fälligkeitsterminen.

In den Branchen, die im Kreditorenverein vertreten sind, sind auch die großen Zahlungseinstellungen, die gleichfalls prophezeit wurden, ausgeblieben, selbst wenn wir die Geschäftsaufsichten in 90 Prozent aller Fälle als hinausgeschobene Insolvenzen ansehen. Seit Ende Juli dieses Jahres sind vom Kreditorenverein insgesamt 899 Insolvenzen und 419 Geschäftsaufsichten mit einer Gesamtbeteiligung von 8.000.000 K. zur Anmeldung gelangt, und der Vergleich mit den Ziffern des Vorjahres aus dieser Periode, 1343 Fälle mit einer Beteiligung von 9.600.000 K., beweist, daß das österreichische Wirtschaftsleben ein so gesundes ist, daß es sogar dieser gewaltigen Krise, der schon einige kleinere vor nicht langer Zeit vorausgegangen waren, sich gewachsen zeigte. In den vorerwähnten Ziffern sind naturgemäß die Zahlungseinstellungen in den von den Kriegsereignissen besonders betroffenen Ländern, in Galizien und der Bukowina, nicht enthalten.

Die Pessimisten haben also, was das Wirtschaftsleben Oesterreich-Ungarns betrifft, vorläufig nicht recht behalten, und die vorausgesagten verheerenden Wirkungen eines europäischen Krieges für das Wirtschaftsleben unsrer Monarchie sind nicht eingetreten.

Gutes Weihnachtsgeschäft im Kriegsjahr.

Das Weihnachtsgeschäft ist jetzt abgeschlossen. Man hat ihm in diesem Jahr größere Beachtung geschenkt als je. Die Volkswirte und die Politiker warteten gespannt, wie sich die Bevölkerung zu Weihnachten 1914, nach nahezu fünf Kriegsmonaten, verhalten werde. Manchem von ihnen lag noch die Erinnerung an die Weihnachten 1912 in den Gliedern. Der Balkankrieg tobte damals, Oesterreich-Ungarn führte eine Teilmobilisierung durch, und es sah so aus, als sollte unser Vaterland in den Kriegsstrudel hineingezogen werden. Ueber der Bevölkerung der Monarchie lag spannungsvoll Erwartung, die Geschäfte lagen darnieder und das Publikum kaufte zu Weihnachten wenig, sehr wenig ein. Mancher Kaufmann, den die Hoffnung auf das Weihnachtsgeschäft aufrechterhalten hatte, brach nach Neujahr nieder, die Insolvenzen und Konkurse wurden gleich zu Dukenden verlautbart. Ganz, ganz anders ist es heuer. Mit großer Genauigkeit können wir jetzt, da ein Ueberblick schon möglich ist, feststellen, daß das Weihnachtsgeschäft diesmal gut war. Unsere Bevölkerung hat eine starke Probe seiner materiellen und moralischen Widerstandskraft gegeben. Das Leben geht, soweit Einschränkungen durch den Krieg nicht selbstverständlich sind, seinen gewohnten Gang. Wer gestern während des ganzen Tages mit offenen Augen durch die Straßen ging, der sah überall von Kunden stark besuchte Geschäftsläden. Vormittags, da die Hausfrauen ihre letzten Einkäufe machten, um für den Weihnachtstisch zu braten und zu backen, da wurden viele Lebensmittelgeschäfte — das Wort ist keine Uebertreibung — förmlich gestürmt. Der Weihnachtstisch und die Weihnachtsgans waren so begehrt wie jemals, in den Backstuben der großen Konditoreien wurde die ganze Nacht auf den Donnerstag gearbeitet, und der süßliche Dinzerteiggeruch erfüllte weithin die Luft. Auffallend stark war gestern und in den vorangegangenen Tagen der Einkauf in den vielen Spiel- und Galanteriewarengeschäften. In den ersten Dezembertagen haben diese Geschäfte nur insoweit größere Absätze gemacht, als sie Artikel führten, die für den Gebrauch unserer Feldsoldaten in Betracht kommen. In den letzten Tagen schien es aber, als wolle das Publikum nach den Soldaten nur noch an die Kinder denken. Welch tiefe symbolische Bedeutung hat dieser von nüchternen Geschäftsleuten beobachtete, von der Bevölkerung ganz gefühlsmäßig ohne Berechnung eingeschlagene Vorgang! Zuerst die Kämpfer für unsere Gegenwart und dann die Bürger unserer Zukunft. Daß die Wäschehändler (Kälteschutzmittel für die Soldaten) den ganzen Dezember hindurch gute Geschäfte machten, ist hier schon gesagt worden. Nicht ganz auf ihre Rechnung

sind dagegen die Herrenkleidergeschäfte gekommen. Ihr Ausfall ist aber nicht sehr groß und viel kleiner als zu Weihnachten 1912. Fertige Herrenanzüge, zur Weihnachtszeit ein glänzender Artikel, wurden heuer nicht besonders stark verkauft, da ja ein großer Teil unserer rüstigen Männer im Felde steht. Dagegen hat die Branche mehr Knabenanzüge als sonst verkauft. Die Sparbarkeit der Reservistenfrauen, die vom staatlichen Unterhaltsbeitrag leben, trug hier gute Früchte. Die Damenkonfektion hat besser abgeschnitten als vielfach erwartet wurde. Die ganz elegante und teure Ware ging nicht recht flott, dagegen wurde gute Mittelware und billiges Zeug stark abgesetzt. Auch hier sind Reservistenfrauen stark beteiligt. In diesem speziellen Fall leuchtet schon durch, was sich ganz allgemein sagen läßt: daß nämlich die ausgesprochenen Luxusindustrien (Zubehörlere, Parfümeure usw.) nicht recht ins Geschäft kamen. Das ist aber in Kriegzeiten ganz natürlich, es schien fast bedenklich, wenn dem anders wäre. Zu bedauern ist nur, daß die Buchhändler heuer zu Weihnachten nicht das große Geschäft gemacht haben, das sie um diese Zeit gewöhnt sind. Aber auch hier liegt der Grund offen da: stehen doch Hunderttausende im Felde, die im Frieden mit Büchern beschenkt worden wären oder Bücher geschenkt hätten. Aber trotzdem bezeichnen die Buchhändler ihr Geschäft nicht als schlecht, sondern bloß als mittelmäßig. Zusammenfassend läßt sich vom heurigen Weihnachtsgeschäft sagen, daß es durch den Krieg nicht beeinträchtigt wurde, daß sich dagegen starke Verschiebungen in der Nachfrage ergeben haben. Einzelne Branchen litten, andere nahmen einen starken Aufschwung.

**Die wirtschaftlichen Kriegsergebnisse.
Die Bilanzen im Kriege.**

Wien, 31. Dezember.

Die angekündigte Verordnung des Gesamtministeriums über die Errichtung von Bilanzen während des Krieges wird heute im Reichsgesetzblatt verlaublich und hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Kaufleute, Handelsgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und sonstige der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen, die in Galizien, in der Bukowina oder im Kreisgerichtsprängel Cattaro ihren Wohnsitz (Sitz) haben, sind bis 30. Juni 1915 von der Pflicht zur Aufstellung eines Rechnungsabschlusses (Bilanz) befreit. Kaufleuten und Unternehmungen der in Absatz 1 bezeichneten Art, die außerhalb von Galizien, der Bukowina oder des Kreisgerichtsprängels Cattaro ihren Wohnsitz (Sitz), jedoch in diesen Gebieten eine Hauptbetriebsstätte haben, kann die Verwaltungsbehörde auf begründeten Antrag eine Frist bis längstens 30. Juni 1915 zur Aufstellung des Rechnungsabschlusses (Bilanz) gewähren. Zur Erteilung dieser Frist ist für Versicherungsgesellschaften das Ministerium des Innern, für Banken und andere Kreditinstitute das Finanzministerium, für Unternehmungen des Berg- und Hüttenbetriebes das Ministerium für öffentliche Arbeiten, für Eisenbahnunternehmungen das Eisenbahnministerium, für sonstige Unternehmungen und für Kaufleute das Handelsministerium berufen.

§ 2. Für die Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss durch das hierzu berufene Organ steht Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und sonstigen der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen eine Frist bis zum 30. Juni 1915 offen, wieweil das Statut hierfür eine kürzere Frist bestimmt.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Kundmachung in Kraft.

Unterstützung der Kleingewerbetreibenden.

Der niederösterreichische Landtag wird auch für das Jahr 1915 einen Betrag im Höchstausmaße von 30.000 Kronen zu dem Zwecke der Unterstützung der Unternehmer unfallversicherungspflichtigen gewerblichen Betriebe in Niederösterreich widmen. Die Aufteilung dieses Unterstützungsbetrages wird prozentuell nach dem von dem einzelnen Kleingewerbetreibenden zu entrichtenden Versicherungsbeiträge erfolgen. Anspruch auf diese Begünstigung haben jene Betriebsunternehmer, deren Betriebe wegen der Verwendung eines Motors oder Dampffessels unfallversicherungspflichtig sind und welche im vorangegangenen Kalenderjahre (1914) keine oder höchstens eine jährliche Personaleinkommensteuer von 18 Kronen 70 Heller zu entrichten hatten. Diese Betriebe müssen jedoch solcher Art sein, daß sie auch ohne Verwendung eines Motors oder Dampffessels ausgeübt werden könnten. Es werden hiemit alle Unternehmer von unfallversicherungspflichtigen gewerblichen Betrieben, bei welchen die in den vorstehenden Landtagsbeschlüssen enthaltenen Bedingungen für die Anwartschaft auf Unterstützung aus Landesmitteln zutreffen, eingeladen, bis längstens 31. März 1915 bei der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien, 20. Bezirk, Webergasse Nr. 2—6, um die Befreiung von der Einzahlung ihrer auf das Jahr 1915 entfallenden Versicherungsbeiträge anzusuchen. Gleichzeitig werden alle Unternehmer oben beschriebener Betriebe, die im Jahre

1914 eine Personaleinkommensteuer von Kronen 18,70, jedoch höchstens von Kronen 24,40 zu entrichten hatten, eingeladen, bis längstens 31. März 1915 ihre Gesuche um Unterstützung aus Landesmitteln bei der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien einzubringen, wozu bemerkt wird, daß der niederösterreichische Landtag erst im Laufe des Jahres darüber beschließen wird, ob diesen Unternehmern die Unterstützung für das Jahr 1915 zu gewähren ist. Anspruchsberechtigte Betriebsunternehmer, deren Betriebe erst nach dem 1. Jänner 1915 unfallversicherungspflichtig erkannt werden, haben nur dann Anspruch auf diese Unterstützung, 1. für das I. Halbjahr 1915, wenn sie ihre Gesuche bis längstens 31. März 1915, und 2. für das II. Halbjahr 1915, wenn sie ihre Gesuche bis längstens 20. September 1915 bei der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien einbringen. Für die bei der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien einzubringenden Unterstützungsgesuche müssen die von der genannten Anstalt aufgelegten Druckformen verwendet werden. Diese Druckformen sind bei der erwähnten Anstalt unentgeltlich zu beziehen. Die Betriebsunternehmer, welche für das Jahr 1914 eine Personaleinkommensteuer von höchstens 24 Kronen 40 Hellern entrichteten, haben den bezüglichen Zahlungsauftrag der Steuerbehörde dem an die Arbeiterunfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien einzusendenden Unterstützungsgesuche beizuschließen. Ist ein anspruchsberechtigter Betriebsunternehmer nicht mehr im Besitze dieses Zahlungsauftrages der Steuerbehörde, so braucht er bei der k. k. Steuerbehörde nicht um Ausstellung eines Duplikates anzusuchen. Er hat vielmehr die Arbeiterunfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien zu ersuchen, bei der Steuerbehörde erheben zu lassen, mit welchem Betrage ihm die Personaleinkommensteuer für das abgelaufene Jahr vorgeschrieben wurde. Alle Gesuche an die Arbeiterunfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien sind **s t e m p e l f r e i**. Die anspruchsberechtigten Betriebsunternehmer sind wie bisher verpflichtet, ihre Lohnverrechnungen innerhalb von 14 Tagen nach Ablauf der Beitragsperiode, also längstens bis 14. Juli und 14. Jänner für das erste beziehungsweise zweite Halbjahr an die Arbeiterunfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien einzusenden. Sie verlieren ihren Anspruch auf Unterstützung für jene Beitragsperiode, für welche sie die Lohnverrechnung verspätet einsenden. Anspruchsberechtigte Betriebsunternehmer, deren Beiträge von der Arbeiterunfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien pauschaliert sind, haben wie bisher keine Lohnverrechnungen einzusenden.

Ausstellung deutscher Erzeugnisse.

O Dresden, 30. Dezbr. Die von Sachsen aus angeregte Veranstaltung einer Ausstellung solcher deutscher Erzeugnisse, die unter fremder Flagge gehen, ist nicht so leicht als man zunächst annahm. Es hat sich herausgestellt, daß bei ihr zahlreiche Interessen zu berücksichtigen sind, die nicht ohne weiteres übergangen werden können. Es stellen sich Schwierigkeiten verschiedenster Art heraus. Daß die Ausstellung trotzdem zustande kommt, ist zwar nicht zu bezweifeln, aber jedenfalls wird man sie erst nach dem Kriege veranstalten können. Damit ist ihre Bedeutung in keiner Weise verringert. Die Veranstaltung nach dem Kriege empfiehlt sich auch mit Rücksicht auf die große Zahl der jetzt im Felde stehenden Industriellen, auf deren Urteil und Mitarbeit nicht gut verzichtet werden kann. So ist also heute über den Umfang der Ausstellung und selbst über den Ort ihrer Veranstaltung, wie wir von zuständiger Seite erfahren, noch nichts zu sagen. Bleibt sie klein und beschränkt sie sich im wesentlichen auf Sachsen, so wird sie voraussichtlich in Leipzig stattfinden. Wird sie reichhaltiger und gelingt es, sie mit anderen Ausstellungen von gleichen oder ähnlichen Zielen zu verbinden, so ist es möglich, daß eine andere deutsche Stadt gewählt wird. Der Vorsitzende des Ausstellungsausschusses ist der Leiter der Dresdener königlichen Kunstgewerbeschule Prof. Groß, der zweite Vorsitzende ist der Leiter des Leipziger Kunstgewerbemuseums Prof. Dr. Graul. Gegenwärtig ist der Ausschuß über die ersten Vorbereitungen noch nicht hinausgekommen. Es handelt sich zunächst darum, mit Behörden, Körverschaften und Industriellen Fühlung zu nehmen und sie für die Ziele der Ausstellung zu gewinnen.

Belebung der gewerblichen Tätigkeit in Berlin.

Berlin, 30. Dezember. (Privattelegramm.) Im Jänner findet in Berlin eine Sitzung des Zinkhüttenverbandes statt, um den neuen Verbandsvertrag zu genehmigen. Die Preise, die am 8. d. um Mark 1.75 für 100 Kilogramm erhöht worden waren, dürften unverändert belassen werden. Der Zinkmarkt zeigt im Vergleich zu seiner Verfassung kurz nach Kriegsausbruch ein wesentlich freundlicheres Aussehen.

Im November hat der Elektrizitätsverbrauch in Großberlin gegenüber dem Vormonat weiter um zehn Prozent zugenommen, doch bleibt er hinter dem Vorjahr noch um zwölf Prozent zurück. Gleichwohl gilt der relativ starke Verbrauch als Zeichen für die Besserung der gewerblichen Tätigkeit.

Die Industrie im Kriege.

Bestürzung nach Kriegsausbruch bald gewichen. Belebung des Absatzes, unterbunden durch Rohstoffmangel.

Planmäßige Ueberwindung der Schwierigkeiten.

Heutiger Umfang der Betriebseinschränkung in Prozenten:

Zement	Eisen	Baumwollspinnerei	Baumwollweberei	Brauerei	Landwirtschaftliche Maschinen	Böhmische Glasindustrie	Selbstpapier
60	50	55	15	40	80	90	50

Drei Gebiete industrieller Betätigung haben durch den Krieg am meisten gelitten: die Exportindustrie, die Luxusindustrie, die städtische Bautätigkeit. Jene Industrien, die für den Export arbeiten, sind zu einer erschütterlichen Verminderung ihrer Tätigkeit gezwungen worden, weil die Ausführwege und namentlich die überseeischen Absatzgebiete fast gänzlich verschlossen waren. Viele Fabriken der großen böhmischen Glasindustrie sind zum Stillstand gelangt und die Umsätze in der Kriegszeit sind auf den zehnten Teil eines mittleren Jahres zurückgegangen. Die Zuckerfabriken arbeiten zwar im Vollbetriebe, können jedoch mit dem größeren Teile ihrer Erzeugnisse nicht auf den Weltmarkt gelangen und müssen von den heuer gewonnenen Mengen dieses wichtigen Konsumartikels vorläufig viel auf Lager nehmen. Durch den Stillstand des Exports ist die Papierindustrie, die Holzproduktion,

manche Zweige der Textil- und Metallindustrie hart getroffen. Daß die Fabrikation aller jener Artikel, die nicht für den dringenden Bedarf des Verbrauches, sondern für des Lebens Schmuck und Behagen arbeiten, am meisten zurückgeworfen wurde, bedarf keiner Erklärung. Die erste Folge des Krieges war die Einschränkung des Konsums, und wengleich mit der wiedergekehrten Beruhigung im Verkehr die Kauflust langsam neuerlich erwacht, so fehlt doch gerade für die Luxusindustrie die Stimmung, die stets eines der wesentlichen Elemente ihrer Entfaltung bildet. Die Bauführungen in den großen Städten wurden fast zur Gänze eingestellt und auf bessere Zeiten verschoben; es fehlt das Kapital, es mangelt an dem hiesfür erforderlichen Kredit, in die Verhältnisse des Realitätenmarktes ist Unsicherheit hineingetragen. So sind in den Kriegsmonaten die Bauführungen auf einen seit Jahrzehnten nicht mehr erreichten Tiefstand gesunken. Zu dem fast gänzlichen Wegfall der Arbeit in diesen drei Gebieten trat eine starke Verminderung in anderen Gruppen. Allerdings hatte die Industrie radikale Betriebseinschränkungen auch im Frieden wiederholt verfügen müssen, um die Produktion dem Absatz anzuraffen und die aufgehäuften Lager zu entlasten. Die Baumwollspinnerei hatte im letzten Jahre ihre Erzeugung bis auf fünfzig Prozent der Leistungsfähigkeit reduziert. Sie ist in der Einschränkung naturgemäß jetzt weiter gegangen, weil sie mit den vorhandenen Borräten möglichst lange wirtschaften und ihre Arbeiter wenigstens teilweise beschäftigen wollte. Gleichwohl hat die Verminderung der Tätigkeit diesmal nicht so eingreifend gewirkt, als man aus den dürren Ziffern folgern sollte. Die jugendlichen kräftigen Arbeiter stehen unter Waffen; die zurückgebliebenen Frauen und Kinder werden vom Staat unterstützt. Viele beschäftigungslose Industriearbeiter haben in der Landwirtschaft hinreichenden Verdienst gefunden. Namentlich haben die großen militärischen Bestellungen und sonstigen Aufträge des Staates eine Fülle von Arbeit geschaffen:

Verteuerung der industriellen Gestehungskosten.

Schwierige Rohstoffbeschaffung. — Höchstpreise für gewerbliche Erzeugnisse.

Preise im Großhandel:

	Öranger Stein- kohle	Kupfer	Schaf- woll- garn 78 zwei- fach	Baum- woll- garn Nr. 20 Amerita	Loch- tergen	Leicht- benzin	Leinöl
Kronen per Meterzentner							
Ende 1913 .	1'40	165	7	1'05	430	25	71
Ende 1914 .	1'48	340	12	1'45	640	58	140
Steigerung .	+ 0'08	+ 175	+ 5	+ 0'40	+ 210	+ 33	+ 69
in Prozenten +	6	+ 106	+ 70	+ 40	+ 50	+ 130	+ 100

Durch die Absperrung der Zufuhr wichtiger Rohstoffe auf dem Seewege ist die Industrie vorübergehend in eine schwierige Lage geraten. Bisher hat sie sich aber über alle Hindernisse hinweggeholfen. Wir können im Lande keine Baumwolle bauen und unsere Schafzucht nicht über Nacht verzehnfachen, damit sie die nötige Wolle liefere, aber wir haben uns für den dringendsten Bedarf noch auf eine längere Zeitperiode gedeckt. Für manche unentbehrliche Zwecke konnten wir recht wirksam zu Surrogaten greifen. Die Preise der industriellen Rohstoffe, die aus dem Auslande bezogen werden müssen, insbesondere der Metalle, der Häute, vieler Chemikalien, sind sprunghaft gestiegen und haben die industrielle Produktion verteuert, die ihrerseits sich nur unvollkommen durch eine Ueberwälzung auf das Endprodukt schadlos halten konnte. Nicht minder hart und drückend erwies sich die Verteuerung aller Lebensmittel, der erst sehr spät durch die Höchstpreise ein Damm gesetzt wurde. Diese Wirkung des Krieges

wird in jedem Haushalte, am bittersten in der Hütte der Armen empfunden, und wir wollen ihre Folgen in einer Gruppierung zusammensassen, mit der wir unsere Bitteransätze zum Abschlusse bringen :

Aus unserer Konsumentenorganisation.

Im Monat Dezember fanden Tagungen der beiden Zentralinstitute statt, die unsere Konsumentenorganisation leiten: des Zentralverbandes und der Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine. Der Vorstand des Zentralverbandes, dieser Revisions- und Rechtsschutzzentrale der Konsumvereine, beriet über die durch den Kriegszustand hervorgerufenen Erschwernisse der Vereinstätigkeit, erhielt über die Lage der Vereine Bericht und fasste die durch die Umstände gebotenen Beschlüsse. Der Aufsichtsrat der Großeinkaufsgesellschaft, des kaufmännischen und geschäftlichen Zentralinstituts der Genossenschaften, stellte mit Befriedigung fest, daß die wirtschaftlichen Erschütterungen, die mit dem Kriege notwendig verbunden sind, die Lage der Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine nicht beeinträchtigt haben. Die plötzliche Geschäftsstockung der ersten Wochen, die durch die Einstellung des zivilen Bahnverkehrs und die damit unterbundene Warenzufuhr hervorgerufen wurde, ward bald überwunden, die Großeinkaufsgesellschaft konnte den Vereinen bei der Eindeckung der Waren bald die erwünschten Dienste leisten und ihnen sehr namhafte Beträge im Spareinlagenverkehr zur Verfügung stellen. Allerdings war die Erledigung der Geschäfte erschwert durch eine größere Zahl von Einrückungen in fast allen Geschäftsabteilungen. Die Umsätze reichen selbstverständlich nicht an jene der gleichen Monate des Vorjahres heran, sind jedoch zufriedenstellend. Den Vereinen gebührt im allgemeinen das Lob, daß sie auch unter den schwierigsten Umständen ihrem Einkaufsinstitut die genossenschaftliche Treue wahren.

Der Zentralverband versendet sein Jahrbuch für 1914, das viel Interessantes bietet. Der Bericht des Vorstandes gibt eine Uebersicht über das vorangegangene Wirtschaftsjahr, welche beachtenswerte wirtschaftsstatistische Daten enthält, und eine kritische Erörterung der Frage, inwieweit die Konsumgenossenschaften von der heute allgemein herrschenden Kreditwirtschaft Gebrauch zu machen in der Lage sind. Das Verbandssekretariat berichtet über den Stand und die geschäftliche Lage der angeschlossenen Vereine, über die vom Verband geschaffenen Bildungseinrichtungen und über die in jüngster Zeit ins Leben gerufene genossenschaftliche Frauenorganisation. Breiten Raum nimmt die Darstellung des genossenschaftlichen Kampfes ums Recht ein, den der Verband und die einzelnen Vereine ununterbrochen mit den Gewerbe- und Steuerbehörden zu führen haben. Die

genossenschaftsrechtliche Spruchpraxis der Gerichte ergänzt leider in allzu wirksamer Weise die Schikanen von Behörden, welche ganz im Banne der zünftlerischen Propaganda und Kleinräumerinteressen stehen. Die Berichte der Distriktsverbandstage geben ein anschauliches Bild über die genossenschaftliche Arbeit in den Kronländern; sie sind erstattet für Niederösterreich vom Distriktsobmann A. Drobiz (Wien) und Sekretär Rausnik, für die Alpenländer vom Obmann A. Pohl (Graz) und Sekretär Fr. Gesty, für Westböhmen vom Obmann Fr. Knobloch (Bodenbach) und Sekretär W. Madel, für Nordböhmen vom Obmann W. Gadl (B.-Kamitz) und den Sekretären Diehl und Fischer, für Mähren und Schlesien, deutsche Vereine, vom Obmann A. Scharnowell und Sekretär Wojciechowski, Mähren und Schlesien, tschechische Vereine, vom Obmann A. Chalupnik und Sekretär J. Lukeš, für die tschechischen Vereine Böhmens vom Distriktssekretär Adalbert Fischer (Prag). Das Jahrbuch enthält außerdem das Protokoll des zwölften Verbandstages, der am 28. und 29. Juni 1914 zu Wien im Arbeiterheim Favoriten stattfand und durch den Besuch des Sekretärs des Internationalen Genossenschaftsbundes M. Mañ (London), des Vertreters des britischen Zentralverbandes M. Herroks (London), des Abgesandten des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Hamburg B. A. Klein und des Verwaltungsmitgliedes der Hamburger Großeinkaufsgesellschaft Lorenz; ferner der Vertreter der schwedischen Konsumentenorganisation Schmidt und Larson geehrt wurde. Aus den Verhandlungen seien Bericht und Debatte über Vorkarbeiten zur Schaffung einer Unterstützungsstelle für die Konsumvereinsbediensteten und das ausführliche Referat des Verbandsobmannes über die „Wirtschaftliche Funktion der Genossenschaften, insbesondere der Konsumvereine“ hervorgehoben. Sehr beachtenswert ist ferner der Bericht über die Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine, der das Wachstum dieses Instituts vor Augen führt. Der Umsatz der im Jahre 1905 in Tätigkeit gesetzten Gesellschaft ist von 7 1/2 Millionen Kronen im Jahre 1906 auf 26 1/2 Millionen Kronen im Jahre 1913 gestiegen; der Stand der Spareinlagen betrug Ende 1913 rund 2 Millionen Kronen.

Der Bericht erweist das in der jüngsten Zeit infolge wiederholter Krisen etwas verlangsamte, aber stetige Wachstum der Genossenschaften des österreichischen Proletariats. Der Krieg unterwirft die Konsumentenorganisation nach ihrem in der gegenwärtigen Form erst zehnjährigen Bestand einer harten Belastungsprobe. Wenn die Erfahrungen der vier ersten Kriegsmonate als maßgebend betrachtet werden können, so wird diese Probe ohne besondere Schwierigkeiten bestanden werden. Genossenschaftliche Arbeit ist Friedensarbeit, aber sie hat, wie sich zeigt, auch im Kriege Bestand, und wenn der heißersehnte Friede nur halbwegs gesunde wirtschaftliche Entwicklung bringt, so werden mit ihm unsere Konsumentenorganisationen aus der Epoche der ersten unsicheren Versuche in die Ära ruhiger, durch gesicherte Erfahrung geleiteter, einträchtiger Arbeit übergehen.

Die Bedeutung der Selbstbefriedigung im Kriege.

In Friedenszeiten haben wir unseren Außenhandel als viel zu gering betrachtet und ganz besonders der Rückgang der Ausfuhr wurde als ein schlechtes Zeichen für die Entwicklung unserer Wirtschaft angesehen. Hätte aber die Ausfuhr aus Oesterreich-Ungarn während der letzten Jahrzehnte eine ununterbrochen steigende Bewegung beibehalten, so hätte sie zwar das Passivum in der Außenhandelsbilanz abgeschafft, doch hätte sie uns gleichzeitig in eine größere Abhängigkeit vom Auslande gebracht. Die Folge davon wäre, daß wir im gegenwärtigen Kriege einen viel stärkeren Rückschlag in den auf Außenhandel angewiesenen Industriezweigen zu verzeichnen hätten. Was diesen Punkt anlangt, sind wir nun viel besser daran als Deutschland. Denn bei uns ist eine viel geringere Zahl von Unternehmungen an den ausschließlichen Bezug von Rohstoffen aus dem Auslande angewiesen, andererseits arbeitet nur ein geringer Teil von Industriezweigen vorwiegend für die Ausfuhr. Beispielsweise betrug im Jahre 1911 die deutsche Ausfuhr 81 und unsere nur 2 Milliarden Mark, die Einfuhr dagegen belief sich auf 97, beziehungsweise 27 Milliarden Mark.

Deutschlands Volkswirte sind deshalb schon seit vielen Jahren bestrebt, den Außenhandel zwar möglichst zu heben, gleichzeitig aber für die Möglichkeit einer Befriedigung der inländischen Bedürfnisse an Industrierohstoffen und Nahrungsmitteln für den Kriegsfall Sorge zu tragen. Hauptsächlich von diesem Gesichtspunkte aus wurde die Zollgesetzgebung im letzten Jahrzehnt geleitet. Deswegen wurde die Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten durch Einhebung von Zöllen stark behindert, damit die Landwirte während der Dauer der verhältnismäßig hohen Nahrungsmittelpreise es nicht versäumen, die Ertragsfähigkeit ihrer Felder zu heben. Und in der Tat sehen wir, daß es der deutsche Landwirt verstanden hatte, die Produktivität des Grund und Bodens zu heben, so bei Weizen auf über 20 und bei Roggen auf über 14 Hektoliter auf ein Hektar.

Auch auf allen Gebieten der Industrie war man in Deutschland bestrebt, Vorbedingungen zu schaffen, um im Falle einer künftigen Umschließung von feindlichen Mächten den inländischen Bedarf aus eigenen Erzeugnissen wenigstens durch Surrogate decken zu können. Es sei nur die Tatsache erwähnt, daß sich die deutschen Hochöfen auf solche Minetteerze eingerichtet hatten, die nicht einmal 30% Eisen enthalten, die aber in großen Mengen auf deutschem Boden vorkommen, obwohl ihnen das 50- und mehrprozentige schwedische und spanische Eisenerz zur Verfügung stand.

Die österreichisch-ungarische Wirtschaft kam in eine Selbstbefriedigungslage fast einzig und allein durch den natürlichen Lauf der Dinge, ohne absichtliches Eingreifen seitens der Behörden oder der mit der Leitung unserer Wirtschaft betrauten Persönlichkeiten. Deshalb sind nur

wenige Industriezweige auf den ausschließlichen Bezug von Rohstoffen aus dem Auslande angewiesen und nur wenige setzen ihre Erzeugnisse zum überwiegenden Teile außerhalb der Staatsgrenzen ab. Zu den ersteren gehören die Textilindustrie und Reißchälffabriken, da deren Rohstoffe: Baumwolle, Jute und Reis, bei uns nicht gedeihen. Von den Ausfuhrindustrien, die wegen der unterbundenen Ausfuhr ihre Produktion einschränken mußten, wäre ein Teil der keramischen Industrie, die Glas- und Emailindustrie, zu nennen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen haben aber die beiden Zweige nicht nur deswegen zu leiden, weil die Ausfuhr fast vollständig eingestellt werden mußte, sondern auch weil der inländische Absatz ins Stocken geraten ist. Die Zuckerindustrie hat schon seit vielen Jahren ungefähr die Hälfte ihrer Produktion nach dem Auslande geschickt. Der Inlandsverbrauch hält sich zwar auf gewöhnlicher Höhe, die Ausfuhr dagegen ist bald auf Null gesunken. Die Holzwarenfabriken sind fast beschäftigungslos, nicht nur wegen des Exportrückganges, sondern auch infolge des Stillstandes im Bauwesen. Die Malz- und Bierfabriken mußten ebenfalls ihre Ausfuhr bedeutend einschränken und konnten nur geringe Mengen über die Grenzen schicken.

Die übrigen Industriezweige wurden nur in sehr geringem Maße von der unterbundenen Ausfuhr betroffen, sondern die meisten von ihnen leiden entweder infolge geringerer inländischer Bestellungen oder an Arbeiter- und Verkehrsmittelmangel, wie die Kohlen- und Eisenindustrie, oder endlich an Mangel an ausländischen Rohstoffen. Unsere Industrie hat also im großen und ganzen verhältnismäßig nur geringen Schaden als Folge der Ausfuhrstöckung erlitten.

Türkische Sprachkurse.

In der letzten Plenarsitzung des Gremialrates der Wiener Kaufmannschaft wurde von verschiedenen Seiten auf die Wichtigkeit der Anbahnung inniger wirtschaftlicher Beziehungen zur Türkei hingewiesen, die für die österreichische Volkswirtschaft der Zukunft von außerordentlicher Bedeutung sein werden. Von diesem Gesichtspunkt aus stellte Gremialrat Michael Hak den Antrag, das Präsidium zu ersuchen, die Möglichkeit der Erlernung der türkischen Sprache für Kaufleute und Angestellte möglichst bald zu sichern. Präsident Landtagsabgeordneter Cornel Spiker begrüßte diese Anregung und erklärte sich bereit, an den Lehranstalten des Gremiums, der Handelsakademie der Wiener Kaufmannschaft und der Gremialhandelschule der Wiener Kaufmannschaft Kurse zur Erlernung der türkischen Sprache einzuführen, wenn sich eine entsprechende Anzahl von Teilnehmern hierfür meldet.

Eine Kundgebung im Gewerbeverein.

In der gestrigen Vollversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereins richtete der Vorsitzende Vizepräsident Dr. Weisl eine Ansprache an die Versammlung, in der er sagte: Wir können unsere Arbeiten nicht besser beginnen, als mit dem aus der tiefsten Tiefe unseres Herzens kommenden Wunsche, daß die schreckliche Zeit des blutigen Ringens baldigst schwinde und daß das neue Jahr uns die Segnungen eines ehrenvollen, dauernden Friedens schenke, eines Friedens, würdig jener namenlosen Opfer, die auf dem Altar des Vaterlandes niedergelegt wurden. Und noch eines zweiten Wunsches möchte ich gedenken: Daß der uns innewohnende Pessimismus und die nicht selten zu Tage tretende Zaghaftigkeit unser Gemüt nicht mehr beschwere, daß wir vielmehr mit Vertrauen und Zuversicht in die Zukunft blicken, weil nur hierdurch alle jene Kräfte ausgebracht werden können, die die Bürgschaft sind eines vollen Erfolges. Dieses Vertrauen und diese Zuversicht wollen wir uns ungeachtet des Umstandes nicht rauben lassen, daß unsere Leitenden Staatsmänner keine Gelegenheit suchen, die Bevölkerung über die Gesamtlage zu unterrichten, Trost und Mut einzusflößen und wir auf das horchen müssen, was jenseits der Leitha geoffenbart wird. Diese Unterlassung ist um so beklagenswerter, als die Bevölkerung eine geradezu wunderbare Opferwilligkeit und Opferfreudigkeit befundet hat. Einem Volke, das in der Stunde der Not und Gefahr einen solchen Gemeinfinn, einen solchen Opfermut befundet, muß die Siegespalme zuteil werden. Und darum wollen wir an der unerschütterlichen Ueberzeugung festhalten, daß dieses altehrwürdige Reich, das in den Jahrhunderten seines Bestandes so manchen Sturm siegreich überwunden, auch aus diesem schauerlichen Blutbad gestählt und gestärkt zu neuem Leben erwachen, einer glücklichen, segensreichen Zukunft entgegengehen werde.

Der englische Krämerkrieg.

t Amsterdam, 16. Jan. (Priv.-Tel., Str. Post.) Wie der „Courant“ berichtet, ist in den Straits Settlements ein Gesetz verkündet worden, wonach es den Untertanen der mit England im Krieg befindlichen Länder unmöglich gemacht wird, in den Straits Settlements Handel zu treiben. Alle Geschäfte und Handelsgesellschaften, die durch Deutsche, Oesterreicher und Türken betrieben werden oder in deren Kapital aus diesen Ländern steckt, müssen binnen einer bestimmten Zeit liquidiert werden. Die Strafe, die auf die Uebertretung dieser Verfügung gesetzt ist, beträgt nicht weniger als 12 Monate Gefängnis und 5000 Dollars Buße. Es genügt, daß der Gouverneur eine schriftliche Erklärung abgibt, daß ein Privater, eine Firma oder eine Handelsgesellschaft unter diese Verordnung fallen. Der Gouverneur ernimmt dann einen Liquidator, der 2½ Prozent der durch ihn realisierten Gelder erhält und außerdem eine Vergütung für alle Kosten zugewiesen wird.

In 16 Artikeln gibt die Verfügung dem Liquidator die ausgedehntesten Rechte, der die nach Abzug der Schulden überbleibenden Mittel bei einer Bank deponiert und sie zur Verfügung der Regierung hält, die dann beschließt, was mit diesen Geldern geschehen soll. Eine Firma aus Medan mit einer Filiale in Penang hat bereits die Ankündigung der Liquidation erhalten, während ein anderer ausländische Untertan, der einige Privathäuser in den Straits Settlements besitzt, ebenfalls eine derartige Ankündigung empfangen hat. In der gesetzgebenden Versammlung ließ sich keine einzige Stimme gegen die Verfügung hören. Die erste Lesung geschah unter allgemeinem Beifall und darnach wurde die Verfügung direkt in zweiter und dritter Lesung unter Aenderung einiger Artikel angenommen, die sich auf die Fälle beziehen, in denen ein Engländer Compagnon einer derartigen fremden Firma ist.

In den Straits Settlements haben große deutsche Firmen ihre Niederlassung, in Singapur u. a. die bekannte Firma Behn Meyer u. Co., deren Geschäfte in letzter Zeit einen ungewöhnlichen Aufschwung genommen hatten und den englischen Handel zu überflügeln drohten.

17. I. 1915.

89

Der Kaufmann und die Kundenschaft.

Ein Wort an das konsumierende Publikum!

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Wir leben in einer schweren Zeit. Der Krieg hat nach jeder Richtung hin in unsern Lebensverhältnissen die einschneidendsten Veränderungen hervorgerufen. Er hat uns ganz plötzlich neuen, vollständig ungewohnten Verhältnissen gegenübergestellt, die der gegenwärtigen Generation dank der langjährigen Friedensperiode vollständig unbekannt sind. Wir konnten aber mit Genugtuung konstatieren, daß sich die Bevölkerung nach der ersten Ueberraschung verhältnismäßig schnell der neuen Situation angepaßt hat. Wir blicken mit berechtigtem Stolz und größter Bewunderung auf die heldenmütigen Taten unsrer braven Truppen, die unter den schwierigsten Verhältnissen voll und ganz ihre Pflicht tun und ihr Leben einsehen für Kaiser und Vaterland. Aber auch die Dabeingeblichenen müssen in dankbarer Anerkennung der Leistungen unsrer Arme auch in der Heimat ihre Pflicht erfüllen und nach Kräften dazu beitragen, um die wirtschaftlichen Schäden, die der Krieg mit sich bringt, nach Tüchtigkeit und Möglichkeit abzuschwächen. Auch diese Aufgabe hat eine sehr große Bedeutung, weil ihre Erfüllung unumgänglich notwendig ist zur Erreichung des uns vorgesteckten Zieles: Sieg und Frieden!“

Wir lesen täglich immer neue Ermahnungen an die Bevölkerung, mit den Lebensmitteln zu sparen, mit den vorhandenen Vorräten zu rechnen, damit wir mit denselben für die Dauer des Krieges unser Auskommen finden und der perfide Plan unsrer Feinde, uns auszuhungern, zunichte gemacht werde. Es genügt aber nicht allein, sich dieses Ziel bei den Lebensmitteln vor Augen zu halten, wir müssen darum auch bei den übrigen Bedarfsartikeln besorgt sein. Es ist nicht zu leugnen, daß speziell der Wiener in bezug auf seine Geschmacksrichtung etwas verwöhnt ist. Genau so wie er sich jedoch daran gewöhnen mußte, das Gebäck nur aus gemischtem Mehl erzeugt zu konsumieren, oder auf die Bequemlichkeit zu verzichten, im Kaffeehaus einen mit beliebigem Gebäck gefüllten Korb bereitgestellt zu erhalten, so muß er sich auch in seinem Geschmack bei andern Bedarfsartikeln, in erster Linie bei seiner Kleidung, der Zeit anpassen.

Wenn heute jemand daran geht, seinen Bedarf in Kleidungsstücken zu decken, so darf er nicht, an seinem gewohnten Geschmack festhaltend, darauf ausgehen, ganz bestimmte Stoffe, Muster oder Farben zu suchen, die seinem speziellen Geschmack entsprechen, sondern er muß damit rechnen, seinen Bedarf aus den Vorräten, die er vorfindet, zu decken. Tut er es nicht, so zwingt er den betreffenden Kaufmann oder Schneider, die gewünschten Stoffe neu anzuschaffen, zu den heutigen unverhältnismäßig gestiegenen Preisen zu bezahlen und setzt sich selbst damit der Gefahr aus, minderwertige Waren zu hohen Preisen zu bezahlen. Er verhindert dadurch auch den Kaufmann, seine Lagerbestände, in denen gewöhnlich sehr viel Geld investiert ist, flüssig zu machen, und macht es ihm dadurch unmöglich, der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation gegenüber so gerüstet dazustehen, wie sie es erfordert. Wenn jedoch das konsumierende Publikum, meiner Mahnung Folge gebend, bei seinen Einkäufen ein Auge zudrückt und dem Kaufmann durch Verwendung seiner Lagerbestände unter die Arme greift, so erfüllt es damit eine wirtschaftliche Pflicht, die genau so ihre Bedeutung und ihren Wert hat wie die rationelle Wirtschaft mit den Lebensmitteln. Wenn ich mit den vorliegenden Zeilen das Beispiel des Bekleidungsbedarfes gewählt habe, so tat ich dies nur deshalb, weil mir dieser Artikel am nächsten liegt, aber es kann kein Zweifel bestehen, daß genau dasselbe bei allen übrigen Bedarfsartikeln in sinnvoller Weise zutreffend ist.

Wenn das konsumierende Publikum meine Anregung beherzigt, so wird dasselbe gewiß auch das Seinige dazu beitragen, um die Wirkung des Krieges in weiten Kreisen weniger fühlbar zu machen, denn es würde dadurch erreicht werden, daß alle Lagerbestände, die noch aus der Zeit vor dem Kriege stammen und aus gutem Material zu normalen Preisen herrühren, geräumt werden und andererseits aber eine gesunde Basis für die Zukunft geschaffen wird. Wir werden dann auch nach Beendigung des Krieges leichter und ohne größere Schäden für die Allgemeinheit die Brücke finden zur Rückkehr in normale und geordnete Verhältnisse. Hoffen wir, daß dies recht bald der Fall sein wird.

Schachtingsvoll

Julius Gerstl, Gesellschafter der Firma Karl

(Der Wirtschaftskrieg.) Die Wiener Handels- und Gewerbekammer veröffentlicht soeben eine Zusammenstellung der in den kriegsführenden Staaten erlassenen Zahlungs- und Handelsverbote sowie der Verordnungen über die Staatsaufsicht und Zwangsverwaltung feindlicher Unternehmungen; auch die mit dem Kriege zusammenhängenden Maßnahmen auf dem Gebiete des Patent-, Marken- und Musterrechtes, die Konterbandelgesetze und die Vorschriften des Preisrechtes sind in der Zusammenstellung enthalten. Die Materialsammlung ist nicht nur für alle unmittelbar betroffenen kaufmännischen Kreise und Privatpersonen bestimmt, sondern auch für die Beurteilung jener juristisch und volkswirtschaftlich interessanten Fragen verwendbar, die bei der privatrechtlichen Liquidation des Krieges sehr stark zur Geltung kommen werden. Die französischen und besonders die englischen Vorschriften, die einen bemerkenswerten Umfang angenommen haben, lassen mit aller Deutlichkeit den energischen Willen der feindlichen Regierungen erkennen, den Krieg auch in ökonomischer Beziehung mit aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit zu führen. Demgegenüber sind die Maßnahmen des Deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarns sowie der Türkei nur unter dem Gesichtspunkte der Vergeltung aufzufassen und beschränken sich auf ein unumgängliches Maß der Abwehr. Die Publikation ist für den Buchhandel im Verlag Wilhelm Braumüller, Wien und Leipzig, erschienen.

**Erhöhung des Lagerzinses im Hauptzollamt für
Zollgüter.**

Das Finanzministerium hat mit Erlaß vom 12. d. den Lagerzins für die in die Magazine des Hauptzollamtes zur Einlagerung kommenden Zollgüter bis auf weiteres allgemein auf 2 Heller für 100 Kilogramm und Tag erhöht und die lagerzinsfreie Zeit unter Einrechnung der Sonn- und Feiertage auf fünf Tage herabgesetzt. Diese Verfügung hat mit dem auf die Kundmachung folgenden zehnten Tag für die neu zur Einlagerung kommenden Waren in Kraft zu treten; für die bereits eingelagerten und für die bis zu dem bezeichneten Termin zur Einlagerung kommenden Waren haben die bisherigen Lagerbedingnisse bis Ende Januar zu gelten. Die Lagerzinsserhöhung tritt einheitlich mit 1. Februar in Kraft. Das Finanzministerium hat sich zu dieser Verfügung aus dem Grunde veranlaßt gesehen, um den übermäßigen Güterandrang in den Magazinen des Hauptzollamtes einzuschränken.

* Kein Ausfall der Leipziger Messe. Als ein Beweis für die Kraft und Stärke des Wirtschaftslebens in Deutschland ist der kürzlich vom Rat der Stadt Leipzig im Einvernehmen mit den Aussteller- und Einkäuferkreisen gefasste Beschluß anzusehen, die Leipziger Frühjahrsmesse in den Tagen vom 1. bis 6. März d. J. abzuhalten. Die am Messerverkehr beteiligten Geschäftskreise werden nach den Versicherungen ihrer Fachverbände wie in Friedenszeiten durch zahlreiche Aussteller vertreten sein, und ebenso ist auf das Erscheinen zahlreicher Einkäufer nicht nur aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sondern auch aus den neutralen Ländern Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Vereinigten Staaten von Amerika, Italien usw. mit Bestimmtheit zu rechnen. In Leipzig selbst wird den Ausstellern von den Messhausbesitzern, auch vom Rat der Stadt, durch Ermäßigung des Mietzinses für die Ausstellungsräume um 50 v. H. in weitgehendem Maße entgegengekommen werden. Auch gelangen in den Hotels und Gasthöfen die normalen Preise wie außerhalb der Messezeit zur Anwendung.

* **Ergänzet die Warenvorräte.** Von einem I n d u-
striellen wird uns geschrieben: Unter den vielen
Ursachen, welche die Krisis der Arbeitslosigkeit verur-
sachen oder verschärfen, verdient besonders eine hervor-
gehoben zu werden. Viele Betriebe, welche Konsum-
artikel erzeugen, mußten ihre Pforten schließen wegen
Absahmangels ihrer Erzeugnisse, obwohl die Kriegszeit
den Bedarf solcher Erzeugnisse kaum verringert. Die
Erklärung für diese Erscheinung liegt darin, daß die
Zwischenhändler vielfach den Einkauf neuer Waren,
welche jetzt bar zu bezahlen sind, tunlichst zu vermeiden
trachten. Die bei ihnen lagernden Waren werden los-
geschlagen, ohne daß, wie es in Friedenszeiten der Fall
ist, die Vorräte wieder ergänzt würden. Bekanntlich
bezieht der Zwischenhändler in den meisten Fällen seine
Ware auf Kredit, für welche er mit dem jeweilig er-
gänzten Warenvorrat haftet. Infolge der Kriegszeit und
des Moratoriums braucht der Zwischenhändler weder
die üblichen Abschlagszahlungen zu leisten, noch seine
Vorräte in der gewohnten Weise zu ergänzen. Die
Folge kann sein, daß schon nach kurzer Zeit viele
Zwischenhändler ihre bisherigen Warenvorräte aus-
verkauft haben und ihre Geschäfte schließen werden,
wobei die Einnahmen zersplittert und die von den
Lieferanten gewährten Kredite eine erhebliche Einbuße
erleiden werden. Diese Gefahr muß notwendig auf die
Fabriken und industriellen Betriebe hemmend rück-
wirken und daher auch die Arbeiter schädigen. Vielleicht
ließe sich dem Uebelstande abhelfen, wenn Vorforge ge-
troffen werden könnte, daß die Zwischenhändler ver-
anlaßt werden, etwa die Hälfte ihrer jeweiligen Tages-
einnahmen zu neuen Einkäufen bei den Produzenten
zu verwenden. Dadurch würden viele Betriebe, die jetzt
ruhen, eine größere Anzahl von Arbeitern beschäftigen
können und die Garantie haben, daß ihr früherer
Kreditnehmer nicht in der kürzesten Zeit liquidiere und
die ihm vor dem Kriege gewährten Kredite gefährde.
Auch in Friedenszeiten pflegt der Zwischenhändler
mindestens die Hälfte der täglichen Einnahmen zur
Begleichung früherer Verpflichtungen zu verwenden,
deren er jetzt infolge des Moratoriums enthoben ist.
Es würde Aufgabe der beteiligten Kreise selber sein,
eine Form ausfindig zu machen, die eine derartige Ver-
wendung der halben Tageseinnahme sicherzustellen ver-
mag.

Permanenzkomitee für Handel, Industrie und Gewerbe.

Die heutige Sitzung des Permanenzkomitees für Industrie, Gewerbe und Handel beschäftigte sich neuerdings mit einer Reihe von Approbationierungsfragen und -Vorschlägen, um die Ernährung der Bevölkerung unter allen Umständen durch Heranziehung von Ersatzmitteln sicherzustellen. Ganz besonders befaßte sich das Permanenzkomitee mit der Frage der Ausdehnung des Zuckerkonsums.

Dem Permanenzkomitee lag auch eine Eingabe des Vereines der am Kolonialwarenhandel beteiligten Firmen vor, welche die bevorstehende Erhöhung der bisher bestandenen Lagerzinsätze beim Hauptzollamte von 0,5 Heller per Tag und 100 Kilogramm auf 2 Heller (also um 300 Prozent) zum Gegenstande hat.

* **Der deutsche Kleinhandel und der Krieg.** Die beiden größten Verbände des deutschen Kleinhandels, der Verband der Rabattparvereine Deutschlands mit dem Sitz in Hannover und der Deutsche Zentralverband für Handel und Gewerbe in Berlin, hielten in Berlin eine außerordentliche Tagung ab, an der sich außerdem eine ganze Anzahl anderer wirtschaftlicher Verbände des Kleinhandels beteiligten. Die Leitung der Versammlung lag in den Händen des Handelsrichters J l g e n - München und des Stadtrats S e i f e r t - Leipzig. Nach einem längeren Vortrage über das Thema: „Der deutsche Kleinhandel in der Kriegszeit“ nahm die starkbesuchte Versammlung einstimmig folgende Entschliekung an, in der die Wünsche der anwesenden Verbände zusammengefaßt wurden:

„Der Krieg fordert von jedem Staatsbürger Aufopferung und Entfagung. In der Einsetzung des Lebens für das Vaterland gibt es keine bevorzugenden und benachteiligenden Unterschiede. Anders aber zeigt sich die Wirkung der Kriegszeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Krieg trifft mit besonderer, oft zerstörender Schärfe den durch Selbständige geübten Einzelberuf, indem er den in der Schaffenskraft stehenden Inhaber aus Laden, Kontor und Werkstatt auf den Kampfplatz ruft, sein Unternehmen den Angehörigen überläßt und es vielfach dem Niedergange preisgibt. Soweit dies unabwendbares Kriegsschicksal ist, muß es getragen werden, soweit es aber durch wirtschaftliche Gegnerschaft in systematischer Weise daheim härter gestaltet wird, fordert es zu schärfstem Einspruch und zur Anrufung der Oeffentlichkeit heraus. Kleinhandel und Gewerbe sind in der ersten Kriegszeit Gegenstand unerhörter verallgemeinerter Angriffe gewesen. Tatsache ist, daß diese Berufsstände für ihre in schwerer Zeit bewiesene Leistungsfähigkeit und ehrliche Arbeit vertrauensvolle Anerkennung verdienen. Die Vorwürfe der Ausnutzung der ersten Kriegsangst auf seiten der Verbraucher durch Forderung von Ueberpreisen sind, soweit sie die Standesgemeinschaft treffen, unberechtigt. Einzeln verfolgt, haben sie sich durchweg als nicht haltbar erwiesen, und Ausnahmen bestätigen hier nur die gute Regel. Wie im Frieden, so auch im Kriege haben Kleinhandel und Gewerbe ihre volkswirtschaftliche Aufgabe, die Bevölkerung zu angemessenen Preisen mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln zu versorgen, auf das Beste erfüllt. An der Verteuerung mancher Waren trägt der Kleinhandel keine Schuld, sondern die Ursachen sind an anderer Stelle zu suchen. Die Oeffentlichkeit möge bedenken, wie unrecht es gerade in dieser ernsten Zeit ist, sich von Erwerbsständen abzuwenden, die durch ihre im Interesse der Gesamtheit notwendige gute wirtschaftliche Arbeit um so mehr Anspruch auf Vertrauen haben, als viele Tausende aus ihren Reihen jetzt dem Vaterlande dienen. Von Regierung, Volksvertretung und Verwaltung erwarten die Vertreter des deutschen Kleinhandels verständnisvolle Würdigung seiner jetzt besonders schwierigen Lage. Alle den Verbänden angeschlossenen örtlichen Vereine stellen sich als Einheit der Ortsbehörde zur Verfügung als Ausführungsorgane etwaiger behördlicher Lieferungen und Hilfsmaßnahmen. Die Verbände und Unterverbände selbst stellen sich durch einen Ausschuß der Reichsbehörde und den Provinz- und Landesbehörden zur Verfügung. Alle diese kaufmännischen Ausschüsse treten mit den Handwerksvertretungen im Reich, Staat, Provinz und Gemeinde, in erster Linie mit dem Bäcker- und Fleischergerwerbe, wegen Zusammengehens ins Einvernehmen.“

Eine Abordnung wurde im Anschluß an die Tagung im Reichsamt des Innern durch Unterstaatssekretär Caspar und im preußischen Handelsministerium vom Minister S h o w zur Ueberreichung der Entschliekung und zu einer Aussprache über die Lage des Kleinhandels und des Gewerbes empfangen.

Kriegstagung des deutschen Kleinhandels.

Hg Berlin, 25. Jan. Die beiden größten Verbände des deutschen Kleinhandels, der Verband der Rabattsparevereine Deutschlands mit dem Sitz in Hannover und der Deutsche Zentralverband für Handel und Gewerbe in Berlin, hielten in Berlin eine außerordentliche Tagung ab, an der sich außer den Vertretern der beiden genannten Verbände der Reichsdeutsche Mittelstandsverband, der Zentralverband deutscher Bäckerinnungen, der Zentralverband deutscher Schuhwarenhändler, der Verband katholischer kaufmännischer Vereintigungen in Essen, der Deutsche Drogistenverband, der Verband der Konfitüren- und Schokoladengeschäfte, die deutschen Konditorennungen, der Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften, der Manufakturistenverband, der Deutsche Einkaufsverband u. a. m. beteiligten. Die Leitung der Versammlung lag in den Händen des Handelsrichters Ilgen-München und des Stadtrats Seifert-Leipzig.

Nach einem längeren Vortrage über das Thema: „Der deutsche Kleinhandel in der Kriegszeit“ nahm die stark besuchte Versammlung einstimmig eine Entschliebung an, die sich zunächst gegen verallgemeinernde Angriffe wendet, deren Gegenstand Kleinhandel und Gewerbe in der ersten Kriegszeit gewesen seien. Die Vorwürfe der Ausnutzung der ersten Kriegsangst durch Forderung von Ueberpreisen seien, soweit sie die Standesgemeinschaft treffen, unberechtigt. Wie im Frieden, so auch im Kriege haben, so heißt es in der Entschliebung weiter, Kleinhandel und Gewerbe ihre volkswirtschaftliche Aufgabe, die Bevölkerung zu angemessenen Preisen mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln zu versorgen, auf das Beste erfüllt. An der Verteuerung mancher Waren trägt der Kleinhandel keine Schuld, sondern die Ursachen sind an anderer Stelle zu suchen. Von Regierung, Volksvertretung und Verwaltung erwarten die Vertreter des deutschen Kleinhandels verständnisvolle Würdigung seiner jetzt besonders schwierigen Lage. Alle den Verbänden angeschlossenen örtlichen Vereine stellen sich als Einheit der Ortsbehörde zur Verfügung als Ausführungsorgane etwaiger behördlicher Lieferungen und Hilfsmaßnahmen. Die Verbände und Unterverbände selbst stellen sich durch einen Ausschuß der Reichsbehörde und den Provinz- und Landesbehörden zur Verfügung. Alle diese kaufmännischen Ausschüsse treten mit den Handwerksvertretungen im Reich, Staat, Provinz und Gemeinde in erster Linie mit dem Bäcker- und Fleischer-gewerbe wegen Zusammengehens ins Einvernehmen.“ — Eine Abordnung wurde im Anschluß an die Tagung im Reichsamt des Innern und im preussischen Handelsministerium zur Ueberreichung der Entschliebung und zu einer Aussprache über die Lage des Kleinhandels und des Gewerbes empfangen.

Die diesjährige Leipziger Messe.**Beteiligung des Landes Niederösterreich.**

Nachdem der Rat der Stadt Leipzig die Abhaltung der Frühjahrsmesse zum festgesetzten Termine (1. bis 6. März) bekanntgegeben hat, wurde von der niederösterreichischen Landesgewerbeförderung die Beschickung der Messe durch niederösterreichische Gewerbebetriebe ebenfalls beschlossen. Es beteiligen sich 16 Firmen mit Exportartikeln. Aufträge werden, soferne solche für Uebersee bestimmt sind, mit längeren Lieferfristen aufgenommen. Der niederösterreichische Landesauschuß hat in Befolgung seiner gewerblichen Fürsorge und in Anbetracht der geschäftslosen Zeit, unter der Exportwaren und die Luxusbranchen besonders schwer zu leiden haben, für diese Aktion teils durch Aufschub der Platzmietzahlung, teils durch gänzliche Abschreibung derselben und durch sonstige Begünstigungen weitestgehende Unterstützung zugesagt. Schluß der Anmeldungen ist der 31. Jänner. Vormerkungen werden bei der Leitung des Landesmusterlagers, Wien, 1. Bez., Giselastrafße 2, entgegengenommen.

4./II. 1915.

18

Zur Belebung der ungarischen Industrie

In Budapest, 2. Febr. (Priv.-Tel., Str. Drift.) Die ungarische Regierung beschäftigt sich zurzeit mit der Absicht behufs Ermöglichung einer größeren privaten Bautätigkeit, die der Förderung der einschlägigen Industriezweige dienen würde, eine Aktion einzuleiten. Unter Hinzuziehung von Großbanken beabsichtigt die Regierung, einen Darlehnsfonds zu schaffen, zu welchem die Regierung 20 bis 30 Millionen Kronen, die Großbanken jedoch einen wesentlich höheren Betrag beisteuern sollen.

Der Begriff des Kleinhändlers.

Durch die Beschlagnahme der Vorräte an Weizen und Roggen ist das Gebiet der Anwendung der Höchstpreise nicht unerheblich beschränkt. Sie bleiben für den Gerstenhandel von Bedeutung, damit auch die für Gerste in § 7 der Verordnung des Bundesrats vom 19. Dezember 1914 gemachte Ausnahme für Verbraucher und Kleinhändler. Damit auch die Frage nach dem Begriffe des Kleinhändlers. Er ist durch § 4 Abs. 1 H. G. B. gegeben. Die Kleinhändler bilden eine Gruppe der Minderkaufleute. Kaufmann ist jeder, der eines der in § 1 H. G. B. aufgezählten Geschäfte betreibt, namentlich wer Waren kauft und wieder verkauft. Art und Umfang des Unternehmens ist für die Kaufmannseigenschaft unerheblich. Daher fallen unter diese Kaufmannsbegriffe Gewerbetreibende, auf die ihrer wirtschaftlichen Natur nach das Kaufmannsrecht nicht paßt. Diese schaltet das Gesetz wieder aus. Das ist einmal der Handwerker, zum andern solche Gewerbetreibende, deren Handelsgewerbe nach seinem ganzen Charakter nur für kleine und begrenzte Verhältnisse berechnet ist. Den Gegensatz bildet der Großbetrieb oder Großhandel. Jeder Großhändler ist Vollkaufmann. Jeder Kleinhändler ist Minderkaufmann. Einen Kleinhändler, der Vollkaufmann ist, der also eine eingetragene Firma führt, eine kaufmännische Buchhaltung haben kann und muß, der sein Geschäft in offener Handelsgesellschaft betreibt usw., gibt es nicht. Der Kleinhändler ist kraft Gesetzes Minderkaufmann. Ob ein Kleingewerbe vorliegt, entscheidet nicht so sehr der Umsatz. Er kann auch bei einem Großhändler recht klein sein. Maßgebend ist die ganze Anlage des Unternehmens. Umfang und Art des Betriebes geben die Entscheidung. Nur wenn es danach einer kaufmännischen Geschäftsweise bedarf, hört er auf Kleinhandel zu sein. Die Frage muß jeweils nach den konkreten Verhältnissen entschieden werden. Die Grenzen sind fließend. Das Urteil der Berufsgenossen, die kaufmännische Auffassung entscheidet. Es kann dabei sehr wohl ereignen, daß die Beurteilung schwankt. Das ist bei allen derartigen Begriffen von Groß und Klein nicht zu vermeiden.

Mannheim.

Dr. Sagenburg.

10. VII. 1915.

**Permanenzkomitee für Industrie, Handel
und Gewerbe.**

Das Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung zunächst mit der Durchführung der staatlichen Aufsicht über feindliche Unternehmungen und der im Vergleiche zu den in Frankreich und England getroffenen Maßnahmen milden Handhabung der inländischen Vorschriften.

Einen weiteren Gegenstand der Tagesordnung bilden den Schuldenausgleich mit dem feindlichen Ausland und die Frage, den inländischen Gläubigern eine Mobilisierung ihrer ausländischen Guthaben ganz oder zum Teile zu ermöglichen. Das Permanenzkomitee wird sich mit dieser Angelegenheit noch weiterhin beschäftigen und entsprechende Vorschläge zur Wahrung der inländischen Interessen ausarbeiten.

Außer verschiedenen Approbationierungsfragen wurden schließlich noch die großen Schwierigkeiten zur Sprache gebracht, welche im Austausch von Im- und Exporten im Verkehre mit den befreundeten neutralen Staaten im Wege stehen.

11./II. 1915.

* (Die Wiener Pferdehändler und der Krieg.) In Hessebergers Restauration in der Praterstraße fand gestern eine zahlreich besuchte Versammlung der Genossenschaft der Wiener Pferdehändler unter dem Voritze des Vorstehers Hermann Blaschke statt. Dem von ihm erstatteten Rechenschaftsberichte ist zu entnehmen, daß wenn auch die Heeresverwaltung nicht wie früher die Pferdelerungen den Wiener Pferdehändler übertragen, sondern die Pferde durch die Klassifikation requiriert habe, so habe dennoch das Wiener Pferdehändlergewerbe zum Großteil infolge des Krieges nicht schlecht abgeschnitten. In Wien allein wurden zirka 50.000 Pferde zu Kriegszwecken requiriert. Es traten alsbald in den großen Fuhrwerks- und Fabrikbetrieben Störungen ein und diese Betriebe mußten an einen Ersatz der requirierten Pferde denken. Es konnten nicht genug Pferde aufgetrieben werden, sie fanden einen reißenden Absatz und wurden auch gute Preise für dieselben erzielt. Der Vorsteher berichtet weiters, daß von den 311 Genossenschaftsmitgliedern 85 im Felde stehen. Für das Rote Kreuz wurden 400 Kronen, für die Fürsorge der Eingekerkerten zu Gunsten des Bürgermeisters 200 Kronen gespendet. Für die Kriegsanleihe wurden aus Genossenschaftsmitteln 6000 Kronen gezeichnet. Hierauf wurden die Herren Biberich, Grünwald Hermann, Morgenstern Julius, Kemeß, Weber, Wimmer zu Ausschussmitgliedern, Geher, Grünwald David als Ersatzmänner wieder und Herr Schlögl Josef neugewählt.

11./II. 1915.

**Geschäftspflege für gewerbetreibende
Kriegsteilnehmer.**

Von der Detaillistenkammer und Gewerbekammer in Hamburg ist eine „Geschäftspflege“ für die durch die Ausübung des Kriegsdienstes behinderten Detailkaufleute und Gewerbetreibenden eingerichtet worden. Nach den von beiden Kammern erlassenen Bestimmungen bestellen diese auf Antrag von Detailkaufleuten und Gewerbetreibenden, die infolge Einziehung zum Kriegsdienste an der persönlichen Ausübung ihres Gewerbes behindert sind, Geschäftspfleger. Die Bestellung eines Geschäftspflegers erfolgt auf Antrag nach pflichtmäßigem Ermessen der Detaillistenkammer und Gewerbekammer, die bei Bestellung des Geschäftspflegers größtmögliche Sorgfalt gewährleisten, eine Verantwortung für die Tätigkeit des Pflegers jedoch ablehnen. Die Tätigkeit des Geschäftspflegers ist ehrenamtlich, in besonderen Fällen kann zwischen dem Vollmachtgeber und dem Geschäftspfleger eine Vergütung für dessen Tätigkeit vereinbart werden. — Diese Einrichtung wird sicherlich in den beteiligten Kreisen eine heilsame Ausnahme finden, da auf diese Weise den im Felde stehenden Gewerksangehörigen die Sorge um ihre wirtschaftliche Existenz und häufig auch um die Erhaltung der Familie abgenommen werden kann.

12./I. 1915.

Sitzung der Handelspolitischen Zentralstelle.

Unter dem Voritze des Präsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Lemberg, Herrn Samuel Edlen von Sorowik, fand am 10. d. in den Räumen der Wiener Handels- und Gewerbekammer eine Plenarversammlung der Handelspolitischen Zentralstelle statt. Der Vorsitzende widmete eingangs der Sitzung dem um die Zentralstelle hochverdienten Präsidenten der Brüinner Handels- und Gewerbekammer, Rudolf Ritter v. Rohrer, einen warmempfundenen Nachruf und gedachte auch des im Felde gefallenen Beamten der Handelspolitischen Zentralstelle Dr. Rudolf Chmral. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stand in erster Linie der vom Ministerium zur Begutachtung vorgelegte Entwurf einer Verordnung über die Entlohnung der Masse- und Ausgleichsverwalter, zu welchem die Versammlung eine Reihe von Abänderungsanträgen angenommen wurde. Gegenstand der Verhandlung war weiters die Aufhebung der in einzelnen Kronländern noch bestehenden Höchstpreise für den Detailhandel, sowie die Vorschriften über Preistreibereien, die Forderungen und Ersatzansprüche an das feindliche Ausland, sowie die Zollbehandlung von eisernen Fässern für Farbstoffe. Ferner befaßte sich die Zentralstelle mit der Tätigkeit der bis jetzt gegründeten zentralen Organisationen zur Beschaffung und Verteilung bestimmter Materialien für Kriegszwecke und beschloß, zur Prüfung von aus den Kreisen der Interessenten bei den Kammern einlaufenden Anregungen und Wünschen ein Komitee einzusetzen, das im gegebenen Falle mit den in Betracht kommenden Gesellschaften oder den Regierungsstellen in Verkehr zu treten hätten. Schließlich wurde auf die ungemein langsame Erledigung der Ansuchen um Ausfuhrbewilligungen hingewiesen und Vorschläge für die Hintanhaltung solcher Verzögerungen erstattet, welche auch an die Regierung weitergeleitet werden sollen. Mit der Leitung der Handelspolitischen Zentralstelle für die nächste Zeit wurde die Wiener Handels- und Gewerbekammer betraut.

Städtischer Arbeitsnachweis für Kaufleute.

Die Stadt plant die Angliederung einer kaufmännischen Stellenvermittlung an das städtische Arbeitsamt. Im sozialpolitischen Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung hat die Vorlage bereits eine Mehrheit gefunden, während sie in den großen kaufmännischen Vereinen bekämpft wird. Der Fortschrittliche Verein hatte, um eine Aussprache herbeizuführen, das Thema auf die Tagesordnung einer Mitglieder-versammlung gestellt, die Montag Abend unter dem Vorsitz von Rektor Schüttler im Kaiserhof stattfand.

Der Referent Stadtverordneter Gené hob hervor, es sei nicht wahrscheinlich, daß sich in der Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheit für den Magistratsvorschlag finden werde, da er zwei Beschlüssen der Versammlung entspreche. Auch der städtische Arbeitsnachweis wurde anfangs von den Arbeitern bekämpft. Was die Opposition in den kaufmännischen Kreisen betrifft, so sei darauf hinzuweisen, daß der Kölner Nachweis für Kaufleute große Erfolge erzielt habe. Uebrigens seien die kaufmännischen Vereine in dieser Frage nicht einig. Der Katholische kaufmännische Verein und der Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband haben sich dafür ausgesprochen. Die großen Verbände, der Frankfurter Kaufmännische Verein, der Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig und der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte, haben in Eingabe ihre Gründe gegen den Arbeitsnachweis dargelegt. Der Referent würdigte die Verdienste des Frankfurter Kaufmännischen Vereins in eingehender Weise, — der Stellennachweis koste dem Verein jährlich 80 000 Mk. glaubt aber, daß der städtische Nachweis bei Konkurrenzunternehmen gegen die bestehenden Verbände sei. Die Sache wird sich wohl so abwickeln, daß die kaufmännischen Vereine nach wie vor von ihren Mitgliedern in Anspruch genommen werden und von solchen die Qualitätsposten suchen, während der städtische Arbeitsnachweis für die geringer bezahlten Kräfte in Frage kommen wird. Die Angliederung an die Schreibstube ist zweifellos ein Vorteil für die stellenlosen Kaufleute.

In der Diskussion, die bis Mitternacht dauerte, vertrat Herr Geßner, der Geschäftsführer des Leipziger Verbands, die Ansicht der großen Verbände. Sein Verband, der Kaufmännische Verein und der Hamburger 1888er Verband beherrschen den Arbeitsnachweis. Sie hätten während des Kriegs eine Zentrale errichtet, die sich vollkommen bewährt habe. Es bestehe kein Bedürfnis für einen städtischen Arbeitsnachweis. Der Kölner Nachweis sei durchaus nicht musterhaft und die Deutsch-Nationalen seien lediglich deshalb für die Magistratsvorlage, um ihre Mitglieder auf dem Umweg der städtischen Arbeitsvermittlung in jüdische Geschäfte zu bringen. Der Fortschrittliche Volksverein möge sich nicht zum Schrittmacher dieses antisemitischen Verbands machen. Rektor Schüttler entgegnete, daß es sich hier durchaus nicht um

eine politische Frage handle und daß man keinen Grund habe, eine gute Sache nicht zu unterstützen, weil andere aus anderen Gründen zum gleichen Resultat kommen. Stadtverordneter Möller, Mitglied des sozialpolitischen Ausschusses, betonte in ausführlicher Darlegung, daß die kaufmännischen Verbände nicht unterdrückt werden sollen, daß der Arbeitsnachweis vor allem den unteren Schichten zugute kommen werde. Für die Errichtung des Arbeitsnachweises sprachen noch Stadtverordneter Balzer, Rechtsanwält Dr. Rudolf Geiger, der Vorsitzende des Privatbeamtenvereins Pfeiffer, die Kaufleute Engel und Fuchs. Dagegen wandte sich besonders Hrl. Gadesmann, die Geschäftsführerin des Kaufmännischen Vereins für weibliche Angestellte, die auf die Organisationspflicht der Kaufleute hinwies, die dazu führen müsse, daß sie den Arbeitsnachweis ihrer Verbände künnten. Stadtverordneter Gené betonte in seinem Schlusswort nochmals, daß der Arbeitsnachweis die kaufmännischen Verbände nicht schädigen werde.

Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel.

In der gestrigen Sitzung des Permanenzkomitees wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß die Frage der Abtretung von Forderungen gegen das Aerar durch einen Erlaß des Kriegsministeriums vom 6. Februar l. J. in einer den Bedürfnissen der Wirtschaftskreise entsprechenden Weise gelöst wurde. Hiernach haben die militärischen anweisenden Organe (Heeresanstalten usw.) in Zukunft Forderungen auch noch nicht liquider und noch nicht angewiesener Forderungen (insbesondere Verdienstforderungen) vorzumerken und die Zahlungen an die Zessionäre zu leisten. Durch diesen Erlaß wird den längst wiederholt erhobenen Beschwerden der wirtschaftlichen Korporationen Rechnung getragen. Ferner wurde mit Befriedigung festgestellt, daß in Hinsicht des Deliktes der Preistreiberei (kaiserliche Verordnung vom 1. August 1914, R. G. Bl. Nr. 194) das Landesgericht als Berufungsgericht nunmehr ein Urteil gefällt hat, welches entgegen der bisherigen, vom Permanenzkomitee bekämpften Praxis an dem Grundsatz festhält, daß für die Uebermäßigkeit einer Preisforderung der Marktpreis, nicht aber die Gesteungskosten entscheidend seien; wenn ein Kaufmann ein Lager von Waren habe und mittlerweile die Preise dieser Waren steigen, so könne man ihm nicht zumuten, diese Waren mit Rücksicht auf die niedrigeren Gesteungskosten unter dem Marktpreise zu verkaufen. Es wurde im Komitee die Erwartung ausgesprochen, daß die in einer Eingabe an die zuständigen Ministerien dargelegten Anschauungen über die Preisbildung in Hinsicht zu einer einheitlichen, ebenso den Interessen der Konsumenten wie der Produzenten und Kaufleute Rechnung tragenden Rechtsprechung führen mögen.

Hierauf wurde abermals die Frage der Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen erörtert. Die Ver-

suche der Kammer, die Erteilung derartiger Bewilligungen zu beschleunigen, waren bisher leider ergebnislos. Dadurch war es in wichtigen Fällen nicht möglich, bedingte und zeitlich terminierte Ausfuhrbewilligungen, die von neutralen Staaten für gewisse Artikel gegeben worden waren, rechtzeitig auszunützen. Es wurde beschlossen, den kompetenten Stellen die Schaffung einer Zentralkasse anzuzurufen, bei der die Gesuche um Ein- und Ausfuhrbewilligungen einzubringen, die Kompromisse durchzuführen wären und die Erledigung raschestens verfügt werden könnte.

Im Anschlusse daran wurde die Frage der Petroleumzufuhr und des Importes von Fabriksalz erörtert.

Endlich wurde im Hinblick darauf, daß in letzter Zeit wiederholt größere Verzögerungen in der Beförderung der aus Deutschland kommenden Post eingetreten sind, beschlossen, zur Abstellung dieses für die Geschäftswelt sehr hinderlichen Uebelstandes geeignete Schritte zu unternehmen.

Zivilingenieure und freies Gewerbe.

Gestern fand eine Vollversammlung der Ingenieurkammer für Niederösterreich statt, die einen sehr interessanten und bewegten Verlauf nahm. Außer einigen Wahlen umfaßte die Tagesordnung die Beratung über einen Antrag des Herrn Bauingenieurs Ottokar Stern auf Einleitung von Schritten bei den zuständigen Ministerien und anderen öffentlichen Aemtern wegen Schaffung einer Kriegshypothekarversicherung zur Hebung der Bautätigkeit in Wien. Dieser Antrag wurde dem Vorstande zur Erledigung in der ihm geeigneten Weise übertragen, wobei im Sinne des Antragstellers einerseits eine gemeinsame Aktion mit der Handels- und Gewerbekammer, die sich mit derselben Frage beschäftigt, einzuleiten wäre, andererseits aber auch durch die Zivilingenieurkammer die wirtschaftlichen Interessen der Ingenieure aller Kategorien zu vertreten wären.

Während der Debatte über einen zweiten der Vollversammlung zur Beratung von Herrn Zivilingenieur Perl vorgelegten Antrag, durch welchen Mittel und Wege gefunden werden sollen zur Popularisierung des Begriffes und der Tätigkeit des beratenden Ingenieurs und Zivilgeometers, wurde die Vollversammlung durch die eben eingetroffene Mitteilung über einen neuen Erlaß des Handelsministeriums überrascht. In diesem Erlaß findet sich zum ersten Male von der maßgebendsten Stelle aus die Ansicht festgelegt, daß das Verfassen von Plänen und Projekten ein freies Gewerbe sei, welches sonach jeder Ingenieur und auch Nichtingenieur ausüben könne. Da bekanntlich das Bestreben der Zivilingenieure und Zivil-

geometer schon lange vor der Gründung der Ingenieurkammern darauf gerichtet war, daß das Verfassen von Plänen und Projekten, welches den Hauptbestandteil der Befugnisse der Zivilingenieure und Zivilgeometer bildet, auch tatsächlich die ausschließliche Befugnis dieser durch ihre Vorbildung und Praxis hiezu besonders befähigten Zivilingenieure und Zivilgeometer darstelle, hat begreiflicherweise dieser Erlaß zu einer erregten Debatte Anlaß gegeben. Es wurde die Meinung geäußert, daß das Geschenk der Ingenieurkammern, welches durch das Kammergesetz den Zivilingenieuren gemacht wurde, naturgemäß einen problematischen Wert erhalte, wenn jene Befugnisse, die den Ziviltechnikern zustehen, für deren gewissenhafte Ausführung sie beeidet und der Disziplinargewalt der Kammer unterstellt sind, auch von nicht hiezu ausdrücklich Befugten als freies Gewerbe ausgeübt werden könne. Die behördliche Autorisation und Beeidigung brächte dann den Ziviltechnikern keinerlei Vorteile und nur den Nachteil, daß sie für ihre Projekte und Pläne in der schwersten Weise verantwortlich sind, während andere, die das Gleiche als freies Gewerbe ausführen, keinerlei Verantwortung tragen und keinerlei Disziplinargewalt unterstünden. In Verfolg dieser Anschauung wurde davon gesprochen, eventuell eine Aktion mit den anderen Kammern gemeinsam dahin einzuleiten, daß die Behörden ersucht werden, die Kammern, deren Bestand hiedurch jegliche Basis verlieren, aufzulösen, wobei gleichzeitig auf die Zivilingenieur- und Zivilgeometerbefugnisse verzichtet werden würde. Jedenfalls wird diese Angelegenheit noch einem eingehenden Studium des Vorstandes der Niederösterreichischen Ingenieurkammer, sowie der Vorstände der übrigen Kammern Oesterreichs unterzogen und auf dem nächsten Kammertag eingehend beraten werden.

Die Enthebung unentbehrlicher Personen vom Landsturmbienste.

In der gestrigen Plenarversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereines berichtete der Vorsitzende Präsident Schiel, daß auf Grund eines Antrages der Abteilung für industrielle und gewerbliche Interessen und eines gleichlautenden Antrages des Vereinsmitgliedes Philipp der Verwaltungsrat dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh durch eine Deputation eine Denkschrift betreffend die Enthebung unentbehrlicher leitender Personen vom Landsturmbienste unterbreitet habe, in welcher im wesentlichen ausgeführt wird: Der Gewerbeverein müsse als Vertreter von Industrie, Handel und Gewerbe in Kenntnis des Umstandes, daß den politischen und militärischen Behörden schon derzeit eine große Anzahl von Enthebungsgesuchen vorliege, es auf das entschiedenste verurteilen, wenn Enthebungen in Fällen angefragt werden, in denen keine genügenden Gründe dafür vorliegen; er müsse jedoch auf die großen, ja vielleicht katastrophalen wirtschaftlichen Schäden verweisen, die die Einberufung einer verhältnismäßig sehr geringen, vom militärischen Standpunkte aus absolut nicht ins Gewicht fallenden Anzahl von Personen nach sich ziehen müßte, jener Personen nämlich, welche in größeren geschäftlichen Unternehmungen an wichtiger oder leitender Stelle stehen und mit deren Einrückung die Notwendigkeit zur Sperrung des Betriebes gegeben erschiene.

In der Eingabe wird daher gebeten, daß die bezeichneten Personen enthoben werden, und zwar hauptsächlich dann, wenn schon die übrigen leitenden Personen des Betriebes bereits einberufen wurden. Im Bewußtsein der Notwendigkeit, sämtliche militärische Notwendigkeiten zu erfüllen, wird gebeten, bei der Beurteilung der Unentbehrlichkeit die weitestgehenden Kontrollmaßregeln anzuwenden.

Diese Denkschrift wurde gestern dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh durch den Vereinspräsidenten Schiel, Vizepräsidenten Regierungsrat Fritsch und Sekretärstellvertreter Dr. Sopyla überreicht.

Der Ministerpräsident billigte die ihm vorgetragene Auffassung vollständig und sprach seine Meinung dahin aus, daß auch die Militärbehörden sich bemüht seien, daß Enthebungen in allerdings beschränktem Ausmaße werden erfolgen müssen. Das Wichtigste sei nur, den Weg und ein möglichst kurzes Verfahren zu finden, wie im einzelnen Falle die tatsächliche Notwendigkeit der Enthebung festgestellt werden könne. Graf Stürgkh sagte der Deputation zu, die ihm vorgetragene Angelegenheit selbst behandeln und dem Kriegs- und Landesverteidigungsministerium Vorschläge machen zu wollen, bestätigte aber auch die Wichtigkeit der in der Denkschrift dargelegten Absicht, dieselbe Angelegenheit womöglich persönlich auch dem Kriegsministerium und dem Landesverteidigungsministerium persönlich vorzutragen.

Die Mitteilung wurde mit lebhaftem Beifalle aufgenommen.

Kriegs- und Handwerkerfragen.

Man schreibt uns:

Im 1. Morgenblatt vom 14. Februar d. J. enthält die "Frankfurter Zeitung" unter der Ueberschrift "Die Kriegszerrüttungen und das Handwerk" interessante und wertvolle Ausführungen, durch welche darauf hingewiesen wird, daß der Krieg auch dem Handwerk neue umfangreiche Aufgaben stelle bezw. ihm in geschäftlicher Beziehung eine aussichtsreiche Zukunft eröffnen dürfte. Es wird aber gleichzeitig betont, daß sich diese Aussichten für das Handwerk nur dann verwirklichen können, wenn es verstehe, sich den Anforderungen zeitgemäßer Zweckmäßigkeit und verständigen Geschmacks anzupassen, und wenn Organisationen geschaffen würden, welche dem Handwerk die Beteiligung an behördlichen Aufträgen ermöglichen.

Wenn heute im Interesse des Handwerkerstandes so dringlich auf diese Aufgaben hingewiesen und zugleich der Weg gezeigt wird, auf dem das Ziel zu erreichen ist, so darf die Hoffnung ausgesprochen werden, daß in erster Reihe die Widerstände überwunden werden, die sich in den Kreisen der Handwerker selbst und ihrer Freunde bisher gegen solche Organisationen geltend gemacht haben. Seit einer Reihe von Jahren hat der Allgemeine Deutsche Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) mit Nachdruck auf die Bedeutung dieser Frage für das Handwerk hingewiesen. Bereits im Jahre 1910 wurde durch den Allgemeinen Genossenschaftstag in Bad Nauheim eine Erklärung beschlossen, in der es heißt:

Um dem Handwerkerstand eine größere Beteiligung an der Herstellung öffentlicher oder privater Arbeiten zu ermöglichen, wird den Handwerkern die Gründung von Genossenschaften, die diesem Zwecke dienen, empfohlen. Ferner muß die Gewißheit vorhanden sein, daß sich erfahrene zur Geschäftsleitung geeignete Handwerksmeister finden, die gewillt sind, die Leitung zu übernehmen. Das einzelne Mitglied einer solchen Genossenschaft darf bei einer von Seiten einer Behörde oder eines Privaten öffentlich bekannt gemachten Verdingung sich nur dann beteiligen, wenn die Genossenschaft darauf verzichtet, als Bewerber aufzutreten.

Die weiteren organisatorischen Maßnahmen sind in einer mit jenem Antrag vereinigten Geschäftsanweisung zum Ausdruck gebracht.

Wenn heute jener Beschluß zum schweren Nachteil des Handwerkerstandes noch nicht in dem gewünschten Umfange in die Praxis umgesetzt werden konnte, so ist dies nicht zum Mindesten zurückzuführen auf die Abneigung, die auch aus Handwerkerkreisen gegen diese Submissionsgenossenschaften geltend gemacht wurde. In dem Deutschen Handwerksblatt, das im Auftrag des Deutschen Handwerk- und Gewerbelanwertages mit einer Beihilfe aus Reichsmitteln herausgegeben wird, beschäftigt sich Herr Dr. Th. Hampfle mit dem Beschluß des Allgemeinen Genossenschaftstages zu Bad Nauheim, um zu dem Ergebnis zu kommen:

Ich kann mir von diesen praktischen Versuchen nichts versprechen und möchte daher hoffen, daß sie unterbleiben.

Trotz dieser Gegenströmung ist der Allgemeine Deutsche Genossenschaftsverband in seinen Bestrebungen nicht erlahmt und hat sich Mühe gegeben, die Handwerkerkreise zu veranlassen, die Anwendung aus seiner Stellungnahme in der Praxis zu ziehen. So hat er bei der Heeresvorlage von 1913 in besonderem Rundschreiben darauf aufmerksam gemacht, daß die Militärverwaltung bereit sei, bei der Vergebung der Arbeiten, die die neue Heeresvermehrung mit sich bringe, auch die Handwerker so weit als möglich zu berücksichtigen, jedoch sei die Heeresverwaltung nicht in der Lage, mit Tausenden einzelner Handwerker Lieferungsverträge abzuschließen, diese müßten sich vielmehr zu Submissionsgenossenschaften vereinigen, und er stellte zwecks Ausführung dieser Anregung Musterstatuten, Mustergeschäfts-anweisungen für Vorstand und Aufsichtsrat zur Verfügung. Auch die Bekanntmachung der Hauptstelle für Verdingungswesen an die Handwerkskammer vom 2. November 1911 brachte er durch Abdruck in den Blättern für Genossenschaftswesen zur Kenntnis der genossenschaftlichen Kreise. Für das Organisationswerk scheinen hiernach Grundlagen vorzuliegen, die nicht nur wertvoll sind, sondern sich bei den jetzigen Heereslieferungen auch bereits bewährt haben und das Handwerk sollte ernstlich prüfen, ob es nicht in weitem Umfange und ohne Zögern sich diese dienlich machen sollte, um sich eine angemessene Beteiligung an dem einstigen Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens zu sichern.

Die Kaufmannschaft und der Krieg.

Der Verein Reisender Kaufleute hat an die Kaufmannschaft folgenden Aufruf erlassen: Groß sind die Opfer, die diese schwere Zeit jedem einzelnen Bürger des Staates, der sich mit seinem heroischen Verbündeten gegen eine Welt von Feinden zur Wehr zu setzen hat, aufbürdet. Wir ermessen voll und ganz die wichtige Wirkung des Krieges auf Handel und Industrie. Ganze Geschäftsweize sind lahmgelaht, der Absatz stockt, manche Provinzen kommen als Absatzgebiet nicht in Betracht, die Außenstände sind schwer zu realisieren. Während die Landwirtschaft aus den Hochpreisen der Bodenfrüchte eine schätzenswerte mit 1200 Millionen zu beziffernde Mehreinnahme verzeichnet, hat die Kaufmannschaft mit Ausnahme der Seereslieferungsgruppen große Schäden aufzuweisen. Trotzdem trägt der Kaufmannsstand mit hingebungsvoller Vaterlandsliebe, mit patriotischer Duldsamkeit sein Los und trachtet mit Ansehen aller Energie sich den gegebenen Verhältnissen anzupassen, weil im Kaufmannsstand der unerschütterliche Glaube besteht, daß aus der blutigen Saat die zukünftige Prosperität unseres Staates erpriesen wird. Wenn es trotzdem in manchen Fällen nicht gelingt, der schwierigen Situation Herr zu werden, so sind solche tatsächlich Ausnahmefälle, und der Appell an die Nachsicht der Gläubiger, wie das Ansuchen um Geschäftsaufsicht wird gewiß nur eine durch die Not herbeigeführte Maßnahme bilden, die nicht geeignet sein kann, das Vertrauen in die Widerstandskraft der Kaufmannschaft und in das ehrliche Bemühen, diese schwere Zeit ungebrochen zu überdauern, zu erschüttern. Diesen guten erprobten Ruf der österreichischen Kaufmannschaft auch fernerhin zu sichern, ist Pflicht jedes Kaufmannes. Nervosität und Ungefäßlichkeit verleite nicht, vornehmlich die Kante ins Korn zu werfen. Wir Kaufleute sollen und wollen mit allen Kräften bestrebt sein, durchzuhalten, die unsagbar bedrohliche Zeit zu überdauern, trotz aller Erschütterungen, denen unser Wirtschaftsleben ausgesetzt ist und die keinem Stande schmerzlicher ist als dem der Kaufleute.

stoff verpflichtet, diese Vorräte nach dem Stand vom 3. d. den zuständigen politischen Behörden erster Instanz bis spätestens einschließlich 18. d. mittelst der bei den politischen Behörden erster Instanz und den Gemeindevorstellungen aufgelegten Formulare zur Anzeige zu bringen. Die Erzeuger der genannten Stoffe sind überdies verpflichtet, außer ihren Vorräten auch die tatsächliche Produktion des abgelaufenen sowie die voraussichtliche Produktion des laufenden Monats anzugeben. Diese Vorratsanzeigen sind in der Folge allmonatlich, und zwar am 8. jedes Monats nach dem Stand vom letzten Tage des Vormonats neu zu erstatten.

Alle am 3. d. vorhandenen Mengen an Gaswasser, an schwefelsaurem Ammoniak und an Kalkstickstoff sowie die nach diesem Termin erzeugten und gewonnenen Mengen dieser Stoffe sind auf Grund der Verordnung des Landesverteidigungsministeriums für Kriegszwecke in Anspruch genommen und dürfen ohne Bewilligung des Handelsministeriums weder verbraucht noch verarbeitet oder veräußert, noch darf über sie ohne eine solche Bewilligung in anderer Weise verfügt werden.

Der § 2 der Verordnung des Landesverteidigungsministeriums statuiert jedoch eine Reihe von Ausnahmen von der Inanspruchnahme. Es können ohne besondere Bewilligung über ihre Vorräte verfügen:

1. die Besitzer von Vorräten hinsichtlich jener Mengen, die sie zur Erfüllung von Aufträgen für die Militärverwaltung unbedingt benötigen;

2. Landwirte und landwirtschaftliche Körperschaften dürfen jene Vorräte an Kalkstickstoff, die sie am 3. d. besitzen und bis zum 15. April 1915 noch geliefert erhalten, zu landwirtschaftlichen Zwecken verwenden. Demgemäß ist es auch Erzeugern und Händlern von Kalkstickstoff gestattet, bis zum 15. April 1915 an Landwirte und landwirtschaftliche Körperschaften Kalkstickstoff abzuliefern.

3. Landwirte und landwirtschaftliche Körperschaften dürfen ein Drittel ihrer Vorräte an schwefelsaurem Ammoniak, die sie am 3. d. besitzen, zu landwirtschaftlichen Zwecken verwenden.

Diese Berechtigungen entheben Landwirte und landwirtschaftliche Körperschaften jedoch nicht von der in der Verordnung des Handelsministeriums angeordneten Anzeigepflicht.

Die Patente in den Feindesländern.

Paris, 4. März. „Radical“ erfährt von dem Berichterstatter des Kammerausschusses für Handel und Industrie über die Behandlung des Gesetzentwurfes betreffend die französischen Patente deutscher und österreichisch-ungarischer Staatsangehöriger, daß sowohl die Regierung wie der Ausschuß den Forderungen gewisser Handelskreise, diese Patente für ungültig zu erklären, scharf entgegengetreten seien. Es handle sich darum, ein Gesetz zu schaffen, das die wirtschaftliche Tätigkeit der Feinde Frankreichs während des Krieges möglichst hindere, ohne daß ein Eingriff in die Eigentumsrechte Privater erfolge. Der Gesetzentwurf bestimme infolgedessen, daß Deutschen, Oesterreichern und Ungarn die Nutzung ihrer französischen Patente während des Krieges durchwegs untersagt, dagegen Franzosen und Angehörigen der verbündeten und der neutralen Staaten möglich sein solle. Von Bedeutung sei ferner die Bestimmung, die Patentinhabern die Erneuerung ihrer Patente ermögliche, so daß sie nicht verfallen.

Schon die seinerzeitige Ankündigung eines solchen Gesetzentwurfes betreffend die Ungültigkeitserklärung österreichisch-ungarischer und deutscher Patente hatte in der

französischen Öffentlichkeit lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Der Generalrat des Departements Bouche du Rhone hatte die Regierung in einem Schreiben aufgefordert, den Rechtsschutz deutscher Patente und Fabrikmarken in Frankreich aufzuheben. Eine Anzahl von Industriellen Südostfrankreichs richtete daraufhin an den „Temps“ eine Mitteilung, worin erklärt wird, daß ein derartiger Beschluß der Regierung zu ähnlichen Maßnahmen seitens der deutschen und österreichischen Regierung den französischen Patenten gegenüber führen könnte. Dies habe eine große Bedeutung, da die von Deutschen sowie Oesterreichern und Ungarn in Frankreich erworbenen Patente nur den Wert besäßen, den Zeitpunkt der Einreichung festzustellen und die Patente zumeist nicht ausgenützt würden. Die von Franzosen in Deutschland und Oesterreich-Ungarn erworbenen Patente besäßen hingegen einen großen Wert und würden von Industrien ausgenützt, die durch ein Verfallen der Patente in Deutschland und Oesterreich-Ungarn in kurzer Zeit zugrunde gerichtet werden könnten. Eine Aenderung der Patentschutzgesetzgebung müsse deshalb zuvor von sachmännischer Seite reiflichst erwogen werden. Diesen Bedenken hat sich nunmehr, wie aus obiger Meldung hervorgeht, auch der Kammerausschuß für Handel und Industrie angeschlossen. Bekanntlich ist sowohl in Oesterreich wie in Ungarn auf dem Verordnungswege eine Ausnahme vom Verbote der Zahlungen nach Feindesländern zugunsten der Erneuerung etwa ablaufender Patentgebühren in den Feindesländern verfügt worden.

Die Kriegsklausel in Lieferungsverträgen.

Die Kriegsklausel ist unlängst zum Gegenstand einer interessanten, gerichtlichen Entscheidung gemacht worden. Die Kammer für Handelsachen des Landgerichts I München hat sich laut „Jur. Woch.“ 1915, Spalte 202 f. wie folgt ausgesprochen: Streittig ist, ob schon der Eintritt eines Ereignisses, hier insbesondere des Krieges, allein die Leistungsverweigerung begründet oder ob noch hinzukommen muß, daß das Ereignis, hier der Krieg, auf die Leistungsmöglichkeit einen Einfluß hatte.

Wie die Klausel nach Treu und Glauben auszulegen ist, ergibt ihr Zweck. Sie kann, je nach dem Gegenstand des Vertrages, für einzelne in demselben aufgeführte Ereignisse auch eine verschiedene Bedeutung haben. Hier ist nur ihre von den Parteien gewollte Bedeutung hinsichtlich des Krieges zu untersuchen. Der Krieg hat einen so tief einschneidenden Einfluß auf den gesamten Handelsverkehr, daß es in der Natur der Sache liegt, daß ein Kaufmann seine gesamten geschäftlichen Beziehungen beim Eintritt des Krieges den veränderten Verhältnissen anpassen muß. — Der Kaufmann kann im Kriegsfall nicht damit rechnen, daß ihm gegenüber eingegangene Verpflichtungen, die ihn selbst wieder erst in die Lage setzen zu leisten, wirklich erfüllt werden; treten infolge des Krieges Ausfälle im Warenbezug ein, so muß er auf eine andere Vertreibung der weiter zu veräußernden Waren bedacht sein, als sie für Friedenszeiten vorgesehen war. Die Preise, zu denen der Kaufmann seinerseits einkauft, können durch den Krieg erheblichen Änderungen unterliegen, auch sonstige Geschäftskosten können sich vermehren.

Der Betrieb des Geschäftes kann durch Verlust von Arbeitskräften aller Art gestört werden; ein Abnehmer, der zu Friedenszeiten kreditwürdig war, kann diese Eigenschaft durch Eintritt des Krieges verlieren. Dies sind nur einzelne Beispiele von Umständen, die den weitschauenden Kaufmann veranlassen müssen, sich für den Fall des Krieges völlige Dispositionsfreiheit vorzubehalten, nicht aber bloß für die Fälle, in denen er subjektiv zur Leistung unvermögend ist oder die Leistung ihm durch den Krieg erschwert wird.

Daß für diese beiden letzten Fälle die Klausel wirksam sein soll, liegt in der Natur der Sache und kann nicht strittig sein, wenn man nicht der Klausel jede positive Bedeutung absprechen wollte. Eine Beschränkung auf diese Fälle würde aber zur Folge haben, daß für jeden einzelnen Fall das Unvermögen oder die Erschwerung der Leistung nachgewiesen werden müßte und dadurch Anlaß zu Rechtsstreitigkeiten gegeben wäre.

Nur die lediglich durch die Tatsache der Mobilmachung oder des Kriegsausbruches bedingte Auflösung der bestehenden Verträge sichert dem Kaufmann die Möglichkeit, den veränderten Verhältnissen bei der Fortführung des Geschäftes Rechnung zu tragen und die Fortsetzung seines Geschäftes, an das auch die Allgemeinheit wirtschaftlich interessiert ist, zu sichern, also frei zu erwägen, ob und wie weit er die bestehenden Verträge erfüllen kann und will.

Deshalb gelangt das Gericht zu der Auslegung der Kriegsklausel im weitesten Sinne dahin, daß schon die Tatsache des Kriegsausbruches die Leistungsverbindlichkeit aufhebt.

Mit Unrecht macht, worauf das Gericht ferner eingeht, die Klagepartei geltend, daß die Klausel bei solcher Auslegung zu Preistreibern ausgenutzt werden kann und im gegebenen Falle dazu ausgenutzt werde. Wenn die Klausel in der gedachten Auslegung nur Preistreibern diene, wäre sie wegen Verstoßes gegen die guten Sitten nichtig.

Der Vorwurf trifft aber allgemein und objektiv nach Ansicht des Gerichts nicht zu.

Wie schon angedeutet können sich durch Änderungen der Einkaufspreise und der Geschäftskosten die Bedingungen, unter denen der Kaufmann noch mit Nutzen weiter veräußern kann, infolge des Krieges derart verändern, daß er ohne schwere Schädigung seines Geschäfts zu den bisherigen Bedingungen überhaupt nicht mehr liefern könnte. Dies trifft besonders zu, wenn es sich um Lieferungen nicht aus schon vorhandenen, sondern erst während des Krieges zu beschaffenden Beständen handelt.

Aber auch subjektiv kann der Kaufmann, der Ware, die er zur Friedenszeit zu billigem Preis verkauft hat, nicht mehr liefert oder nur mehr zu den durch den Krieg veranlaßten höheren Preisen anbietet, nicht ohne weiteres mit dem Vorwurf der Preistreiberei bedacht werden; es müßte ihm erst bewiesen werden, daß er trotz des Krieges mit dem gleichen Gewinn zu den früheren billigen Preisen liefern könnte. Paßt der Kaufmann seine Preise der durch den Krieg verursachten Verteuerung des eigenen Betriebes an und den eigenen Einkaufspreisen, so handelt er nur wirtschaftlich. Es muß vielmehr gegen den, der die Ware zu den früheren billigen Preisen erwerben will, obwohl er weiß, daß er selbst sie wieder zu viel höheren Preisen, als er beim Einkauf kalkuliert hatte, loszuschlagen kann, der Vorwurf erhoben werden, daß er auf Kosten seines Lieferanten, der vielleicht zu den bisherigen Bedingungen nur mit Schaden oder wenigstens ohne Nutzen liefern könnte, ein gutes — unrentables Geschäft machen will. — Diese treffenden Ausführungen haben aber immer nur Geltung, wenn die Kriegsklausel besonders vertragsmäßig vereinbart ist, was besonders hervorgehoben werden mag.

**Verpflichtung zur Anzeige von Vorräten an
Kaugummi und Kraftwagenbereifungen.**

Heute gelangt eine Verordnung des Handelsministeriums über die Verpflichtung zur Anzeige der Vorräte an Kaugummi und Kraftwagenbereifungen zur Kundmachung. Auf Grund der Bestimmungen dieser Verordnung unterliegen die Vorräte und die Veränderungen im Vorratsstande von Gummi (roh oder gereinigt), Bereifungen von Kraftfahrzeugen (Pneumatiks; Luftschläuche und Vollgummireifen) aller Dimensionen, und zwar sowohl in neuem als in gebrauchtem, auch repariertem Zustande, ferner unbrauchbare Kraftwagenbereifungen der Anzeigepflicht. Jeder, welcher Materialien der vorgenannten Art erzeugt, verarbeitet oder in eigenen oder fremden Räumen vorrätig oder für andere in Verwahrung hält, ist verpflichtet, diese Vorräte nach dem Stande vom 1. April 1915, und zwar bis spätestens einschließlich 3. April 1915, der politischen Behörde erster Instanz, in deren Gebiete sich die Vorräte befinden, zur Anzeige zu bringen. Eine gleiche Anzeige haben in der Folge, und zwar nach dem Stande vom 1. und 15. jedes Monats, spätestens innerhalb drei Tagen, jene zu erstatten, welche sich mit dem Handel oder der Reparatur von Kraftwagenbereifungen befassen. Bereifungen von Fahrrädern oder pferdebespannten Wagen unterliegen nicht der Anzeigepflicht. Ferner sind Besitzer von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der an ihren Fahrzeugen montierten Bereifungen und je zwei Reservereifen und Reserveschläuchen für jedes Fahrzeug von der Anzeigepflicht befreit.

Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel.

Das Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel beschäftigte sich in der am 23. d. abgehaltenen Sitzung mit der Jurisdikatur in Sachen der Preistreiberei. Die Praxis der Gerichte und Staatsanwaltschaften entspricht in dieser Beziehung keineswegs dem Empfinden der anständigen Kaufmannschaft und entspringt einem vollständigen Verkennen der Notwendigkeiten des kommerziellen Lebens. Die Angelegenheit wurde einem Komitee überwiesen. Gemäß einem Berichte des Unterausschusses für die Fragen des Wirtschaftskrieges beschloß das Permanenzkomitee, die Regierung zu ersuchen, das Verhalten der feindlichen Staaten gegen österreichische Vermögen mit aller Aufmerksamkeit zu verfolgen und jede authentisch bekannt gewordene Verletzung österreichischer Interessen sofort mit entsprechenden Vergeltungsmaßnahmen zu beantworten.

Weiters wurde beschlossen, der Regierung die Anregung zu unterbreiten, zur Verhinderung der Einfuhr feindlicher Produkte neben Ursprungszeugnissen auch die eidesstattliche Erklärung des Importeurs zu verlangen, daß die Ware nicht in Feindesland erzeugt oder verehelt wurde.

Da sich zahlreiche Unklarheiten hinsichtlich der Rechtsfähigkeit der feindlichen Ausländer in der Prozeßführung geltend machen, beschloß das Permanenzkomitee weiters, die Regierung zu ersuchen, die Gerichte über die aktive und passive Klagelegitimation der feindlichen Ausländer auf Grund der bereits feststellbaren Entscheidungen der feindlichen Gerichte zu belehren.

Mit Rücksicht auf aufgetauchte Zweifel hinsichtlich des Umfanges des Zahlungsverbotes ergibt sich auch die Notwendigkeit einer einschränkenden authentischen Interpretation dieser Verordnung. Das Permanenzkomitee wird an die Regierung das Ersuchen richten, offiziell zu erklären, daß inländische Schuldner nicht gegen das Zahlungsverbot verstoßen, wenn sie Leistungen a conto ihrer Schuld an im Inlande befindliche Personen vollziehen, die ihrerseits liquide Forderungen gegen den feindlichen Gläubiger haben. Diese Erklärung würde es insbesondere den zahlreichen Vertretern ausländischer Häuser erleichtern, ihre Provisionsforderungen bei den inländischen Abnehmern einzulassen.

Die Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Eine Beratung des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes in Berlin.

Berlin, 28. März. Gestern hat hier unter dem Vorsitz des ersten Vizepräsidenten des deutschen Reichstages, Paasche, neuerlich eine Beratung des Gesamtverbandes des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes über die Frage der Neugestaltung der künftigen Handelsbeziehungen Deutschlands zu Oesterreich und Ungarn stattgefunden.

Der Sitzung wohnten außer zahlreichen Vertretern des deutschen Wirtschaftslebens eine Reihe von maßgebenden österreichischen und ungarischen Industriellen und Wirtschaftspolitikern bei. Unter anderen waren erschienen: Der Präsident der Wiener Handels- und Gewerbekammer Paul R. v. Schoeller, Minister a. D. Dr. Marchet, das Mitglied des Herrenhauses Singler, die Reichsrats-Abgeordneten Friedmann, Keller und R. v. Panz, Kommerzialrat Koffmahn, Obmann der Sektion Wien des Bundes österreichischer Industrieller, Professor Kobatsch (Gewerbeverein), Bernhard Ludwig, Präsident des Reichsverbandes der österreichischen Gewerbevereine, Schwarz (Oesterreichischer Exportverein), Bürgermeister Bornemann, Obmann des Bundes österreichischer Industrieller (Auffig), Landtags-Abgeordneter Hadel (Auffig), Abgeordneter Medinger (Kleinstal), Regierungsrat Dr. Karus (Handels- und Gewerbekammer Reichenberg), Vizepräsident Sonvico (Handels- und Gewerbekammer, Innsbruck), Dr. Chudaczek (Handels- und Gewerbekammer, Eger), Peyrer (Linz), Generalrat der Oesterreichisch-ungarischen Bank v. Zimmermann, Dr. Hainisch (Wien), Gemeinderat Dr. v. Dorn (Wien), Kammerat Mahla (Gablonz), Universitätsprofessor Spiethoff (Prag), Ingenieur Tobisch (Wien), Industrieller Kuehne (Görlau), Industrieller Spitz (Wien), Ingenieur Kurz (Wien), Industrieller Schicht (Auffig), Kammerat Weber (Mösterle), Dr. Faber (Wien), Börsenrat Stern (Prag), Dr. Fischel (Prager Produktenbörse).

Aus Ungarn waren erschienen: Der Direktor des Bundes der ungarischen Fabriksindustriellen, Reichstags-Abgeordneter Dr. Grax, Dr. Chorin (Budapest), Generaldirektor Baron Kornfeld (Budapest), Josef Vago (Handelskammer Budapest), Direktor Paul von Viro (Budapest), Sekretär Fenhö (Handelspolitische Zentrale Budapest).

Aus deutschen Wirtschaftskreisen waren außer zahlreichen Mitgliedern des Gesamtverbandes des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes Vertreter vieler deutscher Handelskammern, u. a. Vertreter der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin, des Bundes der Industriellen, des Bundes thüringischer Industrieller und anderer wirtschaftlicher Korporationen aus allen Teilen des Reiches erschienen.

An die einleitende, mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede des Vorsitzenden Dr. Paasche über die Notwendigkeit eines engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses der zwei verbündeten Zentralmächte, knüpfte sich eine außerordentlich lebhafte Diskussion. Sämtliche Redner gaben übereinstimmend ihrer Ansicht Ausdruck, daß eine möglichst innige handelspolitische und wirtschaftliche Annäherung der beiden verbündeten Reiche unter Bedachtnahme auf die berechtigten Interessen und besonderen Verhältnisse jedes der drei Staaten dem politischen Bündnis folgen müsse.

Die Antworten auf die Huldigungstelegramme.

Auf die zu Beginn der Versammlung an die zwei verbündeten Herrscher unter begeisteter Zustimmung der Versammlungsteilnehmer abgefassten Huldigungstelegramme liefen nachstehende Antworten ein:

„Seine k. u. k. apostolische Majestät haben die durch die Versammlung des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes dargebrachte Huldigung mit lebhafter Befriedigung zur Allerhöchsten Kenntnis zu nehmen geruht und danken den Teilnehmern herzlichst für den Ausdruck unwandelbarer Treue und Ergebenheit.

Auf Allerhöchsten Befehl:

Freiherr v. Schiefl.

„Aus dem Deutschen Hauptquartier.

Seine Majestät der Kaiser und König lassen den dort versammelten österreichischen, ungarischen und deutschen Industriellen und Wirtschaftspolitikern für die freundliche Begrüßung bestens danken und ihren Beratungen über die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden engverbündeten Zentralmächte einen guten Erfolg wünschen.

Auf Allerhöchsten Befehl:

Geheimer Kabinettsrat v. Valentini.

30. III. 1915.

M6

Generalversammlung des Ersten Wiener Konsumvereines.

Wien, 29. März.

Auf Grund der im verflossenen Jahre abgeänderten Vereinsstatuten fand heute nachmittag zum erstenmal die Generalversammlung des Ersten Wiener Konsumvereines durch die von den Genossenschaftlern gewählten Delegierten statt. Sie nahm auch infolgedessen im Gegensatz zu den Generalversammlungen der letzten Jahre einen ruhigen Verlauf. Den Vorsitz der Versammlung, die im kleinen Musikvereinssaale abgehalten wurde, führte der Präsident Dr. Friedrich König. In dem vom Vorstande erstatteten Geschäftsberichte wird im wesentlichen ausgeführt: Unter Verhältnissen, wie sie seit dem Bestehen des Konsumvereines noch nicht erlebt wurden, legt der Vorstand den Geschäftsbericht für das Jahr 1914 vor. Unter den Erschütterungen des Weltkrieges ist die wirtschaftliche Verbindung der meisten Staaten untereinander abgebrochen, die Zufuhr zur See unterbunden. Die Preissteigerung erreicht eine Höhe, die auch kühne Phantasie sich vor einem Jahre nicht vorgestellt hat. Mit seinen rund 24 Millionen Kronen Umsatz stellt der Erste Wiener Konsumverein heute eine der größten Konsumgenossenschaften des Kontinents dar. Er versorgt, wenn man die Haushaltungen zu vier oder fünf Personen rechnet, eine Viertelmillion der Wiener Bevölkerung. Die Vereinsstätigkeit mußte vom Kriegsausbruch an ausschließlich die Behauptung des bisherigen Wirkungsfeldes im Auge haben. Die Angstkäufe des Publikums nach Kriegsbeginn setzten zu einer Zeit ein, in welcher die Lagerbestände die geringsten Bestände aufweisen mußten. Hatte doch sonst zu Ende des Monats Juli ein großer Teil der Mitglieder seinen Sommeraufenthalt außerhalb Wiens. Auch waren damals wegen der begründeten Hoffnung auf das Sinken der Getreidepreise nach der neuen Ernte größere Einkäufe in den entsprechenden Artikeln nicht ratsam. Später gestaltete sich die Lage des Lebensmittelmarktes zunehmend schwieriger. Die Artikel, von denen sonst größere Quantitäten aus dem feindlichen Auslande bezogen wurden (z. B. Eisen, aus Rußland), mußten zuerst im Preise steigen. Die Einfuhr für überseeische Waren (Reis, Kaffee, Kakao, Südfrüchte usw.) wurde infolge Transporthemmungen erschwert. Zu Jahreschluß erschien die Marktlage überaus verworren und unübersichtlich. Auch der Konsumverein litt stark unter diesen Verhältnissen. Die Warenbeschaffung für 50.000 bis 60.000 Haushaltungen kostete seit Kriegsbeginn verdoppelte und verdreifachte Mühe. Kritisch schien besonders im November die Lage auf dem Kohlenmarkte. Gegen Ende des Jahres wurden die Schwierigkeiten der Mehlabfassung immer größer. Der Konsumverein mußte in der Abgabe von Weizenmehl Nr. 0 und anderer Artikel neuerlich Beschränkungen einführen, vor allem, weil die Tendenz zu Angstkäufen in weiten Kreisen anhielt. In vielen Artikeln war ein großer Umsatz, ein Umstand, der in der Kriegszeit nicht erfreulich genannt werden kann. Trotz der Preissteigerungen bei einer Reihe von Artikeln wurden nicht einmal die Selbstkosten gedeckt. Aus diesem Grunde ist der Ge-

barungsüberschuß im Verhältnis zum Warenumsatz geringer als in anderen Jahren.

Die Zahl der Mitglieder ist trotz der vorübergehenden Unterbrechung der Mitgliederaufnahme auf 59.076 gestiegen. Es waren 4237 Beitritte (gegen 4153 im Vorjahre) zu verzeichnen. Der Umsatz hat sich im Berichtsjahre auf 24.335.921 K. erhöht. Der Vorstand beantragt, in diesem Jahre eine 5 prozentige Rückvergütung (gegen 6 1/2 Prozent im Vorjahre) zur Ausschüttung zu bringen. Die abgelaufene Geschäftsperiode des verflossenen Jahres 1914 ergab folgende Resultate: Der Bruttoertrag beziffert sich mit 3.309.528 K., die Regiekosten betragen 1.857.889 K., demnach verblieb ein Gebarungüberschuß von 1.451.639 Kronen. Von den Regiekosten entfallen auf Gehalte und Remunerationen an die Angestellten 903.469 K., für Miete und Instandhaltung der Magazine 275.146 K., für Steuern und Gebühren 164.316 K., Honorar dem Aufsichtsrate 10.800 K., Unterstützungen der zum Kriegsdienst eingerückten Angestellten und deren Familien 68.077 K., Spenden für Kriegsfürsorgezwecke 17.034 K., Dotation des Pensionsfonds 70.000 K., Abschreibung vom Inventar 58.390 K. Der Vorstand beantragt vom Gebarungüberschuß 5 Prozent als Rückvergütung auf den Warenbezug der Genossenschaftler im Betrage von 1.164.273 K., ferner von dem nach Abzug dieses Betrages verbleibenden Ueberschuß als Dotation des Reservefonds 72.581 K., zur Abschreibung der Realitäten und vom Maschinenkonto 50.000 K., 72.581 K. als Tantieme an 18 Vorstandsmitglieder und 58.065 als Tantieme an die Geschäftsleitung (Direktoren und Beamte), als Beitrag zum Sparfonds für Angestellte 2000 K., als Beitrag zum Banfonds 32.136 K. zu verwenden. Dem Reservefonds, welcher Ende 1913 sich mit 1.378.690 K. bezifferte, werden 78.394 K. zugeschrieben, er beträgt nun 1.457.084 K.

Nach mehreren Erläuterungen, welche Vorstandsmitglied Hofmann zu dem Berichte gegeben hatte, beantragte Doktor v. Obermayer namens des Aufsichtsrates die Erteilung des Absolutariums.

Delegierter Grabscheid, Präsident der Staatsbeamtenorganisation, erklärte mit der Verwendung des Ueberschusses nicht übereinzustimmen, die Herabsetzung der Rückvergütungsquote von 6 1/2 auf 5 Prozent sei nicht begründet, denn sieben Monate des Geschäftsjahres bewegten sich im normalen Rahmen. Die Genossenschaftler rechneten bei ihren Einkäufen mit einer 6 1/2prozentigen Rückvergütung. Im Hinblick auf die große Lebensmittelsteuerung, die alle so schwer belaste, müsse man trachten, die Lebenshaltung zu erleichtern. Redner bemängelte auch die hohe Speisung des Reservefonds, die vielleicht in normalen Jahren gerechtfertigt wäre.

Delegierter Sedlmayer polemisierte gegen den Vorredner, betonte die Wichtigkeit einer guten Dotierung des Reservefonds und bemerkte, daß einzelne Kronen in einem Haushalte keine Rolle spielen.

Vorstandsmitglied kaiserlicher Rat Dr. Tharsch verwies darauf, daß auch alle anderen Konsumvereine sich zu Kürzungen der Rückvergütungen gezwungen sahen und gab interessante Aufschlüsse über die Notwendigkeit dieser Maßnahme. Die Verkürzung der Rückvergütung um 1 1/2 Prozent beziffert sich auf insgesamt 350.000 K. Sie war zunächst notwendig durch die stark erhöhte Regie und durch den Minderertrag bei vielen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, bei denen ein Aufschlag im gleichen Verhältnis zu den steigenden Einkaufspreisen nicht durchgeführt wurde. Bei Brot und Mehl wurde seit Kriegsbeginn mit Verlust gearbeitet. Von den Mitgliedern wurden zumeist nur die notwendigsten Lebensmittel eingekauft, an denen jetzt wenig verdient werden kann, während der Einkauf der teuern Artikel erheblich zurückging, was Redner mit interessanten Ziffern beleuchtete. Eine Minderung der Umsätze trat im zweiten Semester des Berichtsjahres, zum Beispiel in folgenden Artikeln ein: Datteln um 6000 Kilogramm, feine Feigen um 9000 Kilogramm, Malagatrauben um 2000 Kilogramm, Mandeln um 20.000 Kilogramm, Rosinen um 20.000 Kilogramm, feine Weine um 48.000 Flaschen gegenüber dem ersten Semester dieses Jahres. Hingegen wurden verkauft im zweiten Semester 250 Waggons Mehl gegenüber 206 Waggons im ersten Semester, Salz 285.000 Kilogramm gegen 147.000 Kilogramm, Erbsen 84.700 Kilogramm gegen 48.300 Kilogramm, Bohnen 19.600 Kilogramm gegen 10.900 Kilogramm, Linsen 64.000 Kilogramm gegen 37.000 Kilogramm, Kollgerste 48.800 gegen 20.700 Kilogramm, Mehlspeise in Paketen 224.700 Kilogramm gegen 130.900 Kilogramm, Reis 384.000 Kilogramm gegen 287.000 Kilogramm.

Darauf wurde dem Vorstande einstimmig das Absolutorium

erteilt.

Der wirtschaftliche Zusammen- schluß Deutschlands und der Monarchie.

Äußerungen des Reichsratsabgeordneten
Max Friedmann.

Einer unserer Redakteure nahm gestern Gelegenheit, mit dem Reichsratsabgeordneten Friedmann über den Verlauf der Berliner Konferenzen in der Frage des wirtschaftlichen Zusammenschlusses Deutschlands und der Monarchie zu sprechen. Abgeordneter Friedmann äußerte sich folgendermaßen:

„Ich komme gern Ihrem Wunsche nach, mich über das Problem unserer künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reich zu äußern, soweit diese komplizierte Frage im Rahmen einer kurzen Darlegung gestreift werden kann. Auf die Verhandlungen, welche in Berlin anlässlich der Tagung des Deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes stattgefunden haben, kann ich allerdings nicht näher eingehen, weil diese Verhandlungen vertraulich waren, und nur das End-

ergebnis im Wege eines Berichtes der Öffentlichkeit dahin zusammengefaßt übergeben wurde, daß die allgemeine Stimmung in dem Wunsche einer möglichst innigen handelspolitischen wirtschaftlichen Verbindung der beiden verbündeten Zentralmächte gipfelt. Was ich noch, ohne die Diskretion zu verletzen, mitteilen kann, ist, daß durch die Versammlung, in welcher zum erstenmal eine gemeinsame Aussprache deutscher und österreichischer Industrieller und Wirtschaftspolitiker stattfand, ein prächtiger Zug der Offenheit, des Vertrauens in die Zukunft und des innigen Zusammengehörigkeitsgefühls ging. Es waren nicht etwa hitzige Brauseköpfe, die, von Gefühlsäußerungen getrieben, miteinander berieten, sondern ernste, gereifte Männer, die mitten im geschäftlichen und wirtschaftlichen Leben stehen und über dieses wichtigste und wohl auch schwierigste Zukunftsproblem seit langem nachdenken.

Daß wie in Deutschland, so in Wien und wohl auch an andern Orten des Reiches über die Frage im engeren vertraulichen Kreise seit langer Zeit beraten wird, ist kein Geheimnis, um so weniger kann den Versammlungsteilnehmern, welche an solchen Beratungen wiederholt teilhatten, beziehungsweise über dieselben auf dem laufenden erhalten wurden, der Vorwurf gemacht werden, daß sie sich vorzeitig in eine Tagung mit Kollegen aus dem Deutschen Reiche einließen. Begreiflicherweise sind bis nun die Ansichten weder bei uns noch im Deutschen Reiche vollkommen geklärt. Aber hüben und drüben tritt immer mehr die Ueberzeugung zutage, daß es dringend notwendig sei, sich über die künftigen Richtlinien zu einigen. Man wird über den platonischen Wunsch der „Annäherung“ hinauskommen und zu konkreteren Vorschlägen gelangen müssen. Das Schlagwort vom gemeinsamen Zollgebiet wurde vielfach mißverstanden. Die wenigsten dachten hierbei an eine Zollgemeinschaft ohne Uebergang oder Zwischenstufe, sondern anerkannten die Notwendigkeit einer Zwischenzolllinie, um den tatsächlich schutzbedürftigen Industrien Schutz zu gewähren. Der große

Gedanke des gemeinsamen Zollgebietes liegt in der gemeinsamen Außen- und Handelspolitik, und das ist der springende Punkt. Hierbei werden die großen Schwierigkeiten, welche auf staatsrechtlichem, finanztechnischem, zoll- und verkehrspolitischem Gebiete liegen, sicherlich nicht unterschätzt. Aber so groß sie auch sein mögen, sie sind nicht unüberwindlich, wenn einmal das Prinzip der Gemeinsamkeit nach außen anerkannt und gewollt wird. Man hört so oft den Einwand von „dem Sprung ins Dunkle“. Aber diesem Einwand gegenüber möge bedacht werden, daß erstens jeder Handelsvertrag mehr oder weniger ein Sprung ins Dunkle und daß es unmöglich ist, mit dem Bleistift in der Hand auf Grund der zahlenmäßigen Ergebnisse neue Verträge abzuschließen. Man sollte meinen, daß unser letzter Handelsvertrag vom Jahre 1906 dies hinreichend beweist. Noch viel schwieriger wird es nach diesem Kriege sein, einen Blick in die Zukunft zu machen. Die Riesenbelastungen aller kriegführenden Staaten sowohl wie auch die Beeinträchtigungen, welche die neutralen Staaten Europas durch den Krieg erleiden, ferner die unabsehbaren wirtschaftlichen Erschütterungen infolge des in der Geschichte beispiellosen Weltkrieges und die geschwächte Konsumkraft der Bevölkerung werden auch bei uns die Produktions- und Absatzverhältnisse, die Kapitalbeschaffung etc. in einer Weise verändern, daß man wohl ohne Uebertreibung sagen kann, jeder Handelsvertrag nach diesem Kriege wird ein Sprung ins Dunkle sein.

Aber zwei Tatsachen können wir heute schon mit Bestimmtheit voraussehen. Gegenüber den Vereinigten Staaten wird ganz Europa einen durch die fabelhaften Auslagen und die Zerrüttungen wesentlich geschwächten Komplex darstellen, und neben Amerika wird das britische Reich mit seinen Kolonien einerseits und das russische Reich andererseits als je ein großes Wirtschaftsimperium auftreten. Diesen Gebilden gegenüber wird sich der Traum der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereinigung zunächst sicherlich nicht erfüllen. Aber kleine oder richtiger gesagt schwache Gebiete werden sicherlich schwerer als große bestehen. Mit einem Worte, wir stehen vor der Frage, ob wir wirtschaftlich isoliert bleiben oder uns wirt-

31. III. 1915.

Der wirtschaftliche Zusammenfluss von Ost- und Westeuropa
mit der Monarchie.

schafflich mit dem Deutschen Reich vereinigen wollen. Dieser großen Frage gegenüber müssen kleine oder kleinliche Wünsche zurücktreten. Soweit dies möglich und voraussehend geschehen kann, soll, wie bereits erwähnt, die Zwischenzolllinie den heimischen Produktionszweigen die Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeit geben. Hierbei wird eine nicht geringe Zahl von Industrien, die schon bisher erfolgreich nach Deutschland exportierten, ihren Absatz noch weiter und leichter erhöhen können, wie denn überhaupt bei der Verbreitung eines Wirtschaftsgebietes durch das Zusammengehen mit Deutschland nicht nur immer ängstlich auf den Import aus Deutschland, sondern auch auf die wesentlich erleichterten Absatzmöglichkeiten aus unserm Reich geblickt werden muß. Der Hauptwert der eingangs angedeuteten Lösung läge in dem gemeinsamen Auftreten dem übrigen Ausland gegenüber. Wir werden vereint in den Verhandlungen mit den übrigen Staaten vielfach besser abschnitten, als wenn wir auf uns allein angewiesen wären. Die Schwierigkeiten der Regelung für ein derartiges gemeinsames Verhältnis sind sicherlich außerordentlich große. Aber vielleicht sollten gerade wir diese Schwierigkeiten nicht überschätzen, da ja schließlich die vor jedem Handelsvertrag erforderlichen Vereinbarungen Oesterreichs mit Ungarn auch keine leichte Sache sein sollen. Als seinerzeit der Deutsche Zollverein gegründet wurde, ergaben sich große Widersprüche, und man hielt eine Einigung unter den vielen Staaten für unmöglich. Sie ist trotzdem zustande gekommen, und wahrlich nicht zum Nachteil der Vertragsstaaten.

Vielfach wird von der bevorzugten Meistbegünstigung gesprochen, das ist also eine ganz besondere gegenseitige Begünstigung, die den andern meistbegünstigten Staaten nicht gewährt werden soll. Nach Äußerungen deutscher Fachleute ist eine derartige Lösung, sofern diese Präferenz sich nur auf Deutschland und Oesterreich-Ungarn beschränken würde, ausgeschlossen. Sehr begreiflich, denn das Deutsche Reich mit seinen großen Exportinteressen wird und kann auf das allgemeine Prinzip der Meistbegünstigung nicht verzichten, und es kann nicht all die internationalen Schwierigkeiten riskieren, um mit Oesterreich-Ungarn in das besondere Verhältnis einer bevorzugten Meistbegünstigung zu treten. Eine Anzahl anderer Annäherungslösungen wurde im Laufe der Beratungen seit Kriegsbeginn vorgeschlagen. Sie sind interessant und erwägenswert. Aber sie weichen der Frage aus, ob wir nach diesem Kriege grundlegende Änderungen für unerlässlich halten und ob wir glauben, nach dem alten Rezept, wenn auch mit einer Reihe von Verbesserungen, vorgehen zu können.

Was den Einwand betrifft, wir sollten warten, bis unsere Industrie sich weiter entwickelt haben würde und imstande wäre, in eine enge Verbindung mit dem mächtigen Nachbarreiche einzutreten, ist dieser Vorschlag einem Entgegenkommen in der Form und einer Ablehnung in der Sache gleichzuhalten. Denn nicht auf die absolute Steigerung unserer Produktion und unsres Absatzes kommt es an, sondern darauf, ob der Abstand zwischen uns und den wirtschaftlich vorgeschritteneren Staaten mit der Zeit zu- oder abnehmen wird.

Wir scheint der Gedanke einer handelspolitischen Gemeinschaft mit Deutschland und der Errichtung einer individuellen, zwischen den beiden Reichen aufzustellenden Zwischenzolllinie derart verlockend und derartige Ausblicke für die Zukunft zu geben, daß ich glaube, es müßte dieses Problem nunmehr endlich näher studiert und auf seine Durchführbarkeit geprüft werden. Wir müssen endlich aus den nebelhaften Äußerungen zu konkreten Vorschlägen kommen. Es ist nicht nur nicht verfrüht, über diese wichtigste und schwierigste Frage nachzudenken, sondern es scheint hoch an der Zeit, über das zukünftige wirtschaftliche Verhältnis zu unsern Bundesgenossen ins reine zu kommen, und zwar bevor die Friedensverhandlungen erörtert werden. Niemand weiß, wann dies der Fall sein wird, das ist richtig. Aber so wie der Krieg über Nacht gekommen ist, können sich plötzlich auch die Hoffnungen und Erwartungen aller jener erfüllen, die nach siegreichem Ende einen ehren- und verheißungsvollen Frieden erhoffen. Deutschland wird sicherlich sein Expansionsbedürfnis nach dem Orient und Kleinasien zur Geltung bringen. Wir will es

scheinen, daß unsere Absatzbedürfnisse in diesen zukunftsreichen Gebieten besser gewahrt sind, wenn wir mit Deutschland vereint vorgehen, und ich halte schließlich Konzessionen zu unsern Gunsten nicht für ausgeschlossen, wenn wir Deutschlands Ueberseeaspirationen — ohne unsern eigenen Bedürfnissen Abtrag zu tun — unterstützen würden. Wir können aus einer näheren Verbindung mit Deutschland große Vorteile ziehen. Nicht nur das deutsche Kapital, sondern auch das Einströmen deutschen Geistes und deutscher Arbeitsmethoden können für uns von Nutzen sein.

In Deutschland holt die Regierung die Gutachten wirtschaftlicher Kreise ein und berät sich mit ihnen. Ich weiß nicht, inwieweit dies bei uns der Fall ist. Immerhin wäre ein Gleiches am Platze, denn es scheint mir, daß es für eine andauernd reservierte Haltung zu spät werden könnte."

**Gegen die Einfuhr von Waren aus
Feindesland.**

In der gestrigen Plenarversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereins kam der Vorsitzende Vizepräsident Dr. Meißl auf die Einfuhr von verschiedenen Warengattungen aus den feindlichen Ländern nach Oesterreich zu sprechen und teilte folgendes mit: Auf Anregung des Allgemeinen österreichischen Apothekervereins schloß sich eine große Reihe von Körperschaften zu gemeinsamen Schritten bei der Regierung zusammen, zwecks Erlassung geeigneter Maßnahmen gegen die Einfuhr feindlicher, auch bei uns und in Deutschland erzeugter Artikel, zum Beispiel Modeartikel, Schaumwein, Seidenkonfektionsware, kosmetische Präparate, zubereitete pharmazeutische Präparate, Seidenwaren usw. — Dieser Tage sprach nun eine Abordnung beim Minister des Innern Baron Heindl und beim Handelsminister Dr. Schuster v. Bonnot in dieser Angelegenheit vor. Beide Minister gaben die Versicherung der sofortigen Inangriffnahme der erforderlichen Bearbeitung der vorgelegten Forderungen, die in patriotischem und wirtschaftlichem Interesse des Staates gelegen seien.

Die Konsumvereine im Krieg.

Was die Konsumvereine für ihre Mitglieder bedeuten, das ergibt sich aus dem neuesten Jahresbericht der Hamburger „Produktion“ mit großer Deutlichkeit. Vor allem war es dem Verein in der kritischen Zeit des Kriegsausbruches möglich, seine Mitglieder mit den nötigen Waren ausreichend und ohne die ungerechtfertigten Preistreiberereien mitzumachen, zu versorgen. Aus einer Tabelle der Lebensmittelpreise, wie sie im Hamburger Konsumverein verkauft worden sind, geht hervor, daß die Verwaltung des Vereins mit allen Mitteln versucht hat, die Preissteigerung für den Konsumenten in erträglichen Grenzen zu halten und sich bei vielen Artikeln mit einer kleineren Spannung zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis begnügte. Viele Artikel waren zeitweise im Engrosverkauf nur zu höheren Preisen zu beschaffen, als sie der Konsumverein seinen Mitgliedern anbot. Daß der Einkauf im Warengeschäft, um dieses Resultat zu erzielen, sehr schwierig war und geschickte Disposition erforderte, liegt auf der Hand.

Es kommen noch andere Vorteile hinzu, die das Band zwischen Verein und Mitgliedern enger gestalten. So hat die „Produktion“ eine Sparkasse, die im Jahre 1914 die Probe auf die Solidität ihres Fundamentes machen konnte. Ende Juli setzte ein Ansturm der Spareinleger auf ihre Guthaben ein, die zur Folge hatte, daß in den ersten drei Kriegsmonaten die Auszahlungen die Einzahlungen um mehr als 600 000 Mark überstiegen. Vom November ab dokumentiert sich dann die Besserung der Lage in einem Ueberschuss der Einlagen über die Auszahlungen, die auch nach den alljährlich im Dezember stattfindenden größeren Abhebungen im neuen Jahre andauerte. So wurden z. B. im Januar bereits 117 169 Mark mehr eingezahlt als ausgezahlt. Daraus geht hervor, daß die Sparkasse das Vertrauen ihrer Mitglieder, die zum Teil im Anfang des Krieges auch etwas den Kopf verloren hatten, durchaus gerechtfertigt hat.

Zu der Bäckerei wurde zur Zentralisation geschritten, indem der Betrieb Bendenstraße mit dem Betrieb Hegestraße zusammengelegt wurde. Der Umsatz der Bäckerei stieg im vergangenen Jahre um 228 000 Mark. Die Bäckerei konnte im vergangenen Geschäftsjahre keinen Reingewinn abwerfen, da infolge der hohen Mehlpreise das Geschäft sehr unrentabel war.

Die Schlachterei, die einen Umsatz von 7 264 000 Mark aufweist, hatte im Gegensatz zur Bäckerei, die in den ersten Kriegsmonaten für Mehl viel Geld anlegen mußte, zu der gleichen Zeit niedrige Einkaufspreise. Diese angenehme Tatsache war nicht von langer Dauer. Infolge Knappheit an Futtermitteln wurden viele Schweine geschlachtet und von den Städte-Gemeinden und Kommunen aufgekauft, so daß die Schweinepreise bald um 100 Prozent stiegen. Die Schlachterei ist bis heute stark beschäftigt, da sie viel Aufträge für die Heeresverwaltung und Proviantämter und

anderer zu erledigen hat. Der Gewinn der Schlachterei betrug 263 000 Mark.

Nun das Landgut Schwanbeide. Landwirtschaftliche sowie auch industrielle Betriebe werfen in den ersten Jahren selten Gewinne ab, was auch auf Schwanbeide zutrifft; zumal dort in den ersten Jahren und auch gegenwärtig noch viel Aufwendungen gemacht wurden, beziehungsweise werden. Es sind dort neue Arbeiterwohnungen und große Viehställe gebaut, Bodenmeliorationen und gute Düngungen vorgenommen worden, deren Unkosten erst in späteren Jahren wieder herausgeholt werden können. Die Ertragnisse der Schweinezucht und des Ackerbaues sind im vergangenen Jahre sehr willkommen gewesen.

Die Molkerei, die einen Umsatz von einer Million Liter Milch hat, von welchem Quantum etwa 800 000 Liter nach Hamburg in die Läden gelangen, erzielte ein befriedigendes Resultat. Gewinne werden aus diesem Betriebe nicht erhofft. Die Molkerei erfüllt ihren Zweck, wenn sie die Abnehmer mit guter, unverfälschter Milch versorgt, und dabei in Einnahmen und Ausgaben balanciert. Dieser Zweck der Molkerei ist im vergangenen Jahre erreicht.

Die Zahl der Mitglieder ist im letzten Jahre um 10 100 gewachsen, nämlich von 68 417 auf 78 517. Das ist eine recht erhebliche Zunahme.

Neue Ausfuhrverbote.

Berlin, 16. April. (Priv.-Tel. Str. Blz.) Neue Ausfuhrverbote betreffen Waren der Nummern 260, 262 und 263 des Zolltarifs, insbesondere andere Schmiermittel als Wagenschmiere, Schuhwichse, Bohnermasse aus Wachs oder Ceresin mit Zusatz von Terpentinöl oder dergleichen, ferner Bugmittel, Formierstoffe aus mineralischen Stoffen unter Verwendung von Stearin, Palmitin, Paraffin, Wachs oder Harz hergestellt; Blei-, Zinkweiß, Eisennennig, mit Del angetrieben, harzsaure und ölsaure Salze; Kamelhaare; Seidenstreichgarngewebe jeder Art, Braun- und Graudrell (Manchester Genua-Cords) aus Baumwolle, Garbenbindergarn aus Manila-Sisalhanf usw.; Ramie-Rohschläuche zu Blüstrümpfen. Dagegen wird aufgehoben das Verbot der Ausfuhr von Ramie, Ramiebändern usw.

18.7. 1915.

122

* Vorzeitige Zulassung zur Lehrbefähigungsprüfung. Das Ministerium für Kultus und Unterricht hat verfügt, daß jene Lehrpersonen, die infolge ihrer Einberufung zu militärischen Dienstleistung anlässlich der gegenwärtigen kriegerischen Ereignisse die Lehrbefähigungsprüfung für allgemeine Volksschulen oder für Bürgerschulen nicht in den normalen Prüfungsterminen abzulegen vermögen, in einem von ihnen gewählten außerordentlichen Prüfungstermin zu dieser Prüfung zugelassen werden können und, daß ihnen

die Zeit der erwähnten militärischen Dienstleistung in die für die Zulassung zu diesen Prüfungen erforderliche schuldienstliche Verwendung so eingerechnet werde, als hätten sie ihren Lehrdienst nicht unterbrochen. Lehrpersonen, die sich zur Ablegung dieser Prüfung melden, kann, sofern sie sich im Hinterlande befinden, zu diesem Zwecke der unbedingt notwendige Urlaub — im Maximum 8 bis 10 Tage — unter der Voraussetzung bewilligt werden, daß hiedurch ihr Abgehen zur Armee im Felde nicht verzögert wird.

Fristerstreckung für Patente während des Krieges.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Bern, 16. April.

Zwischen den Staaten, die der Union zum Schutze gewerblichen Eigentums angehören, schweben wegen des Krieges noch Verhandlungen über die Erstreckung der Fristen für Prioritätsrechte für Erfindungspatente, industrielle Zeichnungen und Modelle, Fabriks- und Handelsmarken, die am 31. Juli 1914 noch liefen oder nach diesem Zeitpunkt entstanden sind. Deutschland hat sich mit der Fristerstreckung einverstanden erklärt. Das internationale Bureau in Bern für gewerbliches Eigentum hat die Fristerstreckung bis zum 30. Juni 1916 befürwortet.

(Änderungen in den Verboten der Aus- und Durchfuhr in Deutschland.) Laut Bekanntmachung des deutschen Reichskanzlers vom 15. d. („Reichsanzeiger“ Nr. 88 vom 16. d.) ist verboten die Ausfuhr und Durchfuhr von: 1. Haaren des Schaafamels, des Kamels, roh und bearbeitet, ferner von Kämmlingen, Zeug und Garn aus diesen Tierhaaren; 2. Waren der Nummern 260, 262, 263 des Zolltarifes, insbesondere von andern Schmiermitteln als Wagenschmiere, unter Verwendung von Fetten oder Oelen hergestellt, von gelber usw. Schuhwische, Bohnermasse aus Wachs oder Geresin mit Zusatz von Terpentinöl oder dergleichen, ferner von Putzmitteln, unter Verwendung von Fetten, Oelen oder Seife hergestellt; Formierstoffen aus mineralischen Stoffen unter Verwendung von Stearin, Palmitin, Paraffin, Wachs oder Harz hergestellt; 3. Blei-, Zink-, Nihoponweiß, Eisenmennig, mit Oel angerieben, der Ausfuhrnummer 336 a des statistischen Warenverzeichnisses; 4. Harzsauren oder ölsauren Salzen; 5. Seidenstreichgarngeweben jeder Art (sogenannten Bourettegeweben aus Seidenberg); 6. Braun- und Graudrell (Manchester Genua-Cords) aus Baumwolle; 7. Garbenbindegarn aus Manila-Sisalhanf usw.; 8. gewickten Ramie-Rohschäuchen und Rohschlauchstücken zu Glühstrümpfen der Nummer 500 a des statistischen Warenverzeichnisses. **A u f g e h o b e n** wird das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von: Ramie, bearbeitet, gehechelt, gekrempelt, gekämmt; gebleicht, gefärbt der Nummer 470 c des statistischen Warenverzeichnisses, Ramiebändern für Frauenhüte, Ramiewegarn der Ausfuhr Nr. 478 des statistischen Warenverzeichnisses (Garn der Nummern 478/480 des Zolltarifes), Fischernezen aus Baumwollgespinnsten von Nr. 30/15fach englischen und feineren Nummern.

(Lagerräume.) Die Gemeinde Wien stellt für die Dauer des Kriegszustandes zur Aufbewahrung von Wohnungs- und Werkstättenrichtungen und normalen Betriebsvorräten bedürftigen Personen entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung. Ein Teil des Rudolfer Schlachthauses, die städtischen Gebäude im 10. Bezirk, Herzgasse 4, und im 14. Bezirk, Zollenspergasse 3, werden zu diesem Zwecke unentgeltlich eingeräumt. Zwei ehemalige Depots der städtischen Stellwagenunternehmung im 13. Bezirk, Weiglsgasse 11, wurden außerdem gewidmet.

Die handelspolitischen Beziehungen der Monarchie nach dem Kriege.

Wien, 26. April.

Wie eine Reihe anderer wirtschaftlicher Körperschaften, hat sich auch der Zentralverband der Industriellen mit der Regelung unserer handelspolitischen Beziehungen nach Wiederherstellung des Friedens beschäftigt. Wie verlautet, hat der Zentralverband an seine Mitgliedsverbände folgendes Rundschreiben gerichtet:

„Das leitende Komitee des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs hat sich mit der Frage der Gestaltung der handelspolitischen Beziehungen der Monarchie nach dem Kriege befaßt und ist zu der Anschauung gelangt, daß es verfrüht wäre, sich vor Beendigung des Krieges auf ein bestimmtes handelspolitisches Programm festzulegen. Selbst irgendwelche Vorverhandlungen mit auswärtigen Faktoren sind nicht am Platze, bevor nicht das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn vollkommen klargestellt und dauernd gesichert ist. Dagegen müssen schon jetzt alle Vorbereitungen getroffen und alle Materialien gesammelt werden, die zur Aufstellung und Begründung der handelspolitischen Forderungen der Industrie beim künftigen Friedensschlusse maßgebend sein werden. Nur auf Grund einer solchen Detailarbeit wird sich ein richtiges Urteil über Maß und Richtung dieser Forderungen fällen lassen. Auch läßt sich schon heute auf Grund der voraussichtlich eintretenden wirtschaftspolitischen Folgen des Weltkrieges und der Gestaltung der industriellen und Exportverhältnisse Oesterreichs seit dem Jahre 1906 feststellen, daß die Teilnahme der Monarchie an der Schaffung eines großen Wirtschaftsgebietes, die Herstellung möglichst enger wirtschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarstaaten und eine Erweiterung unserer wirtschaftlichen Einflusssphäre im Südosten der Monarchie geboten sind. Auch ist es selbstverständlich, daß die enge Bundesgenossenschaft und Waffenbrüderschaft mit dem Deutschen Reiche auch auf wirtschaftlichem Gebiete zum Ausdruck gelangen muß. Diese wünschenswerte wirtschaftliche Annäherung muß den Gegenstand sorgfältiger Erwägung in den Kreisen der heimischen Industrie bilden und es muß als Grundsatz gelten, sie so weit zu führen, als dies irgend möglich ist, ohne den unbedingt notwendigen Schutz der heimischen Produktion oder die Freiheit zu gefährden, den autonomen Zolltarif als Basis aller Vertragsverhandlungen unseren wirtschaftlichen Bedürfnissen gemäß zu gestalten. Der Zentralverband beabsichtigt gemeinsam mit den berufenen Organisationen in aller kürzester Zeit die erforderlichen Vorerhebungen einzuleiten, ersucht den geehrten Verband heute schon, hinsichtlich aller Fragen, welche die dort vertretenen Industrien betreffen, an diesen Vorarbeiten teilzunehmen und rechnet auf seine werktätige Unterstützung.“

Die Versammlung des Teplitzer Industriellenverbandes.

Gestern wurde der Beschluß mitgeteilt, den die über Veranlassung der Reichenberger Handels- und Gewerbekammer einberufene erweiterte Vorstandssitzung des Teplitzer Industriellenverbandes (Sektion Tepliz des Bundes Oesterreichischer Industrieller) hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland gefaßt hat. Zu der bereits veröffentlichten Mitteilung ist noch folgendes nachzutragen:

Die Debatte wurde von dem Vorsitzenden, dem Obmannstellvertreter des Teplitzer Industriellenverbandes Herrn Josef May Mühlig, eingeleitet, der folgendes ausführte: Es ist unsere Pflicht, dahin zu wirken, daß nach Beendigung des Krieges die Schäden und Gebrechen in unserem Wirtschaftsleben beseitigt werden. Es ist unsere Pflicht, zu verhindern, daß die Handhabung der Staatsgewalt nach dem Kriege nach den unermeßlichen Opfern wieder genau so Platz greife wie vordem und bisher. Was war bei dieser Betrachtung wohl naheliegender, als die Blicke nach dem Deutschen Reiche zu lenken, wo die Staatsmaschine mit einer Pünktlichkeit und mit einer Verlässlichkeit funktioniert, die als ideal bezeichnet werden kann. Was war naheliegender als der Wunsch, es mögen die gleichen Verhältnisse auch bei uns Platz greifen und es möge der Geist, der draußen im Deutschen Reiche herrscht, übertragen werden auf uns. Es war weiter naheliegend, daß nach Formen gesucht wurde, diesen Einfluß im reichsdeutschen Sinne auf uns herüberzulenkten. Und bei diesem Suchen wurde von Politikern wieder ein Gedanke aufgegriffen, der schon vor vielen Jahrzehnten, im Jahre 1849 zwischen den Staatsmännern Oesterreichs und Preußens zur Beratung stand, der Gedanke, beide Staaten zu einem wirtschaftlichen Gebiet zu vereinigen. Ich möchte Herrn Regierungsrat Carus nicht vorgehen und will mich daher ganz kurz fassen. Die Ansichten unserer Wirtschaftspolitiker, die für uns Industrielle vor den Berufspolitikern in Betracht kommen, sind geteilt. Die eine Gruppe vertritt die Ansicht, daß die österreichische Industrie zu schwach ist, um die sie jetzt schützenden Zölle wesentlich reduzieren oder gar fallen lassen zu können und daß die Uebelstände in unserer Wirtschaftspolitik, wie eine verfehlte Steuerpolitik, eine verfehlte Tarifpolitik, eine verfehlte Staatsverwaltung und veraltete Bauordnungen viel zu tief Wurzel gefaßt hätten, um selbst nach dem Kriege in relativ kurzer Zeit beseitigt werden zu können. Die andere Gruppe vertritt die Meinung, daß die von allen Seiten zugegebenen und verurteilten Fehler in unserer Staatsverwaltung nur ausgerottet werden können unter einem gewissen Druck, der durch die Einflusnahme des Geistes, der im Deutschen Reiche besteht, herbeigeführt werden soll, daß unsere Zölle nicht wirkliche Schutzzölle, sondern eigentlich Finanzzölle seien, durch welche unsere Industrie wohl geschützt werde, ihr aber der große Innenkonsum durch die allgemeine Verteuerung nicht zuteil werde. Angesichts dieser Sachlage ist die Entscheidung für uns Industrielle äußerst schwierig und es ist unsere Pflicht, mit großer Vorsicht und Ueberlegung zu der räumlich unausweichlichen Frage Stellung zu nehmen. Unser Verband hat es sich besonders angelegen sein lassen, bald in

*die handelspolitischen Beziehungen im Wonnemün-
auf dem Wege.*

die Erörterung der Verhältnisse einzutreten und die aktuelle Frage war wiederholt Gegenstand unserer Vorstandssitzungen nach einem vorausgegangenen gründlichen Studium des vorliegenden Materials. Wir haben es auch als unsere Pflicht erachtet, mit der Reichsberger Handelskammer seit dem Auftrien der Frage einen Gedankenaustausch herbeizuführen und wir sind dem Präsidium der Kammer zu besonderem Danke verpflichtet, daß Regierungsrat Carus heute in unserem Kreise erschienen ist, um uns die vielseitigen Wahrnehmungen, die er beim Studium der Frage gemacht hat im Verein mit seinen wertvollen Erfahrungen mitzuteilen. (Lebhafter Beifall.) Regierungsrat Carus hielt einen eingehenden, mit größtem Beifall aufgenommenen Vortrag, worauf der bereits veröffentlichte Beschluß gefaßt wurde.

Deutscher landwirtschaftlicher Zentralverband für Böhmen.

In Anwesenheit des früheren Landsmannministers Geheimen Rates Dr. Gustav Schreiner wurde unter Vorsitz des Präsidenten v. Kreisl im Deutschen Landeskulturrate die ordentliche Hauptversammlung des deutschen Landwirtschaftlichen Zentralverbandes für Böhmen abgehalten. In der Versammlung kam eine Resolution zur Annahme, in der die leitenden Stellen gebeten werden, in Zukunft vor der Ergriffung einschneidender Maßnahmen rechtzeitig die landwirtschaftlichen Körperschaften zur Meinungsäußerung heranzuziehen. Ferner wird ersucht, die Kriegsgetreideverkehrsanstalt anzuschreiben, so rasch als möglich die getreidebedürftigen Bezirke zu versorgen und namentlich die Gebirgsgegenden mit Saatgut und Mehl zu versehen. Auch möge die Versorgung der Landwirtschaft mit Kleie durch die Viehverwertungs-gesellschaft schneller vor sich gehen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand eine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede des gewesenen Landtagsabgeordneten Franz Krzepak über Nahrung und Wehrkraft im Kriege. Er sprach zunächst begeisterte Worte für die Armee und sagte, daß die deutschen Landwirte geloben, bis zum endlichen Siege auszuhalten. Der Redner wandte sich dann gegen den Vorwurf der Preiströberei und des Wuchers, der den Landwirten gemacht werde. Hinsichtlich der Neuregelung der handelspolitischen Beziehungen nach dem Kriege sagte der Redner, es sei wahrscheinlich, daß der Verkehr Österreich-Ungarns und Deutschlands mit Frankreich, England und Rußland Jahre hindurch an Intensität hinter der Vergangenheit zurückbleiben werde. Eine zweite Folge werde wohl sein, daß die allgemeine Meistbegünstigungsklausel falle. Es müsse daher die Möglichkeit betrachtet werden, mit Deutschland ein engeres Verkehrsgebiet zu bilden, dessen allgemeines Vorbild der frühere deutsche Zollverein sein könne. Selbst in Kreisen, die nicht einer Zollunion das Wort reden, werde anerkannt, daß eine Gleichartigkeit der Wirtschafts-gesetzgebung wünschenswert sei und eine engere Wirtschafts-Verbindung durch gegenseitige Gewährung von freiem Uebergang oder von Begünstigungszöllen herbeigeführt werde. Berufene Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen in Österreich haben sich für einen zollfreien Verkehr in Agrarprodukten ausgesprochen, und es sei nicht anzunehmen, daß man in Ungarn dagegen sein werde. Bei guter Verwaltung könne die Landwirtschaft in Österreich noch viel größere Erträge liefern, und ein erweitertes Absatzgebiet würde in Ungarn einen starken Anreiz zur Erzielung größerer Bodenerträge geben. Der Wegfall der Differenzierung des deutschen Grenz-zolls durch die Beseitigung der Agrarzölle überhaupt wäre ebenso ein Vorteil für unsere Landwirtschaft wie die Aufhebung des Zolles auf behauenes Holz für die Forstwirtschaft. Im Viehertrage werden wir noch längere Zeit durch die große Inanspruchnahme im Kriegsjahre aufgehalten sein, aber durch geeignete Maßregeln könne hier auch eine Besserung geschaffen werden. Eine zweite Frage hinsichtlich der Zukunft der Landwirtschaft nach dem Kriege sei die Stellung, das Ansehen und die Würdigung derselben im Rahmen des eigenen Staatsgebietes und gegenüber den anderen Berufsgruppen. Die deutsche Landwirtschaft habe im Kriegsjahre eine ganz außerordentliche Kraftprobe abgelegt. Mit dem vorhandenen Getreide und Mehl werde bis zur neuen Ernte das Auslangen gefunden werden können. Ein glänzendes Beispiel gebe darin wieder Deutschland mit seiner wunderbaren Organisation und Einsicht der Bevölkerung. Redner fordert, daß in der Handelspolitik der volle Schutz Zoll für alle landwirtschaftlichen Produkte aufrechterhalten werde, die in Österreich erzeugt werden oder erzeugt werden können. Krzepak schloß seine Ausführungen mit dem Wahlspruch: „Für Gott, Kaiser und Vaterland!“ Die Versammlung beschloß die Absendung einer Huldigungsdepesche an den Kaiser.

Neue Vorschläge der Handelspolitischen Kommission.

Freitag findet eine Sitzung der Approvisionierungssektion der Handelspolitischen Kommission statt, in der mehrere Anträge zur Diskussion gestellt werden sollen. Ein Punkt der Tagesordnung betrifft einen Antrag der Kriegskommission für Konsumenteninteressen wegen Schaffung von Beratungsstellen für Konsumenten. Die Gemeinde und die Staatsverwaltung sollen Lokalitäten zur Verfügung stellen, in denen den Konsumenten über aktuelle wirtschaftliche Tagesfragen Auskunft beziehungsweise Rat erteilt wird. Außerdem beabsichtigt die Handelspolitische Kommission, die Gemeinde Wien zu veranlassen, billige Kartoffeln an Unbemittelte aus den großen Kartoffelbeständen der Stadtverwaltung abzugeben. Schließlich wird Kammersekretär Dr. Biegler ein Referat über die Frage zur Diskussion vorlegen, ob nicht die Forste der Latifundienbesitzer, die jetzt aus Rücksichten der Jagd gesperrt sind, unter Wahrnuna

der auch im allgemeinen Interesse gelegenen berechtigten Forstinteressen zur Gewinnung von Spreu, zur Weide und im allgemeinen zur Beschaffung von Futtermitteln herangezogen werden sollen.

Ausfuhrverbote in Rumänien.

Bukarest, 28. April.

Der Finanzminister hat angeordnet, daß in Zukunft keine Ermächtigung für die Ausfuhr von Ochsen und Schweinen erteilt werde. Ferner wurde die Ausfuhr folgender Artikel verboten: Mineralien, altes Eisen sowie jedes andere alte Metall, Baumwolle, Hanf, Wirkwaren, Blech, Konservendbüchsen, Wachs, Stearin, Paraffin, Glycerin, Ruß, Eichen- und Eschenholz, Granit, Quecksilber, Ammoniak, Soda, Kupfersulfat, Gerbereiartikel, Faden, Seile, Del und Papier.

Wiener Handelskammer.

(Plenarsitzung.)

Die Wiener Handelskammer hielt gestern eine Plenarsitzung. Der Präsident Herrenhausmitglied Paul Ritter v. Schoeller widmete den verstorbenen Kammermitgliedern Weil und Stingl einen ehrenden Nachruf und stellte die an deren Stelle einberufenen neuen Mitglieder der Kammer, die Herren Wellesz und Weidner vor. Handelskammerpräsident R. v. Schoeller über die Handelskammer im Kriegsjahre.

Der Präsident hielt hierauf folgende mit lebhaftem Beifall aufgenommene Ansprache:

Neun Monate des gewaltigen Völkerrings, dessen stamrender Zeuge die Mitwelt ist, liegen hinter uns, eine lange Zeit, in welcher Augenblicke größter Erhebung und berechtigten Stolzes mit Stunden wechselten, in welchen die in einem solchen Riesenkampfe unvermeidlichen Rückschläge besondere Anforderungen an unsere Zuversicht in den endlichen Sieg der großen Sache stellten. Die große Zahl der Ereignisse, welche in diesem denkwürdigen Zeitraume an uns vorübergezogen ist, gestattet uns, Rückschau zu halten und Ausblick zu gewinnen. Von allen Wechselfällen unberührt steht felsenfest unser Glaube an die Unüberwindlichkeit unserer Armee, an die eiserne Festigkeit unseres Bundesverhältnisses und an den unbedingten Erfolg.

Die in der Geschichte aller Kriege unerhörten Leistungen unserer heldenmütigen Truppen eine noch nie dagewesene praktische Verinnerlichung eines seit Jahrzehnten bestehenden und geradezu in das Rechtsbewußtsein der Völker eingedrungenen Bündnisses sind jene Komponenten, aus welchen unsere felsenfeste Zuversicht resultiert. Wie begründet diese ist, zeigen uns die tatsächlichen Geschehnisse des Krieges.

Vor wenigen Tagen ist der Öffentlichkeit in dankenswerter Weise autoritativ ein Ueberblick über die bisherigen Kriegereignisse gegeben worden. Dieser Bericht, welcher in sachlich nüchternen Weise Tatsachen registriert, ist ein erhebendes und begeisterndes Dokument des herrlichen Geistes, welcher unsere Armee wie die unseres Verbündeten beseelt und der grandiosen Zusammenfassung aller verfügbaren Kräfte zur Erreichung des einzigen und gemeinsamen Zieles.

Niemand vermag sich dem Eindruck eines tiefen inneren Erlebnisses zu entziehen, wenn er liest, wie ein in der Geschichte der Staaten noch niemals dagewesenes Treueverhältnis den einen Vertragspartner mit seinem eigenen Körper den anderen decken läßt und wie in Kürze die Zeit kommt, in welcher dieser Freundesdienst mit Gleichem vergolten wird, wie das restlose Ineinandergreifen zweier großer Organisationen den mit ungeheuren Massen begonnenen Vorstoß der größten Armee der Welt erst von dem Herzen Deutschlands abzieht, dann an der schlesischen Grenze zum Stehen bringt, endlich von der ungarischen Tiefebene abhält; wie die unbedingte Pflichterfüllung und Erziehung zu den höchsten moralischen Tugenden eine erdrückende physische Uebermacht systematisch zermürbt.

Die gleiche begeisterte Todesverachtung und den vor keinem Hindernis zurückschreckenden Wagemut sehen wir im Kampfe zur See. Vor wenigen Stunden erst hat sich unsere an glorreichen Traditionen so reiche Marine mit neuem Ruhm bedeckt und sich ebenbürtig an die Seite des deutschen Verbündeten gestellt. Unvergänglich werden die Namen Lerch und Trappe neben den Namen Müller und Beddingen genannt werden.

Mit berechtigtem Stolz dürfen wir aber auch der Leistungen unseres anderen Verbündeten gedenken, dessen in eine ganz kurze Spanne Zeit zusammengedrängte intensivste Reformarbeit durch ihre Erfolge die Welt in Staunen versetzt. Die glückliche Vereinigung modernen Geistes mit dem altberühmten ottomanischen Soldatentum, welche einem überwiegenden Gegner bereits eine vernichtende Niederlage beigebracht hat, läßt uns hoffen, daß auch ein neuer Stoß gegen das Herz des ottomanischen Reiches dem gleichen Schicksal verfallen wird.

Daß es gelungen ist, neben der alle verfügbaren Kräfte absorbierenden, ruhmvollen Verteidigung des Vaterlandes auch das Rückgrat dieser Verteidigung, nämlich das Wirtschaftsleben im Innern, ungebrochen zu erhalten, ja sogar ihm eine, alle Erwartungen übersteigende Widerstandskraft zu verleihen, dieser nicht minder bedeutame Erfolg ist dem zielbewußten Zusammenarbeiten aller staatlichen und autonomen Stellen zu verdanken.

Die Kammer darf für sich in Anspruch nehmen, im Rahmen dieser Führung des wirtschaftlichen Krieges ihren Platz voll und ganz ausgefüllt zu haben. Sie hat einen erheblichen Teil ihrer Mitglieder und Angestellten der Armee zur Verfügung gestellt und wie Ihnen, meine geehrten Herren, bekannt ist, hat der Tod auch in unsere Reihen manche Lücke gerissen. Umso heiliger ist die Pflicht der Dahingeblichen, sich den Anforderungen des weltgeschichtlichen Augenblickes gewachsen zu zeigen. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, wie sehr die in Sturm und Drang geborene Institution der Kammer auch heute dem wirtschaftlichen Organismus des Staates unentbehrlich ist, wie wichtig eine demokratische Vertretung volkswirtschaftlicher Interessen zu jeder Zeit und unter allen Umständen ist, so haben jene Ereignisse und Erfolge in der abgelaufenen Kriegsperiode, auf welche die Kammer im Rahmen ihrer gesetzlichen Kompetenz zurückblicken darf, diesen Beweis lückenlos erbracht.

Aus all der Fülle der Aufgaben, an deren gedeihlicher Lösung die Kammer mitzuwirken berufen war, will ich nur die überaus komplizierten, nach wie vor im Vordergrund des Interesses stehenden Apropriosierungsfragen hervorheben. Ich will weiters auf die weitausgreifende Aktion der Kammer auf dem Gebiete der Heereslieferungen verweisen; auf die durch das Moratorium geschaffene vielseitig komplizierte Rechtslage; auf die geradezu unabsehbaren Verwicklungen innerhalb des Verkehrswezens, der Ein- und Ausfuhr. Nicht minder beschäftigten die Kammer die schwebenden Valutafragen und eine Reihe anderer, im Zusammenhange mit der durch den Krieg geschaffenen besonderen wirtschaftlichen Situation stehender Probleme.

Wenn ich noch hervorhebe, daß alle diese Angelegenheiten in ihren zahllosen Verästelungen sich in einem überaus ausgedehnten Auskunftsdiens der Kammer und in zahllosen Interventionen widerpiegelten, so habe ich mit alledem nur angedeutet, vor welchen Pflichtenkreis wir, meine sehr geehrten Herren, gestellt sind. Mit Genugtuung dürfen wir feststellen, daß uns die Bewältigung dieser weit über das normale Maß hinausgehenden Arbeit trotz des wesentlich verminderten Personalstandes gelungen ist.

Wenn wir den Stand der Tatsachen und Empfindungen von heute mit jenem bei Kriegsausbruch vergleichen, so ergibt sich, daß wir militärisch und wirtschaftlich gefestigter dastehen, denn je. Die beiden Kaiserreiche und das mit ihnen verbündete ottomanische Reich haben sich durch den Verlauf des Krieges allen Feinden nicht nur gewachsen, sondern überlegen gezeigt. Diese nüchterne Erfahrungstatsache, welche täglich eine weitere Erhärtung erfährt, gibt uns das Recht, mit Ruhe und Sicherheit jenem Tage entgegenzusehen, der das siegreiche Ende des Krieges und einen ehrenvollen und dauernden Frieden bringt.

Das künftige wirtschaftspolitische Verhältnis zu Deutschland.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde von den Kammerpräsidenten R. v. Schoeller und R. v. Krause ein von 30 Kammermitgliedern unterschriebener Dringlichkeitsantrag über das künftige wirtschaftspolitische Verhältnis zu Deutschland eingebracht. Dieser Antrag und seine Begründung lauten:

Die Feinde Oesterreich-Ungarns und Deutschlands führen den Kampf gegen die Zentralmächte mit dem ausgesprochenen Ziele der wirtschaftlichen Vernichtung der verbündeten Reiche. Der Haß, den dieser Krieg gefäß hat, wird jahrzehntelang nachwirken. Der Kampf gegen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands Volkswirtschaft wird nach dem Kriege in der rückständigsten Weise fortgeführt werden, wenn diese Staaten nicht imstande sind, einen wirtschaftlichen Machtfaktor zu bilden, gegen den ein solcher Kampf von vorneherein aussichtslos oder ungewinnlich erscheint. Diesen Machtfaktor werden sie aber dem Auslande gegenüber nur bilden können, wenn sie beim freundschaftlichsten Einvernehmen mit dem türkischen Bundesgenossen, in ein engeres handelspolitisches Verhältnis zueinander treten. Die dazu notwendigen Vorbereitungen werden bereits vor Beendigung des Krieges erfolgen müssen.

Gegenüber den großen Wirtschaftsgebieten Rußlands, Englands, Japans und den, wie die Tatsachen zeigen, anglophilen Vereinigten Staaten werden die Zentralmächte, getrennt, ziemlich ohnmächtig gegenüberstehen. Geht — bei Aufrechterhaltung eines die Verschiedenheiten der Produktionsbedingungen ausgleichenden Sonderschutzes — werden sie eine wirtschaftliche Macht darstellen, welche als ein den vorgenannten Staaten gleichwertiger Faktor bei der künftigen Gestaltung der Handelspolitik mitzureden haben wird.

Eine solche Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen der Monarchie zum Deutschen Reiche wird auch der natürliche Kristallisationspunkt für die zukünftige wirtschaftspolitische Gestaltung in Mitteleuropa werden. Ein weiterer großer Vorteil liegt für uns zweifellos auch darin, daß wir in Zukunft im nahen und fernen Orient gemeinsam mit der deutschen Volkswirtschaft auftreten und an der Erschließung neuer Absatzgebiete teilnehmen werden.

Abgesehen von diesen sich in erster Linie aufdrängenden Gründen läßt eine Zoll- und handelspolitische Annäherung zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland eine Besserung unserer Produktionsbedingungen, eine Erleichterung der Spezialisierung für die verarbeitenden Industrien, die Hebung unserer Konsumfähigkeit und die Förderung der Exportmöglichkeiten erwarten.

Der wirtschaftliche Zusammenschluß mit dem Deutschen Reiche wird gewiß Uebergangsschwierigkeiten hervorrufen, welche jedoch überwunden werden müssen und welche bei weisem Entgegenkommen gegenüber den davon betroffenen Zweigen der Volkswirtschaft auch überwunden werden können. Den Interessen einzelner, ja selbst einzelner Produktionszweige, muß das Wohl des Staates und der gesamten Volkswirtschaft vorausgehen.

Die unterzeichneten Kammermitglieder sprechen daher die Ueberzeugung aus, daß die Ausgestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Deutschen Reiche für beide Staaten eine unbedingte Staats- und Volksnotwendigkeit ist und daß die n.-ö. Handels- und Gewerbekammer als erste wirtschaftliche Vertretung Oesterreichs sich an die Spitze der darauf abzielenden patriotischen Bestrebungen stellen muß. Sie stellen sonach folgenden Dringlichkeitsantrag:

„Die Kammer wolle in der heutigen Plenarversammlung eine Kommission wählen, welche die Frage einer engeren wirtschaftlichen Annäherung zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland einer eingehenden Beratung zu unterziehen und diesbezügliche Anträge zu stellen hat.“

Kammerrat **K a n d l** begründete die Dringlichkeit des Antrages und den Antrag selbst, indem er darauf hinwies, daß sich die wirtschaftlichen Kreise in Oesterreich-Ungarn und im Deutschen Reiche immer mehr und intensiver mit der

Frage der Gestaltung der zukünftigen Handelspolitik beschäftigen. Diesbezüglich in der letzten Zeit stattgehabte Beratungen ergaben als leitenden Grundgedanken, daß zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn die enge militärische Freundschaft auch auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen werden müsse. Bei der Lösung der wirtschaftlichen Fragen zwischen uns und unserem Bundesgenossen müssen große Gesichtspunkte festgehalten werden. Der möglichst innige wirtschaftliche Zusammenschluß der Verbündeten den großen Wirtschaftsgebieten der Weltmächte gegenüber ist unbedingt notwendig. Deutschland braucht ein starkes Oesterreich-Ungarn als Bundesgenossen, und das können wir nur sein, wenn wir eine starke Industrie und blühendes Gewerbe haben. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag wurde sodann unter langanhaltendem Beifall einstimmig angenommen und eine Kommission, bestehend aus 16 Mitgliedern, die sämtlichen Wahlkategorien der Kammer angehören, eingesetzt.

Ein Dringlichkeitsantrag von Kammerat **B i n z l** und Genossen, der dahin geht, die Kammer wolle im Wege des Handelsministeriums an das Justizministerium eine Eingabe richten, in welcher die Forderung gestellt wird, den bisher in den Stundungsverordnungen vorgesehenen Protestersatz für den Wechselverkehr im allgemeinen gesetzlich einzuführen, wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Im Uebergang zur Tagesordnung wurde ein Antrag des Präsidiums angenommen, nach welchem den untersten Kategorien der Kanzleibeamten der Kammer eine Kriegszulage bewilligt wird. Die Kammer genehmigte sodann eine Reihe von Subventionen und nahm mehrfache **W a h l e n** vor.

Auf die öffentliche Sitzung folgt eine vertrauliche.

Deutschlands zukünftige Handelspolitik.

Zum Handel gehören zwei, zur Politik gehören zwei, ebenso zum Kriege wie auch zum Frieden. Unter dem Kriege der Gegenwart sind einige der wichtigsten bisherigen Handelsverträge zusammengebrochen, die mit Rußland und mit Belgien und Serbien, sowie auch der mit Japan. Erloschen ist auch der unläubare Meißbegünstigungsvertrag mit Frankreich, denn dieser bildete einen Bestandteil des Frankfurter Friedens, der durch den Krieg um sein Dasein gebracht ist. Mit England hatten wir keinen Handelsvertrag, sondern nur die jedesmal für eine ganz knappe Frist abgeschlossene Vereinbarung, uns als gegenseitig meißbegünstigt zu behandeln. Was nun aus der Handelspolitik werden soll, das steht als großes schwieriges Problem vor uns, auf dessen Lösung wir uns vorbereiten müssen, wiewohl es gewiß ist, daß sie erst kommen wird, wenn wieder ein Handel, eine Schifffahrt eröffnet werden kann.

Ginge es nach den kühnen Vorstellungen hakerstiller Franzosen und wahrscheinlich auch Engländer, so würde unserem Vaterlande derart der Fuß auf den Nacken gesetzt, daß es seine wirtschaftliche Weltstellung verlieren müßte. Unsere verbündeten Gegner würden uns keine Waren mehr ablaufen, sie würden unseren Schiffen den Zutritt zu ihren Häfen verbieten; auch den Suezkanal dürften sie nicht mehr befahren. Wir brauchen die Frage hier nicht zu erörtern, ob nicht die hieraus für die Engländer hervorgehenden Nachteile gerade bei ihnen einen gründlichen Umschwung hervorzurufen würden, weil ihr Land wie kein anderes auf Gütertausch und Verkehr angewiesen ist; wir brauchen es nicht, weil ein Friede, wie sie ihn erträumen, niemals abgeschlossen werden wird.

Auf eine feindseltige Handelspolitik von ihnen sind wir gefaßt, und wir werden ihr zu begegnen wissen. Frankreich ist bisher schon, trotz des Meißbegünstigungsvertrages, so gehässig gewesen wie nur möglich. Es hat auf solche deutsche Waren, die es allenfalls entbehren konnte, geradezu Kampfzölle gelegt. Es sind aber viele da, deren Fehlen ihm geradezu verderblich werden würde, z. B. Steinkohlen und Holz in Ostfrankreich, wovon es für 112 Millionen Mark einführen mußte. Im ganzen bezog es 1913 von uns für 790 Millionen Mark Güter; das tat es nur, weil seine eigenen Interessen ihm das geboten. Uns verkaufte es Waren für 584 Millionen Mark, und auch dies nicht aus Gnade und

künftige Politik darin bestehen muß, die Gesamtheit der landwirtschaftlichen Erzeugnisse teurer zu machen, oder nur die von andernfalls unrentablen Böden, das wird später zu entscheiden sein.

Deutschland wird nicht verkennen, daß seine eigene Bevölkerung auch fernerhin zunehmen wird, wenn nicht mehr um 900 000, so doch um 700 000 Seelen im Jahre; daß dafür eine stets wachsende Menge Brotgetreide beschafft werden, daß der Viehstapel so bald wie möglich wieder auf seine bisherige Höhe und darüber hinaus gebracht werden muß und daß wir dazu ungeheure Mengen von Futtergetreide gebrauchen. 1913 wurden davon 4½ Millionen Tonnen eingeführt (wohlgemerkt ohne die 2½ Millionen Tonnen Weizen). Es ist die Landwirtschaft selber, die Viehzucht, die eine solche Einfuhr, in wachsenden Mengen, gebraucht, wie sie doch von der Urbarmachung von Oedland und der höheren Bearbeitung alten Kulturlandes vernünftigerweise gar nicht zu erwarten ist. Und endlich: wer könnte diese Frage besprechen, ohne unserer Ausfuhr von 11 Millionen Mark und der vielen Millionen für sie tätigen Industriearbeiter zu gedenken!

* (Eine Ehrung der niederösterreichischen Landesverwaltung.) Der Referent für Gewerbe-
förderungsangelegenheiten, Landesauschuß Hermann
Bielohlawek, hat seitens der Genossen-
schaft der Kleidermacher nachstehende Zu-
schrift erhalten: „Euer Hochwohlgeboren! In der am
Dienstag, den 13. April 1915, stattgehabten Ausschüß-
sitzung der Genossenschaft der Kleidermacher in
Wien wurde der einstimmige Beschluß gefaßt,
Euer Hochwohlgeboren für die tatkräftige
Unterstützung und Förderung der von
der Genossenschaft eingeleiteten
Aktion zur Schaffung einer Wiener
Mode, welche für unser heimisches Gewerbe von
eminenter Bedeutung ist, den ergebensten
Dank abzusprechen; denn durch die der Wiener
Modellgesellschaft zuteil gewordene finanzielle
Unterstützung und die kostenlose Ueberlassung der

Räume im niederösterreichischen Landesmusterlager
war es möglich, den ersten Schritt der Wiener Mode-
bewegung in die Öffentlichkeit und in das Ausland
zu einem erfolgreichen zu gestalten. Durch die von
Euer Hochwohlgeboren angeregte und veranstaltete
Modellschau in den Konzerthausgalerien, welche
den Höhepunkt der Wiener Modebewegung im Früh-
jahre 1915 bildete, ist diese Aktion im hohen Grade
in allen Bevölkerungskreisen populär geworden, und
ist der Gewerbebestand Euer Hochwohlgeboren hierfür
besonders zu Dank verpflichtet. Die ergebenst ge-
fertigte Vorstehung wurde beauftragt, diesen Beschluß
Euer Hochwohlgeboren zur Kenntnis zu bringen.
Indem die ergebenst gefertigte Vorstehung hiemit
den ihr gewordenen Auftrag erfüllt, erlaubt sie sich
gleichzeitig, Euer Hochwohlgeboren für den der Ge-
nossenschaft durch Herrn kaiserlichen Rat Fritz
Huber übermittelten Anteil an dem Reinertragnis
der Wiener Modellschau von 510 K., welcher zur
Unterstützung von Witwen und Waisen von auf dem
Felde der Ehre gefallenen Genossenschaftsmitgliedern
verwendet wird, den ergebensten Dank auszusprechen.
Mit der ergebenen Bitte, daß Euer Hochwohl-
geboren auch in Zukunft im Interesse unseres Ge-
werbestandes sich der Wiener Modebewegung an-
nehmen und durch freundliche Förderung dieser
hochpatriotischen Aktion zu endgültigem Erfolge ver-
helfen werden, zeichnen mit dem Ausdruck der vor-
züglichsten Hochachtung und Ergebenheit Franz
Spevak m. p., Vorsteher. Michael Stein-
schauer m. p., Vorstandstellvertreter.“

Landesgewerbeförderung in Kriegszeit.

Ein Tätigkeitsbericht.

In der Landesauschussführung am 27. April legte der verdienstvolle Gewerbeförderungsreferent des Landes Niederösterreich H. Hermann Bielowek einen Bericht über die Tätigkeit der Landesgewerbeförderung für die Zeit vom 1. Jänner bis 15. April 1915 vor, dem wir folgendes entnehmen: Die Tätigkeit umfaßte einerseits Aktionen, welche den Gewerbestand in seiner Gesamtheit zu fördern bestimmt sind (Interventionen bei den Zentralstellen, Ausstellungen, Exportförderungsbestrebungen und sonstige Veranstaltungen), andererseits die Förderung einzelner Berufsstände oder gewerblicher Vereinigungen. Hier kommt noch vor allem die Gewährung von Subventionen und Darlehen in Betracht. Es ist selbstverständlich, daß der Krieg seine Wirkungen zeigte. Viele Projekte, die bereits in greifbare Nähe gerückt schienen, mußten fallen gelassen werden, und in mancher Beziehung wurden Pläne zunichte gemacht, die eine großzügige Förderung des Gewerbestandes bezweckten. So sei auf die Beteiligung des Landes Niederösterreich an den Ausstellungen Lyon, Jahrhundertausstellung 1915, Weltausstellung in San Franzisko, Schuh- und Ledermesse in Wien usw. hingewiesen. Andererseits ergaben sich gerade aber durch die Kriegsverhältnisse dem Landesauschuß wieder zahlreiche Gelegenheiten, sich in gewerbefördernder Hinsicht zu betätigen. So hat sich die Landesverwaltung Niederösterreichs im Vereine mit anderen öffentlichen Faktoren an der Fürsorgeaktion für Kunstgewerbetreibende und postenlose Handelsangestellte mit erheblichen Beiträgen beteiligt. Es wurde der durch den Krieg erst recht aktuell gewordenen Lehrlingsfürsorgefrage durch materielle Zuwendungen an die Lehrlingsfürsorgekommission und der Künstlerfürsorgeaktion besonderes Augenmerk zugewendet.

Die Beteiligung des Landes Niederösterreich an der Leipziger Herbstmesse konnte, trotzdem schon alle Vorbereitungen erledigt waren, nicht durchgeführt werden, da insbesondere die Transportfrage durch die Inanspruchnahme der Bahnen seitens der Kriegsverwaltung nicht gelöst erschien. Als sich jedoch die Möglichkeit ergab, die Ostermesse 1915 zu beschicken, wurden sofort die hierzu nötigen Maßnahmen und Vorkehrungen getroffen. Der Erfolg dieser Beteiligung, der selbstverständlich nicht an den in Friedenszeiten heranreichte, muß in Ansehung der außerordentlichen Zustände als ein überaus günstiger bezeichnet werden. Ein besonderes Interesse hat die niederösterreichische Landesverwaltung auch den, von den staatlichen Behörden geförderten Aktionen zur Schaffung einer Wiener Mode entgegengebracht. Eine durch die Förderung seitens des Landesauschusses ermöglichte Vorführung der Wiener Modelle in Form einer Modenschau im kleinen Konzerthausaal hatte einen durchschlagenden Erfolg aufzuweisen. Durch die materielle Unterstützung dieser Bestrebungen aus Landesmitteln wurde auch die Möglichkeit gegeben, die Wiener Modelle zur Vorführung zu bringen.

Das größte Arbeitsfeld hat sich aber jedenfalls durch die Förderung von gewerblichen Genossenschaften, denen Heereslieferungen übertragen worden sind, erschlossen. Vor allem wurde Herr Landesauschussreferent Hermann Bielowek bei den in Betracht kommenden Faktoren und Militärbehörden vorstellig, damit bei Vergabung von Heereslieferungen der Kleingewerbestand mehr Berücksichtigung fände. Tatsächlich wurden einer großen Anzahl gewerblicher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Lieferungen für viele Millionen Kronen zugewiesen. Es werden sodann an derartige Genossenschaften, die Lieferungen für die Armee zur Effektivierung erhalten haben, Darlehen und Vorschüsse herausgegeben, um diese Vereinigungen in den Stand zu setzen, die nötigen Rohmaterialien einzukaufen, die Arbeitslöhne auszubehalten und auf diese Weise ungehindert weiterarbeiten zu können. Durch diesen Vorgang werden die genossenschaftlichen Vereinigungen von Kleingewerbetreibenden, die ja nicht über die eigenen Betriebsmittel verfügen und denen in den jetzigen Zeiten fremder Kredit zu teuer käme, erst in die Lage versetzt, diese Arbeiten überhaupt annehmen zu können und die Heereslieferungen ordnungs- und auftragsgemäß zur Durchführung zu bringen.

Da die aus dem Gewerbeförderungskredite des niederösterreichischen Landesfonds zur Verfügung stehenden Mittel sich als viel zu gering erwiesen haben, um allen in dieser Beziehung gestellten Ansprüchen und Ansuchen auch nur halbwegs Genüge zu leisten, wurde vom Landesauschusse auch der vom Landtage zur Anschaffung von wärmetechnischen Behältern und Motoren bewilligte Kredit per 100.000 Kronen für diese Zwecke der Darlehensvergebung verwendet. Trotzdem nun die Arbeiten von den Genossenschaften zeitgerecht und auftragsgemäß abgeliefert werden, hat sich bei der Liquidierung der Verdienste seitens der Heeresanstalten eine Verzögerung ergeben, die oft von den schwersten Folgen für die Genossenschaften gewesen wäre. Es wurde daher auch die Gewährung von Vorschüssen auf die den Genossenschaften zustehenden Lieferverdienste, auf Grund der heeresbehördlich ausgestellten Bestätigung der richtig erfolgten Ablieferung der Waren, eingeführt. Außerdem wurde Herr Landesauschuss Bielowek beim k. u. k. Kriegsministerium vorstellig, die Ueberweisung der fälligen Verdienstebeträge an die Genossenschaften tunlichst beschleunigen zu wollen. Die diesbezüglich eingeleiteten Schritte ergaben den gewünschten Erfolg.

Im Jahre 1914 wurden auch an verdiente Gewerbetreibende, die lange Jahre ihr Geschäft selbständig ausübten und an langdienende gewerbliche Arbeiter, die ununterbrochen in ein- und demselben Betriebe beschäftigt waren, Auszeichnungen der niederösterreichischen Landesgewerbeförderung in Form von Medaillen, Ehrendiplomen und Ehrengaben zur Verleihung gebracht. Die feierliche Ueberreichung dieser Auszeichnungen fand am 15. November 1914 im Rittersaal des niederösterreichischen Landhauses statt.

Was die Tätigkeit des Musterlagers der niederösterreichischen Landesgewerbeförderung anbelangt, so ist wohl durch den Krieg und seine Folgen eine Einschränkung des Geschäftsverkehrs eingetreten. Die Aufrechterhaltung des Betriebes in vollem Umfange wurde jedoch beibehalten und hat sich vielleicht gerade jetzt in der Kriegszeit sehr gut bewährt. Die Leitung des Musterlagers würde übrigens auch angewiesen, ihr Augenmerk besonders den Wiener Modellaktionen zuzuwenden.

Zum Schlusse des Berichtes wurde eine Zusammenstellung der Aufwendungen auf dem Gebiete der niederösterreichischen Landesgewerbeförderung in der Zeit vom 1. Jänner 1914 bis 15. April 1915 gebracht, der wir folgende Ziffern entnehmen können:

	Ausgaben:		
	Darlehen Kronen	Subven- tionen Kronen	Sonstiges Kronen
In der Zeit v. 1. Jänner 1914 bis 30. Juni 1914	118.500	30.550	80.627
vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1914	482.223	13.660	137.334
vom 1. Jänner 1915 bis 15. April 1915	566.828	10.250	132.263
Zusammen	1.167.551	54.460	350.224
	Kronen 1.572.235.—		
	Empfänge:		
	Darlehens- rückzahlungen Kronen	Darlehens- zinsen Kronen	Sonstiges Kronen
In der Zeit v. 1. Jänner 1914 bis 30. Juni 1914	61.259	4.844	3.336
vom 1. Juli 1914 bis 31. Dezember 1914	278.804	8.955	5.895
vom 1. Jänner 1915 bis 15. April 1915	416.649	5.685	5.130
Zusammen	756.512	19.484	14.361

Dieser Tätigkeitsbericht, der nur in knappen Umrissen eine anschauliche Uebersicht über eine Unsumme von Arbeit, die der niederösterreichische Landesauschuss auch diesmal für gewerbliche Interessen geleistet hat, geben kann, bedarf weiter keines Begleitwortes. Der niederösterreichische Landesauschuss hat abermals seinen aufrichtigen Willen trotz enger Wirkungsgrenzen und beschränkter Mittel, das heimische Gewerbe zu stützen und zu fördern und gerade in diesen furchtbaren Kriegszeiten so manche Heimsuchung abzuwenden, durch die Tat bewiesen!

* (Die Erweiterung der Landsturmdienstpflicht und die Industrie.) In der gestrigen Vollversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereines teilte der Vorsitzende Regierungsrat *F r i s* mit, daß der Gewerbeverein an das Kriegsministerium eine Eingabe betreffend die bevorstehende Erweiterung der Landsturmdienstpflicht gerichtet hat, in welcher ausgeführt wird, daß durch diese neue Maßnahme ein großer Teil der in industriellen Betrieben beschäftigten Arbeiter diesen entzogen wird. Dieser Umstand dürfte sich namentlich bei jenen Firmen besonders nachteilig fühlbar machen, die mit ärarischen Lieferungen beschäftigt sind, zumal die Zeit zwischen der Herausgabe des Gesetzes und der Einberufung, hauptsächlich bei den gebienten Landsturmpflichtigen, kaum länger sein wird als wenige Tage. Der Gewerbeverein ersuchte daher das Kriegsministerium, jenen Firmen, die Seereslieferungen übernommen haben und die unter staatlichem Schutze, bezw. unter dem Kriegsleistungsgesetze stehen, die Ermächtigung zu erteilen, die erwähnte Kategorie von Angestellten so lange in ihren Diensten zu behalten, bis das Gesuch um Enthebung von der Militärdienstpflicht von Seite des zuständigen Ministeriums erledigt ist.

**Die Reichsentschädigungs-
kommission**

ist jetzt gebildet worden, nachdem ihre Aufgaben der Reichsanzeiger am 26. v. M. bekanntgegeben hat. Danach soll die Körperschaft die Eigentümer der während des jetzigen Krieges im feindlichen Ausland im Namen des Reiches beschlagnahmten Güter feststellen, die Entschädigungsansprüche der Eigentümer entscheiden und die Zahlung der Entschädigungen veranlassen. Zum Präsidenten der neuen Behörde wurde der Geheime Justizrat Dr. S i e l m a n n berufen, der als hervorragender Jurist gilt und in Verwaltungssachen mit anerkanntem Geschick gearbeitet hat. Er ist jetzt im Kriegsministerium tätig und gehört als Hauptmann d. N. dem Heere an. Juristische Mitglieder sind: Landgerichtsdirektor Dr. Carl R i t t e r (Hamburg) und der ordentliche Honorarprofessor Ludwig B e e r (Leipzig). Zu kaufmännischen Mitgliedern wurden ernannt der Wittmeister der Landwehr-Kavallerie Handelsrichter Hofgoldschmied Franz G ü n t h e r (Berlin) und Professor Dr. D a r m s t ä d t e r. Alle Herren sind in der Kommission ehrenamtlich tätig. Mit der Leitung des Büros, das sich im Hause Mauerstraße 53 befindet, wurde der Geheime Rechnungsrevisor der

Oberrechnungskammer S t a u b betraut. Zahlreiche Anträge auf Entschädigung liegen bereits vor.

Der Präsident der Budapester Handels- und Gewerbekammer über die Wirtschaftslage.

Budapest, 11. Mai.

In der heutigen Plenarversammlung der Budapester Handels- und Gewerbekammer hielt deren Präsident Geheimer Rat Leo Lánóczy in seiner Eröffnungsrede Sprechselbst über sämtliche Fragen der Kriegswirtschaft. Die Rede behandelte in eingehender Weise das Kapitel der bei Kriegslieferungen erfreulichweise nur sporadisch beobachteten Mißbräuche. Die Urheber der letzteren wurden in der schärfsten Weise gebrautmarkt, gleichzeitig aber auch die unbestreitbaren Verdienste ins richtige Licht gerückt, die Ungarns Handel und Industrie durch ihr patriotisches Verhalten und durch ihre im Hinterlande betätigte Kriegstätigkeit erworben haben. Der Präsident der Handelskammer ließ es an einem schonungslosen Verdammungs-urteil weder gegen die durch keine sittlichen Bedenken gehemmte Gewinnjucht einiger Lieferanten, noch gegen die Verallgemeinerung der Beschuldigungen fehlen, die kühn genug ist, sich an der Ehre und an dem Patriotismus von wirtschaftlichen Faktoren zu vergreifen, die ihre Schuldigkeit in diesen schweren Zeitläuften in einer den übrigen Wirtschaftszweigen ganz gewiß ebenbürtigen Weise getan haben. Die Eröffnungsrede des Präsidenten enthielt auch einen begeisterten Appell für die zweite Kriegsleihe und behandelte in taktvoller Weise die Frage der zukünftigen Gestaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reiche. In bezug auf die geplante Zentrale der Geldinstitute konnte der Präsident der Handelskammer unter Zustimmung aller Anwesenden den Erwartung Ausdruck geben, daß die Durchführung dieser Reform die schätzenswerte initiierende Kraft der großen Kreditinstitute des Landes, auf die das wirtschaftliche Gedeihen Ungarns auch weiterhin angewiesen bleibt, unverfehrt erhalten werde. Im nachfolgenden veröffentlichten wir den Wortlaut der Eröffnungsrede:

Geehrte Plenarversammlung!

Ich eröffne die Sitzung mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die von unserem ruhmvollen Heere in letzter Zeit errungenen und noch zu erwartenden Erfolge uns mit mächtigen Schritten dem Friedensschlusse, der mit den unsererseits erbrachten großen Opfern im Einklang stehen wird, näher bringen und die Möglichkeiten der friedlichen bürgerlichen Arbeit garantieren werden.

Im Hinblick auf die neuesten Entwicklungen unseres wirtschaftlichen Lebens können wir konstatieren, daß unsere Industrie-, Handels- und Kreditorganisation sich im vollsten Maße der außerordentlichen Lage anpaßt. Die bewährten Elemente unserer Volkswirtschaft, Industrie und Handel, setzen, sich gegenseitig unterstützend, ihre Arbeit ununterbrochen fort, mit welcher sie seit Ausbruch des Krieges in den Dienst der Heeresleitung getreten, stärken und erhöhen mit ihren Millionenwerte repräsentierenden Arbeitsleistungen die Kampffähigkeit unserer Armee.

So gewaltige Erschütterungen, wie sie der Weltkrieg mit sich gebracht, werfen nicht bloß glänzende soldatische und bürgerliche Eigenschaften auf die Oberfläche, sondern auch den Schmutz und die Fese; aus derartigen Erschütterungen erwachen nicht bloß große Tugenden, sondern auch große Sünden. Schmutz und Verbrechen konnten auch in Heereslieferungen vorkommen; da die zur öffentlichen Kenntnis gelangten Fälle sich derzeit noch im Stadium der Voruntersuchung befinden, kann dem strafrechtlichen Verfahren nicht vorgegriffen und ein abschließendes Urteil nicht ausgesprochen werden. Ohne Zweifel haben diejenigen, die das in sie gesetzte Vertrauen mißbrauchten und sich bei Heereslieferungen unberechtigter Gewinne aneignen wollten, ein ruchloses Attentat gegen die Schlagfertigkeit der Armee, gegen unsere staatliche und nationale Existenz und gegen uns alle verübt und verdienen die strengste Strafe. Diese Elemente haben sich aus dem Kreise der anständigen Geschäftswelt selbst ausgeschlossen.

unser Handel und unsere Industrie aber, welche mit der Volksgemeinschaft einheitlich fühlen und Heereslieferungen im Werte von vielen Millionen tadellos ausgeführt haben, sind in ihrer produktiven Arbeit das Gegenteil des auf Gewinn lauenden Parasitismus, und ausschließlich tendenziöse Böswilligkeit kann aus sporadischen Mißbräuchen und Missetaten eine pflichtbewusste und in jeder Hinsicht opferfreundige Erwerbsklasse in Verallgemeinerung verdächtigen.

Mit Abscheu protestieren wir gegen diese tendenziösen Verleumdungen. Ungarns Industrie und Handel stehen viel zu hoch, als daß ihre Lauterkeit von diesen schmutzigen Anwürfen berührt werden könnte. Nach Natur der Sachlage stimmen wir überein mit allen Maßregeln, welche zur Hintanhaltung der in Rede stehenden Mißbräuche und zu deren strengster Ahndung geeignet sind, es ist ja unser innigster Wunsch, daß die Kampfbereitschaft unseres Heeres möglichst gekräftigt werde. Die Missetäter sind der verdienten Strafe zuzuführen. Im Interesse der soliden und tadellosen Abwicklung der Heereslieferungen ist es jedoch notwendig, daß die Betätigung der legitimen und dem Gemeininteresse dienenden Arbeit nicht gehindert werde. In diesem Sinne sind wir bei der hohen Regierung vorstellig geworden und wir hoffen, daß die zum Ausdruck gebrachten Vorschläge entsprechend Würdigung finden werden.

Unsere mit Deutschland in brüderlicher Eintracht geführten Kämpfe wirken natürlich auf unser wirt-

schaftliches Leben aus. In der jetzigen Lage sind wir notwendigerweise aufeinander angewiesen. Die aus diesem Zusammenwirken entstandene Kriegskooperation dürfte auch im Frieden in gewissen wirtschaftlichen Konstellationen fortwirken. Meines Erachtens ist es aber jetzt noch vorzeitig, sich in Details einzulassen und konkrete Formen einer engeren wirtschaftlichen Verbindung mit Hilfe rein theoretischer Kombinationen zu suchen. Die Aktualitäten des Lebens stellen sehr oft solche Forderungen und weisen solche Gestaltungen auf die Oberfläche, welche selbst die sorgfältigste Konzeption in vorhinein nicht ermeßen kann. Es ist wahrscheinlich, daß wir infolge des Krieges, wenigstens eine Zeitlang, einer ganz ausnahmsweise veränderten Markt- und Exportlage gegenüberstehen werden, was voraussichtlich nicht ohne Folgen bleiben wird auf den Ideenkreis der mit Deutschland seinerzeit zu führenden Handelsverhandlungen; es unterliegt keinem Zweifel, daß die eminenten Interessen unserer heimischen Volkswirtschaft und unseres Geschäftslebens bei der Beurteilung der in Rede stehenden wichtigen Fragen immer und unter allen Umständen die kompetenten Faktoren leiten werden.

Infolge der günstigen Gestaltungen am Kriegsschauplatz und der fast beispiellosen Menge von Kapitalien auf dem Geldmarke müssen wir die Wahl des Zeitpunktes der zweiten nationalen Kriegsleihe als glücklich bezeichnen. Die Aufnahme der Kriegsleihe hat günstige Vorbedingungen. Im Gegensatz zu Frankreich und England, welche infolge des freien Seeverkehrs einen großen Teil der Kriegslieferungen und der damit verknüpften Geschäftsgewinne an die amerikanische Union abgegeben haben, hat unsere Monarchie, von den feindlichen westlichen Industriestaaten abgesperrt und im Verkehr mit den neutralen Staaten in großem Maße gehemmt, unsere Fabrikation in den Dienst der Heereslieferungen gestellt und damit die entstehenden Geschäftsgewinne für uns selbst gesichert.

Die aufgehäuften Kapitalien erheischen unter den heutigen Verhältnissen die Placierung in Staatsstittes. Die erstklassige Verzinsung, die Leichtigkeit des Lombardens sichern die Rentabilität und Liquidität der Anlage. Vor allem aber ist das Resultat des neuen Anlehens durch die Opferfreudigkeit der Nation gesichert.

Peter Lloyd

12. IV. 1915

Dem Präsidenten der Handelskammer für Ungarn
Journaltitel über die Wirtschaftslage 38

unser Schatzamt arbeitet, wie allgemein bekannt, an der Ausführung eines großangelegten Planes, d. i. der Zentrale der Finanzinstitute. Das Kreditwesen der Provinz soll vor größeren Erschütterungen bewahrt und die Kapitalwirtschaft der Provinz auf festere Grundlagen gebracht werden. Ob sich die neue Institution bewähren wird, darüber können wir uns heute nicht in Prophezeiungen einlassen. Bei dieser Gelegenheit wollen wir nur auf jene großen Dienste hinweisen, welche die großen Geldinstitute hinsichtlich des Aufschwunges der Modernisierung und der Steigerung der Solidität unserer Geschäftswelt aufweisen können; wir glauben, den Wunsch der wirtschaftlichen Allgemeinheit zum Ausdruck zu bringen, wenn wir auf dem Gebiete unseres Finanzwesens die Notwendigkeit der individuell initiierten Schaffenskraft als erstrangige Forderung unserer Volkswirtschaft hinstellen.

Mit Dank müssen wir der Aktion der Regierung gedenken, welche sie bezüglich der Unterstützung der infolge des Krieges erwerblos gewordenen Kaufleute und Gewerbetreibenden eingeleitet hat. Besonderen Dank müssen wir dem Herrn Ministerpräsidenten zollen, daß er zum Exekutivorgan dieser Aktion die Handelskammern bestimmt hat, welche dem in sie gesetzten Vertrauen mit voller Kraft zu entsprechen bestrebt sind. Nach den bisherigen Erfahrungen werden auch die Interessenten sich dieses Wohlwollens würdig erweisen, und für die moralische Reife, Disziplin der Interessenten spricht auch der Umstand, daß bei Inanspruchnahme der Unterstützungen in vielen Orten Selbsterhaltung und Selbstmäßigung wahrzunehmen sind.

Unter den obwaltenden Ausnahmeverhältnissen ist die Approvisionierungsfrage eine der wichtigsten, die die öffentliche Meinung und die leitenden Kreise beschäftigt. Zum Lobe unseres Volkes sei mit Nachdruck hervorgehoben, daß jeder einsieht, daß die obwaltende Leuerung inmitten der Kriegslage unabweisbar und daß jeder Bürger des Landes bereit ist, die vom Vaterland auch in dieser Richtung hin geforderten Opfer auf sich zu nehmen. Dabei sehen wir mit Genugtuung, daß die Regierung mit entsprechenden energischen Maßnahmen darauf achtet, daß die Lebensmittelpreise durch gewinnlüstige Mißbräuche einzelner gewissenloser Personen die motivierte Höhe nicht übersteigen und daß die allgemeine Zwangslage nicht zur Quelle habgieriger Bereicherung werde. Ferner dient es der öffentlichen Meinung zur Beruhigung, daß dank der klugen Voraussicht der Regierung der Vorrat von Lebensmitteln, den die Bevölkerung bis zur Ernte unbedingt benötigt, gesichert ist.

Das Stagnieren der Bauindustrie verursacht große Sorgen. Eines der größten Hindernisse der Privatbauten ist die Verteuerung der Hypotheken; bei sechsprozentigen Staatspapieren ist ein Hypothekarkredit zu erträglichem Zinsfuß kaum zu erlangen. Umso größeren Dank müssen wir der Regierung dafür zollen, daß sie unsere Repräsentation betreffs Ausführung der öffentlichen Arbeiten und Staatsbauten berücksichtigt und die notwendigen Schritte eingeleitet hat. Wie wir erfahren, ist in den einzelnen Ministerien die Zusammenstellung der Bauprogramme teilweise bereits im Zuge, teilweise auch schon beendet. Es ist zu hoffen, daß die vollständig vorbereiteten Arbeiten in naher Zukunft in Fluß kommen und die Millionen der seinerzeit vom Kriegsschauplatz rückströmenden Arbeiter entsprechenden Erwerb finden werden.

Ich will es gern glauben, daß all diese Maßnahmen dem ungarischen Wirtschaftsleben über die durch den Krieg heraufbeschworenen Schwierigkeiten hinweghelfen werden, und daß bei Ankunft des von uns allen gewünschten Friedens die Grundlagen des ungarischen wirtschaftlichen Lebens imstande sein werden, den Anforderungen einer neuen besseren Ära ohne weitergehende Verletzungen zu entsprechen.

Der Volkswirt.

Unsere wirtschaftliche Zukunft.

Von Georg Lipka, Fabrikanten in Wien.

Seit einiger Zeit macht sich in Oesterreich-Ungarn wie in Deutschland eine Strömung mit zunehmender Intensität bemerkbar, welche die wirtschaftliche Annäherung der beiden politisch verbündeten Reiche nach dem Kriege auf ihr Programm gesetzt hat. Daß es nicht möglich ist, daß zwei Länder, die in intimer politischer Freundschaft verbunden sind, wirtschaftlich einander befehden oder auch nur unfreundlich gegenüberstehen, ist eine alte Tatsache. Es handelt sich gegenwärtig aber nicht darum, in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen unserer Monarchie und Deutschland eine Annäherung zu erzielen, sondern um weit mehr. Die letzten Jahre haben in unserm Vaterlande eine befriedigende Entwicklung von Handel, Gewerbe und Industrie gebracht und der Wohlstand hat sich wesentlich gehoben. Allein der Fortschritt war gewiß kein so großer, als er hätte sein können, und gewiß sind wir relativ gegenüber dem Deutschen Reich zurückgeblieben, weil der allgemeine Aufschwung daselbst ein viel stärkerer war als bei uns. Die Folge davon ist, daß wir mit Bewunderung die ungeheure Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft beobachten, daß wir begreiflicherweise den Wunsch hegen, daß auch wir mit gleicher Geschwindigkeit vorwärtskommen.

Die Verhältnisse unserer Einfuhr nach Deutschland haben sich seit einiger Zeit gründlich geändert, indem wir nicht mehr so wie früher einen großen Export an Produkten der Landwirtschaft dahin haben; nicht, weil die Zollverhältnisse einen starken Export hindern würden, sondern vornehmlich, weil wir unsere Brotfrüchte und unser Vieh selbst sehr gut brauchen können, und infolge der stark gestiegenen Wohlhabenheit der Bevölkerung die Artikel selbst konsumieren, die früher den Hauptbestandteil unsres Exports gebildet haben. Wir haben das Interesse an Dingen verloren, die uns ehemals sehr wertvoll waren, nämlich an den Einfuhrzöllen des Deutschen Reiches für landwirtschaftliche Erzeugnisse; wir haben im Außenhandel eine sehr wesentliche Aktivpost eingebüßt, ohne daß es uns gelungen wäre, durch die gesteigerte Ausfuhr an Fabrikaten eine andre zu erwerben.

Diese Verhältnisse drängen uns dazu, mit aller Energie auf eine Entwicklung unserer Industrie bedacht zu sein, welche unsere Leistungsfähigkeit derart steigert, daß wir mit größerem Erfolge als bisher den Export betreiben können. Es ist kein Zweifel, daß die früheren Verbindungen unsres Außenhandels nicht sofort nach Beendigung des Krieges wieder angeknüpft werden können, sondern daß unser Export nach den jetzt feindlichen Ländern zunächst leiden wird.

In dieser Lage sehen wir uns genötigt, die Zukunft vorzubereiten und beizeiten Umschau zu halten, wodurch wir unsre Situation bessern könnten. Nicht nur, um Gefahren zu begegnen, sondern auch, weil wir in möglichst kräftiger Weise vorwärtskommen wollen und nicht immer eine bescheidene Rolle der zweiten Linie in der Wirtschaft der Völker zu spielen wünschen. Der Krieg hat uns selbstbewußter gemacht, als wir es — zur Freude der andern — früher waren; wir möchten endlich jenen Platz haben, den wir kraft unsrer Tüchtigkeit, unsres Fleißes und unsrer Intelligenz beanspruchen dürfen. Der österreichische Kaufmann und Industrielle wollen aus dem verhältnismäßig engen Kreise ihrer bisherigen Betätigung heraustreten; sie streben nach einem entsprechend großen Felde, auf dem sie mit Erfolg arbeiten können, und da ist es sehr natürlich, daß sich ihr Blick in die Weite richtet. Die Welt soll auch für uns offen sein; wir wollen die Kesseln lören, die uns

bisher beengt haben. Es ist nur natürlich, daß wir da nach dem Deutschen Reich hinübersehen, weil wir dort das Schulbeispiel haben, wie es gemacht werden muß. Der ungeheure Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft, das Anwachsen des Nationalreichtums, die geradezu unglaubliche Entwicklung von Handel und Industrie, das alles imponiert uns. Deutschland hat im Verlaufe weniger Jahrzehnte wirtschaftlich einen Eroberungsfeldzug ausgeführt, der es über die ganze Erde geführt und zum erfolgreichen Rivalen des

erbeingesehnten Lieferanten der Erde, Englands, gemacht hat. Bis vor wenigen Jahren war es noch ein Axiom, daß die Völker unsres Erdenrunds nur in Paris oder in London Geld für ihre verschiedenen Bedürfnisse erhalten können, und dies war die Ursache, daß alle Welt nach diesen beiden Zentren gravitierte. Auch das ist seit kurzer Zeit anders geworden; durch die starke Zunahme des Volkswohlstandes ist Deutschland auch eine Großmacht in finanzieller Hinsicht geworden, und es wird gar nicht lange dauern, da wird das Deutsche Reich nicht nur der große Lieferant, es wird auch der große Borger werden, was die Erlangung wahrhaft großer Lieferungen sehr fördert.

Wenn wir nach dem Krieg uns dem Deutschen Reich wirtschaftlich nähern wollen, so liegt die Ursache nicht allein in der Sympathie, die uns zu dem Verbündeten zieht, sondern auch in recht nüchternen Erwägungen. Wir streiten jetzt gemeinsam mit den Deutschen gegen unsre gemeinsamen Feinde, unsre Truppen kämpfen Schulter an Schulter, die Anstrengungen und Opfer sind für beide Reiche gleich; wir sind sicher, auch der Sieg und der Erfolg werden es sein. Dann aber, wenn der Soldat sein blutiges Schwert verjagt haben wird, wenn die friedliche Arbeit wieder neu beginnen kann, dann wollen wir auch in der friedlichen Durchbringung der Welt gemeinsam mit den Deutschen arbeiten und den Erfolg für uns haben; wir wollen nicht nur den militärischen Lorbeer, wir wollen auch, daß die unendlichen Opfer, die wir gebracht haben, uns und unsern Kindern und Enkeln ein besseres Vorwärtskommen in materieller Hinsicht ermöglichen. Niemand fällt es ein, sich die Annäherung unsrer Monarchie so vorzustellen, daß wir uns in ein gefährliches Experiment der Zolleinheit einlassen, bei welchem die heimische Volkswirtschaft unter Umständen gegenüber der weitaus entwickelteren reichsdeutschen den kürzeren ziehen und ernstem Schaden nehmen könnte. Der Schutz, den wir heute genießen, muß aufrechterhalten bleiben; die österreichische Industrie darf keineswegs ein Versuchsanfangen sein, das einer Gefahr ausgesetzt wird. Ich glaube aber, daß die Zölle mit Unrecht als der wichtigste Faktor betrachtet werden, der die Wirtschaft beeinflusst. Wenn sie für manchen Produktionszweig von großer Bedeutung sind, so wohnt ihnen doch in den meisten Fällen eine ausschlaggebende Bedeutung nicht bei. Von weit größerem Einfluß ist der Geist der Verwaltung, die Unterstützung der erwerbenden Stände durch die Regierung und die Gesetzgebung, die Hilfe der im Ausland tätigen diplomatischen Vertretungen, die

Dr. Volkmar

Steuer- und Zollgesetzgebung, die allgemeine Schul- und Fachbildung, eine vernünftige Tarifpolitik etc. etc. Die Bedingungen, unter denen der Kaufmann und Industrielle arbeiten, sind gar mannigfaltig und die Zölle nur eine einzige Komponente. Wohl gibt es manchen, der sich die Sache so vorstellt, daß ein genügend hoch emporgeschraubter Zoll jede Konkurrenz des Auslandes beseitigen kann; allein dieses System, ein Reich mit einer chinesischen Zollmauer zu umgeben, hat längst Schiffbruch gelitten, weil es nur dazu führen würde, daß die Rückständigkeit der heimischen Produktion eine immer größere würde und schließlich ganz unhaltbare Zustände Platz greifen würden. Um nur ein Beispiel zu erwähnen, sei bemerkt, daß in dem Spezialzweig, dem ich angehöre — der Silberwarenfabrikation — ehemals ein Zoll von 6 K. bestand, der auf Drängen der Wiener Erzeuger im letzten Handelsvertrag auf 16 K. erhöht wurde, ohne daß diese bedeutende Steigerung des Zollschutzes irgendeine Wirkung auszuüben vermocht hätte; es ist eben die Spezialisierung der deutschen Silberwarenfabrikation eine so weitgehende, ihre Arbeitsbedingungen sind so günstige, daß die starke Einfuhr ihrer Erzeugnisse nach Oesterreich durch den Zoll von 16 K. ebensowenig beeinträchtigt wurde wie durch den früheren Zoll von 6 K., und auch ein noch höherer Zollschutz würde die Sachlage nicht ändern, wenn die übrigen Arbeitsbedingungen unsrer heimischen Edelmetallfabrikation nicht wesentlich andre werden.

Worauf es in erster Linie ankommt, wenn die Volkswirtschaft sich günstiger entwickeln soll, das ist der Komplex von Einflüssen, die Handel und Verkehr, Gewerbe und Industrie beherrschen, das ist der Geist, mit dem ihr begegnet wird, und die gesetzlichen Voraussetzungen, unter denen sie arbeitet. Wir brauchen daher keine Zolleinheit, sondern die Nachahmung der in Deutschland herrschenden Verhältnisse. Auch darf man nicht in den Fehler verfallen, alles und jedes von der Regierung zu erwarten; vielmehr ist es auch notwendig, daß wir viel lernen, daß wir Kleinlichkeit und Festhalten an alten Formen über Bord werfen. Diese Entwicklung ist ungleich wichtiger und bedeutungsvoller als die Zolleinheit; sie würde dazu führen, daß wir an den deutschen friedlichen Erfolgen gleichberechtigt teilnehmen würden. Die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland ist sehr wünschenswert, ja notwendig. Wir produzieren heute mit mannigfachen Schwierigkeiten, denn wir haben es nicht zu der erforderlichen weitgehenden Spezialisierung gebracht, die ein praktisches und billiges Arbeiten ermöglicht, die Hilfsindustrien sind ungenügend; beides, weil nur ein großes Absatzgebiet und die dadurch ermöglichte Massenfabrikation eine vollkommene Detailarbeit ermöglichen. Erst dann, wenn dies errungen sein wird, werden wir so leistungsfähig sein wie unsre Konkurrenten auf dem Weltmarkt, dann werden wir einen Export in großem Maßstabe bekommen, werden unsern eigenen Konsum selbst mit allem versorgen, dann wird auch unsre Handels- und Zahlungsbilanz ein andres Aussehen erhalten. Wir können und sollen die deutschen Verhältnisse nachahmen und uns in Methoden und Prinzipien, Arbeitsweise und Arbeitsbedingungen Deutschland so viel als möglich nähern.

Wirtschaftliche Kriegsmaßnahmen.

Der verstärkte Haushaltsausschuß des Reichstages setzte gestern nachmittag die Beratung über die Denkschrift, betreffend die wirtschaftlichen Maßnahmen fort. Man wies auf die Notwendigkeit einer Preisregulierung sofort nach der neuen Ernte hin, damit die Vorversorgung in der wünschenswerten Weise erfolgen könne, und zwar in erster Linie bei den Kartoffeln. Für das Einbringen der neuen Ernte müßten schon jetzt Arbeitskräfte besorgt werden. Balzarbeiter, Bauarbeiter und andere müßten der Erntearbeit zugeführt werden, dürften jedoch hierbei Lohneinbußen nicht erleiden. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter tadelte den Widerstand landwirtschaftlicher Kreise gegen die Borraterhebungen und gegen die Durchführung von Höchstpreisen. Die Kriegsgetreidegesellschaft habe sich noch und nach in ihre Aufgabe eingearbeitet, ihr Erfolg durch eine neue Organisation sei nicht wünschenswert. Notwendig erscheine es, Zusatzbrotmarken für die körperlich schwer arbeitenden Bevölkerungsschichten einzuführen; dazu könnten die Reservenvorräte herangezogen werden, die man nicht in das neue Erntejahr hinüberzunehmen brauche. Trotz der Möglichkeit, mehr Weizenmehl zu verwenden, dürfe das Nachtbadverbot nicht aufgehoben werden. Die Höchstpreise für Kartoffeln müßten herabgesetzt und in Zukunft die Verwendung von Kartoffeln zur Erzeugung von Spiritus eingeschränkt werden. Dieser Redner streifte auch die Wildschäden.

Der Staatssekretär des Innern stellte von neuem fest, daß heute mehr Kartoffeln auf den Markt kommen, als wir brauchen. Höchstpreise setzten eine Beschlagnahme voraus, die bei den Kartoffeln unmöglich sei. Der Versuch, durch Festsetzung höherer Preise die Versorgung zu vermindern, sei nicht wirkungslos geblieben. Die Reports für Kartoffeln seien vielleicht noch nicht hoch genug, um den Anreiz zu geben, daß die Kartoffeln von den Produzenten konserviert werden. Wenn die Lage auch besser sei, als man befürchtet habe, so sei doch Sparsamkeit nach wie vor geboten.

Ein konservativer Redner weist auf die Neigung der Landwirte hin, Kartoffeln in übergroßer Menge auf den Markt zu bringen und begründet dies mit dem Arbeitermangel, der eine genügende Pflege der Kartoffeln verhindere. — Ein Zentrumsabgeordneter äußert Bedenken dagegen, daß die Vorräte ausschließlich durch die Kommunalverbände verwaltet werden sollen. Es müsse für einen Austausch der einzelnen Getreidequalitäten gesorgt werden. Die bestehenden Organisationen litten vielleicht unter einem

Uebermaß an Sachverständigen.

In der Festsetzung der Höchstpreise müsse eine Mäßigung eintreten. — Ein nationalliberaler Redner betont die großen Schwierigkeiten der landwirtschaftlichen Bestellung. Gleichwohl sei durch geeignete Maßnahmen in Zukunft eine Verbilligung der Ernährung zu erreichen. Der Redner begründet die von seiner Partei eingebrachte Resolution, die ausreichende Kartoffelversorgung der weniger Bemittelten bezweckt, für den Fall einer Beschlagnahme der Ernteprodukte vorzugsweise die über 100 Hektar großen Betriebe heranziehen und das Höchstmaß der Enteignungspreise auf 150 pCt. des Durchschnitts aus dem letzten Friedensjahr festsitzen will. Weiter führt dieser Redner aus, daß in den Sachverständigenbeiräten die Landwirtschaft im allgemeinen ausreichend vertreten, der bäuerliche Besitz aber gegenüber dem Großgrundbesitz benachteiligt sei.

Der Staatssekretär des Innern verteidigt die Zusammenfassung des Beirats der Reichsstelle für Kartoffelversorgung; er verwahrt sich sehr entschieden dagegen, daß ihm etwa die Absicht einer

Vernachlässigung des Kleinen Besitzes

zugeschrieben werde. Ausführlich behandelt ein sozialdemokratischer Redner noch einmal die Frage der Höchstpreise, die von vornherein unrichtig angefaßt worden sei. Hohe Preise im Interesse der Landwirtschaft und billige Preise im Interesse der Verbraucher vertragen sich nicht miteinander. Das Ziel, die ärmere Bevölkerung wohlfeil zu versorgen, sei nicht erreicht worden. Wenn auch im Anfang Mißgriffe unvermeidlich waren, so müßten sie jetzt verschwinden. Die Beschaffung großer Vorräte zur jetzigen Zeit würde die augenblicklich hohen Preise auf lange Zeit hinaus aufrecht erhalten.

Darauf erklärte ein Regierungsvertreter u. a.: Bei der Dauerware, die bereits vor dem 1. Juni auf den Markt gebracht werden sollte, handele es sich nicht um Gefrierfleisch und

Konserven. Die hohen Schweinepreise erklärten sich aus der starken Nachfrage der Gemeinden. Alle Mittel gegen das Steigen der Schweinepreise versagten. Jetzt werde jedenfalls eine Erleichterung eintreten. Der Mißbrauch mit der Verwendung von Bezugscheinen ließe sich auf dem Wege des fortschrittlichen Antrags (Ermächtigung der Gemeinden zu strafrechtlich geschützten Anordnungen für die Lebensmittelversorgung) nicht beseitigen. Eine Bundesratsverordnung würde genügen, die einen derartigen Mißbrauch strafbar mache. Die Festsetzung der Höchstpreise für die Erzeugnisse müsse den Gemeinden bleiben und lasse sich nicht zentral regeln. Die weitere Beratung der Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen vertagte die Kommission auf Dienstag vormittag.

Ungarische Wirtschaftsprobleme.

Die ungarischen Industriellen über Zukunftsfragen.

Aus Budapest, 16. d., wird telegraphiert: Der Landesverein der ungarischen Fabrik- und industriellen hielt heute unter Vorsitz des Präsidenten Franz Chorin seine Generalversammlung ab. In seiner Eröffnungsrede führte Präsident Chorin aus, wir hoffen und vertrauen, daß wir, wie wir bisher heldenhaft und erfolgreich in dem uns aufgezwungenen großen Kampf ringen, diesen auch siegreich beenden werden. Doch wenn auch die Hoffnungen zur Wirklichkeit werden, stellen die Opfer sowie die Folgen des Krieges die Nation vor schwierige Probleme, an deren Lösung auch die ungarische Industrie, die glänzende Beweise ihrer Lebensfähigkeit und Anpassungskraft lieferte, teilnehmen wird. Die ungarische Industrie arbeitet heute hauptsächlich an der Herstellung von Artikeln, deren das Heer bedarf. Nach Beendigung des Krieges muß daher die Industrie zu ihrer früheren Beschäftigung zurückkehren, welchem Uebergang eine hauptsächlich unter der Teilnahme der Regierung durchgeführte großzügige Handels- und Investitionspolitik voranzugehen müßte. Die Zukunft stellt uns vor zwei große Probleme. Die Einnahmen des Staatshaushaltes müssen bedeutend erhöht werden, andererseits soll das Land durch Erhöhung der nationalen Produktion und durch Erweckung schlummernder wirtschaftlicher Kräfte befähigt werden, die durch den Krieg herbeigeführten schweren Lasten zu ertragen. Zur Erhöhung der nationalen Produktion wird in der ganzen Welt ein Mittel benützt, das Mittel des Zollschatzes, der gleichzeitig zur Erhöhung der Staatseinkünfte dient. Redner begrüßte freudig die Ausführungen des Finanzministers im Abgeordnetenhaus, in denen dieser darauf hinwies, daß das Bestreben der ungarischen Regierung auf die Behebung der Passivität unserer Handelsbilanz abzielt. Bei der Lösung der Zukunftsprobleme müsse jeder mithelfen, der Ideen und Erfahrungen hat, besonders derjenige, der auf praktischem Gebiete wirkt und mit den Schwierigkeiten desselben kämpft. Die Regierung wird daher gut tun, wenn sie alle zu Gebote stehenden Kräfte in Anspruch nimmt, von denen sie eine Beihilfe erhofft. Die Rede wurde beifällig aufgenommen.

Hierauf legte der geschäftsführende Direktor Gustav Grab den Jahresbericht vor, der beistimmend zur Kenntnis genommen wurde.

Sodann hielt Abg. Laurent Szegedius unter großem Beifall einen „Unsere Zukunft“ betitelten Vortrag, worin er unter anderem ausführte: Der Krieg habe gleich unaufhaltsame Naturgewalten, Miesenkräfte in Bewegung ge-

setzt. Unsere Aufgabe sei es daher, alle neuen Kräfte, die ins volkswirtschaftliche Leben des Landes eingestellt werden können, der ungarischen Volkswirtschaft nutzbar zu machen. Die diesbezüglich auftauchenden Fragen können in drei Gruppen eingeteilt werden. Die erste Gruppe beinhaltet jene Wirtschaftsprobleme, die vor Ausbruch des Krieges häufig in einer von Vereinbarkeit zeigender Form auftraten, jedoch mit Ausbruch des Krieges verschwanden, die Frage des Ausbaues des zweiten Gleises der Kaschau-Dorberger Bahn, die Annaberger Verbindung, die bosnisch-herzegowinischen Bahnen. Die zweite Gruppe bilden die Fragen, die bereits vor Kriegsausbruch bestanden und auch weiterhin bestehen, besonders die Neuorganisation der Vertretungen im Auslande unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Volkswirtschaft sowie die Reform der Arbeiterversicherung im Zusammenhang mit der Invalidenversorgung. Am eingehendsten befaßte sich der Redner mit der dritten Gruppe, jenen Fragen, die erst im Laufe des Krieges entstanden. Er besprach eingehend die Idee der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland und drückte die Ansicht aus, daß diesbezüglich in erster Reihe die Valutafrage geregelt werden müßte. Sowohl die deutsche wie die österreichische und die ungarische öffentliche Meinung müssen sich vor allem anderen mit dem Problem der fixen Relation zwischen Krone und Mark befassen.

Ein wichtiges Problem, dessen gründliche richtige Lösung geradezu von vitalem Interesse sei, bilden die Agrarfragen. Unzweifelhaft sei die heutige Aufteilung des Grundbesitzes ungesund, was natürlich eine Rückwirkung auf die bedauerliche Tatsache ausübt, daß die Intensität unserer landwirtschaftlichen Produktion den Erfordernissen der Volkswirtschaft nicht entspricht. Deshalb müsse nach Beendigung des Krieges dem heutigen System des gebundenen Grundbesitzes raschest abgeholfen werden, da dies sowohl dem Prinzip der richtigen Aufteilung des Grundbesitzes wie auch der intensiven Ausnützung des Bodens widerspricht. Diese Prinzipien aber bilden nicht bloß die Vorbedingungen der landwirtschaftlichen, sondern auch der industriellen Weiterentwicklung und des Aufschwungs, und sind unerläßliche Forderungen der Kriegsbereitschaft.

Generalversammlung des Bundes Ungarischer Fabrikindustriellen.

Budapest, 16. Mai.

Der Bund Ungarischer Fabrikindustriellen hielt heute vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz des Magnatenhausmitgliedes Dr. Franz Chorin seine XIII. Generalversammlung. Nachdem der Präsident die in überaus großer Anzahl erschienenen Mitglieder begrüßt hatte, beehrte er den Generalsekretär Franz Fodor mit der Führung und die Mitglieder Eugen Vida und Béla Wechnitz mit der Authentifikation des Protokolls.

Präsident Dr. Franz Chorin eröffnete die Generalversammlung mit folgender Rede:

Eröffnungsbrede des Präsidenten.

Seit zwölf Jahren habe ich die Pflicht erfüllt, über all das, was das industrielle Leben Ungarns im vorhergehenden Jahre in Bewegung gesetzt hat, über jene Gravamina, die sich auf dem Gebiete der Fabrikindustrie ergeben und ihre Entwicklung verhindert haben, über die Maßnahmen, deren es im Interesse der Entwicklung unserer Industrie bedürfte, in der Generalversammlung Bericht zu erstatten. Ich war bestrebt, die leitenden Kreise, die öffentliche Meinung des Landes und die breiten Schichten der Nation zu überzeugen, daß die Industrieförderung bei uns ein großes nationales Interesse ist, weil das Land die großen Lasten des Staates ohne großangelegte Industrieförderung nicht zu ertragen vermag und auch unsere gesellschaftliche Struktur nur dann gesund sein wird, wenn neben der Landwirtschaft die Industrie die zweite starke Säule des Staates sein wird.

Ich bitte die geehrte Generalversammlung, mich dieser Pflicht diesmal zu erheben. In diesen schweren Zeiten ist jeder unserer Gedanken dem Kriegsschauplatz zugewendet, auf dem unsere Nation für ihre Existenz, ihre Zukunft und die Möglichkeit ihrer friedlichen Entwicklung kämpft, und da werden alle anderen Interessen in den Hintergrund gedrängt. Es dient uns zur Beruhigung, daß in diesem schrecklichen Kriege, der an die früheste Epoche der Menschheit erinnert, unsere Monarchie glücklich von sich sagen kann, daß sie nicht schuld an dem Kriege ist, daß er ihr aufgezwungen wurde, daß sie um ihrer Existenz willen zur Waffe greifen mußte. In zweiter Reihe ist es uns ein Trost, daß in diesem Kriege die Tugenden der Nation zum Vorschein gekommen sind: der Heldennut auf dem Kampfplatze und die Widerstandskraft in der Gesellschaft. Und als Drittes können wir hinzufügen, daß wir in bezug auf Humanismus jene westeuropäischen Nationen, auf die wir bisher nur mit Bewunderung geblickt hatten, weit überflügelt haben. Wir vertrauen denn auch darauf, daß wir den uns aufgezwungenen großen Kampf, wie wir ihn heldenmütig und erfolgreich führen, auch siegreich beenden werden.

Wenn auch wenn sich unsere Hoffnungen erfüllen, werden die Opfer des Krieges die Nation vor schwierige Probleme stellen. Der Weltkrieg wird große Verschiebungen und Änderungen im Wirtschaftsleben der Nationen herbeiführen, deren Wirkung auch wir fühlen werden. Abgesehen davon, werden die jetzt kämpfenden Millionen, wenn sie nach Herstellung des Friedens an den häuslichen Herd zurückkehren, Arbeit und Beschäftigung fordern, und diese Ansprüche zu befriedigen, ist die Pflicht des Staates. Diese freiverwendenden Arbeitskräfte vermag die Landwirtschaft allein umso weniger selbst zu beschäftigen, als ein Teil derselben auch früher auf dem Gebiete der Industrie tätig war. Die ungarische Industrie, die glänzende Beweise ihrer Lebensfähigkeit und ihrer Akkommodierungsfähigkeit gab, arbeitet heute fast ausschließlich für die Befriedigung des Bedarfs der Armee, was natürlich nach Beendigung des Krieges zum großen Teil aufhören wird. Es wird also auch die Industrie zu ihrer alten gewöhnlichen Beschäftigung zurückkehren müssen und dieser Uebergang muß durch eine großangelegte Handels- und Investitionspolitik gefördert werden. Während des Krieges war es der Staat, der fortwährend mit Anforderungen an die Nation herantrat und die Nation war mit der äußersten Anspannung ihrer Kräfte bestrebt, diesen Anforderungen zu entsprechen. In Zukunft wird es jedoch Aufgabe des Staates sein, mit seiner konzentrierten Kraft der Nation zu Hilfe zu eilen, damit sie den Uebergang vom Kriege zum normalen Leben ohne größere Erschütterungen bewerkstelligen könne.

Die Zukunft stellt uns vor zwei große Probleme: wir müssen einerseits die Einkünfte des Staates wesentlich vermehren, andererseits aber die nationale Produktion erhöhen und, indem wir die schlummernden wirtschaftlichen Kräfte zum Leben erwecken, das Land befähigen, die durch den Krieg verursachten großen Lasten zu ertragen, denn eine Politik, die der Nation nur Lasten auferlegt, ihr jedoch die Mittel der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung verweigert, führt unbedingt zur Verdorrung der nationalen Kraft. Zur Erhöhung der nationalen Produktion aber wird in der ganzen Welt ein Mittel angewendet: der Zollsatz, der gleichzeitig auch zur wesentlichen Erhöhung der Einkünfte des Staatshaushaltes dient. Es gibt also keinerlei Gegensatz zwischen beiden, denn die Zölle entwickeln wohl die Industrie und kräftigen die Nation, sie heben aber nicht die Einfuhr auf, was auch nicht ihr Zweck und ihre Aufgabe ist, sondern sie transformieren sie.

Wir sehen dies klar an dem Beispiel Amerikas und Deutschlands. Die Einfuhr Deutschlands hat, ebenso wie seine Ausfuhr, zehn Milliarden erreicht, seine Industrie ist riesig und die Zölle decken gleichzeitig einen sehr bedeutenden Teil der Ausgaben des Deutschen Reiches. Wir können daher auch nicht die Ansicht des Finanzministers teilen, der in einer im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede die These aufgestellt hat, daß es unmöglich sei, durch Zölle die Industrie zu fördern und gleichzeitig auch die staatlichen Einkünfte zu erhöhen.

Wir konstatieren jedoch mit Freude aus derselben Rede des Herrn Finanzministers, daß die ungarische Regierung bestrebt ist, die Passivität unserer Handelsbilanz zu beheben. In dieser Beziehung kann er auf unsere weitestgehende Mitwirkung rechnen. Die passive Handelsbilanz ist nicht nur eine Folge der Anleihen, die Ungarn für produktive Investitionen aufgenommen hat, sondern ein Hauptfaktor derselben ist die riesige industrielle Einfuhr, die von Jahr zu Jahr steigt. Hierin liegt die Wurzel des Übels und hier ist die Sanierung anzustreben. Es ist allgemein die Ansicht verbreitet, die auch im Abgeordnetenhaus ein Echo gefunden hat, als würde der Zoll die Verteuerung der Industrieartikel verursachen, die insbesondere die Landwirte treffen würde. Ich weiß nicht, ob die Landwirte ein größerer Konsument der Industrieartikel sind als die städtische Bevölkerung oder die Industrie selbst. Der Ausgangspunkt dieser These wäre zu begreifen, wenn die Waren zollfrei in unser Inter-

land gelangen und die Preise der Weltkonkurrenz bei uns zur Geltung kommen würden. Wir wissen jedoch wohl, daß der österreichisch-ungarische Zolltarif einer der höchsten in Europa ist, höher als der deutsche oder der französische Zolltarif, und daß seine hohen Zollsätze all jene Artikel verteuern, die nach Ungarn kommen. Durch diese Zollsätze ist unsere einen Wert von 1700 Millionen besitzende Einfuhr verteuert, und dies bezahlt der ungarische Konsument Österreich und dem Auslande. Die Landwirte werden noch die Industrieartikel auch bei dem selbständigen Zollgebiete nicht teurer bezahlen, nur werden sie denn Ungarn zahlen, was wir heute an Österreich entrichten.

Die großen Probleme, die der Krieg aufgeworfen hat und die der Lösung harren, sind so zahlreich und sie berühren fast jede Seite des Wirtschaftslebens, daß ihrer selbst der genialste Staatsmann allein nicht Herr werden kann. Bei der Entscheidung über die Zukunft einer Nation ist das organisierte Zusammenwirken sämtlicher Wirtschaftskräfte notwendig. Es kann jeder nützen, der Ideen und Erfahrungen hat, namentlich aber diejenigen, die im praktischen Leben tätig sind und mit dessen Schwierigkeiten kämpfen. Wir sehen dies in Deutschland, das, obgleich es eine auf der Höhe ihres Berufes stehende Bürokratie hat, jede Kraft in Anspruch nimmt, von der es hoffen kann, daß sie mit einer Idee zur Lösung der Probleme beitragen kann. Dies erwarten und erbitten wir auch von der ungarischen Regierung. Möge sie mit dem System brechen, das die Gesellschaft stets zur Organisierung auffordert, sie aber, wenn sie sich einmal organisiert hat, bei den wichtigsten Fragen nicht berücksichtigt. Möge sie mit diesem System jetzt brechen, da es sich in der Tat um unsere Zukunft handelt, denn wenn jetzt bei der Grundlegung Fehler geschehen, werden sich diese später kaum mehr gutmachen lassen. (Lebhafte Ovationen und Applaus.)

Peter Lloyd
17. IV. 1918

Generalversammlung der Bundes Ungarischer
Fabrikindustriellen.

169

Die Tagesordnung.

Nach der mit großem Beifall ausgenommenen Eröffnungsrede des Präsidenten unterbreitete der geschäftsführende Direktor Dr. Gustav Gräß den Jahresbericht über die Tätigkeit des Bundes. Er stellt in Aussicht, nach Beendigung des Krieges einen besonderen Rechenschaftsbericht über die vom Bund während des Krieges entwickelte Tätigkeit zu erstatten. Zum Schutze der Interessen der Industrie während des Krieges hat der Bund alles aufgeboten und er fand bei seinen diesbezüglichen Bestrebungen das größte Wohlwollen von Seiten der Regierungsbehörden. Er spricht den Mitgliedern des Bundes für die jederzeit betätigte Unterstützung den Dank aus.

Die Generalversammlung nahm den Bericht und die Schlussrechnungen, ebenso den Voranschlag für das nächste Jahr einstimmig zur Kenntnis. Auf Antrag des Herrn Kornel Neuhöld wurde in die geschäftsführende Direktion Baron Adolf von Hübner einstimmig auf zwei Jahre gewählt, ferner in das Exekutivkomitee auf zwei Jahre Josef Baur, Baron Leopold M. Herzog und Gustav Wilczek, in den Ausschuss auf drei Jahre Julius v. Gergek und Karl Weiser (Magyarlanja).

Hierauf übernahm Manfred v. Weiß den Vorsitz, der unter stürmischen Ovationen und Applaus dem Präsidenten Franz Chorin dafür dankte, daß er trotz seines Unwohlseins in der Generalversammlung erschienen ist und seine Eröffnungsrede hielt, die sämtliche Mitglieder der Generalversammlung vom ersten bis zum letzten Wort zu unterschreiben bereit sind.

Hierauf hielt Vizepräsident Dr. Roland Hegedüs unter dem Titel „Unsere Zukunft“ einen interessanten Vortrag.

Vortrag des Vizepräsidenten Roland Hegedüs über unsere Zukunft.

Der Vortragende geht davon aus, daß der Weltkrieg, der uns überflutet hat, eine ebensosehr unabwendbare Naturerscheinung ist wie die Ueberflutung, die Feuerbrunst oder der Blitz. Die Menschheit hat sich langsam daran gewöhnt, diese großen verheerenden Naturereignisse zumindest teilweise zu nützlichen Kräften umzuwandeln und in motorischer Kräfte zu verwandeln. So ist es nach der Ueberzeugung des Redners unsere Pflicht, all das, was aus der schrecklichen Kraft des Krieges als neue motorische Kraft in unser wirtschaftliches Leben eingefügt werden kann, zum Nutzen des ungarischen wirtschaftlichen Lebens zu verwenden.

Hievon ausgehend, sind die zu erörternden Fragen in drei Gruppen zu sondern: Erstens müssen jene wirtschaftlichen Probleme angeführt werden, die sich vor dem Kriege in recht aufrögender Form meldeten, denen aber der Krieg ein Ende bereitet hat. Hierbei verweist Redner namentlich auf die Kleinlichen Reibungen des jüngsten Ausgleiches und darauf, daß man infolge des heutigen Kriegszustandes jetzt bereits ohne Zweifel auch in Oesterreich einseht, daß man bei dem Ausbau des zweiten Geleises der Kassa-Oberberger Eisenbahn, dem Annaberger Anschluß, oder bei dem Ausbau der bosnischen Landesbahnen nicht solche Schwierigkeiten hätte bereiten sollen. Andererseits konnte sich auch die ungarische öffentliche Meinung davon überzeugen, daß auf wirtschaftlichem Gebiete die Verwendung von staatsrechtlichen Waffen nur dann zu einem gedeihlichen Erfolge zu führen vermag, wenn man sie den wirklichen Bedürfnissen des Lebens entsprechend verwendet. In der zweiten Gruppe der Fragen sind jene zusammenzufassen, die schon vor dem Kriege bestanden haben und auch nachher fortbestehen bleiben. Redner urteilt namentlich die Neuorganisation unserer diplomatischen Auslandsvertretungen vom Standpunkte des Wirtschaftslebens, ferner die Reform der Arbeiterversicherung in Verbindung mit der Versorgung der Invaliden.

Am eingehendsten befaßte sich der Referent mit der dritten Gruppe, das heißt mit jenen Fragen, die vor dem Kriege nicht bestanden haben, sich aber jetzt mit voller Kraft geltend machen werden. In erster Reihe bracht Redner das Projekt der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland zur Sprache. Er gelangte im Verlaufe seiner Ausführungen zu dem Ergebnis, daß sofern die deutsche öffentliche Meinung das engere wirtschaftliche Verhältnis Oesterreich-Ungarns und Deutschlands nach dem Kriege verwirklichen will, man weder bei uns

noch in Deutschland vergessen dürfe, daß vor allem die Frage der Valuta eine Lösung erheischt, ferner daß diese die einzige wirtschaftliche Frage sein wird, die (wie dies seit 1865 auch das Beispiel der lateinischen Münzunion zeigt) beratet gelöst werden muß, daß die wirtschaftliche Souveränität keines Landes darunter leide. Sofern also die öffentliche Meinung sich mit der Frage der Zollunion von mehreren Seiten zu beschäftigen liebt, empfiehlt demgegenüber der Redner den Interessenten, sich vor allem mit der Valutafrage zu befassen. Eine fixe Relation zwischen Krone und Mark, welche die Notenbanken der beiden Reiche durchführen würden, wäre das Problem, woran sowohl die öffentlichen Meinungen in Ungarn als auch in Oesterreich und Deutschland in erster Reihe zu denken hätten. Das größte

innere Problem der ungarischen Volkswirtschaft wird jedoch nach dem Kriege die Bodenpolitik sein. Um dieses großzügige Ziel in nationaler Richtung verwirklichen zu können, dazu bedarf es des einträchtigen Zusammenwirkens der Landwirte und der Fabrikindustrie.

Der Vortragende prüft die volkswirtschaftlichen Wirkungen der bisherigen Kriege bei den einzelnen Staaten und weist nach, daß die unmittelbare Folge der Napoleonischen Kriege in Deutschland die Befreiung der Förlagen war. Die finanzielle Versorgung des Burenkrieges hat in England zu radikalen Bodenreformen geführt. Die Balkankriege haben auch jetzt große Nationalitäten-Kolonisationsaktionen nach sich gezogen. Am charakteristischsten ist jedoch die Wirkung des russisch-japanischen Krieges auf die Volkswirtschaft Rußlands, das nach diesem Kriege die riesigste volkswirtschaftliche Reform durchgeführt hat, welche die Weltgeschichte bisher kennt. Durch diese Reform gelangten die Bauern zu eigenem Grund und Boden, die Kommunitäten (Mir) wurden aufgelöst, staatliche und Krongüter parzelliert und endlich hat die große Agrarbank Großgrundbesitze zusammengekauft, um sie in die Hände der Bauern gelangen zu lassen. Auf diese Art sind in Rußland in fünf Jahren etwa 40 Millionen Joch in das individuelle Eigentum der Bauern übergegangen, und der Staat selbst hat während dieser Zeit 62 Millionen Rubel auf diese Reform verwendet. Die Agrarbank selbst hat aus Kronländern und durch die Parzellierung größerer Besitztümer 12 Millionen Joch in Bauerngüter umgestaltet, was etwa dem zehnten Teil Deutschlands entspricht. Diese Rückwirkung des Krieges auf das Bodenproblem wird bei uns umso kräftiger zutage treten, als die ganze Verteilung unseres Grundbesitzes eine ungesunde ist, was auf die bedauerliche Tatsache zurückzuführen ist, daß die Intensität unserer Produktion hinter den Anforderungen unserer Volkswirtschaft zurückbleibt. Während in Deutschland der Großgrundbesitz nur ein Prozentel des Gebietes des Landes umfaßt (bei uns dreißig Prozent), sind dort die Erntedurchschnitte weit größer als die unsrigen, und sie sind in ständigem Steigen begriffen.

Der Kriegszustand hat uns gelehrt, daß die Erhöhung der Intensität der landwirtschaftlichen Produktion nicht bloß ein spezielles Interesse des betreffenden Eigentümers, sondern ein allgemeines Interesse ist, weil unser Fortbestand, unsere Kriegsbereitschaft und unser industrieller Fortschritt in erster Reihe davon abhängen. Es müssen demzufolge alle großen Hindernisse, die dieser Intensität im Wege stehen und die Durchführung dieser Bodenpolitik unmöglich machen, beseitigt werden. Deshalb wird denn auch nach Ansicht des Vortragenden das heutige System der gebundenen Besitztümer nach dem Kriege nicht aufrecht erhalten werden können, weil es sowohl mit der richtigen Besitzverteilung, wie mit der intensiven Ausnutzung des Bodens im Widerspruch steht. Diese aber sind nicht nur die unerläßlichen Vorbedingungen unserer landwirtschaftlichen, sondern auch unseres industriellen Fortschritzes und unserer Kriegsbereitschaft.

Schluss der Generalversammlung.

Der Vortrag wurde mit größter Aufmerksamkeit angehört und von lebhaftem Beifall begleitet. Zum Schlusse wurde der Vortrag stürmisch applaudiert.

Vizepräsident Manfred v. Weiß dankte zum Schlusse sowohl dem Vortragenden wie den Erschienenen und schloß die Generalversammlung mit dem Wunsche, daß nach dem Kriege die Nation zu neuem Leben erwachen möge und jene Opfer, die die Nation erbracht hat, sich nicht als nutzlos erweisen mögen.

Ausnahmsbestimmungen über das Patentwesen während des Krieges.

Eine Ministerialverordnung, die heute im Reichsgesetzblatt kundgemacht wird, sieht eine Ausgestaltung der Ausnahmsbestimmungen vor, die mit der Ministerialverordnung vom 2. September 1914 anlässlich des Kriegszustandes auf dem Gebiete des Patentwesens getroffen worden sind.

Die Neuerung geht im Wesen dahin, daß die Stundung der Jahresgebühren für Patentanmeldungen und Patente und deren Verfahrensgebühren für gewisse Rechtsmittel und Ansuchen nicht bloß wie bisher den im militärischen Dienste oder sonst in militärischer Verwendung stehenden Personen, sondern auch an **andere** Personen bewilligt werden kann, wenn sie infolge der Kriegereignisse an der rechtzeitigen Einzahlung der Gebühr gehindert sind. Dadurch wird diesen Personen, ebenso wie den Militärpersonen die Möglichkeit geboten, von vornherein ihre Patentanmeldungen, ihre Patente oder ein eingebrachtes Rechtsmittel auch durch spätere Einzahlung der Gebühr aufrecht zu erhalten, während sie bis jetzt den mit der Versäumung der Gebühreinzahlung verbundenen Rechtsnachteil des Verfalles der Patentanmeldung oder des Patentes und der Ausschließung von dem Rechtsmittel nicht im vorhinein verhindern, sondern ihn nur nachträglich unter Einzahlung der versäumten Gebühr beseitigen konnten.

Warnung vor englischen Industrie- spionen.

Von der „Vereinigung gewerblicher Ausstellungs-, Handels- und Exportinteressenten Niederösterreichs“ (Fachgruppe des Deutschösterreichischen Gewerbebundes) geht uns unter voranstehendem Titel die nachfolgende Aufschrift zu:

„Wie in Deutschland amtlich mitgeteilt wird, sollen von England nach Deutschland und auch nach Oesterreich Sachverständige geschickt werden, um sich bei uns über Produktionserhebungen, Lohnverhältnisse und sonstige Betriebsgeheimnisse Unterlagen zu verschaffen und gleichzeitig danach zu trachten, Muster und Preise der Waren zu erhalten. Die Absicht dabei ist offenkundig, man will ganz einfach Produktionszweige, die bei uns heimisch sind, womöglich ins Ausland verpflanzen und damit unsere Ausfuhr unterbinden. Daß dies möglich ist, beweist die bei uns einst blühende Perlmutterindustrie.“

Man scheut sich in England auch gar nicht, dies offen auszusprechen. Im Zusammenhang damit soll im Auftrag des British Trade Intelligence Departement von Kelly Directories Ltd. eine Monatszeitschrift herausgegeben werden, deren Zweck es ist, dem österreichischen und deutschen Handel soweit als möglich Abbruch zu tun. Es ist daher äußerste Vorsicht und Zurückhaltung in allen Gesprächen mit ausländischen Herren dringend geboten. Insbesondere sollten Besichtigungen von Betrieben durch Ausländer, dann die Bekanntgabe von Erzeugungsmethoden, Lohnverhältnisse, Herstellungswesen, Bezugsquellen, Absatzgelegenheiten usw. auf keinen Fall mehr gestattet werden. Der es dennoch tut, sollte als Vaterlandsverräter behandelt werden.“

Ersatz und Verhütung von Kriegsschäden.

□ Berlin, 28. Mai. (Telegr.) Der deutsche Handelstag beriet in einer Kommissionsitzung über die Frage des Ersatzes von Kriegsschäden. Bei der Unmöglichkeit, alle Schäden zu ersetzen, stimmte die Kommission der Beschränkung des Ersatzes auf solche Schäden zu, die sich als Sachschäden oder als Schäden an Leib und Leben darstellen und durch Gewalttätigkeiten der feindlichen Bevölkerung oder der feindlichen Behörden oder durch gesetzgeberische Anordnungen der feindlichen Regierungen herbeigeführt worden sind. Die Handelskammern sollen eine eigene Tätigkeit bei der Sammlung und Feststellung von Kriegsschäden nicht mehr ausüben, nachdem andere Stellen damit amtlich betraut worden sind. Zu den Forderungen an Angehörige feindlicher Staaten erklärte die Kommission, die Bestrebungen, eine Befriedigung der deutschen Gläubiger oder eine Bevorschussung der deutschen Guthaben aus feindesländischen Guthaben in Deutschland während des Krieges herbeizuführen, seien verfehlt. Dagegen wurde die Notwendigkeit betont, den der Reichsregierung zum Ausdruck gebrachten Gedanken der Pfandhaltung an feindlichen Guthaben und Vermögensstücken im Inlande zugunsten der Gesamtheit deutscher Ansprüche weiter zu verfolgen. Als Grundlage für ein derartiges Vorgehen wurde der alsbaldige Erlass eines die Anmeldung der Forderungen und Schulden vorschreibenden Gesetzes gefordert.

Die italienischen Firmen in Wien.

Wie kurz nach den Kriegserklärungen der Ententemächte und ihrer Genossen die allgemeine Aufmerksamkeit auf die bei uns lebenden Angehörigen dieser Staaten gelenkt wurde, so hat die letzte Kriegserklärung unseres bisherigen Bundesgenossen dies um so mehr getan, als in Wien so viele Gewerbs- und Geschäftsleute und Firmen bestehen, die italienische Namen führen, weit mehr als etwa englische oder französische. Denn abgesehen von den in großer Anzahl in Wien bestandenen „Gefirornensalons“, deren Firmatafeln italienische Namen trugen, gibt es auch noch eine ziemlich große Menge von Geschäften der Südfrüchten- und Delikatessenbranche, deren Inhaber italienische Namen haben. Man wäre demnach aufs erste versucht, zu glauben, daß nunmehr eine plötzliche Einstellung und Schließung all dieser Geschäfte eintreten würde. Dem ist nun aber bei weitem nicht so, denn diese „Italiener“ sind fast sämtlich Staatsangehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie, die aus dalmatinischen, kustenländischen oder südtirolischen Städten stammen. Unter den vielen italienischen Namen, die auf Wiener Firmenschildern prangen, ist kaum ein Dutzend „echter“. Diese Feststellung wurde bereits von einer Handelsbehörde gemacht, die eben noch daran ist, weitere Erhebungen in dieser Richtung zu pflegen, um für den Fall, als so wie bei den französischen, englischen und russischen Firmen Gegenmaßnahmen in Form von Geschäftsüberwachung, Zahlungsverbot usw. notwendig werden, vorbereitet zu sein. In Anbetracht des Umstandes aber, daß unter den „italienischen“ Firmen Wiens nur eine ganz geringe Anzahl sich befindet, die Angehörigen des feindlichen Staates gehören, dürften auch gegen die wenigen bis auf weiteres keine Maßnahmen gesetzt werden. Es besteht bei uns augenblicklich auch die Absicht, nur dann Maßnahmen gegen die italienischen Kaufleute zu treffen, wenn solche in Italien gegen unsere Staatsangehörigen getroffen werden. Was die Vertretungen italienischer Fabriken, etwa der Steinnußknopf-, der Seiden- und Automobilbranche, in Wien betrifft, so sind diese wieder meist in der Hand von Oesterreichern und in der Regel nur Zweigvertretung zu dem ausländischen Hauptgeschäft. Eine italienische Automobilfabrik, die „Itala“, hat übrigens ihre Verkaufsfiliale auf der Ringstraße bereits geschlossen und die Firmenbezeichnung von der Fassade des betreffenden Hauses herabnehmen lassen.

Krieg und Wirtschaftsleben.

Wechselreiterei gilt im geschäftlichen Leben für unehrenhaft. A steht auf B und B auf A einen Wechsel. Die Wechsel werden akzeptiert und dann diskontiert, und zwar, damit die wahre Ursache des Geschäfts nicht zutage tritt, bei verschiedenen Bankfirmen. Zur Deckung werden bei Verfall zwei neue Wechsel ausgeschrieben, mit denen dann wieder in gleicher Weise verfahren wird.

Augenblicklich blüht die politische Wechselreiterei auf finanzieller Grundlage. In London, der Heimat der sogenannten Schlittensfahrer, besteht seit dem Beginn des Weltkrieges eine G. m. b. H. zur Ausbesserung und wirtschaftlichen Schwächung des deutschen Volkes, der jetzt verlockt durch die in Aussicht gestellten glänzenden Dividenden, ein neuer Genosse beigetreten ist. Dars Werte hat er nicht einbringen können, aber der Treubruch gegen seine bisherigen langjährigen Freunde ist ihm als ideeller Wert hoch angerechnet worden. Zunächst ist er ihm gutgeschrieben worden, denn die Direktion der G. m. b. H. in London hält stinkende Münze fest und verweist die Beteiligten auf den gegenseitigen Akzeptaustausch. Die so entstandenen Finanzwechsel versteht dann John Bull mit seinem Giro und schickt sie über den großen Teich an Bruder Jonathan.

In Großstädten soll es Gelbente geben, die Kapitalneuhenden in Ausnutzung ihrer Kostlage gegen Akzept nicht bares Geld, wohl aber Teppiche, Gemälde, Automobile, Pferde usw. anhängen und es den Empfängern dann überlassen, diese Sachen selbst zu Geld zu machen. Wenn über der Wechsel fällig ist, bestehen sie aufbarer Einköpfung. Zu dieser Sorte von Gelbenten gehört augenblicklich Bruder Jonathan. Gegen die Akzente Frankreichs, Italiens, Russlands und Serbiens, die aber sämtlich von England gegengezeichnet sein müssen, liefert er nicht das so notwendig gebrauchte Geld, wohl aber Bomben, Granaten, Unterseeboote, Gewehre, Patronen, Pferde und alle die anderen Dinge, die in einem neuzeitlichen Kriege gebraucht werden. Die Wechsel aber legt er vorläufig in seine Mappe, um sie bei Fälligkeit zur Zahlung in Gold zu präsentieren. So ist der Amerikaner stiller Gesellschafter der Londoner G. m. b. H. geworden. In dem Lande der Panlees nennt man ein derartiges Verfahren praktische Neutralität üben. Bruder Jonathan geht dabei von dem Gedanken aus, daß es eine einseitige Begünstigung Deutschlands und ein Bruch der Neutralität wäre, wenn er dessen Gegnern seine Wechsel diskontieren und ihnen keine Kriegslieferungen machen würde.

Ob und in welcher Weise die Schuldner Amerikas die Wechsel bei Fälligkeit einlösen werden, macht den New Yorker Geldgebern keine Sorgen. Sie werden sich schließlich an den Mitverpflichteten, England, halten, und es dann diesem überlassen, sich mit seinen Kriegsgesellschaftern auseinanderzusetzen. Am wenigsten dürfte bei Italien und Rußland zu holen sein, deren schließlicher Staatsbankrott schon jetzt mit ziemlicher Sicherheit vorausgesagt werden kann. Wir haben wenigstens bis jetzt noch nichts davon gelesen, daß aus den genannten beiden Ländern Goldsendungen nach den Vereinigten Staaten gegangen wären. Wohl aber sind erst kürzlich aus Frankreich 5 Millionen Dollar Gold nach New York gestossen, womit soll der Beitrag der diesjährigen amerikanischen Goldeinfuhr auf 60 345 000 Dollar erhöht. Davon kamen aus Kanada, b. H. mit andern Worten, aus England, 37 920 000 Dollar, aus China 3 700 000, aus Japan 7 375 000, aus London direkt 1 050 000, aus Südamerika 1 000 000, aus Dänemark 300 000, aus Holland 2 000 000 und aus Frankreich 7 000 000 Doll.

In Anbetracht der wenig günstigen finanziellen Verhältnisse Rußlands wurde bei uns in Deutschland der Rubel bis vor kurzem immer noch viel zu hoch bewertet. Da verhältnismäßig große russische Grenzgebiete von uns besetzt sind, in diesen aber die gekauften Waren in russischer Währung bezahlt werden, war der Bedarf an Rubelnoten und der verhältnismäßig hohe Preisstand derselben erklärlich. Es wiederholte sich hier dieselbe Erscheinung, die wir nach der Besetzung Belgens bei den belgischen Banknoten zu verzeichnen hatten. Das Beste wäre es, wenn in

den von uns besetzten russischen Gebieten möglichst bald ein Zwangskurs für die deutsche Reichsmark festgesetzt und jeder Verkäufer und Lieferant gezwungen würde, die Last des Rubels in Zahlung zu nehmen. In Rußland selbst hat der Rubel schon längst seinen bisherigen Wert eingebüßt und muß an jenem Tag immer mehr verlieren, seitdem die russische Notenpresse Rubelnoten in den Verkehr setzt, ohne gleichzeitig für die erforderliche Deckung zu sorgen. In welcher Weise sich die russische Baluta in letzter Zeit verschlechtert hat, geht u. a. daraus hervor, daß die russische Kreditkassette in der letzten Woche Zinsen auf London zu 120 Rubeln für 10 Pfund abzugeben hat, während noch der volle Wert des Rubels 94 Rubel für 10 Pfund beträgt. Franken stiegen bis 48½ Kopelen, Scherks an Schweizerische Bankten wurden sogar bis 49 Kopelen bezahlt, schwedische Kronen brachten bis 67½ Kopelen und 100 Dollar galten 254 Rubel. Noch nie hat in Petersburg während der ganzen Kriegsdauer die ausländische Baluta so hoch gestanden, wie augenblicklich, und noch nie war der russische Papierrubel so tief im Werte gesunken.

Um so erfreulicher gestalten sich fortgesetzt bei uns die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Geldmarkt bleibt andauernd flüssig, die deutschen Finanzen sind in bester Ordnung, die Kriegsanleihen stehen über dem Ausgabebelast, das Vertrauen ist allgemein, und niemand hat noch Sorge, daß den Engländern der Ausbesserungsplan gelingen könnte. Im Gegenteil, die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln hat sich bereits soweit abgewickelt, daß wir mit voller Sicherheit übersehen können, daß wir eine große Reserve derselbe behalten werden, wahrscheinlich etwa 20 vom Hundert. Kartoffeln werden bis weit in den August da sein, der Preis für Roggen hat um 25 Mark die Tonne, für Weizen sogar um 50 Mark herabgesetzt werden können. Unsere Montan-Industrie blüht bezüglich der Versorgung mit Rohmaterialien voll Ruhe und Zuversicht in die Zukunft. Rollen doch auch in der kommenden Woche der Roheisenverband und der Stahlwerksverband für Roheisen, Formeisen und Halbena Preis erhöhungen vornehmen, die den einzelnen Werken einen Ersatz für die gestiegenen Selbstkosten bieten sollen. Berücksichtigt man ferner, daß alle industriellen Unternehmungen, denen Kriegslieferungen übertragen worden sind, fortgesetzt bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt sind und außerordentliche Gewinne erzielen, so wird man den Wunsch vieler Börsenkreise nach einer demnächstigen Wiederaufnahme eines regelmäßigen Verkehrs verstehen können. Ob die seit dem 2. Juni in die Wege geleitete Beteiligung der Großbanken an dem freien Verkehr als Vorläufer für eine allseitige Wiederaufnahme der Wertpapiermärkte

zu betrachten ist, wird die weitere Entwicklung dieses Verkehrs lehren. Eine besondere Belebung des Börsengeschäfts erwarten wir vorläufig nicht. Aus diesem Grunde sollte die Börsenbehörde den Wünschen der Mehrzahl der Besucher der Fondsbörse entsprechen und für die Dauer der Sommermonate an den Sonnabenden die Börsenversammlungen ausfallen lassen. An der Pariser und Londoner Börse hat man eine diesbezügliche Absicht bereits in die Tat umgesetzt; dort waren freilich für den Börsenschluß an den Sonnabenden andere Gründe maßgebend, als in Berlin und Hamburg für eine derartige Maßnahme geltend gemacht worden sind.

— (Ausnahmsbestimmungen auf dem Gebiet des Patentschutzes.) Die Bestimmungen des geltenden Patentschutzgesetzes über die Schutzdauer von Patenten werden schon unter normalen Verhältnissen als mangelhaft empfunden. Die Höchstdauer des Schutzes im Ausmaße von drei Jahren ist in vielen Fällen zu kurz und hindert oft eine entsprechende wirtschaftliche Ausnützung des Patents. Die Unverlängerbarkeit der bei der Hinterlegung des Patents allenfalls beanspruchten kürzeren Schutzdauer von einem oder von zwei Jahren macht es dem Schutzwerber unmöglich, die Dauer des Schutzes den nach der Hinterlegung des Patents gewonnenen Erfahrungen über die Verwertbarkeit des Patents anzupassen. Diese Mängel fallen unter den herrschenden außerordentlichen Verhältnissen noch schwerer ins Gewicht. Ihnen für die Dauer dieser Verhältnisse abzuhelfen, bezweckt eine auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 29. August 1914 erlassene Ministerialverordnung, die heute im Reichsgesetzblatt und in der Wiener Zeitung kundgemacht wurde. Mit dieser Verordnung wird eine Hemmung des Beginnes und des Laufes der Schutzdauer von Patenten für die Zeit vom 26. Juli 1914, dem ersten Tage nach der Verkündung der teilweisen Mobilisierung, bis zu dem durch eine Verordnung seinerzeit festzusetzenden Tage vorgesehen. Es wird demnach bei Patenten, die in dem angegebenen Zeitraum hinterlegt worden sind, der Lauf der ganzen Schutzdauer, bei Patenten, die vor dem 26. Juli 1914 hinterlegt worden sind, der Lauf des an diesem Tage noch nicht abgelaufenen Teiles der Schutzdauer erst an dem durch die Verordnung festzusetzenden Tage beginnen. Diese Begünstigung wird auch den Patenten, deren Schutzdauer in der Zeit vom 26. Juli 1914 bis zum Beginn der Wirksamkeit der Verordnung nach den Bestimmungen des

Patentschutzgesetzes bereits abgelaufen ist, eingeräumt. Diese Patentrechte treten mit dem Beginn der Wirksamkeit der Verordnung wieder in Kraft. Doch wird zum Schutz derer, die etwa ein solches Patent nach dem Ablauf der normalen Schutzdauer noch vor seinem Wiederaufleben in Benützung genommen haben, die Bestimmung getroffen, daß sie wegen dieser Benützung nicht verfolgt werden können und daß sie das Patent in ihrem eigenen Betrieb weiter benützen dürfen. Diese Bestimmung ist geboten, damit der durch das Erlöschen des Patentrechtes geschaffenen Rechtslage Rechnung getragen werde und Störungen von Betrieben derer, die im Vertrauen auf diese Rechtslage ein freigeswordenes Patent in Benützung genommen haben, vorgebeugt werde. Patenten, deren ein- oder zweijährige Schutzdauer am 26. Juli 1914 noch nicht abgelaufen war oder die in der Zeit vom 26. Juli 1914 bis zu dem durch eine Verordnung festzusetzenden Tage für die Schutzdauer von einem Jahre oder von zwei Jahren hinterlegt werden, wird die weitere Begünstigung gewährt, daß eine Verlängerung der Schutzdauer bis zu drei Jahren durch Einzahlung einer Gebühr an die Handels- und Gewerbekammer bewirkt werden kann. Hierdurch wird dem Patentrechtigen die Möglichkeit geboten, nachträglich noch eine Verlängerung der schon durch die Hemmung erweiterten Schutzdauer zu erwirken und sich so das erreichbare Höchstmaß der Schutzdauer zu sichern.

Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Am Montag tritt in Frankfurt der zwölfte Genossenschaftstag des Zentralverbands deutscher Konsumvereine zusammen. Der Jahresbericht schildert zunächst die durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche Lage und die Wirkung auf die Konsumgenossenschaften. Die auf Grund eines Fragebogens bei 964 Verbandsvereinen angestellten Ermittlungsversuche reichen zu einem abschließenden Urteil der Gesamtwürdigung der volkswirtschaftlichen Vorgänge vorerst noch nicht aus, doch kann schon jetzt festgestellt werden, daß die Konsumgenossenschaftliche Entwicklung bis jetzt in nicht nennenswerthem Maße durch den Krieg beeinträchtigt wurde. Die Zahl der angeschlossenen Genossenschaften fiel im Berichtsjahr von 1197 auf 1149. Das ist auf die Bildung von Bezirksgenossenschaften zurückzuführen, was in der Vermehrung der Verkaufsstellen, die von 4882 auf 5168 stiegen, zum Ausdruck kommt. Der Warenumsatz der Arbeitsgenossenschaften bei der Großeinkaufsgesellschaft beziffert sich auf 1 133 000 M. Ihr Bankumsatz betrug 2 703 960 M. Die Spareinlagen der Konsumvereine erreichten die Höhe von 23,5 Mill. M. gegen 16,9 Mill. M. im Vorjahre. Der Nettoumsatz aller Konsumgenossenschaftlichen Organisationen des Zentralverbands stieg von 657,5 Mill. M. auf 681,5 Mill. M., und der Reinüberschuß erhöhte sich von 26 681 000 Mark auf 27 592 000 Mark.

Vom Jahre 1903 ab bis zum Berichtsjahre stieg die Zahl von 585 Vereinen mit 575 449 Mitgliedern auf 1157 Vereine mit 1 729 855 Mitgliedern. Die Zahl der in den Vereinsbetrieben beschäftigten Personen wuchs in diesem Zeitraum von 7081 auf 30 522. Der Gesamtumsatz stieg von 1903 bis 1914 von 176 auf 699 Mill. M. In eigener Produktion wurden hergestellt im Jahre 1903 für 15 Mill. M. Waren, im Jahre 1914 für 131 Mill. M. Der Wert der Warenbestände stieg von 1903 mit 19,2 Mill. M. auf 67,1 Mill. M. im Jahre 1914. Das Kapital, mit dem die Vereine arbeiten, setzt sich aus Geschäftsanteilen, Reserven aller Art, Spareinlagen, Hausanteilen und aus Hypotheken und Warenschulden zusammen und stieg von 39,4 Mill. M. im Jahre 1903 auf 243,9 Mill. M. in 1914. Bei 926 berichtenden Vereinen stieg der Umsatz in 1913 von 492 955 277 Mill. M. auf 501 855 640 in 1914.

Zum Heeresdienste wurden von 14 024 im Verbands Beschäftigten 3878 eingezogen und an die Heeresverwaltung 372 Pferde, 31 Fuhrwerke und 138 Automobile abgegeben. Nach Kriegsausbruch wurde eine größere Anzahl von Konsumvereinsbäckereien von der Heeresverwaltung requiriert. In anderen wurde für Rechnung der Heeresverwaltung Brot hergestellt. Die zum Zwecke der Kriegshilfe an Gehältern und Löhnen gemachten Abzüge verteilen sich mit 505 782 M. an Angestellte und Arbeiter, mit 314 844 M. an Mitglieder und mit 315 449 M. an gemeinnützige Anstalten. 17 Vereine beteiligten sich mit insgesamt 408 700 M. an der Kriegsanleihe. Zu den von den Reichsbehörden getroffenen Maßnahmen bemerkt der Bericht, daß das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien der Vereine, wo meist ein dreischichtiger Betrieb eingeführt war, eine recht empfindliche Störung hervorrief. Die von dem Direktorium der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse mit dem Zentralverband bezw. der Großeinkaufsgesellschaft angestrebte Aktion, die zu Beginn des Krieges vor dem Einfall der Russen gesicherten Getreidebestände im Interesse der Versorgung des Westens zur Ausmahlung und zur Verteilung an die Interessenten gelangen zu lassen, scheiterte an Umständen tatsächlicher Art. Auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die bei der Ausführung des Gedankens mitwirken sollten, waren nicht imstande, die tatsächlichen Schwierigkeiten zu überwinden.

Dem Zentralverband deutscher Konsumvereine gehörten im Berichtsjahr 48 Einkaufsvereinigungen an, die sich auf die neun Revisionsverbände verteilen. Der Umsatz der an die Einkaufsvereinigungen angeschlossenen Genossenschaften bei der Großeinkaufsgesellschaft stieg von 145,2 Mill. M. auf 147,8 Mill. M., also trotz der fünf Kriegsmomente eine Zunahme von 2,6 Mill. M. Die dem Verbands angeschlossene Verlagsanstalt und Verlagsgesellschaft erzielte einen Reingewinn von 183 767 M., und die Unterstützungskasse bei einem Vermögensbestand von 4 659 244 M. einen solchen von 166 646 M. Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft „Volkssfürsorge“ hat ein Aktienkapital von 1 Mill. M., wovon sich die Hälfte in genossenschaftlichen, die Hälfte in gewerkschaftlichen Händen befindet. Es ist in Aussicht genommen, daß eine größere Anzahl von Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine die Mitgliedschaft der „Volkssfürsorge“ erwerben soll.

Als neue Ziele des Verbandes hebt der Bericht hervor: die Organisierung des Geldwesens der Konsumgenossenschaftsbewegung durch Umwandlung der Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft in eine eigene selbständige, die Organisierung des Feuerversicherungswesens und die Nahrungsmittelversorgung der industriellen Bevölkerung auf der Grundlage der deutschen landwirtschaftlichen Produktion.

Tagung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

I.

□ Frankfurt a. M., 14. Juni.

Im großen Saale des Gesellschaftshauses des Zoologischen Gartens begannen heute Vormittag die Verhandlungen des 12. ordentlichen Genossenschaftstages des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Die Zahl der Delegierten füllte den Saal bis auf den letzten Platz. Namens der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist Umbreit-Berlin erschienen und vom hiesigen Sozialen Museum die Herren Professor Dr. Sahn und Wehlar. Ausländische Vertreter sind nicht erschienen. Den Verbandstag eröffnete der Vorsitzende Herr Barth-München, der die Delegierten sowie den Vertreter des Magistrats Bürgermeister Dr. Luppe und diejenigen der Zentralverbände der Väter und Transportarbeiter willkommen hieß. Er gedenkt noch derjenigen Delegierten, die auf dem Felde der Ehre ihren Tod fanden, und der Verbandstag ehrt das Andenken der Gefallenen durch Erheben von den Sitzen.

Bürgermeister Dr. Luppe begrüßte die Delegierten im Namen des Magistrats der Stadt. Wenn es gelungen ist, während des von England gewollten Auslieferungskrieges die Lebensmittel zu immerhin noch erschwinglichen Preisen zu bekommen, so verdankt man dieses auch den Konsumvereinen, die auf Grund ihrer Erfahrung und ihrer Organisation in der Lebensmittelverteilung zielichere Maßnahmen einschlugen. Wir erwarten als Ergebnis der Beratung, das sie Winke und Ziele bei der neuen Organisation der Ernte geben wird, und wünschen den Verhandlungen nach dieser Hinsicht den besten Erfolg. (Beifall.)

Stadtprofessor Dr. Stein hebt die Bedeutung der genossenschaftlichen und speziell der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung hervor und hofft, daß nach Beendigung des Krieges das, was sich glänzend bewährt habe, als feste Form auf der Basis der freien Selbstverwaltung dem Staatskörper dauernd eingefügt werde. Namens des Frankfurter Vereins hieß Herr Hopf die Delegierten willkommen.

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten, und referiert zunächst Herr Heinrich Kaufmann über „Die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine“. (Wir haben über die wichtigsten Daten und das Ziffermaterial bereits berichtet.) Wäre die Konsumgenossenschaftsbewegung auch nur zehn Jahre älter gewesen, dann hätte die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln noch wesentlich planvoller und großzügiger vor sich gehen können. Kann heute die Konsumvereinsbewegung die Gesamtversorgung auch noch nicht übernehmen, so erscheint es doch dringend notwendig, daß dem weiteren Ausbau der ganzen Bestrebungen in der Zukunft Hemmungen und Störungen erspart bleiben und ein Zusammenarbeiten mit den gesamten landwirtschaftlichen Genossenschaften gepflegt und gefördert wird.

Diesem Referat folgt das von Dr. Aug. Müller, der sich mit den speziellen Maßnahmen des Verbandes während des Krieges beschäftigt.

Die Hauptaufgabe der Vereine habe darin bestanden, daß sie das, was sie im Frieden pflegten, nunmehr auch im Kriege im Interesse des deutschen Volkes zu üben hätten. Die preisregulierende Tendenz der Konsumvereine gegenüber den Erscheinungen von Produzenten und des Zwischenhandels sei unbestreitbar. Wenn auch der Umsatzzugang von 8 Millionen Mark innerhalb der sechs Kriegsmonate vorhanden ist, so ist die Gesamtanlage der Konsumgenossenschaftsbewegung doch wenig von den Kriegseinwirkungen beeinflusst worden, was in der günstigen Entwicklung der Spareinlagen zum Ausdruck kommt. Die Vereine haben sich der durch die Kriegslage geschaffenen wirtschaftlichen Situation sehr rasch angepaßt und damit die wirtschaftliche Mobilmachung zu Kriegsbeginn sehr gefördert. Der Verband nahm Stellung zu der am Anfang des Krieges schon geplanten allgemeinen Brotversorgung, richtete an die staatlichen Behörden Eingaben, um den Beamten die Mitgliedschaft in den Konsumvereinen zu sichern, stellte der Reichsregierung das Preistabellen-Material der Großeinkaufsgesellschaft zur Verfügung und nahm an den Konferenzen des Reichsamts des Innern teil, die sich mit der Brot- bezw. Mehl- und Kartoffelversorgung und Butterlieferung befaßten. Bei allen Maßnahmen hat sich der Verband von der Hauptaufgabe leiten lassen, erstens die Vorräte zu sichern und zweitens bei der Preisfestsetzung den Standpunkt der Konsumenten zu wahren. Für die neue Ernte sei die Festsetzung der Höchstpreise nach den Sätzen des Jahres 1912/13, also ein Jahr, wo die Preise gute waren und man damit auch den für den Produzenten zweifellos eingetretenen Verteuerungen Rechnung tragen kann, zu empfehlen. Eine solche Preisfestsetzung in Verbindung mit der Aufrechterhaltung der Verteilungsorganisation wäre geeignet, einen Ausgleich der bestehenden Interessen herbeizuführen. Man habe durch den Krieg zweifellos viel gelernt und die große soziale Bewegung der Arbeiter habe sich in ihren Organisationen aufs glänzendste bewährt. Es ist zu hoffen, daß das anerkannt und mit der zukünftigen Kräftigung der Konsumvereinsbewegung auch die Sozialpolitik erhalten bleibe und ausgebaut würde.

Zu den Referaten liegt folgende Entschliebung vor:

Der zwölfte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, am 14. Juni 1915, zu Frankfurt (Main), nimmt Kenntnis von den seit Kriegsausbruch getroffenen Maßnahmen des Vorstandes und des Ausschusses des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und macht die hierbei beläugte Auffassung, daß die Konsumgenossenschaften die Pflicht haben, ihre gesamten Kräfte in den Dienst der Verteidigung der nationalen und wirtschaftlichen Existenz des deutschen Volkes zu stellen, zu derjenigen. Aufgaben und Wirkungsmöglichkeiten der Konsumgenossenschaften sind bestimmend für ihre Tätigkeit im Dienste vaterländischer Pflichterfüllung. Es wird erwartet, daß sich die Konsumgenossenschaften und ihre Zentralinstitute die Unterstützung und Förderung aller sozialen Kriegshilfsmahnumen und der Fürsorge für die Kriegsbefähigten mit allen verfügbaren Kräften angelegen sein lassen, wobei jedoch nicht außer acht zu lassen ist, daß der größte Dienst, den die Konsumgenossenschaften der Gesamtheit der Volksgenossen zu leisten vermögen, in der Aufrechterhaltung ihrer finanziellen Gesundheit und der hierdurch bedingten größten Wirkungsmöglichkeit auf dem eigentlichen Tätigkeitsgebiete der Konsumgenossenschaftsbewegung besteht. Alle zu treffenden Maßnahmen sind daher auch von dem Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Konsumvereine aus zu prüfen.

Im Hinblick auf den ungeheuerlichen Plan der Feinde Deutschlands, durch Aushungerung des nicht im militärischen Dienstverhältnis stehenden Volksteiles, der Frauen und Kinder, in völkerrechtswidriger Weise zu Ergebnissen zu gelangen, die durch Waffengewalt zu erreichen den Gegnern des deutschen und des ihnen verbündeten österreichisch-ungarischen und türkischen Volkes ver sagt ist, erklärt der Genossenschaftstag es für die Hauptaufgabe der Konsumgenossenschaften, mit ihren Mitteln und Kräften die Bestrebungen zur Sicherung der Volksernährung im Krieg und die Anpassung des gesamten Wirtschaftslebens an den Kriegszustand zu unterstützen. Im einzelnen ist hierzu folgendes zu betonen:

Die vom Reiche getroffenen Maßnahmen zur Vorratssicherung haben im großen und ganzen das gesteckte Ziel erreicht. Die hierbei nach und nach geschaffenen organisatorischen Einrichtungen bleiben deshalb zweckmäßigerweise erhalten. Sie bedürfen aber in Einzelheiten der Verbesserung, insbesondere ist ein größerer Einfluß der Verbraucher auf die Verwaltung und auf die Entschliebungen der verschiedenen vorkratförenden und vorkratverteilenden Gesellschaften zu fordern. Die Bestrebungen einzelner Interessengruppen, ausschlaggebenden Einfluß bei einzelnen wichtigen Organisationen zu erlangen, werden vom zünftigen ordentlichen Genossenschaftstage des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine nicht unterstützt. Dieser gibt vielmehr im Hinblick auf diese Bestrebungen sein Urteil dahin ab, daß zwar die sachverständige Mitwirkung keiner Interessengruppe seitens der verschiedenen, vom Reiche geschaffenen Gesellschaften entbehrt werden kann, die Verfassung dieser Gesellschaften aber so auszubauen ist, daß sie bei ihren Entscheidungen lediglich die Berücksichtigung des Allgemeininteresses, das sich mit den Anforderungen der militärischen Situation deckt, garantieren. Eine stärkere Beteiligung erfahrener Konsumgenossenschaftler bei der Verwaltung solcher Gesellschaften, die den Zwecken der Volksernährung im Kriege dienen, erscheint dem Genossenschaftstag geeignet zur Erreichung dieses Zieles. Er richtet daher an das Reichsamt des Innern das Ersuchen, bei der Anpassung der vorhandenen Einrichtungen an die Erfordernisse der Situation und bei der etwa notwendig werdenden Neuschaffung von Organisationen mehr als bisher die Mitarbeit von Praktikern des Konsumgenossenschaftswesens zu ermöglichen.

15./IV. 1915

153

Zugung des Zentralverbandes deutscher
Konsumvereine

Mit dem größten Nachdruck glaubt außerdem der Genossenschaftstag betonen zu müssen, daß Hand in Hand mit der Vorratsicherung eine Preispolitik zu gehen habe, die Rücksicht auf die Kaufkraft der Bevölkerung nimmt. Den Einkommensverhältnissen der breiten Volksmassen entsprechen die jetzigen Preise für Brot, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Fleisch und Fleischwaren und ähnliche für den Haushalt der großen Masse unentbehrliche Gebrauchsgüter nicht. Die ganz neue Situation, die mit dem Einbringen der neuen Ernte entsteht, ist daher zu einer erheblichen Herabsetzung der Preise durch eine zweckentsprechende Festsetzung von Höchstpreisen auszunutzen. Die Höchstpreise haben ihren Ausgangspunkt beim Produzenten zu nehmen und sind auf alle Zwischenstadien, die das Produkt durchläuft, ehe es in den unmittelbaren Konsum überführt wird, auszudehnen. Allgemeine, durch die Kriegsverhältnisse bedingte Aufwandskosten bei den Verwaltungen der Verteilungsgesellschaften sind, sofern es sich um Massenbedarfsgüter handelt, wie Getreide, Kartoffeln, Fleisch usw., von der Reichskasse als Kriegskosten zu übernehmen, die Verwaltungskosten, die für die Versorgung von Heer und Flotte mit solchen Gütern entstehen, sind gleichfalls auszusondern und vom Reiche zu tragen. Dem Genossenschaftstag erscheint es möglich, den Aufwendungen von Produzenten und Händlern gerecht werdende Preise zu erzielen, wenn als Ausgangspunkt für die Berechnung der Höchstpreise die Nahrungsmittelpreise dienen, die im Herbst und Winter 1912/13 auf dem Lebensmittelmarkte herrschten. Die Beachtung dieser Grundsätze ermöglicht die Ernährung des deutschen Volkes im Kriege zu Preisen, die zwar übermäßigen Gewinn einzelner ausschließen, dafür aber die Spar- und Kaufkraft der breiten Volksmassen nicht übermäßig schwächen. Durch eine solche Preispolitik wird nicht nur das Fundament unserer wirtschaftlichen Widerstandskraft gestärkt, sondern auch die Wiederbelebung der nationalen Volkswirtschaft nach Wiederherstellung des Friedens erleichtert.

Der Genossenschaftstag hält als weitere Maßnahme zur Sicherung und Regelung der Lebensmittelversorgung im Kriege außerdem noch für erforderlich:

Durchführung des Grundsatzes, daß ausreichende Mengen von pflanzlichen Nahrungsmitteln für 70 Millionen Menschen zu sichern sind, ehe die Viehhaltung berücksichtigt wird.

Möglichst frühzeitige Feststellung des Erntertrags und Verstärkung und weitere Ausdehnung des Beschlagsnahme- und Zwangsverkaufsverfahrens gegenüber falschen Deklarationen und Zurückhaltung der Nahrungsmittel zum Zwecke höherer Gewinnerzielung durch Produzenten und Händler.

Einschränkung der Trinkbranntwein- und Biererzeugung.

Aktivierung der Mehl- und Protrationen nach den Einkommensverhältnissen und der Art der körperlichen Arbeit, ferner Ausdehnung des Rationensystems auf andere Verbrauchsartikel, soweit letzteres notwendig erscheint.

Festsetzung bestimmter Handelsnormen für Anlieferung, Sachberechnung und sonstige Spesen.

Berücksichtigung der Konsumvereine und ihrer Großeinkaufsgesellschaft für die Warenverteilung aller durch Reich, Staat, Kommunalverbände oder Einzelkommunen übernommenen, den Verbrauchern zuzuführenden Waren-gattungen. Hierhin gehören u. a.:

Mehllieferungen an die Konsumvereine durch die zuständigen Kommunalverbände zum direkten Vertrieb und zur Herstellung von Brot und sonstigem Gebäck, auch für Vertriebsstellen, die sich nicht am Sitze der Genossenschaft befinden.

Lieferung von Kartoffeln und allen Futtermitteln an die Konsumvereine, soweit diese seitens einer Behörde oder von durch die Behörden errichteten Abgabestellen dem Handel zugeführt werden. Heranziehung der Konsumvereine als Warenabgabestellen für alle Fabrikate, die aus den beschlagnahmten und übernommenen Produkten gewonnen und den Verbrauchern durch Reich, Staat, Kommunalverbände oder Einzelkommunen überwiesen werden.

Von einem Kriegswirtschaftsplan, der den in dieser Resolution niedergelegten Anforderungen entspricht, erwartet der zwölfte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine die Sicherung der Volksernährung auch in den kommenden Kriegsmonaten. Er versichert die ausführenden Behörden der freudigen Mithilfe aller Konsumgenossenschaften bei der Durchführung dieser Maßnahmen.

Darauf folgt eine kurze Debatte.

Unser Handwerk und der Krieg.

Aus der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

In der gestrigen Sitzung der verstärkten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses stand zunächst die Lage des Handwerks auf der Tagesordnung.

Der Berichterstatter Abg. Dr. **Wenisch** trug einleitend folgendes vor: Die Lage des Handwerks seit Kriegsausbruch ist sehr bewegt und wechselvoll gewesen. Zunächst machte sich die allgemeine Folge des Krieges in den Einziehungen von Meistern und Gesellen geltend, die gerade beim Handwerk eine besondere Einwirkung deshalb zeitigt, weil der Handwerksbetrieb vielfach auf zwei Augen, auf denen des Meisters, steht. Gleichzeitig trat die Kreditnot beim Handwerk doppelt störend ein, weil leider das Bargeld noch immer weitverbreitet ist. Es war vielfach gar nicht möglich, die Außenstände einzuziehen, bevor der Mann zu den Fahnen eilen mußte. Bei weiterer Fortdauer des Krieges hing die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Handwerker davon ab, ob diese an Kriegslieferungen beteiligt wurden oder nicht. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage des Handwerks muß man diese Unterschiede der Betrachtung direkt zugrunde legen. Dazu kommt eine dritte Gruppe von Handwerksbetrieben, nämlich diejenigen, welche durch die Kriegsgesetzgebung besonders betroffen wurden. Es sind dies namentlich die Handwerksbetriebe, welche sich mit der Volksernährung befassen. Von den Handwerkern, welche mit Kriegslieferungen bedacht wurden, sind namentlich zu erwähnen die Handwerker des Bekleidungsgebietes, in vielen Fällen auch die Schuhmacher, Sattler, Tapezierer und auch die Schmiede und Stellmacher. Diese Handwerker haben in weitem Umfange guten Lohn und Verdienst gefunden. Schlimm dagegen steht es bei den nicht an Kriegslieferungen beteiligten Handwerkern aus. Hier ist in erster Linie zu nennen das Baugewerbe in allen seinen Zweigen, die Maler, Klempner, Bauhölzer, namentlich die Glaser, Drechsler und die Tischler, teilweise auch die Schlosser. Einzelne dieser Handwerkszweige sind allerdings in anderen verwandten Gewerben untergekommen. Zu leiden haben ferner das Buchgewerbe, die Buchdrucker, die Graphiker, ferner die Friseur- und andere. Gemindert wurden die Nachteile vielfach dadurch, daß durch die Einziehung vieler Handwerksmeister der Wettbewerb in den einzelnen Gewerben zurückgegangen ist, so daß die verbleibenden allein für den gesamten Bedarf zu sorgen hatten und teilweise guten Verdienst finden. Tiefgehend waren die Einwirkungen der Gesetzgebung auf

die Handwerke der Lebensmittelherstellung.

Diese Handwerke im ganzen wie ihre Einzelbetriebe sind stark beeinflusst worden durch die Beschlagnahme der Getreidevorräte, die Bildung der Kriegsgetreidegesellschaft mit ihrer Monopolstellung, die Beschlagnahme der Mehl- und Kartoffelvorräte, die Zwangsmahregeln zur Streckung oder Schonung unserer Mehlvorräte, die Maßnahmen auf dem Gebiete der Zuder-, Branntwein- und Gesegegewinnung und dergleichen mehr. Die Lage der Kleinmüllerei, die seit Jahrzehnten schon in beklagenswertem Rückgang sich befand, hat sich unter der Herrschaft dieser Maßnahmen noch erheblich verschlechtert. Auch das Verbot der Verfütterung von Brotgetreide sowie die Beschlagnahme des Hafers hat ihr einen schweren Schlag verfeht, indem ihr gerade derjenige Teil ihres Betriebes entzogen wurde, auf den sie den Großmühlen gegenüber besonders konkurrenzfähig war, nämlich die Lohnmüllerei und das Schrot- und Quetschen von Futtergetreide. Diese Eingriffe sind so tiefgreifend und umfangreich, daß man fürchten muß, daß der Niedergang der Kleinmüllerei weiter fortschreiten würde. Es ist aber zu hoffen, daß durch die Beschlüsse der Budgetkommission über die Neuordnung der Mehlerzeugung, denen die Regierung nicht widersprochen hat, auch den Kleinmühlen geholfen wird, da ihnen dadurch mehr Mahlgut zugeführt wird.

all die erschwerte oder verhinderte Einfuhr von Rohstoffen, die sich namentlich bei Häuten und Fellen sowie bei Gerbrinde und Gerbstoffen geltend macht.

Wie vorausgeschickt, haben diejenigen Handwerke, welche an Kriegslieferungen beteiligt sind, durch den Krieg vielfach erhebliche Vorteile. Hier ist auf das lebhafteste anzuerkennen, daß die Seeresverwaltung diese

Beteiligung des Handwerks an Lieferungen

planmäßig gefördert hat. Durch die Heranziehung der Innungen, durch die Bildung von Handwerkergenossenschaften, ist es ermöglicht worden, daß große Aufträge der Seeresverwaltung bis an den einzelnen Handwerksmeister gebracht worden sind. Es ist zu hoffen, daß hieraus dem Handwerk dauernd Nutzen auch für die Zukunft erwächst. Der Berichterstatter spricht die Überzeugung aus, daß dabei auch die Seeresverwaltung nicht schlecht gefahren ist.

Der Minister für Handel und Gewerbe

erklärte, daß die Beteiligung des Handwerks an den Seereslieferungen einen recht erfreulichen Umfang aufweise. Man habe sich teils durch Zusammenschluß in Genossenschaften und Lieferungsverbänden, teils durch besondere Vermittlungsstellen zu beteiligen gesucht. Auch Innungen hätten sich beworben. Das alles sei geschehen unter der Führung der Handwerkskammern, die sich aber selbst nach Lage der Gesetzgebung finanziell an derartigen Unternehmungen nicht beteiligen dürften. Darauf gerichteten Bestrebungen habe er entgegenzutreten müssen. Die Arbeiten seien, wie die Seeresverwaltung mitteile, im allgemeinen zufriedenstellend ausgeführt, besonders auch der größte Einzelauftrag auf Lieferung von Proviantwagen im Werte von 16 1/2 Millionen Mark. Vielfach habe sich indes bei den Bewerbungen um Lieferungen ein Mangel an leistungsfähigen Organisationen zum Nachteil des Handwerks fühlbar gemacht. Das sei ein Fingerzeig dafür, nach welcher Richtung hin nach dem Friedensschluß die Tätigkeit der Handwerkskammern besonders einzusetzen haben werde. Arbeitsgebiete, auf denen das Handwerk leistungsfähig sei, müßten ihm erhalten bleiben. Hier müsse das Handwerk auch gefördert werden, denn wo bleibe sonst eine gesunde Mittelstandspolitik. Er sei aber bereit, die Bestrebungen des Handwerks auf organischem Zusammenschluß zu fördern und wirtschaftlich leistungsfähige Vereinigungen zu unterstützen.

In der Kommission wurden die Ausführungen des Berichterstatters allseitig als zutreffend und richtig anerkannt. Insbesondere wurde hervorgehoben, daß für die Zukunft den Organisationsbestrebungen des Handwerks nach besten Kräften Vorschub geleistet werden müsse. Auch die Industrie stehe auf diesem Boden, wie denn insbesondere in der Industrie die

Zuweisung großer Lieferungen an das Handwerk

keineswegs etwa als die industriellen Interessen beeinträchtigend angesehen werde. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß zwar das Bekleidungsamt Berlin und andere Bekleidungsämter ganz im Sinne der Vorschläge des Berichterstatters verfahren, daß es aber auch Bekleidungsämter gebe, die es ablehnten, den Schuhmachern die Anfertigung von Stiefeln zu übertragen. Es wurde ferner gebeten, daß an Vätern in Orten mit starkem Fremdenverkehr größere Mehlmengen abgegeben würden, besonders bei Beginn der großen Ferien; ebenso an Gastwirte im Gebirge. Es wurde ferner angeregt, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge besonders für solche Handwerker sich interessieren solle, welche infolge von Verwundung umlernen und ein anderes Handwerk ergreifen müßten. Auch wurde darauf hingewiesen, daß staatliche Fürsorge für die aus dem Kriege heimkehrenden Handwerker am Platze sei, die durch den Krieg ihre Ersparrnisse und ihre Kundschaft verloren hätten.

Aus der Miete der Kommission wurde darauf hingewiesen, daß Handwerker bei den Anträgen auf Gewährung von Darlehen bei der Preuentkasse Schwierigkeiten gefunden hätten. Hierzu erklärte der Finanzminister, daß bislang Beschwerden an ihn nicht gelangt seien, daß er aber der Sache nachgehen wolle.

Aus der Kommission wurde ferner angeregt, daß zur augenblicklichen Besserung der Lage im Baugewerbe möglichst kommunale und staatliche Arbeiten in kleinen Dosen direkt an Handwerker vergeben werden möchten. Auch an Innungen sollten direkt solche Aufträge gegeben werden.

Tagung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

II.

□ Frankfurt, 14. Juni.

Nachdem die Referate über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und über die Maßnahmen des Verbandes während des Krieges erstattet waren — darüber ist im Ersten Morgenblatt berichtet, in dem auch die ausführliche vom Generalrat vorgelegte Resolution mitgeteilt ist — entstand eine kurze Debatte.

Redakteur Fleißner - Dresden bedauert, daß die maßgebenden Instanzen bei der wucherischen Preispolitik sehr oft versagt hätten. Er wendet sich gegen gewisse Motive in der Resolution, die er für überflüssig und schädlich hält. Den gleichen Standpunkt nimmt Frau Steinbach - Hamburg ein, die an dem Worte „nationale“ Anstoß nimmt und Streichung beantragt. Feuerstein - Stuttgart bemerkt hierzu, daß aus der ganzen Situation heraus die Betonung des nationalen Gesichtspunktes sich rechtfertige. Von 120 Generalratsmitgliedern hätten nur 10 gegen Kennzeichnung des nationalen Standpunktes gestimmt. Schmitt - Düsseldorf erachtete die markante Hervorhebung des nationalen Moments in der Resolution für überflüssig. Es müsse dafür gesorgt werden, daß das Volk, das sich so großartig gezeigt habe, auch politisch nicht versumpfe. Bauer - München weist auf die neuerliche Preispolitik beim Zucker hin. Zudem sich das Volk sowohl gegen diese wie auch gegen jede andere Auswucherung wende, wahre es immer die nationalen Interessen des gesamten Volkes. Dr. Müller - Hamburg verteidigt den gerügten Wortlaut in der Resolution. In einer so schicksalsschweren Stunde, wie der gegenwärtigen, wo es gelte die nationale Existenz zu wahren, müßte man deutlich aussprechen, wo man stehe.

Bei der Abstimmung werden die Abänderungsanträge abgelehnt und die vom Generalrat vorgelegte Resolution mit allen gegen fünf Stimmen angenommen.

Hierauf referiert Heinrich Kaufmann - Hamburg über „Das Versicherungswesen des Zentralverbandes“. Er schildert die mit größeren Gesellschaften abgeschlossenen Verträge und bezeichnet es als Aufgabe der Zukunft, daß sich die Konsumvereinsbewegung auch hier die Unabhängigkeit sichern müsse.

Lorenz - Hamburg weist in den Mitteilungen über den Internationalen Genossenschaftsbund darauf hin, daß alle bei Zusammenkünften ausgetauschten Reden und geäußerten Beteuerungen über den Frieden mit dem entfachten Weltbrand in nichts zerfallen seien. Der Charakter des Krieges habe gezeigt, daß er aus wirtschaftlichen Ursachen entstanden und der Endzweck der Gegner sei, uns zu schädigen und in unserer wirtschaftlichen Ausdehnung zu beschränken. Die Abwehr sei aus nationalen Gründen berechtigt gewesen, und der am 4. August erlassene Aufruf hätte schärfer lauten müssen, wenn man das Eingreifen Englands mit seinem Auswucherungsplan damals schon gekannt hätte. Die französischen Vertreter seien aus dem Bunde ausgetreten, die deutschen dagegen nicht. Aus Äußerungen englischer Genossenschaftsblätter gehe hervor, daß über den tatsächlichen Stand der Kriegereignisse dort drüben vollkommen falsche Anschauungen herrschen. Die englische und schottische Genossenschaftspressen spricht in den schmächtigsten Ausdrücken über Deutschland. Auch bezüglich des Auswucherungsplanes haben englische Genossenschaftsversammlungen im allgemeinen den Standpunkt eingenommen, den die englische Regierung gegenüber Deutschland vertritt. Nach dem Kriege werden die Völker trotzdem wieder zusammen-

arbeiten müssen, aber vor allem müsse man lernen, sich besser zu verstehen, besser, als es nach Äußerungen englischer Genossenschaftsblätter heute dort gegenüber Deutschland der Fall ist.

Die weitere Tagesordnung beschäftigt sich mit dem Bericht der Fortbildungskommission, mit dem Bericht über die Unterstützungsliste des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und über den Bericht des Tarifamtes zur Schlichtung gewerkschaftlicher Streitfälle.

Hierauf wurde der Verbandstag geschlossen.

Dem Geschäftsbericht der Großeinkaufs-Gesellschaft ist zu entnehmen, daß bis Ende Juli des verfloßenen Jahres eine Umsatzerhöhung von 7 679 735 Mark erzielt wurde. Für den Weltkrieg seien im Warengeschäft keine Vorbereitungen getroffen worden, man werde nach dem Kriege auf Grund der gemachten Erfahrungen entsprechende Maßnahmen treffen müssen. Der Warenumsatz beziffert sich auf 157 524 040 Mk., die Zahl der Gesellschafter stieg auf 818 mit 1479 Vereinen gegen 1559 im Vorjahre. Der Rückgang dieser Ziffer ist auf die Bildung von Bezirksvereinen zurückzuführen. Der Warenbezug von genossenschaftlichen Organisationen beziffert sich auf 9 045 814 Mk. Den bestehenden 48 Einkaufsvereinigungen gehörten 940 Genossenschaften an. Von den Produktionsbetrieben verzögerte sich die Fertigstellung der Leinwandfabrik Gröba und Seifenfabrik Düsseldorf. Ferner besitzt die Gesellschaft noch eine Seifenfabrik in Gröba, drei Zigarrenfabriken, eine Kautabak-, eine Rindholz-, eine Senf- und eine Kistenfabrik. Die Gesellschaft beschäftigte insgesamt 2015 Personen, und zwar 1145 männliche und 870 weibliche; für Gehälter und Löhne wurden 1 515 882 aufgewendet. Die freiwilligen Leistungen zugunsten des Personals beliefen sich auf 170 689,91 Mk. Bei der Bilanz stehen sich Aktiva und Passiva mit 70 688 160 Mk. bei einem Reingewinn von 2 174 357 Mk. gegenüber und das Gewinn- und Verlustkonto in Debet und Kredit mit 8 027 206 Mk. und dem gleichen Reingewinn.

Amtsitz der Triester Handels- und Gewerbekammer.

Erlaß des Magistrats-Direktors Dr. August Nüchtern vom 9. Juni 1915, M. D. 5977:

Die Handels- und Gewerbekammer Triest hat anher mitgeteilt, daß sie zufolge des Ausbruches der Kriegsoperationen in den südlichen Grenzgebieten im Einvernehmen mit dem k. k. Handelsministerium ihren Amtsitz provisorisch nach Wien verlegt hat und im Amtsgebäude der Wiener Handels- und Gewerbekammer, I., Stubenring 8/10, amtiert.

Ein Teil der Kammerfunktionäre und des Kammerbureaus ist jedoch zur Vernehmung lokaler Interessen bis auf weiteres in Triest zurückgeblieben.

Die für die Triester Kammer bestimmten Zustellungen haben daher derart zu erfolgen, daß Schriftstücke, welche rein lokale Fragen betreffen, bis auf weiteres nach Triest zu adressieren sind, während sonstige Schriftstücke an die Wiener Adresse der Kammer zu senden sind.

* Förderung deutschen Schaffens in Handel und Industrie. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat jetzt die amtlichen Handelsvertretungen und die beteiligten Verkehrskreise auch seinerseits auf den zur Förderung deutschen Schaffens in Industrie, Handel und Gewerbe und zur Bekämpfung der Fremdtümelei im Warenverkehr unter der Bezeichnung „Deutsche Arbeit“ gegründeten Verband hingewiesen. In dem Erlaß des Ministers heißt es:

„Am 21. November 1914 ist der Verband zur Förderung deutschen Schaffens in Industrie, Handel und Gewerbe und zur Bekämpfung der Fremdtümelei im Warenverkehr unter der Bezeichnung „Deutsche Arbeit“ gegründet worden. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin W. 50, Kankestr. 29. Der Verband hat sich zur Aufgabe gestellt, im gemeinsamen Interesse des deutschen Gewerbfleißes alle Bestrebungen zu vertreten und zu unterstützen, die darauf hinzielen, daß deutsche Erzeugnisse überall da, wo sie Gleichwertiges und Besseres bieten als ausländische, im deutschen Vaterlande entsprechend ihrer Güte gewürdigt werden. Der Verband bezweckt nicht die urteillose Verdrängung aller Auslandserzeugnisse, sondern die gerechte Würdigung gleichguter oder besserer Inlandsware. Es handelt sich um eine Kampforganisation in dem wirtschaftlichen Kriege, den unsere Feinde dem Deutschen Reiche aufgezwungen haben. Für diesen Kampf soll zunächst das nationale Bewußtsein der deutschen Industrie und des deutschen Handels gestärkt werden; deutsche Erzeugnisse sollen als solche bezeichnet und nicht mehr mit ausländischen Namen versehen oder über das Ausland als ausländische Waren vertrieben werden. In gleicher Weise sollen die deutschen Abnehmerkreise zu einer nationalen Auffassung erzogen werden. Sie sollen insbesondere davon abgebracht werden, ausländische und ausländisch scheinende Waren zu bevorzugen. Diesem Zwecke soll die Wander-Ausstellung „Deutsche Waren unter fremder Flagge“ dienen. Hier sollen die Verbraucher darüber aufgeklärt werden, mit welchen Mitteln bisher dem Vorurteile für fremdländische Ware Rechnung getragen werden mußte. Es ist in Sicherheit zu erwarten, daß die Bestrebungen des Verbandes bei sachgemäßer Durchführung sowohl in nationaler wie in volkswirtschaftlicher Beziehung als fruchtbringend erweisen werden.“

26
159

Der Deutsche Handelstag über den Ersatz von Kriegsschäden.

Der Deutsche Handelstag hat in einer am 21. Juni abgehaltenen Sitzung seines Ausschusses folgende Erklärung abgegeben:

Angeichts der großen Schäden, die durch den Krieg entstanden sind und noch entstehen werden, ist die Frage des Ersatzes dieser Schäden von weittragender Bedeutung. Zu ihrer Regelung ist nach dem Gesetz über die Kriegseinstellungen vom 13. Juni 1873 ein besonderes Gesetz erforderlich. Nachdem der Deutsche Handelstag bereits am 22. August 1914 die Aufstellung von Richtlinien von der Reichsverwaltung erbeten hat, sind erst am 18. und 27. April 1915 in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung Veröffentlichungen erschienen, die als Kundgebungen der Reichsverwaltung betrachtet werden können, ohne daß ersichtlich ist, wer die Verantwortung dafür trägt und die darin bekannt gemachten Bestimmungen erlassen hat. Diese Bestimmungen beziehen sich zunächst darauf, bei wem die verschiedenen Arten von Kriegsschäden anzumelden sind. Darüber hinaus wollen sie aber diejenigen Schäden ausscheiden, die nicht anmeldungsfähig sind, nicht erörtert und nicht berücksichtigt werden können. Eine so wichtige Entscheidung greift dem zu erlassenden Gesetz vor und kann nicht durch Preknoten getroffen werden. Nach der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung sollen die Schäden im Reichsgebiet durch die Landesbehörden, die Schäden in den Schutzgebieten durch das Reichskolonialamt und das Reichsmarineamt, die Schäden der Seeschifffahrt durch das Reichsamt des Innern, Abteilung 3, andere Schäden durch den Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen in Feindesland behandelt werden. Hierdurch ist der vom Deutschen Handelstag auf Veranlassung der Reichsverwaltung und des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe im Einverständnis mit ihnen ausgearbeitete Plan einer Feststellung der Kriegsschäden durch die Handelskammern und den Deutschen Handelstag beiseitegeschoben worden, obwohl der Reichskanzler (Reichsamt des Innern) erklärt hatte, daß die Aufgabe von keiner andern Stelle gleich gut wie vom Deutschen Handelstag zu lösen wäre. Der Ausschuß des Deutschen Handelstags nimmt hiervon Kenntnis und ist der Ansicht, daß nunmehr auch eine vermittelnde Tätigkeit der Handelskammern bei der Feststellung der Kriegsschäden nicht mehr in Betracht kommt. Hinsichtlich der Abgrenzung der anmeldungsfähigen Schäden läßt die Veröffentlichung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 18. April viel zu wünschen übrig. Nach ihrem Wortlaut würden alle Schäden, die durch den Einfall feindlicher Truppen in das Reichsgebiet verursacht sind, in deutschen Schutzgebieten durch kriegerische Maßnahmen des Feindes entstanden sind oder sich auf die Wegnahme, Zurückhaltung oder Festlegung deutscher Seeschiffe beziehen, anmeldungsfähig sein, mag es sich um Sachschäden oder um andere Schäden handeln. Ob dies so gemeint ist, muß dahingestellt bleiben. Bei den Seeschiffen ist der wichtige Fall der Zerstörung unerwähnt geblieben, bei den Schäden in Feindesland fehlt der wichtige Fall der Schädigung durch die feindliche oder die eigene Kriegsmacht; soweit jene Schäden das Eigentum betreffen, ist übersehen worden, daß das Eigentum nicht nur von Zivilpersonen, sondern auch von Militärpersonen in Betracht kommen kann; es ist nur von gesetzgeberischen Anordnungen der feindlichen Regierungen die Rede, während wohl von ihren Maßregeln schlechtthin gesprochen werden müßte. Während Eigentumschäden, die Deutschen in Feindesland durch gesetzgeberische Anordnungen der feindlichen Regierungen zugefügt worden sind, für anmeldungsfähig erklärt werden, sollen Verluste an deutschen Privatforderungen im feindlichen Ausland, die durch gesetzgeberische Maßnahmen der feindlichen Regierungen entstanden sind, nicht angemeldet werden. Diese beiden Bestimmungen sind nur dann miteinander vereinbar, wenn unter Eigentumschäden nur Sachschäden zu verstehen sind. Der Reichskommissar hat aber in einer Kommissionsitzung des Deutschen Handelstags vom 10. Mai 1915 erklärt, daß auch Schäden an Forderungen darunter fallen können. Das würde einen Widerspruch ergeben, wie auch die Erklärung des Reichskommissars zu einem Schreiben des Staatssekretärs des Innern vom 23. April 1915 in Widerspruch steht, in dem es heißt, daß die Anmeldung von Ersatzanprüchen, abgesehen von Schäden an Leib und Leben, auf die im Ausland entstandenen Sachschäden, die auf völkerrechtswidrige Handlungen zurückzuführen sind, beschränkt bleiben müssen. In diesem Schreiben ist wiederum die Voraussetzung der Völkerrechtswidrigkeit zu beanstanden, da sie auf Handlungen von Privatpersonen und gewöhnliche Handlungen der Kriegsmacht nicht paßt, ganz abgesehen von der Unsicherheit über den Inhalt des Völkerrechts. Der Ausschuß des Deutschen Handelstags macht auf diese Punkte beispielsweise aufmerksam, um den Wunsch zu begründen, daß die Angelegenheit noch sorgfältiger durchgearbeitet wird. Zu der Hauptfrage, ob die anmeldungsfähigen Schäden auf die Schäden an Leib und Leben und die Sachschäden zu beschränken seien, nimmt der Ausschuß des Deutschen Handelstags die Stellung ein, daß hierfür nur die Unmöglichkeit, alle Schäden zu ersetzen, spricht, daß aber im übrigen jene Beschränkung der innern Berechtigung entbehrt. Wenn 1871 der Seeschifffahrt auch andere Schäden ersetzt worden sind und dies auch jetzt in Aussicht genommen wird, dürfen die Interessen anderer Kreise nicht völlig dahinter zurückgesetzt werden. Wenigstens darf nicht von vornherein die Anmeldung anderer als der bezeichneten Schäden ausgeschlossen sein. 1871 sind Sachschäden in vollem Umfang, andere Schäden, abgesehen von der Seeschifffahrt, gar nicht ersetzt worden. Statt dessen müßte man den Kreis der zu ersetzenden Schäden erweitern und andere als Sachschäden nach Maßgabe der verfügbaren Mittel entweder ganz oder nur bis zu einer gewissen Höhe ersetzen.

Soweit die Entschliebung des Deutschen Handelstages, die mit ihrer überzeugenden Kritik das Thema des Kriegsschäden-Ersatzes von neuem in Fluß bringen wird. Unseres Erachtens frankten die bisherigen Kundgebungen der Regierung vor allem daran, daß sie sich — veranlaßt wohl durch historische Gutachten einiger Völkerrechtslehrer — allzu eng an das Vorbild des Schadenersatzes nach dem deutsch-französischen Kriege halten und übersehen, daß dieser Krieg in ganz anderm Maße ein Wirtschaftskrieg ist, darauf angelegt und darauf berechnet, die deutsche Volkswirtschaft im Ausland zu zerstören. Deshalb möchten wir auch, woran auch die Entschliebung des Deutschen Handelstages vorübergeht, in diesem Zusammenhang auf die großen Verluste hinweisen, die deutschen Kaufleuten, besonders in den feindlichen Hauptstädten, entstanden sind, als sie Hals über Kopf ihren Wohnsitz verlassen und zum Teil recht beträchtliche Werte dem Verderben oder der Entwertung ausgelegter Waren im Stich lassen mußten. In völkerrechtswidriger Weise hat z. B. die französische Regierung diesen Leuten nur wenige unzureichende Stunden gelassen, ihre Verhältnisse zu regeln, und sich später unter allerlei Vorwänden in den Besitz des Zurückgelassenen gesetzt. Nach den bisherigen Mitteilungen der Reichsregierung haben diese Pioniere des Deutschtums im Ausland keine Hoffnung auf Ersatz; vielleicht nimmt sich der Deutsche Handelstag auch ihrer an.

Rußlands Kampf gegen die deutsche Industrie.

⚡ **Berlin, 30. Juni. (Telegr.)** Nowoje Wremja vom 21. Juni teilt folgendes mit: Der Ministerrat prüfte das Gutachten der beim Handelsministerium einberufenen interressortlichen Versammlung zur Untersuchung der in Rußland bestehenden deutschen und österreichischen Handels- und Industrieunternehmungen. Der Ministerrat beschloß, drei Kategorien zu bilden: 1. solche, die vollkommen liquidiert werden müssen; 2. solche, die in staatliche Verwaltung übergehen; 3. solche, die nach ihrem Charakter und ihrer Tätigkeit keine besondern Maßnahmen erfordern. Nach diesen Normen würde dann jedes einzelne Unternehmen geprüft. Sehr eingehend wurde das Schicksal der 1886er Beleuchtungs-gesellschaft (Gründung der A. E. G., finanziert zum größten Teil durch die Deutsche Bank) besprochen. Der Ministerrat sprach sich dahin aus (trotz des vor kurzem erfolgten Nachweises, daß über 60 Prozent des Kapitals in Händen von Schweizern ist), daß die 1886er Gesellschaft mit deutschem Geld arbeitet und daher umgehend in staatliche Verwaltung zu nehmen sei. Die Leitung der weiteren Tätigkeit der Gesellschaft wird einem neuen, von der Regierung ernannten Direktorium übertragen werden. Im gleichen Sinne wurde über das Weiterbestehen des Moskauer Werkes Elektropredalscha entschieden. (Letzteres ist eine elektrische Kraftzentrale bei Bogorodsk, die ein großes Torfmoor erworben hat und es zur Herstellung von Elektrizität zur Versorgung des Moskauer Industriegebiets ausbeuten will. Es ist eine Tochter-

gesellschaft der 1886er. Mit dem Bau des Werkes ist vor zwei Jahren begonnen worden; es ist zum Teil in Betrieb.) Die grundsätzliche gesetzliche Regelung des Verfahrens gegen die deutsche Industrie soll als Notverordnung ergehen.

Die ungarische Industrie und die Wiener Verhandlungen.

(Telogramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 1. Juli.

Der Bund ungarischer Fabriksindustrieller hielt heute nachmittag unter dem Vorsitz von Julius Egger eine Versammlung ab, in welcher der geschäftsführende Direktor Dr. Gustav Szász über jene Beratungen Bericht erstattete, die vor einigen Tagen in Angelegenheit der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn in Wien stattgefunden haben. Er verweist darauf, daß, obgleich auch die ungarischen Teilnehmer es als wünschenswert bezeichneten, daß zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn innerhalb der durch die Notwendigkeit der Wahrung unseres Selbstbestimmungsrechtes und unserer einschneidenden wirtschaftlichen Interessen gezogenen Grenzen eine möglichst billige Annäherung zustande komme, die sich dem auf der Wiener Versammlung vorgelegten Antrage doch nicht anschließen konnte, weil darin eine detaillierte Umschreibung des künftigen handelspolitischen Verhältnisses enthalten war, auf die sie nicht eingehen konnten, ohne die wirtschaftlichen Wirkungen einer eventuellen Verwirklichung dieser Vorschläge vorher mit den einzelnen Industriezweigen ins reine gebracht zu haben. Nach Bemerkungen mehrerer Redner wurde der Bericht zur Kenntnis genommen und ausgesprochen, daß der Bund an allen Arbeiten zur Klärung der Modalitäten einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn auch in Zukunft gerne teilnehmen werde, vorausgesetzt, daß diese Arbeiten auf starker Grundlage innerhalb der durch die wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Länder gezogenen Grenzen unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Produktionsinteressen in einem jeden Lande durchgeführt werden.

* (Dem Beirat des k. k. Technischen Versuchsamtes.) Die letzte Vollversammlung, die den Beginn der zweiten dreijährigen Funktionsperiode dieser Körperschaft bildet, hatte einen auch für weitere Kreise interessanten Verlauf. Nach einer sehr warmen Begrüßung der Versammlung durch den Minister für öffentliche Arbeiten Dr. Erzka, in der er dem Beirat des Versuchsamtes und diesem für seine bisherige Tätigkeit volle Anerkennung zollte, und nach einem umfassenden Geschäftsbericht des Präsidenten Geheimen Rates Dr. Wilhelm Exner, der sich auf die abgelaufene Funktionsperiode und insbesondere auf das Kriegsjahr 1914/15 und dessen Beziehungen zum technischen Versuchswesen erstreckte, wurde eine Reihe von Anträgen gestellt und einstimmig angenommen. Diese sind: Das Technische Versuchsamte wird ermächtigt, Vorberatungen zu pflegen und Einleitungen zu treffen, die auf die Errichtung einer staatlichen Versuchsanstalt für Mällerei, Brotbereitung und Geseerzeugung, dann einer solchen für optische Gläser abzielen. Weiter beantragte der Großindustrielle Dr. Kolben in Prag, das Ministerium für öffentliche Arbeiten möchte im geeigneten Wege das k. u. k. Kriegsministerium darauf aufmerksam machen, daß der Beirat des Technischen Versuchsamtes, bestehend aus 57 Fachmännern aus allen Teilen Oesterreichs und von allen Fachrichtungen der durch das technische Versuchswesen kontrollierbaren Richtungen der industriellen Produktion, für Zwecke der Seeresverwaltung zur Verfügung stehe und im Interesse dieser herangezogen werden könnte. Endlich stellte der Professor an der böhmischen Technischen Hochschule in Brünn Anton Smrcek den Antrag, daß auch das dem Wasserbau-Ingenieurwesen dienende Versuchswesen durch Errichtung einer besonderen Sektion des Beirates den Vorteilen der ganzen Einrichtung des Technischen Versuchsamtes zugänglich gemacht werden sollte. Der Minister äußerte sich entgegenkommend, und es besteht daher kein Zweifel, daß die Durchführung dieser die Kriegsperiode markierenden Anregungen sofort in Angriff genommen werde.

7./VII. 1915

163

* Vom Beirat des Technischen Versuchsamtes in Wien. In der Vollversammlung des Beirates des k. k. Technischen Versuchsamtes in Wien wurde nach einer warmen Begrüßung der Versammlung durch den Minister für öffentliche Arbeiten Dr. Trnka und Erstattung eines umfassenden Geschäftsberichtes durch den Präsidenten Dr. Wilhelm Erner eine Reihe von Anträgen gestellt und einstimmig angenommen. Diese sind: Das Technische Versuchsamt wird ermächtigt, Vorkonferenzen zu pflegen und Einleitungen zu treffen, die auf die Errichtung einer staatlichen Versuchsanstalt für Mülkerei, Brotbereitung und Geseerzeugung, dann einer solchen für optische Gläser abzielen. Weiters beantragte der Großindustrielle Dr. Kolben in Prag, das Ministerium für öffentliche Arbeiten möchte im geeigneten Wege das k. u. k. Kriegsministerium darauf aufmerksam machen, daß der Beirat des Technischen Versuchsamtes, bestehend aus 57 Fachmännern aus allen Teilen Oesterreichs und von allen Fachrichtungen der durch das technische Versuchsamt kontrollierbaren Richtungen der industriellen Produktion, für Zwecke der Heeresverwaltung zur Verfügung stehe und im Interesse dieser herangezogen werden könnte. Endlich stellte der Professor an der Böhmisches Technische Hochschule

in Brünn, Anton Smroek, den Antrag, daß auch das dem Wasserbauingenieurwesen dienende Versuchsamt durch Errichtung einer besonderen Sektion des Beirates den Vorteilen der ganzen Einrichtung des Technischen Versuchsamtes zugänglich gemacht werden sollte. Der Minister äußerte sich entgegenkommend, weshalb kein Zweifel besteht, daß die Durchführung dieser die Kriegszeit markierenden Anregungen sofort in Angriff genommen werde.

9. VII. 1915

164

* (Zum Austritt des Reichsvereines der Bank- und Sparkassenbeamten aus dem Beirat des Ersten Wiener Konsumvereines.) Der Beirat des Ersten Wiener Konsumvereines, dessen Mitglieder von einer Reihe großer Konsumentenvereinigungen entsendet wurden, hat in seiner gestrigen Sitzung zu der vom Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten anlässlich des Austrittes seiner Delegierten in den Tagesblättern veröffentlichten Erklärung einstimmig nachstehenden Beschluss gefasst: Der Beirat bedauert den Austritt der Delegierten des Reichsvereines der Bank- und Sparkassenbeamten auf das lebhafteste, um so mehr als die vom Reichsverein entsendeten Vertreter durch ihre Sachkenntnis den organisierten Konsumenten aller Gruppen wertvolle Dienste hätten leisten können. Er ist nach wie vor der Ansicht, daß gegebenenfalls auftretende Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Vorstand des Ersten Wiener Konsumvereines, welche bei der Ausbildung einer so neuartigen organisatorischen Einrichtung, wie sie der Beirat darstellt, unvermeidlich sind, nicht durch eine unfruchtbare Absentierungspolitik und durch Rundgebungen in der Öffentlichkeit, sondern nur durch ein beharrliches, den Schwierigkeiten des organisatorischen Problems gerecht werdendes Weiterarbeiten überwunden werden können. Der von den Delegierten des Reichsvereines gewählte Weg schädigt die Konsumenteninteressen, weil er die Gegner des konsumentenoffenschaftlichen Gedankens, den alle Angestelltenorganisationen vertreten müssen, in ihren agitatorischen Bestrebungen fördert. Von dieser Anschauung geleitet, hat die Mehrheit der Beiratsmitglieder nach Ablauf der ersten Funktionsperiode in einer vom Obmann einberufenen Besprechung, an der die ebenfalls eingeladenen Delegierten des Reichsvereines der Bank- und Sparkassenbeamten nicht teilnahmen, über das Weiterverbleiben der Organisationen im Beiratsverbande einmütig beschlossen, im Interesse der von ihnen vertretenen Mitglieder ihre Mandate beizubehalten, wenn der Vorstand sich entschließt, den Wirkungskreis des Beirates entsprechend zu erweitern. Das ist geschehen. Wenn die neue Geschäftsordnung die An gelegenheiten administrativer und exekutiver Natur aus dem Wirkungskreis des Beirates ausschleudet, so erfolgt dies, weil der Beirat nicht in der Lage ist, eine Verantwortung für diese Ufgenden zu übernehmen, für welche nach dem Gesetze und dem Statut lediglich der Vorstand, die Direktion, sowie der kontrollierende Aufsichtsrat haftbar sind. Daß unter administrativen und exekutiven Angelegenheiten nicht die Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes, die Einführung neuer Geschäftszweige, Vorschläge über Aenderungen der Satzungen und Generalversamm lungsangelegenheiten, Errichtung neuer Betriebs stätten, Anregung von Reformen, prinzipielle Aende-

rungen der Dienstpragmatik des Personals, Wünsche aus Mitgliederkreisen und dergleichen fallen werden, ist für den Beirat selbstverständlich gewesen. Der Vorstand hat diese Auffassung bestätigt. Mit diesem verbürgten Wirkungskreise tritt der Beirat in die neue Funktionsperiode. Pflicht der Vertreter der Organisationen ist es, in bisheriger uneigennütziger Hingabe sich dieser Aufgabe zu unterziehen. Erst wenn trotz der neuen Geschäftsordnung wider Erwarten sich die Unmöglichkeit einer gedeihlicher Tätigkeit des Beirates erweisen sollte, wäre der Un sars gegeben, daß ernste Organisationen aus dem Beirat austreten.

Höchstpreise in Verträgen.

Zweifellos haben zur Zeit der Festsetzung der verschiedenen Höchstpreise in allen Geschäftszweigen alte Lieferungsverträge von langer Dauer, sogenannte Satzessivlieferungsverträge, auf Grund vorher festgelegter Preise bestanden. Sind diese Preise niedriger als die Höchstpreise, so kann kein Zweifel darüber aufkommen, daß sie weiter zu gelten haben, auch wenn die Verträge schon vor Ausbruch des Krieges abgeschlossen worden sind. Denn nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts hebt der Krieg bestehende Verträge nicht auf. (Urteil des Reichsgerichts vom 4. Mai 1915; III. 578/15.) Eine andere wichtige Frage aber ist die: „Haben die vor dem Krieg festgesetzten Preise den Höchstpreisen zu weichen? — oder sind die Preise der alten Verträge ausschlaggebend? Interessant ist, daß der Reichsanwalt den Standpunkt vertritt, daß die Höchstpreise die vertraglichen Preise aufheben.

Es handelt sich um folgenden Sachverhalt: Durch Vertrag vom 15. Juli 1914 schloß der Müller Georg Iver mit einem alten Kunden einen Mehllieferungsvertrag ab, auf Grund dessen er das ganze Jahr hindurch Mehl zum Preise von 46 Mark für den Doppelzentner zu liefern hatte. Er hat zu diesem Preise von August 1914 bis Februar 1915 geliefert, obgleich die Höchstpreise für das in Frage kommende Mehl auf 44 Mark für den Doppelzentner festgesetzt waren. Auf die Anklage wegen Ueberschreitung der Höchstpreise ist der Angeklagte durch Urteil des Amtsgerichts Jhehoe vom 21. April d. J. freigesprochen worden. Das Gericht nimmt an, daß der Angeklagte sich nicht strafbar gemacht habe, weil das Verbot keinerlei Auskunft darüber gebe, ob auch die den vor dem Kriege abgeschlossenen Verträgen zugrunde gelegten Preise den Höchstpreisen zu weichen haben.

Gegen dieses Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision beim Reichsgericht eingelegt; der Reichsanwalt vertrat die Revision und führte aus, daß bei Satzessivlieferungsverträgen die Höchstpreise maßgebend seien. Denn bei einer Kollision des öffentlichen Rechts mit dem Privatrecht hat letzteres dem öffentlichen Recht zu weichen. Der höchste Gerichtshof hat die Revision der Staatsanwaltschaft verworfen und folgendes ausgeführt: Der Senat hat die Frage dahingestellt gelassen, ob der Verkäufer die durch früheren Vertrag festgesetzten Preise nach den Höchstpreisen umzugestalten hat. Diese Frage hat hier keine Bedeutung, weil Höchstpreise, gegen die der Angeklagte verstoßen haben soll, gar nicht bestanden haben. Es handelt sich um Verkauf von Mehl im großen. Bis zur Zeit der Tat waren Höchstpreise für diesen Verkauf nicht ergangen, da die Landräte nur befugt waren, Höchstpreise für den Kleinhandel festzusetzen. Der Angeklagte ist deshalb mit Recht freigesprochen worden, und die Revision der Staatsanwaltschaft war zu verwerfen.

15. / VII. 1915

166

* (Austritt aus dem Beiräte des Ersten Wiener Konsumvereines.) Der Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten Oesterreichs ersucht uns um Aufnahme der folgenden Zuschrift: „Die Kundgebung des Beirates des Ersten Wiener Konsumvereines zwingt uns zu nochmaliger, die Angelegenheit aber damit für uns endgültig abschließenden Klarstellung des Sachverhaltes. Wir haben unsern Austritt aus dem Beiräte mit einer Reihe ausdrücklich angeführter Vorkommnisse begründet, die sich über fünfzehn Monate erstrecken und bis in die letzte Zeit reichen. In der Erwiderung des Beirates werden diese Tatsachen mit keinem Worte erwähnt. Wir haben fest-

gestellt daß ein sehr wichtiger Beiratsbeschuß, das Koalitionsrecht der Angestellten betreffend, vom Vorstande nicht einmal einer Ablehnung gewürdigt wurde, sondern ohne Beratung in den Papierkorb wanderte. Wir haben konstatiert, daß die im März dieses Jahres erfolgten Statutenänderungen, wie wohl sie die Rechte der Mitglieder auf ganz neue Grundlagen stellen, dem Beiräte nicht zur Begutachtung vorgelegt wurden. So hatte der Beirat auch keine Möglichkeit, sich zum Paragraph 28 der Statuten zu äußern, der es dem Aufsichtsrat anheimgibt, den Vorstandsmitgliedern „für besondere Funktionen“ nebst den Tantiemen beliebig hohe Vergütungen anzuweisen. Wir haben dargelegt, daß die Delegiertenliste für die Generalversammlung ohne Einvernehmen mit den im Beirat vertretenen Organisationen und ohne Berücksichtigung derselben aufgestellt worden ist, und daß die Beiräte nicht einmal als Zuhörer der Generalversammlung beizuhören durften. Die Bilanz wurde dem Beirat gar nicht vorgelegt. Er mußte sich begnügen, nachträglich in einer Resolution auszusprechen, daß die ohne sein Befragen erfolgte Herabsetzung der Rückvergütung bei vielen Mitgliedern um so größere Mißstimmung hervorgerufen habe, als die Tantieme des Vorstandes perzentuell eine weit geringere Ermäßigung erfuhr. Dieser dem Vorstand unbequeme Beiratsbeschuß wurde einfach totgeschwiegen und ist im offiziellen Vereinsorgan mit keiner Silbe angedeutet. Unrichtig ist es, daß die nach all diesen Vorgängen entstandene neue Geschäftsordnung des Beirates eine Erweiterung der Rechte beinhaltet oder einer Wiederholung dieser Dinge vorbeugt. Gerade das Gegenteil trifft zu, da die ominöse Klausel, wonach Angelegenheiten „administrativer oder exekutiver Natur“ von der Beratung ausgeschlossen sind, früher nicht existierte. In der Einfügung dieser Bestimmung, über deren freibeiwillige Dehnbarkeit kein Zweifel bestehen kann, ist wohl eine Erweiterung der Rechte nicht zu erblicken. Zur Kennzeichnung wollen wir indes noch hervorheben, daß sich in der darüber geführten Debatte herausstellte, auch die Bucheinsicht sei administrativer Natur und stehe also dem Beirat nicht zu. Wie man einen kaufmännischen Betrieb kennen lernen und verbessern soll, wenn Einkaufspreise, Einkaufsquellen, Verwaltungskosten, Vorratsmengen u. verborgen bleiben, ist ein Rätsel, dessen Lösung keinem Geschäftskundigen gelingen wird. Der auf Erlangung eines Einblickes in die Gebarung abzielende Antrag unsrer Delegierten, die Beiräte sollten den Vorstandssitzungen als Zuhörer anwohnen dürfen, wurde verworfen. Auf Grund dieses Tatbestandes und der im Verlaufe von fünfviertel Jahren gesammelten Erfahrungen mußten wir es ablehnen, noch länger das Odium für Maßnahmen zu tragen, die unter gänzlicher Nichtachtung des Vorhandenseins eines Beirates getroffen werden. Ob es den Konsumenteninteressen dienlicher ist, nach vielen Monaten uneigennützigsten Bemühens einen als falsch erkannten Weg aufzugeben oder weiterzugehen, überlassen wir getrost dem Urteil der Öffentlichkeit.

Der Ökonomist.

Die gegenwärtige Lage der nordböhmisches Industrie.

Von hervorragend industrieller Seite.

Wien, 14. Juli.

Wenn man die gegenwärtige Lage der nordböhmisches Industrie mit wenigen Worten kennzeichnen wollte, würde man sagen müssen, daß jene Industrien, die vornehmlich oder ausschließlich Luxusartikel oder Exportwaren herstellen, nach wie vor unter dem Kriege stark zu leiden haben, wenn es auch in diesen Industriezweigen einem oder dem anderen Unternehmen gelungen ist, die Erzeugung von Artikeln aufzunehmen, die für den Heeresbedarf Verwendung finden. Jene Industrien dagegen, die für Heereslieferungen arbeiten, und deren Zahl ist eine sehr bedeutende, sind im großen ganzen gut, zum Teil sehr gut beschäftigt, wobei einschränkend hinzugefügt werden muß, daß allerdings die Beschaffung der Rohmaterialien, die überdies außergewöhnlich hohe Preise erreicht haben, Schwierigkeiten verursacht. Industrien, die Konsumartikel für den zivilen Bedarf erzeugen, sind etwas weniger gut daran. Doch ist auch hier die Situation vielfach besser, als man ursprünglich gefürchtet hatte.

Was die Lage der einzelnen Industriezweige anlangt, so kann, um mit der Textilindustrie, die in Nordböhmen am stärksten vertreten ist, zu beginnen und zunächst über die Leinwandindustrie zu berichten, erfreulicherweise festgestellt werden, daß dieser Industriezweig seit Monaten im allgemeinen gut, ja zum größten Teil vollauf mit Arbeit versorgt ist. Die größeren Unternehmen sind wohl ausschließlich mit der Ausführung der übernommenen Heereslieferungen beschäftigt. Die Erzeugung von Kommerzware und seinen Militärtüchern geht bei diesen Betrieben nebenher. Die mittleren und kleineren Betriebe erzeugen Stapelwaren, wobei auch die Fabrikation mittelfeiner Tuche in der Armeefarbe eine nicht unbedeutende Rolle spielt. Die Absatzmöglichkeit für Stapel- und Kommerzwaren ist infolge des Krieges und der dadurch herbeigeführten außerordentlich großen Verminderung der männlichen Zivilbevölkerung sehr eingeschränkt. Es ist dies jedoch deshalb weniger fühlbar, weil infolge der nahezu ausschließlichen Beschäftigung der Großbetriebe mit Armeelieferungen in diesen Unternehmen die Herstellung von für den zivilen Bedarf bestimmten Warengattungen nahezu gänzlich eingestellt worden ist. Die Knappheit der verfügbaren Rohstoffe und deren außergewöhnlich hohe Preise machen sich sehr störend bemerkbar.

Für die Schafwoll- und Baumwollstreichgarnspinnerei trat unmittelbar nach Kriegsbeginn eine verringerte Absatzmöglichkeit zutage, infolgedessen eine Einschränkung der Arbeitszeit vorgenommen wurde. Ein Teil der Betriebe arbeitete nur an zwei bis drei Tagen der Woche. Dieser Zustand währte ungefähr drei Monate, wurde dann aber dadurch behoben, daß infolge großer Aufträge, welche die Garnabnehmer auf Decken erhielten, die Betriebe wieder in vollem Umfange weitergeführt werden konnten. Leider ist in der Erzeugung dieses Artikels infolge der Massenproduktion, denn alles hatte sich in dieser Zeit auf die Erzeugung solcher Decken geworfen und der Bedarf war bald gedeckt, sozusagen über Nacht ein Stillstand eingetreten. Für die Betriebe, die sich auf die Erzeugung solcher Deckengarne eingerichtet hatten, erwächst hieraus ein sehr bedeutender Nachteil. In den Vigognespinnereien konnte mit Hilfe indirekter Heeresaufträge bisher voll gearbeitet werden. Teilweise mußten die Betriebe sogar mit Überstunden arbeiten. Die Beschaffung des Rohmaterials ist in allen Streichgarnbetrieben eine sehr schwierige; der Umstand, daß die Vorräte inländischen Abfalls nicht unbedeutend waren, ermöglichte bisher die Aufrechterhaltung der Betriebe. Naturgemäß haben die Stapelartikel der Streichgarnspinnerei, die nach Ungarn, Galizien und auch nach anderen vom Kriege betroffenen Ländern geliefert wurden,

in ihrer Erzeugung eine wesentliche Einschränkung erfahren. Auf welche Zeit hinaus die Betriebe noch mit Aufträgen versehen sind, läßt sich nicht sagen. Unter den bestehenden Verhältnissen mußten selbstverständlich einzelne bisher sehr dankbare Artikel vollständig aufgelassen werden, und die Betriebe waren genötigt, sich der Erzeugung vollkommen neuer Warengattungen anzupassen. Daß sie dies in geradezu staunenswerter Weise zuwege gebracht haben, ist gewiß ein erfreuliches Zeichen für die Leistungsfähigkeit unserer Streichgarnspinnerei.

In der Teppich-, Möbelstoff-, Tischdecken- und Borängeerzeugung ist der Absatz gegenwärtig recht beschränkt, und es ist leider auch kaum Aussicht vorhanden, daß sich die Verhältnisse in der nächsten Zukunft bessern werden. Viele Betriebe waren während des Herbstes und Winters auf die Erzeugung von Militärdecken umgeändert worden, so weit dies die vorhandenen Betriebsmaschinen zuließen, und damit war auch für einen Teil der Arbeiter lohnende Beschäftigung vorhanden. Seit die Heeresverwaltung erklärt hatte, daß für den Bedarf an Decken vollständig vorgesorgt sei, fehlt es an Beschäftigung für diese Unternehmungen. Dazu kommt, daß die Preise von Zute und Wollgarnen, soweit diese erlangbar sind, eine Höhe erreicht haben, die deren Verwendung für die einschlägigen Artikel nahezu unmöglich macht.

Die Rattendruckereien litten in der zweiten Hälfte des Vorjahres an normaler Beschäftigung und wandten sich vielfach der Erzeugung von Heeresartikeln zu, indem sie einerseits eigene Waren für den Heeresbedarf, andererseits auch schwere Uniformstoffe zumeist im Lohn ausrüsteten. Es gelang so, den Betrieb, wenn auch in beschränktem Maße, aufrechtzuerhalten.

Seit Beginn 1915 werden auch Druckwaren stärker fabriziert, seit April hat sich ein reges Geschäft in Sommerwaren entwickelt, indem die Rundschaff aus allen Teilen

der Monarchie, auch aus Galizien, die Druckfabriken aufsucht und an Ort und Stelle größere Posten Waren einkauft. Die Lager sind infolge des lebhaften Geschäftes stark gelichtet, die Preise um 20 bis 30 Prozent erhöht, die Konditionen haben sich verbessert. Die Fabrikation ist durch die geringen Bestände an Rohwaren und durch den Mangel an vielen Produkten und wichtigen Farbmateriale erschwert und durch die enormen Preissteigerungen der Hilfsmateriale verteuert.

Die Rohvorräte an Winterwaren sind gering, infolgedessen dürfte die Beschäftigung der Rattendruckereien in späteren Monaten nachlassen. Der Preis von Winterwaren wird bedeutende Steigerungen erfahren.

Die österreichische Leinenindustrie ist seit dem Ausbruch des Krieges völlig durch die Heeresversorgung in Anspruch genommen, für welche sie überwiegend tätig ist. Die Kriegsverhältnisse haben die Grundlagen sowohl der Rohstoffversorgung als auch ihres Absatzes sowie ihrer Produktion selbst nicht unwesentlich geändert. Der Bezug des Rohstoffes, des Flachses, der zu drei Vierteln aus dem Auslande, zuvörderst aus Rußland, stammt, mußte ganz außer Betracht bleiben, die Spinnerei sowohl als die Weberei, die bisher nahezu zur Hälfte für den Export arbeiteten, wurden ganz auf das Inland angewiesen, wo das Heer in ganz überwiegendem Maße als ihr Konsument auftritt. Die Beschäftigung der Industrie ist eine lebhaft, soweit sie sich dieser Erzeugung anzupassen vermochte, wogegen einzelne Produktionszweige, wie zum Beispiel die Leinenbleicherei und diejenigen, die mehr auf die Kommerzware und die Exportware eingerichtet sind, vor allem die Hausweberei im allgemeinen und die Taschentuchweberei, ebenso die Erzeugung der feineren und Luxuswaren stark unter dem Kriege zu leiden haben. Ihre Grenze findet aber auch die intensive Beschäftigung mit Heeresartikeln an dem noch verfügbaren, ziemlich beschränkten Rohmateriale.

Der Krieg brach zu einer Zeit aus, wo von einer Einheimigung, geschweige denn von einer Ausarbeitung des Flachses zur spinnfähigen Marktware noch nicht die Rede war. An die Rohstoffversorgung aus Rußland für die neue Kampagne war nicht mehr zu denken; vielleicht hätte auch in normalen Zeiten diesmal die sehr schlecht geratene russische Ernte versagt. Was an inländischem Flachse noch erlangbar war, wurde naturgemäß rasch genug aufgekauft und die Preise erreichten eine noch nie dagewesene Höhe, sowohl was das Stroh als den schon ausgearbeiteten Flachse betrifft.

Die Hoffnung, daß sich die inländische Anbaufläche unter Flachs im kommenden Jahre wesentlich heben werde, ist auf Grund der auf das Doppelte und darüber gesteigerten Preise, die dem Landwirte einen außerordentlichen Gewinn bringen, vollauf berechtigt.

Erwähnt möge hier werden, daß die Landeskultur-räte von Böhmen und Mähren und Schlesien, der Hauptflachsbauländer, in eigenen Aufrufen an die Landwirte zu vermehrtem Anbau von Flachs und Hanf auffordern, nicht nur wegen der Textilfasergewinnung, sondern auch wegen der in der Kriegszeit dem Lande so sehr mangelnden Delsamen, von denen das Leinöl das bei weitem wichtigste ist.

Es würde dies auch von größter Bedeutung für das Flachsbrechergewerbe in Nordböhmen sein, welches in gleicher Weise durch die mit Kriegsbeginn erfolgte Einstellung der Zufuhr von Flachsstroh aus dem benachbarten Sachsen und Preussisch-Schlesien leidet. Das sonst durch die inländischen Brechhäuser zur Verarbeitung gelangte Quantum Flachsstroh aus Sachsen und Schlesien bezifferte sich auf jährlich zwischen 120.000 und 140.000 Meterzentner. Die Flachsbergungsgenossenschaften und mit ihnen die flachsbaulenden Landwirte sehen jedenfalls bei genügendem Anbau einem außerordentlich günstigen Jahre entgegen.

Auch für die Flachsweberei sind die Grundlagen der Erzeugung und des Absatzes seit dem Kriegsausbruche ganz verändert. Sie steht seither mit dem Großteile ihrer Erzeugung im Dienste der Heeresversorgung. Der Export, der früher an 40 Prozent der Erzeugung umfaßte, wurde durch das Ausfuhrverbot ganz unterbunden und der inländische Absatz mußte sich nunmehr nach dem Bedarfe der Webereien an Garnen für Heeresartikel richten, hinter denen die Garne für das sogenannte „Kommerzgeschäft“ zurücktraten.

Der Heeresbedarf rief die Nachfrage nach bestimmten starken Garnsorten und Nummern hervor, auf deren Herstellung sich die Spinnerei hauptsächlich einzurichten hatte. Demgemäß änderten sich auch die gewohnten Maßstäbe, die man an die Qualitätsabstufungen und die Sorten des Flachsmaterials, sowie dessen Vorbereitung, die den entsprechenden Garnsorten und Nummern anzupassen sind, legen muß, und man kann noch anfügen, daß die vermehrte Erzeugung starker Garne schon an die bloße Menge des Materials erhöhte Anforderungen stellt.

Die Frage der noch verfügbaren Flachsreserven, die durch den Import der 1914er Ernte nicht mehr zu ergänzen war, wurde dadurch auch noch etwas dringlicher. Um die Aufrechterhaltung des Betriebes für weiterhin wegen Rohstoffmangels nicht zu gefährden, wurde daher auch anänglich reduziert gearbeitet. Eine teilweise Lösung der Materialfrage ergab sich durch Zuweisung einer gewissen Menge Flachs aus den Lagern des okkupierten belgischen Gebietes an die österreichische Spinnerei, wenn dies auch mit einer normalen Rohstoffversorgung wenig zu tun hat, da diese Ueberweisung nur den Zweck verfolgte, die benötigten Heeresausstattungsgarne daraus zu spinnen.

Die Leinenweberei — und soferne sie damit verbunden wird, auch die Konfektion für Heeresartikel — ist für den Armeebedarf in vollem Maße beschäftigt. Dies gilt indessen zumeist nur für diejenigen Webereien und diejenigen ihrer Stühle, welche für diese Arbeiten verwendet werden können. Das Kommerzgeschäft dagegen liegt ziemlich still und es ist hervorzuheben, daß die Hand- und Hausweberei, zu deren Produktionsgebiet ja auch die für das Riesengebirge so wichtige Taschentüchererzeugung

gehört, sehr darunter leiden. In den Artikeln, welche durch die Hausweberei erzeugt werden, ist die Erzeugung vermöge mangelhaften Absatzes in diesen Waren teilweise bis zur Hälfte und noch mehr herabgegangen, so daß sich die Winterarbeit am Handstuhle und wohl auch der Verdienst hieraus sehr vermindert hatte. Der Ruf zur Fahne hat überdies so manchen Hausweber von seinem Stuhle abberufen, und jetzt, wo die landwirtschaftliche Arbeit alle Kräfte absorbiert, wird die Hausweberei noch weiter eingeschränkt werden.

Auch die mechanischen Webereien, denen vor allem die Erzeugung der Heeresartikel obliegt, haben mit den Schwierigkeiten zu kämpfen, die ihnen die zahlreichen Einberufungen verursachen. So manchem wird die Aufrechterhaltung des Betriebes schwer, da ihm teils die für bestimmte Arbeiten allein eingearbeiteten Arbeiter, teils der technische Leiter fehlen, teils, da auch der die Fabrik persönlich und allein leitende Eigentümer im Felde steht.

Die in den Wintermonaten bestandene Garnknappheit, welche sich jedoch auch damals nur auf gewisse starke Nummern bezog, die vorzugsweise für Heeresartikel Verwendung fanden, ist behoben; denn der Armeebedarf konnte auf die Dauer keinen vollständigen Ersatz für den mangelnden Garnexport und den durch das Stillliegen des Kommerzgeschäftes entstandenen geringeren Verbrauch an Garn bieten.

Da der Bedarf an Taschentüchern und an feineren Kommerzartikeln ein sehr vermindertes geworden ist, macht sich auch der Mangel der aus England stammenden fremden Garne wenig fühlbar und reicht der Bedarf der Webereien bei weitem nicht hin, die im Inlande produzierten feineren Leinengarne aufzunehmen, eine Erscheinung, die seit langen Jahren nicht beobachtet werden konnte.

Angesichts dieses ohnedies herabgegangenen Konsums an Weißware, die zumeist mit der zeitweisen Auflösung so vieler Haushaltungen und nicht zuletzt mit dem beschränkten Verkehre aller Hotel-, Gasthof- und Gastwirtschaftsbetriebe zusammenhängt, ist die Leinenindustrie durch die zutage getretene Absicht, auch noch den Rest des Konsums einzuengen, um so unangenehmer berührt worden. Diese Tendenz lag den Bestimmungen zugrunde, die den Gebrauch von Leinenervietten in den Gastwirtschaften eines ganzen Landes direkt untersagten, um an deren Stelle die Verwendung von Papiervervietten anzuordnen, eine Maßregel, die geeignet ist, nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft dem Leinenwäschekonsum einen großen Schlag zu versetzen.

In letzter Zeit begann sich die Nachfrage der Detailkundschaft wieder etwas zu heben, wenn sie auch nur Ausdruck des notwendigen Bedarfes ist. Selbst für den Export haben sich wieder kleine Bestellungen eingestellt, die teilweise aus den Vereinigten Staaten stammen, sie sind aber wegen der Schwierigkeiten des Verschandes nicht ausführbar. Wenn auch das Ausfuhrverbot sich auf die Waren bis 80 Kett- und Schußfäden auf zwei Zentimeter beschränkt und auch Waren vom Lager, die für den Heeresbedarf ungeeignet sind, zu versenden versucht werden, so stellen sich oft sowohl der Ausfuhr als der Durchfuhr durch das Ausland große Hindernisse entgegen.

Die Leinenbleicherei-Industrie wurde selbstverständlich durch den geringeren Konsum an Weißware und auch durch die verringerte Zufuhr zu veredelnden Ware aus Ungarn getroffen.

(Ein Schlusartikel folgt.)

Die amerikanischen Handelsinteressen und der europäische Krieg.

Bryans Kampagne gegen die amerikanische Waffen- und Munitionsausfuhr zieht immer weitere Kreise und es wird bereits aus Washington gemeldet, daß eine starke parlamentarische Bewegung eingesetzt hat, welche die Einberufung des Kongresses im August zwecks Erlassung eines Waffenausfuhrverbotes fordert. Auf der andern Seite entwickeln jene Exportinteressenten, deren Ausfuhr durch den Krieg in ernste Mitleidenschaft gezogen wird, eine heftige Agitation, um die Unionsregierung zu energischerer Stellungnahme gegen England, dessen Blockadepolitik den Zentralmächten gegenüber scharf verurteilt wird, zu veranlassen. Hier stehen in erster Reihe die Baumwollproduzenten der Südstaaten und die Chicagoer Fleischexporteure, denen sich weite Kreise anschließen, die am Export von Petroleumprodukten, Kupfer, Gummi, Holz, Harz usw. interessiert sind. Sie verweisen darauf, daß England auf die Washingtoner Note betreffs der Blockade vom 30. März nur eine vorläufige Antwort gegeben hat, die absolut ablehnend lautete, daß es aber nicht anginge, den neutralen Handel Amerikas in Waren, die nicht absolute Kontenbande seien, durch eine nichteffektive Blockade zu unterbinden. Die amerikanische Ausfuhr nach Deutschland ist in den ersten acht Kriegsmonaten von 262 Millionen Dollar in der gleichen Periode des Vorjahres auf 28 Millionen Dollar, jene nach Oesterreich-Ungarn von 136 auf 79 Millionen Dollar zurückgegangen. An Baumwolle ist in dieser Zeit eine Minderausfuhr von 245 Millionen Dollar zu verzeichnen, bei Kupfer beträgt sie 38, bei Holz 36, bei Petroleum 14 Millionen Dollar. Es handelt sich also in den Vereinigten Staaten um einen Interessenkonflikt zwischen der Munitionsindustrie, die in erster Linie durch den Stahltrust, seine zahlreichen Tochtergesellschaften und affilierten Industriezweige (Maschinen, Automobile usw.) repräsentiert wird, auf der einen Seite und den Baumwollproduzenten, der Standard Oil Co. sowie dem Chicagoer Fleischtrust mit den gleichfalls nicht unbedeutenden Organisationen der Kupferindustrie auf der andern Seite, auf der überdies auch zahlreiche Einfuhrinteressenten stehen — ein politischer Machtkampf, der anscheinend zur Entscheidung im Kongreß drängt.

Die Chicagoer Fleischpacker bemühen sich seit Mai, einen Druck in Washington auszuüben, damit England zur Nachgiebigkeit verhalten werde. Die Chicagoer Fleischpreise sind, wie schon im Februar, jetzt neuerdings erheblich gefallen, da die englische Blockade den Export nach wichtigen Relationen unterbindet. Der Fleischtrust macht kein Hehl daraus, seine Sache selbst in die Hand zu nehmen, wenn man sie in Washington nicht genug ernst vertritt, und droht mit einer Einstellung aller Fleischsendungen nach England, unbekümmert um die englische Gegendrohung mit einem künftigen Vorzugszoll für australisches Fleisch, zu dessen Erstellung vorläufig jede zolltarifmäßige Handhabe fehlt.

Trotz der günstigen Preislage empfindet der amerikanische Kupfermarkt den Verlust des deutschen Absatzgebietes überaus schwer. Der größte Teil des amerikanischen Kupfergeschäftes liegt in den Händen der United Metals Selling Co., der schon zahlreiche Schiffe mit Kupferladungen von England mit Beschlag belegt wurden. Auch die in Rotterdam befindlichen großen Kupfervorräte der Gesellschaft, die für die europäische Kundschaft dort lagerten, hat England an sich zu ziehen gewußt, indem sie bei dem Londoner Vertreter der amerikanischen Firma die auf diese Vorräte bezüglichen Dokumente beschlagnahmte. Infolge der Preisbesserung hat sich der amerikanische Kupfermarkt, der im Winter vollständig demoralisiert war, wieder gehoben, aber eine Ausnützung der Konjunktur ist den amerikanischen Kupferbetrieben nicht möglich, solange England seine Haltung nicht ändert.

Ein gleiches gilt für den amerikanischen Petroleum-, Schmieröl- und Benzineexport, für amerikanische Hölzer, für Harz und Terpentin, worin das Geschäft nicht bloß mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sondern auch mit der Schweiz, Holland und den skandinavischen Ländern durch England lahmgelegt wurde.

Eine nicht zu unterschätzende Verstärkung der gegen England gerichteten Bewegung in Amerika geht von den Einfuhrinteressenten aus. Hierbei stehen die Textilindustriellen an der Spitze, welche sich bei Andauer des Farbstoffmangels vielfach zu BetriebsEinstellungen gezwungen sehen dürften, die laut ihrer Angabe 300.000 Arbeiter brotlos machen würden. Die Newyorker Importers Association of America hat erst vor kurzem mit der National Importers Association, der American Association of Trade and Commerce in Berlin und einer Reihe von Zollmaklerfirmen (an ihrer Spitze M. J. Corbett & Co.) eine Schutzvereinigung gegründet, die in einer Eingabe an die Regierung unbehinderte Wareneinfuhr in Amerika fordert. Der neue Verband beabsichtigt auch, einen eigenen Dampfer zu chartern, um in Deutschland gekaufte Ware nach Newyork zu bringen. Hieraus würde vermutlich in neuer englisch-amerikanischer Streitfall entstehen, da man in England bekanntlich beabsichtigt, jeden Verkehr Deutschlands mit dem Ausland unmöglich zu machen.

Wie der Kampf den Interessen und Meinungen in den Vereinigten Staaten ausgehen wird, läßt sich derzeit kaum noch beurteilen. Die neue, in Ausarbeitung begriffene Note der Union an England wird hierüber wohl einigen Aufschluß geben. Mit der in London immer wieder betonten ungeteilten amerikanischen Sympathie für England scheint es jedoch vorbei zu sein.

Konsumvereine und Gewerbetreibende. Aus Gewerbetreibendekreisen wird uns geschrieben: Die Konsumvereine — nicht zuletzt der Erste Wiener Konsumverein — sind äußerst empfindlich gegen alle Anweisungen ihres volkswirtschaftlichen Nutzens oder gar gegen Kritiken ihrer Leistungen während der Kriegszeit. Umso peinlicher sollten sich solche Vereine, die im eigenen Glashaufe Schonung und Burgfrieden heischen, sich hüten, Steine nach den vermeintlichen Glashäusern anderer zu werfen. Aber die Kasse kann nicht das Maulen und die Konsumvereine können nicht ihre angeborene Feindschaft gegen uns Gewerbetreibende lassen. Das offizielle Organ des Ersten Wiener Konsumvereins „Mein Haushalt“, das sich stolz „Wiener Hausfrauen- und Konsumentenzeitung“ nennt, sieht sich immer wieder genötigt, sich mit langatmigen Selbstverteidigungen des Vereins an das Einsehen und an das Mitleid der Mitglieder zu wenden. Das kann uns Gewerbetreibende wohl interessieren, geht uns aber weiter als Familiensache des Konsumvereins nichts an. Anders verhält sich aber die Sache, wenn diese Rechtfertigungsversuche des Vereines, wie es in Heft 19 vom 20. Juli geschieht, mit unqualifizierbaren Angriffen auf die Wiener Gewerbetreibenden herausgeputzt werden. Wenn der Erste Wiener Konsumverein sein Kreuz mit den Mitgliedern hat und genötigt ist, sie, weil sie von ihm während der Kriegszeit sich enttäuscht fühlen, immer wieder mit Belehrungs-, Entschuldigungs- und Beschwichtigungsaussagen zu versöhnen, so mag er dabei zu allen möglichen „Argumenten“ und Ausflüchten die Zuflucht nehmen, aber nicht gestattet ist ihm, sich durch Verdächtigungen des Wiener Gewerbestandes aus der Klemme zu helfen, jenes Gewerbestandes, dem ein Hauptverdienst daran gebührt, daß die Wiener Bevölkerung die Zeit der Nahrungsmittelknappheit und Teuerung leidlich gut überstanden hat und übersteht. Das genannte Organ des Konsumvereins bringt nämlich an erster Stelle unter der andeutungsvollen Ueberschrift „Die Kriegslasten der Konsumvereine“ wieder einen seiner Selbstverteidigungsaussätze, der mit der Einleitung beginnt:

„Wer sich heute ein Paar Stiefel beim Schuster bestellt, muß viel länger warten als sonst, bekommt viel schlechtere Ware und muß sie teurer bezahlen. Wer ins Wirtshaus geht, wird schlecht bedient, bekommt meistens einen Schlangensjraß und eine unverächtete Rechnung. Wer im Einspänner fährt, wird von einer halbtoten Schindmähre gezogen, kommt immer zu spät ans Ziel, darf aber dann die doppelte Taxe zahlen. Das sind so einige von den vielen Kriegskalamitäten, die der städtische Konsument ohne Murren erträgt. Er sagt sich bei jedem einzelnen Fall den vernünftigen Grund, weshalb er die Kriegsunbill schweigend erdulden muß. Der Schuster hat kein Leder und keine Gehilfen. Der Gastwirt hat keine Kellner und minderwertige Lebensmittel. Der Fuhrwerker hat keine Pferde und keinen Hafer. Folglich können sie das nicht leisten, was man in normalen Zeiten von ihnen erwarten darf, und folglich muß man sich in Geduld fügen. Ob der Konsument überall anderwärts die gleiche Geduld übt wie gegenüber den genannten Erwerbsleuten? Ob er von der gleichen nachsichtig opferwilligen Stimmung befeelt ist, wenn er beispielsweise das Verkaufslokale eines Konsumvereines betritt? Tatsache ist, daß in vielen Fällen derselbe Konsument, der voll von Milde ist, gegenüber dem kleinen und auch gegenüber dem größeren Händler, sofort schärfere Saiten aufzieht, sowie er es mit der Konsumgenossenschaft zu tun hat.“

Es ist ja schön, daß hier einmal von Konsumvereinsseite zugestanden wird, daß die Kunden mit den Gewerbetreibenden besser zufrieden sind als mit den Konsumvereinen. Sie werden schon wissen, warum. Und es ist auch verständlich, daß hier ein Anwalt der Konsumvereine für diese um die Nachsicht der Kunden bittet, derselben Kunden, die mit den Geschäftsleuten zufrieden sind. Aber auf sich ärgste zurückgewiesen werden muß die Pauschalverdächtigung der Gastwirte, als ob diese ihren Gästen für einen „Schlangensjraß“ und für schlechte Bedienung „unverschämte Rechnungen“ leaten, sowie die Angriffe auf die übrigen Gewerbetreibenden. Die Konsumvereine könnten sich gratulieren und würden vermutlich weniger über die Unzufriedenheit ihrer Kunden zu jammern haben, wenn bei ihnen das Verhältnis zwischen Leistung und Rechnung ein so gerechtes wäre, wie bei den Gastwirten und übrigen Gewerbetreibenden. Dem Wiener Gastgewerbe „Schlangensjraß“, „schlechte Bedienung“ und „unverschämte Rechnungen“ vorzuwerfen, ist eine Unverschämtheit sonderergleichen und zugleich eine Schädigung der Interessen Wiens. Dieser öffentliche Vorwurf verdient die allererschärfste Zurückweisung in einem weitverbreiteten Blatte und die „Reichspost“ würde sich ein neues Verdienst um den mit Unrecht so viel gelästerten Mittelstand, insbesondere um das Wiener Gastgewerbe erwerben, wenn sie diesem Protest gegen eine nichtsnutzige Pauschalverläumdung Raum gewährte. Hochachtungsvoll (folgt Name und Adresse des Einsenders).

Die Lage des gewerblichen Mittelstandes während der Kriegszeit. Der gewerbliche Mittelstand ist durch den Krieg vielfach in schwierige Verhältnisse gekommen, aber er hat nach allen Feststellungen bisher sich doch als außerordentlich widerstandsfähig und leistungsfähig erwiesen. Als eine erfreuliche und für die wirtschaftliche Zukunft des Gewerbebestandes wertvolle Erscheinung muß die Tatsache hervorgehoben werden, daß vielfach die Frauen selbständiger Gewerbetreibender die Geschäfte mit Geschäft fortführen und damit die wirtschaftliche Existenz aufrechterhalten. Die Kaufkraft unserer Bevölkerung hat zwar eine Verschiebung, aber keine Verminderung erfahren, so daß im allgemeinen die Umsätze sich auf der Höhe halten, nachdem der erste unvermeidliche Rückgang beim Beginn des Krieges bald überwunden werden konnte. In der kürzlich vom Reichsamt des Innern abgehaltenen Konferenz stellten die Vertreter der großen Mittelstands-Organisationen fest, daß eine allgemeine Kreditnot des gewerblichen Mittelstandes nicht besteht. Daß sich der gewerbliche Mittelstand auch während des Krieges als eine starke Kraft erweist, ist ein Verdienst der in den letzten Jahren wesentlich fortgeschrittenen Organisierung des Handwerks und Kleingewerbes in Kredit-, Rohstoff- und Lieferungs-genossenschaften, Waren-Einkaufs-Vereinigungen usw. Die gewerblichen Genossenschaften nahmen im letzten Monat vor Ausbruch des Krieges den ihnen bei der Preußentasse eröffneten Kredit mit 50,8 v. H., im ersten Kriegsmonat mit 72 v. H. in Anspruch. Von da ab ist die Kreditnahme an Dauernd gesunken und betrug im Dezember 1914 nur 36 v. H. und im März 1915 sogar nur 18,5 v. H. Diese sinkende Kreditbeanspruchung steht im gewissen Zusammenhang mit den gesteigerten Löhnen eines großen Teiles der für den Kriegsbedarf arbeitenden Bevölkerung und mit der in umfassender Weise geübten privaten und öffentlichen Kriegswohlfahrtspflege, so daß sich daraus eine stete Festigung unseres wirtschaftlichen Lebens ergab.

Der Zwischenverkehr mit Ungarn.

In den ersten vier Monaten dieses Jahres bewertete sich die **Ausfuhr** Oesterreichs nach Ungarn mit 352,1 Millionen Kronen und die **Einfuhr** aus Ungarn mit 395,9 Millionen Kronen. Hiernach ergab sich ein **Passivsaldo** von 43,8 Millionen Kronen, während sich in der gleichen Periode des Vorjahres ein **Aktivsaldo** von 65,6 Millionen Kronen zugunsten Oesterreichs ergab. Damals betrug unsere **Ausfuhr** nach Ungarn 475,9 Millionen Kronen und die **Einfuhr** 410,3 Millionen Kronen. Die **Ausfuhr** Oesterreichs nach Ungarn ist demnach heuer um 123,8 Millionen Kronen, die **Einfuhr** aus Ungarn dagegen um 14,4 Millionen Kronen zurückgeblieben. Diese Veränderung erklärt sich leicht bei Erinnerung vor allem der **Preissteigerung** der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, auf die ja der Hauptanteil an den Bezügen Oesterreichs aus Ungarn entfällt. Und dieser Faktor muß bei der Bilanz um so gewichtiger wirken, als für die übrigen Waren noch die vielfach niedrigeren Handelswerte des Jahres 1913 zugrunde gelegt sind.

Der gewerbliche Rechtsschutz im Krieg.

Bekanntlich ist die Erlangung und Aufrechterhaltung von gewerblichen Schutzrechten (Patenten, Marken und Mustern) von einer Reihe von an Termine gebundenen Zahlungen abhängig. Infolge der Einberufungen ist eine große Anzahl von Schutzinhabern nicht in der Lage, die für die Aufrechterhaltung ihrer Schutzrechte erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig zu treffen und die notwendigen Zahlungen zu leisten. Dies kann einerseits darauf zurückzuführen sein, daß Schutzinhabern infolge der Einrückungen die Termine nicht bekannt gegeben werden können, während andererseits durch den Krieg bedingter schlechter Geschäftsgang Verminderungen der Einnahmen vielen Schutzinhabern verurteilt, so daß, selbst wenn sie unter normalen Verhältnissen ein reichliches Einkommen besäßen, nicht in der Lage sind, sich die für die Aufrechterhaltung der Schutzrechte erforderlichen Beträge beizeiten zu verschaffen.

Während Angehörigen der kriegsführenden Staaten alle geschäftlichen Verbindungen untersagt worden sind, industrielle Unternehmungen Lieferungen für feindliche Staaten nicht übernehmen oder Zahlungen nicht leisten dürfen, sind auf dem Gebiet des internationalen Rechtes für gewerbliches Eigentum von der Mehrzahl der Kriegsführenden Staaten Ausnahmsbestimmungen getroffen worden, denen zufolge zum Zweck der Erwerbung und Aufrechterhaltung von Schutzrechten von feindlichen Staatsangehörigen Aufträge übernommen und Zahlungen geleistet werden dürfen.

Man kann sagen, daß fast sämtliche kriegsführenden Staaten, sowie aber auch weiter eine Reihe von neutralen Staaten Ausnahmsbestimmungen geschaffen haben, durch die den

Inhabern von Schutzrechten die Möglichkeit geboten wird, Schutzrechte zu erwerben und aufrechtzuerhalten, selbst wenn die gesetzlich vorgesehenen Fristen nicht eingehalten sind, wobei diese Ausnahmsbestimmungen nicht nur den zur Kriegsdienstleistung Eingezogenen zugute kommen, sondern auch anderen Schutzrechtinhabern.

Das Naheliegendste dürften diesbezüglich die Bestimmungen für Oesterreich sein, und es ist schon im September vorigen Jahres eine Verordnung erlassen worden, derzufolge in militärischen Diensten oder sonst in militärischer Verwendung stehenden Personen auf Ansuchen die Jahresgebühren gestundet werden können. Diese Begünstigung ist im Mai dieses Jahres auch anderen Personen eingeräumt worden, wenn sie an der rechtzeitigen Einzahlung der Gebühren durch die Kriegsergebnisse gehindert sind.

Ist ein derartiges Gesuch nicht rechtzeitig eingereicht worden oder ist es mangels Vorhandenseins der Vorbedingungen nicht bewilligt worden, so steht dem Patentinhaber nachträglich noch die Möglichkeit offen, im Gesuchswege die Aufrechterhaltung des Patenten wieder zu erlangen, wenn das Versäumnis durch die Kriegsergebnisse verurteilt worden war. Auch sonstige Fristen im Patenterteilungsverfahren, die infolge militärischer Dienstleistung oder durch infolge des Krieges eingetretene Störungen des öffentlichen Verkehrs nutzlos verstrichen sind, können wieder eingelebt werden.

Eine wesentliche Begünstigung für einen Patentsucher ist der Umstand, daß er die Aussetzung der Bekanntmachung seiner Anmeldung, mithin den Beginn des zu erwartenden Patenten selbst, bis auf ein Jahr hinauschieben kann. Dadurch hat der Patentwerber den Vorteil, daß er zunächst die erste Jahresgebühr nicht zu entrichten hat, während die Patentdauer dadurch verlängert wird, was bei den gegenwärtig ungünstigen Ausichten auf eine Ausbeutung oder Verwertung nicht zu unterschätzen ist. In Markenangelegenheiten ist die Frist zur Erneuerung von Marken, die in der Zeit vom 27. Juli 1914 ab hätten erneuert werden sollen, bis auf drei Monate, von einem erst noch festzusetzenden Tage an gerechnet, verlängert worden.

Aber auch die Rechte von Musterrechtinhabern haben eine wohlwollende Berücksichtigung seitens des Ministeriums für öffentliche Arbeiten erfahren. Bekanntlich kann ein Musterrecht in Oesterreich höchstens auf drei Jahre erwirkt werden, und es ist bei Musterrechten für kürzere Dauer eine nachträgliche Verlängerung der Schutzfrist unzulässig. Durch eine Verordnung vom 2. Juni 1915 beginnt bei Mustern, die seit dem 27. Juli 1914 hinterlegt worden sind, der Lauf der Schutzdauer erst nach Beendigung des Krieges, während bei Mustern die vor dem 27. Juni 1914 hinterlegt worden sind, der Lauf der Schutzdauer von diesem Tage an unterbrochen ist. Hierbei sowie bei allen Fristen in Patentangelegenheiten wird der Endtermin, erst wenn wieder normale Verhältnisse eingetreten sein werden, seinerzeit festgelegt werden.

Auch in Ungarn wurde eine Reihe von Begünstigungen geschaffen, von denen besonders eine von hervorragender Bedeutung ist. Die Bestimmungen des in Ungarn herrschenden Moratoriums sind auf Patenttagen erstreckt worden und wird daher bei allen Taxzahlungen, die nach dem 1. August 1914 noch geleistet werden konnten, die Zeit von diesem Tage an derzeit bis zum 31. August erstreckt, so daß also die Zeit vom 1. August 1914 bis zum 31. August 1915 für die Berechnung der Zahlungsfrist ausgeschaltet erscheint.

Eine sehr begrüßenswerte und wohlwollende Bestimmung ist seitens des Deutschen Reiches erlassen worden, derzufolge in Deutschland Patentanmeldungen unter Inanspruchnahme der Priorität von der Heimat- anmeldung auch nach Ablauf der im Unionvertrag vorgesehenen zwölfmonatigen Frist eingereicht werden können, wenn die Unionsfrist nicht vor dem 31. Juni 1914 abgelaufen war. Die Frist ist bis zum Ablauf von 6 Monaten nach Beendigung des Krieges, längstens aber bis zum 30. Juni 1916 verlängert worden und ist zugunsten ausländischer Staatsangehöriger anwendbar, wenn in den diesbezüglichen Staaten deutsche Reichsangehörige entsprechende Begünstigungen erhalten. Derartige Begünstigungen für Auslandsstaaten sind für deutsche Staatsangehörige bisher in Brasilien, Dänemark und der Schweiz bewilligt worden. In Oesterreich ist eine die Verlängerung der Prioritätsfrist bestimmende Verordnung in Vorbereitung, und werden, wenn sie verlaublich wird, wohl auch österreichische Staatsangehörige die von Deutschland eingeräumte Begünstigungen in Anspruch nehmen können. Auch sonst sind in Deutschland für die Wiedererstattung sowie für Stundung von Jahresgebühren Erleichterungen geschaffen. Jahresgebühren konnten seinerzeit bis zum Ablauf von längstens 9 Monaten vom Beginn des laufenden Patentjahres an gestundet werden und ist diese Begünstigung dahin erweitert worden, daß die Stundung zunächst auf unbegrenzte Zeit verlängert wurde, wobei diese nicht nur für Patente, sondern auch für Gebrauchsmuster und Warenzeichen ausgedehnt wurde.

Von den kriegsführenden Staaten haben die englischen Bestimmungen zu Beginn des Krieges viel Aufsehen erregt, da die englische Regierung (board of trade) scharfe Maßnahmen und Erlässe herausgegeben hat, die das Erlöschen sämtlicher Schutzrechte von deutschen, österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen befürchten ließen. Widersprüche in den Bestimmungen selbst, sowie in der Handhabung haben sich im Laufe der Zeit geltend gemacht, und kann man wohl sagen, daß England das erste feindliche Land gewesen ist, das die Bedeutung des internationalen Schutzes anerkannt hat und die Zahlungsverbote für Patentangelegenheiten aufgehoben hat. In Frankreich bleiben alle Schutzrechte in

29. IV. 1915

Der unverblühte Ruffußtritt im Spring.

M7

Kraft, nur ist die Ausübung der Patente feindlicher Staatsangehöriger untersagt. Taxzahlungstermine sind bis auf weiteres aufgehoben. Nichtsdestoweniger werden Taxzahlungen, ja sogar Neuanmeldungen österreichischer, ungarischer und deutscher Staatsangehöriger in Frankreich wie in England vorgenommen.

Die feindseligsten Bestimmungen wurden wohl seitens der russischen Regierung erlassen, denen zufolge Patentanmeldungen von Untertanen der mit Rußland kriegführenden Mächte überhaupt gar nicht angenommen und über die schwebenden Anmeldungen das Verfahren eingestellt wird. Patente, die Angehörigen von Rußland feindlichen Staaten gehören und die für die Landesverteidigung von Bedeutung sind, gehen ohne Entgelt in das Eigentum des Staates über; die Wirkung aller übrigen Patente erlischt, und kann nur insoweit aufrechterhalten werden, als russische Staatsangehörige an denselben Nutzungsrechte besitzen.

Eigentümlich muß es berühren, daß auch Belgien, das sich bis auf wenige Quadrat-Kilometer in deutschen Händen befindet, Patentanmeldungen in Brüssel annimmt, ebenso Taxzahlungen, obwohl Termine für Taxzahlungen auf unbestimmte Zeit verlängert sind.

Aber nicht nur die kriegführenden Staaten haben derartige Begünstigungen und Erleichterungen erlassen, sondern auch eine Reihe von neutralen Staaten hat eingesehen, daß infolge der eingangs erwähnten Umstände die Schutzinhaber nicht immer in der Lage sein werden, alles Notwendige rechtzeitig zu veranlassen, um ihre Rechte zu wahren. So wurde in der Schweiz eine Frist, derzeit bis 31. Dezember, verlängert und diese Verlängerung erstreckt sich sowohl für die Taxzahlungen für Patente, Marken und Muster und die Inanspruchnahme der Priorität. Ueberdies werden Schweizer Patentanmeldungen wegen Ablaufes der für Beanstandungs erledigungen eingeräumten Fristen nicht abgewiesen. In Dänemark wurde die Frist für Taxen zunächst bis 1. August d. J. verlängert und es ist wohl eine weitere Verlängerung unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu erwarten. In Schweden ist eine Verlängerung der Frist der bis 1. Mai 1915 abgelaufenen Termine zunächst für drei Kalendermonate bewilligt worden und es darf wohl erwartet werden, daß diese Frist später weiter verlängert wird. Freilich erstreckt sich diese Begünstigung in Schweden nur für außerhalb dieses Reiches wohnende Patentinhaber. Die in Italien seinerzeit eingeräumten Begünstigungen, daß die bis 30. Juni ablaufende Frist für Taxzahlungen und Verlängerungen von Patenten um drei Monate verlängert wurde, ist wohl gegenwärtig hinfällig geworden und es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß später weitere Begünstigungen eingeräumt werden. In Norwegen ist jedoch die dreimonatliche Zahlungsfrist für bis 30. Juni 1915 fällige Jahrestaxen auf neun Monate erstreckt worden, während die Frist für zwischen 1. Juli und 31. Dezember 1915 fällig werdende Taxen bis 31. März 1916 verlängert wurde. In Spanien werden infolge des Kriegszustandes Patente nicht gelöscht und auch in Portugal sind die Fristen zur Zahlung von Patenten-Jahresgebühren vom 1. August 1914 bis zu einem erst noch festzusetzenden Tage unterbrochen.

Alle diese Begünstigungen lassen ersehen, daß in einer ganz beträchtlichen Anzahl von europäischen Staaten die Wichtigkeit und Bedeutung des internationalen Schutzrechtes anerkannt wurde und daß die beteiligten Regierungen das Bestreben haben, den Schwierigkeiten in der Einhaltung der Fristen und Termine sowie Leistung der Zahlungen Rechnung zu tragen und es steht daher zu erwarten, daß etwaige Befürchtungen von Schutzrechtlern, sie könnten durch die Kriegsverhältnisse um ihre Schutzrechte kommen, wohl in den meisten Fällen unbegründet sind. Es steht auch weiter zu erwarten, daß in jenen Fällen, in denen die derzeitigen Bestimmungen den Verfall der Patente ausprechen, nachträglich Modifikationen geschaffen werden, um eine Wiedereinsetzung etwa erloschener oder verfallener Schutzrechte zu ermöglichen.

Ingenieur Rudolf Sipser.

Anmeldung von Kriegschäden.

In der amtlichen Bekanntmachung vom 18. April d. J. über die Anmeldung von Kriegschäden wird u. a. ausgeführt, daß für Gegenstände, die der Verfügung der deutschen Eigentümer — vor allem durch Sequestrationen — entzogen sind, oder über deren Verbleib sie keine Kenntnis haben, zweckmäßig ein besonderes Verzeichnis mit genauen Angaben über ihren Wert und den Ort, wo sie zurückgelassen sind, sowie über die Persönlichkeit, der etwa der Schutz anvertraut wurde, einzureichen sei. Die Fassung der Bekanntmachung konnte zu der Auffassung führen, als wären danach schlechthin alle irgendwie in Feindesland befindlichen deutschen Güter anzumelden. Dies trifft nicht zu. Wie der Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen in Feindesland dem Deutschen Handelstag mitteilt, nimmt er, abgesehen von Anmeldungen festgestellter

Schäden der in der Bekanntmachung näher bezeichneten Arten, Mitteilungen über in Feindesland befindliches Eigentum ungewissen Schicksals nur in dem Falle zu weiterer Veranlassung entgegen, wenn nach Lage der Dinge die Beteiligten ernstlichen Anlaß zu der Annahme haben, daß dieses Eigentum, sei es durch Gewalttätigkeiten der Bevölkerung, sei es durch das Verhalten der Behörden (Beschagnahme, Zwangsverwaltung oder Liquidation) gefährdet ist.

13. Juni 1915.

779

Ankerkraftsetzung der italienischen Gewerbeberechtigungen in Wien.

Die Statthalterei hat die Gewerbeberechtigungen italienischer Reichsangehöriger in Wien und Niederösterreich außer Kraft gesetzt.

Diese behördliche Verfügung ist insbesondere für die Wiener Zuderbäder von großer Bedeutung, weil bis zum Kriegsausbruch mit Italien nicht weniger als 400 Reichsitaliener als Gefrorenenerzeuger in der Genossenschaft inkorporiert waren und auf das Gewerbe einen empfindlichen Druck ausübten. Seit einem Decennium wies die Genossenschaft darauf hin, daß diese Italiener zur Ausübung des Zuderbädergewerbes gar nicht berechtigt seien, da sie durchwegs auf Grund gefälschter und in Forno di Solbo wie Forno di Alto für 50 Lire gekaufter Befähigungsnachweise (Lehrlings- und Gehilfenzeugnis) sich in Wien die Gewerbeberechtigung erschlichen haben. Die Genossenschaft wird für die Zukunft, um sich gegen derartige Schwindler schützen zu können, im Einvernehmen mit den Behörden in Fällen, wo über die Befähigung zur Ausübung des Gewerbes Zweifel vorherrschen, von dem Rechte der Meisterprüfung strengen Gebrauch machen, das heißt diese genau nach den hiefür geltenden Bestimmungen vornehmen.

II. Bielowlawet im bairischen Handwerkerbund.

(Eigenbericht der „Reichspost“.)

München, 10. August.

Der „bairische Handwerkerbund“ hielt vorgestern in München im großen Saale des katholischen Gesellschaftshauses eine überaus stark besuchte Versammlung ab, an der zahlreiche Abgeordnete, Stabsbevollmächtigte, Vertreter gewerblicher Körperschaften und verwandter Vereine teilnahmen. Ueber Einladung des Handwerkerbundes war Landesauschuß Bielowlawet zur Versammlung nach München gekommen, um über die Gewerbebeförderung in Oesterreich und die Gestaltung des wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen den verbündeten Reichen nach dem Kriege einen Vortrag zu halten. Der Redner, schon bei seinem Erscheinen stürmisch begrüßt, und vom Vorsitzenden Wagner herzlich willkommen geheißen, erzielte einen außerordentlichen Erfolg. Ueber großen Beifallskundgebungen wurde er von der Versammlung einstimmig zum Ehrenmitgliede des bairischen Handwerkerbundes ernannt.

In seinem Vortrage führte II. Bielowlawet nach einigen einleitenden Worten über die herrlichen Erfolge der verbündeten Armeen und über die alte Freundschaft zwischen München und Wien, u. a. aus:

Die Gewerbebeförderung des Landes Niederösterreich

hat eine solche Ausdehnung genommen, daß sie sich wohl vor der ganzen Welt zeigen darf, obwohl nach den Staatsgrundgesetzen eigentlich die Landesverwaltungen gar nicht berufen erscheinen, diese Agenden in ihre Tätigkeit aufzunehmen. Die staatliche Gewerbebeförderung wäre in Oesterreich ein viel zu komplizierter Körper und es ist die länderweise Aufteilung unbedingt nötig. Der Landtag von Niederösterreich ist in dieser Frage vorangegangen. Mit bescheidenen Anfängen wurde der Versuch einer Gewerbebeförderung im Jahre 1902 gemacht, die seither eine gewaltige Entwicklung genommen hat. Wir teilen nach unseren Erfahrungen die Gewerbebeförderung in drei Gruppen ein, und zwar in Aktionen zugunsten gewerblicher Vereinigungen, in Aktionen behufs Beteiligung der Gewerbetreibenden an Ausstellungen und in Maßnahmen im allgemeinen Interesse des Gewerbestandes. Wir unterstützten also jene Genossenschaften, welche sich auf Grund des Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaftsgesetzes vom Jahre 1872 gebildet hatten (nicht zu verwechseln mit den Zwangsgenossenschaften), in kräftigster Weise durch Gewährung von Darlehen. Mit den Mitteln, über welche diese selbstgegründeten Produktiv- und Kreditgenossenschaften der Gewerbetreibenden verfügen, wäre ihre Lebensfähigkeit in den meisten Fällen in Frage gestellt. Hier griff nun die niederösterreichische Landesverwaltung, beziehungsweise der von ihr gewählte Landesausschuß mit tatkräftiger Unterstützung ein. Der Landtag bewilligte für diesen Zweck dem Gewbereferenten jährlich einen Betrag von einer Viertelmillion Kronen. Außerdem bezahlt der niederösterreichische Landtag etwa 700.000 Kronen jährlich für genossenschaftliche Fachschulen und stellt überdies noch weitere rund 80.000 Kronen zur Unterstützung kleiner Geschäftsleute, welche sich einen Motorenbetrieb einrichten wollen sowie zur Bezahlung der Unfallversicherungsbeiträge zur Verfügung. Dazu kommen noch etwa 100.000 Kronen verschiedene Subventionen, also zusammen die Summe von 1.100.000 Kronen, die der Landtag alljährlich für das Land Niederösterreich und die Stadt Wien den Gewerbetreibenden zur Verfügung stellt. (Großer Beifall.)

Mit dem Geld allein aber wäre die Sache nicht abgetan. Die Art und Weise der Verwendung dieser Beträge ist das Wichtigste in der Gewerbebeförderung. Wenn wir also den Genossenschaften Darlehen in der Höhe von 3000 bis 50.000 Kronen gewähren, die in der bequemsten kleinen Abstattung rückgezahlt werden können, so wäre damit noch nicht alles gemacht. Hier setzt nun die Aktion für die Beteiligung der Gewerbetreibenden an Ausstellungen ein. Früher waren die Gewerbetreibenden lediglich auf Vermittler und Exporteure angewiesen, wenn sie sich einen größeren Absatz ihrer Erzeugnisse verschaffen wollten. Auch war die Anschauung allerorts verbreitet, daß die Kleingewerbetreibenden nicht in der Lage wären, so zu produzieren, wie es die ausländischen Abnehmer von den Großhändlern verlangten. Auch kam es vor, daß fremde Einkäufer beim Besuche von kleinen oder mittleren Gewerbebetrieben vor Aufträgen zurückschreckten, weil der persönliche Augenschein sie in Zweifel setzte. Als wir aber nun unsere Ausstellungen im In- und Auslande veranstalteten, kam ein größerer Teil der Warenabnehmer zur Ueberzeugung, daß auch der Handwerkerstand sehr leistungsfähig ist, denn jetzt haben die Einkäufer aus allen Ländern die Waren in adjustierter Weise in den Ausstellungen vitrinen gesehen und waren von der Qualität und Form aufs angenehmste überrascht. Es gab alsbald eine große Anzahl von Aufträgen, auch von den uns heute so gehässig bekämpfenden Engländern, die 1905 in der Ausstellung zu London in Carl's Court namhafte Aufträge erteilten. Seither haben wir wiederholt große Ausstellungen in Wien und Niederösterreich veranstaltet und zwar in größerem Umfange, welche ebenfalls von großem Erfolg begleitet waren. Die bereits weit gediehenen Vorbereitungen für eine Beteiligung an der Ausstellung in San Franzisko machte leider der Krieg zunichte. Eine zweite Ausstellung, die Städteausstellung in Lyon, an der sich das Land Niederösterreich und die Stadt Wien beteiligten, wurde ebenfalls durch den Krieg unterbrochen, wozu noch kommt, daß sich sämtliche Ausstellungsgegenstände in Händen des Feindes befinden. Wie diese Sache enden wird, können wir dormalen nicht sagen. Zur zweiten Art unserer Gewerbebeförderung gehört auch die Errichtung eines ständigen Musterlagers in Wien, das sich glänzend bewährt hat. Wir haben auch je ein Musterlager in Paris und London errichtet, die jetzt natürlich nicht mehr in Betracht kommen, ferner je eines in Bukarest und in Berlin (derzeit in der Ritterstraße) und waren daran, Musterlager in allen europäischen Städten zu errichten. Wir suchten Absatz auch in Albanien, wo wir in Balona und in Durazzo bereits Musterlager errichtet hatten; in Skutari war der Bau für ein solches geplant. Auch hier hat der Krieg vernichtend eingegriffen. Aber ich hoffe gleichwohl für die Zukunft das Beste wie ich überhaupt glaube, daß die Bemühungen der Russen und ihrer Verbündeten, den Balkan in ihren Bann zu ziehen, endgültig erledigt sind.

Was die Maßnahmen im allgemeinen Interesse betrifft, so haben wir Oesterreicher uns zunächst einmal korporativ an der Leipziger Messe beteiligt, und zwar durch die nieder-

12/III 1915.

181

L. A. Bischoffsamt in bayrischen Landesparlament.

österreichische Landesgewerbeförderung. Der Erfolg war ein durchschlagender, indem wir bei der ersten Ausstellung in Leipzig innerhalb 8 Tagen Aufträge von einer halben Million Mark erhielten, ein Umsatz, den wir nicht für möglich gehalten hatten, der aber den Beweis lieferte, daß der deutsche Markt für österreichische Produkte noch aufnahmefähig ist, und daß die beiden Bundesstaaten geschäftlich ganz gut miteinander verkehren können. Seither haben wir die Leipziger Messe wiederholt mit gleichem Erfolge besucht, nun hat aber auch hier der Krieg im Vorjahre und auch heuer seine nachteilige Wirkung gezeigt. Trotzdem werden wir aber bei der Leipziger Herbstmesse mit einem Teile unserer Gewerbetreibenden wieder erscheinen.

Wir haben die Absicht gehabt, in Wien einen *Gewerbepalast* zu erbauen an der Stelle der sogenannten „Zedlitz-Markthalle“. Es waren schon die Pläne fertiggestellt und die Arbeiten zum Bau an die Bauhandwerker vergeben, aber der Plan wurde durch Nachschafften gewisser Exporteure und der ihnen nahestehenden Kreise in letzter Stunde zunichte gemacht, indem seitens der Behörden plötzlich Bedenken wegen eines darauf ruhenden Servituts, das aber längst bekannt war. Wir haben darauf hin ein größeres Lokal im Zentrum der Inneren Stadt gemietet, um speziell dem Modegewerbe und allem, was damit in Verbindung steht, Ausstellungsräume zur Verfügung zu stellen. Das diesbezügliche von der Landesgewerbeförderung im Verein mit der Kleidermachergenossenschaft begonnene Unternehmen erzielte im heurigen Winter einen großartigen Erfolg; es wurde der Beweis geliefert, daß die *Wiener Mode* der Pariser Mode gleichkommt. Wie aber die Pariser Mode von Staats wegen mit ganz enormen Beträgen unterstützt wurde, so haben auch wir das Recht, diese Sache kräftig zu unterstützen. Großer Erfolg ist auch der vor einigen Tagen eröffneten neuen *Modellschau* beschieden.

Großartig hat die Landesgewerbeförderung auch in bezug auf die *Kriegsheereslieferungen* geleistet. Der Landesauschuß hat größere Summen zur Unterstützung der gewerblichen Genossenschaften, welche Heereslieferungen durchführen, bewilligt und den Kleingewerbetreibenden im Laufe von elf Monaten über drei Millionen an Darlehen gewährt, so daß diese ganz bedeutende Heereslieferungen tadellos durchführen konnten, ja sie haben sogar den größten Teil dieser Darlehen bereits zurückgezahlt. Gätten die Gewerbetreibenden diese Darlehen bei Banken oder Geldmaklern aufnehmen müssen, so hätten sie mindestens 30% bezahlen müssen. Weiters haben wir Landespreise gestiftet für tüchtige Erzeugnisse aus den verschiedenartigsten Ausstellungen und Musterlagern. Außerdem gibt das Land über 700.000 Kronen jährlich für gewerbliche Fachschulen aus, um die Gewerbetreibenden auf allen Gebieten praktisch und theoretisch zu fördern.

Die Förderung des Gewerbes und der Industrie trägt reichliche Früchte, denn je mehr neue Werke geschaffen werden, desto mehr Wohlhabenheit zieht in das betreffende Land ein. Das ist in großen Umfassen die Tätigkeit der Landesgewerbeförderung in Niederösterreich.

Der Redner kam nun zur Besprechung

des zukünftigen wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn

und sagte u. a.: Daß das Kriegsbündnis Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, welches sich so trefflich bewährt, nach Beendigung des Krieges für beide Teile keinerlei wirtschaftliche Vorteile haben sollte — und um solche muß es sich auf dieser Welt doch handeln — kann ich nicht annehmen. Deutschland und Oesterreich-Ungarn werden für unabsehbare Zeiten aufeinander angewiesen sein. Wenn wir auch gerne dem mächtigen Deutschen Reiche den Vorrang in der Besprechung der Frage zuerkennen wollen, so ist es doch selbstverständlich, daß die Oesterreicher auf ihre wirtschaftliche Existenz ebenso sehr bedacht sein müssen. Vor allem muß ein guter Wille bei beiden vorhanden sein. Unter allen Umständen muß verhütet werden, durch Geschicklichkeit oder andere Eigenschaften die eine oder andere Partei übers Ohr zu hauen. Wenn ein solches Bestreben auch nur in der leisesten Weise bei den künftigen Verhandlungen bemerkt werden sollte, so wäre dadurch die ganze Sache schon im Vorhinein in Frage gestellt. Ein altes Sprichwort sagt: Strenge Rechnung, gute Freundschaft. Es können vorläufig über die Frage der besten Lösung des Problems nur Ansichten geäußert werden und von allen Ansichten sind dann bei Beschlußfassung die besten zu verwenden. Es ist nicht zu vermeiden, daß auch diese Frage von gewissen Leuten, denen mehr um die Parteipolitik als um die Sachlichkeit zu tun ist, auf das Gebiet der Politik hinübergezerrt wird, wenigstens bei uns in Oesterreich kommt es vor, nur um die Priorität für sich beanspruchen zu können. Wir Christlichsozialen in Oesterreich lehnen solche Erscheinungen und Auffassungen ab, wir wünschen die innigste Annäherung an Deutschland unter den bestmöglichen Bedingungen für beide Teile. Als gewesener Handwerker und Kaufmann kenne ich die Schwierigkeit, hier mit konkreten Vorschlägen zu kommen. Am ehesten, glaube ich, kann man den Gedanken, durch eine abzubauen *Zwischenzolllinie* mit

Deutschland bis zur Zollunion zu gelangen, zustimmen. Natürlich kann ein solches Experiment nicht über Nacht gemacht werden und dürfte zirka ein halbes Jahrhundert darüber vergehen, bis das Ideal erreicht werden könnte. Die Zwischenzolllinie aber und ihr Abbau, den ich mit 10% annehmen will pro fünf Jahre, wird Erfahrungen geben, welche sicher erkennen lassen werden, ob das gemeinsame Ziel der wirtschaftlichen Annäherung restlos durchgeführt werden kann, ohne dem einen der beiden Teile zu schädigen. Durch Schuld einer gewissen Presse ist Oesterreichs Leistungsfähigkeit in der Welt nicht gerade in den allerbesten Ruf gekommen. Aber schon haben wir auf einem Gebiete die Anschauung unserer vereinigten Feinde widerlegt. Die österreichische *Armee* hat an der Seite der verbündeten Truppen wohl den glänzenden Beweis ihrer Leistungsfähigkeit erbracht. (Großer Beifall). Es erübrigt uns nur noch mehr, bei einer wirtschaftlichen Annäherung den Beweis der Leistungsfähigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete zu erbringen. Dazu fühlen wir uns auch aus voller, ganzer Seele verpflichtet, schon aus dem Grunde, weil wir der Meinung sind, daß Deutschland nur ein Interesse an einem starken, mächtig entwickelten Oesterreich haben kann (Beifall). Zur Verfürgung der bevorstehenden Arbeiten auf dem Gebiete des Wirtschafts- und Zollwesens wäre meiner Ansicht nach jetzt schon die Zeit, teils durch eine getrennte, teils durch eine vereinigte Kommission jene Waren und Produkte aus dem *Zolltarif* auszuscheiden, die gegenseitig als *zollfrei* behandelt werden könnten, ohne daß dadurch der geringste Schaden verursacht würde. Nachdem dies kein unbedeutender Prozentsatz des ganzen Zollverhältnisses sein dürfte, so wäre die Behandlung des restlichen Teiles, der noch des Zolls bedarf, erheblich einfacher und eine wohl zu bewältigende Aufgabe. Aber mit der Zollfrage allein ist denn doch noch nicht alles entschieden. Es gibt viele Fragen, die in beiden Reichen gleichartig gelöst werden können und müssen, die handelspolitischen, teilweise auch die gesetzlichen und die Fragen der Reziprozität, so zwar, daß die beiden Mächte — dazu wird es wohl länger noch als ein halbes Jahrhundert brauchen — langsam aber sicher bei festen Reichsgrenzen zu einem Gange ver wachsen und für ewige Zeiten den anderen Reichen, aber insbesondere den gegnerischen als ein Brüderpaar erscheinen, welches sowohl in kriegerischer als in wirtschaftlicher Beziehung nicht leicht anzufassen ist. Gewiß werden sich große Schwierigkeiten bezüglich

Meistbegünstigung, Bevorzugung u. dgl. gegenüber dritten Staaten ergeben. Aber auch diese Fragen werden viel von ihrer Schwierigkeit verlieren, wenn, woran kein Zweifel mehr ist, die Zentralmächte siegen und den Frieden diktiert werden. Meistbegünstigung nach Artikel 11 des Frankfurter Friedens wäre nur von nachteiliger Wirkung, denn wie ein solches Instrument der Meistbegünstigung gehandhabt werden kann, das beweisen ja die gemachten Erfahrungen, denn schließlich und endlich ist ein heller Differenz selbst bei Hunderttausenden geschlecht eine Meistbegünstigung, die aber natürlich zu den äußersten Verwidelungen führen müßte.

Der Redner schloß: Bei uns Oesterreichern ist das Bündnis mit Deutschland eine *Herzens- und Gefühlssache* geworden. Aber von Herz und Gefühl allein kann man nicht leben, es muß der *Verstand* auch in der Weise mitwirken, daß die selbstständige Existenz beider Staaten nicht geschädigt werden kann. Was an uns liegt, wird gemiß alles geschehen, um diese Herzens- und Verstandesverbindung nach Kräften zu fördern. Wir haben in meinem engeren Heimatlande ein lebhaftes Interesse daran, daß das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich schon jetzt in den Kreis eingehendster Beratungen gezogen wird. (Großer Beifall.)

Die Rohstoffwirtschaft im Kriege.

Von Prof. Dr. Jastrow (Charlottenburg).

Nachdem mit der neuen Ernte unsere Ernährungsfrage eine Lösung gefunden hat, die das Staunen der ganzen Kulturwelt hervorruft, tritt nun die allgemeine Regelung der Rohstoffe mehr in den Vordergrund.

Gleich bei Beginn des Krieges richtete sich die Aufmerksamkeit der Behörden darauf, einer Vergeudung der Kupfervorräte vorzubeugen. Da sich sehr schnell herausstellte, daß für eine Reihe anderer Metalle eine ähnliche Notwendigkeit bestand oder eintreten konnte, so wurde schon im September vorigen Jahres die „Kriegsmetall-Aktiengesellschaft“ begründet, um zwischen der neuen Rohstoff-Abteilung des Kriegsministeriums, die die Beschlagnahme anzuordnen, und der Industrie, die sie zu erdulden hat, ein Bindeglied herzustellen, das Reibungen nach Möglichkeit ausschalten sollte. Außer dem Kupfer und den kupferhaltigen Mischungen (Messing, Bronze usw.) untersteht dieser Regelung ebenso der Vorrat an Blei, Zinn, Zink, Nickel, Aluminium u. a. m. (während nach festliegendem Sprachgebrauch des Handels bei „Metall“ an Eisen nicht gedacht wird). Nicht ganz so einheitlich konnte in Bezug auf die Leder-vorräte verfahren werden. Doch haben hier drei Organisationen: die „Deutsche Rohhaut A.-G.“, die „Kriegsleder-A.-G.“ und der „Kriegsleder-Ausrüstungsverband“ ähnliche Funktionen übernommen.

Beide Regelungen haben sich verhältnismäßig glatt vollzogen, weil die Notwendigkeit des umfassendsten Heeresbedarfs ohne weiteres einleuchtet. Daß die Geschosse aus Blei sind, daß man zu Kanonen Bronze und zu Schießpatronen Kupfer und Messing braucht, daß Patronentaschen und Koppel das „Leberzeug“ des Soldaten bilden, wird als so selbstverständlich angesehen, daß man vom Augenblick der Kriegserklärung an wußte, diese Stoffe gehören in erster Linie der Armee, und es bedarf einer besonderen Erlaubnis, sie für andere Zwecke zu benutzen. Mit vielen Chemikalien und (in diesem Kriege wohl zum erstenmal) mit dem Kautschuk lag es ähnlich. Erst sehr viel später wurde die Frage in der Textilindustrie drängend. Das aber ist das Gebiet, auf dem die Rohstoff-Frage in der nächsten Zeit wohl die bedeutendste Rolle spielen wird. Es gibt ein kleines Büchlein, zunächst nur für geschäftliche Zwecke zusammengestellt, aber überaus lehrreich für jeden, der sich von dem Umfang des Stoffbedarfs in Heer und Marine eine Vorstellung machen will. Es nennt sich „Verzeichnis der Beschaffungsstellen des Heeres und der Marine“ (Berlin 1915, Vossische Buchhandlung, Verlag). Hier sind sämtliche Gegenstände, die zu militärischen Zwecken gebraucht werden, nach Gruppen zusammengestellt und bei jedem die Beschaffungsstelle angegeben. Um an einem Beispiel zu veranschaulichen, mit welcher bunten Mannigfaltigkeit von Gegenständen die Bedarfsdeckung hier zu tun hat, führen wir die Rubrik „Baumwollstoffe“ an.

Bekleidungsstücke für Maschinengewehr-Schützen und Train; Bettbezüge (weiße, bunte); Brotbeutel Futterlaken (farbig, weiß); Futterstücke; Gepäcktaschen für Radfahrer; Halsbinden; Hüftspachtaschen; Kambril; Körper (farbig, weiß); Körperhemden; Körperunterhosen; Lanzenslaggen; Mull zu Binden und Kompressen; Operationsblätter von Körper; Acksäcke; Salzbeutel; Tragegurte für Sanitätstaschen für Verwundete und Radfahrerführer; Ueberzüge (für Nottragen zum Helm, Tschako usw.); Unterjaken von Varchent; Vorhänge, Gardinen; Watte; Zeltbahnen mit Halsleinen und Leinenstrippen; Zeltsäcke; Zeltzubehörbeutel; Zwiebackbeutel; Zwirnluch, wasserdichtes.

Ähnlich umfangreiche Rubriken bilden: „Flachs, Berg und Zute“, „Hanf“, „Wolle“. Dabei sind „Bänder, Borten und Schnüre“, „Wirk- und Strickwaren“ und andere Sachen noch ausgenommen.

Daß eine Armee für ihre Ausstattung auf Baumwolle und Wolle mit derselben Energie Beschlag legen muß, wie auf Metalle und Leder, leuchtet bloß deswegen nicht in demselben Maße ein, weil diese Gegenstände gleichzeitig für den allgemeinen wirtschaftlichen Bedarf in viel höherem Maße, als jene in Anspruch genommen werden. Dies macht eine strenge Regelung zwar schwieriger aber nur desto notwendiger. Beides findet seinen Ausdruck in der verhältnismäßig großen Zahl von Organisationen, die gerade für die Textilindustrie im Kriege erforderlich geworden sind. Es wurden „Abrechnungsstellen“ für Flachs, Zute, Leinengarn, Rohbaumwolle und Rohhaar eingerichtet, neben der „Kriegswolle“- und „Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft“. Den gleichen Zwecken dienen der „Kriegstuch“- und der „Kriegsweberverband“ sowie die „Vereinigung des Wollhandels“ in Leipzig, die sich hauptsächlich mit der Verteilung von Kämmlingen, Wollabfällen und untergeordneten Wollsorten aus den besetzten Gebieten befaßt. Daß die Herstellung von Militärtüchern „verboten“ (d. h. auf ausdrückliche Aufträge für Armee und Marine beschränkt wurde) hat die Geschäftswelt als selbstverständlich hingenommen und sich mit der Verteilung aus den besetzten Gebieten befaßt. Die Herstellung jener Zwischenstufen erfolgte, im großen und ganzen abgefunden. Als man aber daran ging, auch die Herstellung von Stoffen zu verbieten, die die Armee niemals brauchen kann, da erhoben sich Schwierigkeiten. Und doch muß bei ein wenig Nachdenken einleuchten, daß wenn schon bei der Herstellung von Tüchern, die für die Armee in Betracht kommen könnten, auf die Innehaltung vernünftiger Grenzen gesehen wird, dies um so viel mehr bei Spitzen und Garbinen der Fall sein muß, die in unseren Schützengräben sicher niemals gebraucht werden. Es läge auch nicht einmal im Interesse der betroffenen Industrie, wenn man sich mit einem Verbot der Herstellung dieser Luxusartikel selbst

begnügt; auch die Beteiligten kommen viel besser weg, wenn das Verbot schon bei den feineren Garnen einsetzt, die solchen Zwecken dienen.

In einem je früheren Stadium des Produktionsprozesses das Verbot einsetzt, desto geringer sind die Schädigungen, mag auch äußerlich der Eingriff strenger erscheinen. Daß die neuen Vorschriften, die am 1. August in Kraft treten sollten, in der letzten Julihälfte noch „gemildert“ wurden, kann man also nur auf eine Rücksichtnahme auf bestehende Vorräte bezeichnen. Eine solche mag vielleicht aus Klugheitsgründen eine gewisse Zeit lang erforderlich sein, aber es liegt im Interesse der Industriellen selbst, diese Zeit abzukürzen und die Beschränkungen, die doch einmal kommen müssen, selbst sach- und geschäftskundig vorzubereiten. Die führenden Kreise der einzelnen Industrien sollten ihren Ehrgeiz darein setzen, an der rechtzeitigen und ernstlichen Regelung der Rohstoffe mit weitem volkswirtschaftlichem Blick mitzuwirken und ihre Fachgenossen darüber aufzuklären.

Unsere Verdienstmöglichkeiten.

Nach einer Unterredung mit einem unserer führenden Wiener Kaufleute.

Die Bequemlichkeit im Geschäftsleben. — Die Macht in unseren Händen. — Die eingebildeten Ausländer. — Ein Wort an die „bestehende Klasse“.

Der Lärm und das Geschrei war groß, als die Brutalitäten der Franzosen und Engländer ruckbar wurden; wie empört und gerechterweise empört waren da die Menschen, deren viele sonst ohne Pariser Parfüms und englischen Hams nicht zu leben vermochten! Boykott — das war ihr Schlachtruf, Boykott den verachteten Dingen, die von diesen Barbaren zu uns eingeführt wurden. Die Wiener lassen sich oft von ihrem Temperament fortreißen, die Wiener sind bekannt dafür, ebenso rasch für eine Sache begeistert, als gegen eine Sache voreingenommen zu sein. Entzücken und Schimpfen ist den Wienern in gleichem Maße eigen, der goldene Mittelweg wurde in Auslandsdingen nie eingeschlagen. Diesmal nun folgte der Begeisterung für alles Englische und Französische die gerechte Empörung. Bisher hatte nur das Ausländische Wert, und von dem Augenblick an, als es uns schwer auf das Herz fiel, daß unsere armen Landsleute dort so viel zu leiden hatten, kam die Boykottwut über uns — aber eine solche momentane Empörung verfaßt sehr oft, und wenn sich die Wogen der politischen Wirrnisse gelegt haben werden, könnte vielleicht wieder die Begeisterung erwachen — und dem muß heizzeiten vorgebeugt werden.

Es sei deshalb ein Wort an die vermögenden Wiener gerichtet, damit sie die heimischen Industrien, die sie bisher nicht beachteten, mit festem Willen und Geldmitteln fördern.

Wie oft kam es vor, daß die bei uns glänzend gearbeiteten oder erzeugten Dinge erst die englische oder französische Marke zeigen mußten, um ihre Käufer zu entzücken.

Es wird ja zugegeben, daß gerade einige der Dinge, englischen oder französischen Ursprungs, erstklassiger waren wie unsere Erzeugnisse, aber nur deshalb, weil wir für ein österreichisches Fabrikat, wenn es das englische an Güte erreichte, niemals den Preis zahlen wollten, als für die Ware aus dem Auslande. Die österreichischen Fabrikanten jeglicher Branche haben die Ausfallslosigkeit ihrer Bemühungen eingesehen und sind bequem geworden; wozu, dachten sie, alle Materialien, teure Arbeitskräfte, Maschinen und Befehle aus dem Auslande beziehen, wenn das österreichische Fabrikat, da es durch die verteuerten Entstehungskosten naturgemäß dem Preise der Auslandsware gleich kommen mußte, nicht geachtet, das heißt nie gekauft wurde.

Ein ausgezeichnete österreichischer oder deutscher Parfüm, der genau so reizend adjustiert war, wie der französische Kollege, konnte keinen Erfolg erzielen, weil er gar nicht in Betracht gezogen wurde. Wenn man z. B., um bei diesem Artikel zu bleiben, einen heimischen Parfüm kaufte, war es immer nur eine billige Sorte, die natürlich mit Coty, Roger und Gallet und wie sie alle hießen die modern gewordenen Parfümkönige nicht in eine Reihe treten konnten. Daß natürlich diese Vergleiche nicht zugunsten der österreichischen Fabrikate ausfallen mußten, war selbstverständlich! Die hiesigen Fabrikanten machten sich eben gar nicht erst die Mühe, die Güte der ausländischen Waren zu erreichen, da alle Leute, die ein wenig auf „Schick“ hielten, ein heimisches Produkt gar nicht erst in Betracht zogen.

Aber gerade von diesen wohlhabenden Leuten, die führend im Geschäftsleben sind, hängt das Heben oder Sinken der Industrien ab. Jetzt haben wir die Macht in Händen, die Brutalität der „Kulturvölker“ Englands und Frankreichs hat sie uns in die Hand gedrückt, jetzt oder nie können wir unserem Lande helfen, können all die Industrien, die bei uns nicht zur Entfaltung kamen, zur vollsten Blüte bringen, nur das Herz müßte man dazu haben, für heimische, gute, erstklassige Dinge dieselben Preise zu zahlen wie für die ausländischen, dann werden sich bei uns in Oesterreich neue Industrien entwickeln und einen sabelhaften Aufschwung nehmen, es wird dann bei uns endlich Dinge geben und, was die Hauptsache ist, mit normalen Preisen, die nicht von der Willkür der Auslandsverkäufer abhängen.

Die unbedingte Anbetung des Erfolges hat die Engländer und Franzosen mit einem Eigendünkel erfüllt, der sie übermäßig machte. Alle wohlhabenden Kreise sind schuld an dieser Verhimmelung der nicht heimischen Produkte, sie werden sich ja endlich doch bekehren lassen müssen. Die Voreingenommenheit gegen heimische Erzeugnisse war so groß, daß für die Kreise, die nicht imstande sind, zur Hebung der Industrien beizutragen, bei vielen Dingen, die einfach nur bei uns in bester Qualität erzeugt werden können, hochtrabende Auslandsnamen gefunden werden mußten, um ihnen, wie gesagt, die englische oder französische Herkunft vorzutäuschen, und selbstverständlich mußten die hier zu billigeren Preisen erhältlichen Dinge den Auslandspreis zugschlagen bekommen!! Selbst hatte man sich also gewissermaßen eine Preistreiberei zuzuschreiben, gegen die man nun, da sie in vielen Lebensmittelfachen offen zutage tritt, so scharf ins Zeug gehen will!

Man weiß es z. B. ganz genau, daß es einen vielbegehrten Likör gibt, dessen Geburtsstätte man nur im Herzen von Frankreich vermutete und der in — Perchtoldsdorf erzeugt wird! Die „englischen Kates“ machen Wiener Firmen und die vielen „Hams“ und „Konfitüren“, die uns bisher nur in Auslandsaufmachung mundeten, sind nie so gut, als wenn sie hier bei uns gemacht werden. Aber wissen dachten wir es bisher nicht! Wir müssen ehrlich sein und gestehen, daß wir selbst schuld sind, daß durch diese Auslandsaffektation viele heimische Industrien vernachlässigt wurden und brach lagen.

Oesterreichisches Geld und der gute Wille der Leute, die es besitzen, könnten aber nun Großes vollbringen. Sie würden Anfangs nicht schlechter bedient sein, wie mit den Originalprodukten, denn nun würden alle Wiener Fabrikanten einen Stolz herein setzen — falls man ihnen die Preise zubilligen würde, die sie verlangen müssen — die Geheimnisse zu ergründen, die einen Auslandsartikel umgeben. Sie würden sich vorderhand all die notwendigen Bestandteile verschaffen, die zur Vollendung der Waren gehören, und darin — bis sie auch in der Lage sind, sich die Bestandteile hier zu verschaffen — Erstklassiges leisten.

Dieser Aufruf richtet sich hauptsächlich an die bestehende Klasse. Leute, die Geld haben, müssen den englisch-französischen

Auslandswahn ablegen, sie müssen österreichische und deutsche Erzeugnisse verlangen und nicht glauben, daß sie — wenn sie das Beste haben wollen — minderwertig bezahlen können, nur weil es heimische Produktion ist. Es hat sich bisher niemand gerührt — außer die Schneider und Modistinnen — und rührt sich niemand, um diese wichtigste aller Fragen gerade jetzt in der Kriegszeit zu erörtern.

Wir haben so viele reiche Familien der Aristokratie und des Wiener Bürgertums, die unendlich viel zur Hebung unserer heimischen Industrien tun könnten, wenn sie wollten — aber wollen müssen sie, und jetzt wäre es gerade Zeit.

Nicht aus Boykottwut, die ja naturgemäß nicht lange anhalten kann, sei dieser Gedanke erfaßt, sondern aus dem Bewußtsein unserer Stärke. Ein Volk, das einig und fest den größten Feinden standhält, ein solches Volk verdient vor allem großen Erfolg auf industriellem Gebiete und verdient, daß seine Industrien nach dem Kriege aufblühen wie nie zuvor.

Oesterreich muß imstande sein, Dinge, die bisher nur aus Frankreich und England bezogen wurden, zu liefern, wenn man sie von ihm verlangte, und die österreichische Industrie wartet nur darauf, daß man all die Dinge von ihr verlangen wird!

Und wie schön wäre es, wenn plötzlich eine Menge Dinge, die bisher ihren Weg über London oder Paris nehmen mußten, von der lästigen Reise, die sie für uns so verteuerten, verschont blieben! Wir hätten die schönsten, billigsten Handschuhe (Wiener Erzeugnisse), Strawatten und alle Herren-Toiletteartikel (Wiener Erzeugnisse), Liköre Wiener Erzeugnisse), Obst, Gemüse, Fleisch- und Fischkonserven (durchwegs hiesige Erzeugnisse), Kates, Schokoladen, Leigwaren (große hiesige Fabrikation), Kleider, Hüte, Schuhe, kurz bei ein wenig gutem Willen der bestehenden Klassen ließe sich ein großartiger Aufschwung erzielen, ein Aufschwung, von dem wir alle profitieren würden.

Jetzt ist es eine Diskussion, nach dem Kriege hoffentlich eine Sensation, daß Oesterreichs Industrieleben vollständig erwachte, und in späteren Jahren, wenn klügere Entel leben werden, dürfen sie uns nicht unsere Energielosigkeit vorwerfen, daß wir eine solche einzige und niemals wiederkehrende Gelegenheit ungenützt vorübergehen ließen.

Zugreifen heißt es also, und die Macht sofort ausnützen, die uns unsere Feinde selbst in die Hand drücken.

Claire Patel.

Kleinhandel und Kleingewerbe in Kriegszeiten.

(Eigener Drahtbericht.)

Dresden, 23. August.

In Anwesenheit von mehr als 600 Vertretern des Kleinhandels und des Kleingewerbes aus allen Teilen des Reiches, trat heute (Montag) im großen Saale des Gewerbehauses der 13. Verbandstag des Verbandes der Rabattsparrvereine Deutschlands zusammen.

In einem umfangreichen Referat besprach der Verbandsdirektor Benthien-Hannöber die Lage des deutschen Kleinhandels und -gewerbes in der jetzigen schweren Zeit. Glücklich schätzen sich auch diese Stände, daß unser herrliches Heer die Feinde vom deutschen Boden fernhält, denn die Schrecken eines Krieges im Lande würden die Berufe der Selbständigen am aller-schwersten treffen. Gewiß ist im Felde jeder gleich, und eine Brust so treu und wert wie die andere. Aber für die auf sich selbst gestellten Kaufleute und Handwerker steht wirtschaftlich mehr auf dem Spiel als für die in Lohn und Brot Stehenden. 16 000 Verbandsmitglieder stehen im Felde und wissen nicht, ob sie ihr Unternehmen bei der Heimkehr noch vorfinden. Im Frieden ist der Kleinhandel oft als entbehrlich bezeichnet worden. Aber gerade während des Krieges hat sich seine Notwendigkeit und sein Wert erwiesen. Durch die Vielheit seiner Betriebe konnte die Bevölkerung nach wie vor rasch mit Waren versorgt werden.

Auch das Heer wurde zu einem erheblichen Teil aus den Ladengeschäften mit notwendigen Gebrauchsgegenständen versehen. Der Nahrungsmittelhandel war oft Gegenstand von Vorwürfen, wonach er die Not der Zeit ausgenutzt habe. Aber viel ist hier auf Uebertreibung zurückzuführen, die sich aus der nervösen Spannung aller Gemüter erklärt. Selbstverständlich müssen Ueber-teuerungen scharf verurteilt werden. Der Verband aber, der den größten Zusammenschluß der in offenen Läden wirkenden Geschäftsleute darstellt, hat alle seine Mitglieder zur Besonnenheit gemahnt. Zu den Buchervorwürfen hat nur in den wenigsten Fällen der Einzelhandel Anlaß gegeben. Vielmehr hat das Großkapital durch rücksichtslose spekulative Ausnutzung der Zeit gewaltige Gewinne eingeheimst. (Zustimmung.) Die Höchstpreise hätten rechtzeitig auch für die Produzenten festgesetzt werden müssen. Höchstpreisüberschreitungen ereigneten sich zumeist in Unkenntnis der Bestimmungen, teils waren auch die Einkaufspreise höher als die Verkaufshöchstpreise. (Zustimmung.) Auch Konsumvereine sind ja wegen Ueberschreitung der Höchstpreise bestraft worden. Die Zentraleinkaufsgesellschaft und die anderen Warenverteilungsstellen des Reichs hätten sich rechtzeitig der Mitarbeit erfahrener Kleinhandelsvertreter bedienen sollen. Später ist das geschehen, nachdem man vorher schon Konsumvereinsvertreter zugezogen hatte. Die Warenbeschlagnahmen, Herstellungs- und Verkaufsverbote waren notwendig.

Viele Oberbürgermeister, u. a. von Erfurt, Eiberfeld, Barmen, Duisburg, Hildesheim usw., haben öffentlich den Handel in Schutz genommen. Auch der Verband hat untersucht, was an den Bewucherungsvorwürfen dran sei. In allen Fällen hat sich die Haltlosigkeit des Vorwurfs ergeben. Sogar ein Generalkommando konnte für erhobene Uebervorteilungsbehauptungen keine Unterlagen beibringen. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ hat eine Meldung des „Tag“ wiedergegeben, wonach man in München Geschäftsleuten die Petroleumvorräte weggenommen und diese selbst ins Gefängnis geworfen habe. Auch das war nicht wahr. Der Preis-ausschlag hat in vielen Fällen nicht einmal die Unkosten des Kleinhandels gedeckt.

Die Maßnahmen des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen leiden zum Teil an einer bedauerlichen Einseitigkeit. Kein Mensch ist nur Verbraucher. Bei dem Handel mit Lebensmitteln haben die Städte Hunderttausende verloren. Die Konsumvereine nützen die Zeit des Burgfriedens kräftig für sich aus. Dabei ist der Konsumvereinsumsatz im ersten Kriegshalbjahr um 8 Millionen gefallen, obgleich die Mitgliederzahl gestiegen ist. Die Konsumvereine haben auch Waren auf Borg abgegeben. Wo bleibt da der Grundsatz der Barzahlung? Auch die Warenhäuser leiden unter dem Kriege. Bedenklich ist ihre Heranziehung zu Heereslieferungen. Der Redner schloß mit der Betonung der Notwendigkeit, wirtschaftlich durchzuhalten bis zu einem ehrenvollen Frieden.

29. VIII. 1915

185

Erneuerung der Hausierbefugnis der eingerückten Hausierer.

Das Handelsministerium hat angeordnet, daß den aus Anlaß des Krieges zur aktiven Dienstleistung im Heer, in der Kriegsmarine, der Landwehr oder im Landsturm herangezogenen Hausierern, die durch ihre Militärdienstleistung verhindert sind, gemäß § 7 des Hausierpatents das Ansuchen um Verlängerung ihrer Hausierbefugnis drei Monate vor

deren Ablauf zu stellen, auch über später eingebrachte einschreitenden Hausierbewilligungen zu erneuern, beziehungsweise zu erteilen sind, soferne die subjektiven Voraussetzungen für die Erneuerung in der Person der betreffenden Hausierer zutreffen.

* Der Wiederaufbau Ostpreußens und das deutsche Handwerk. Unter den Handwerkern ist Befremden entstanden über einige Ergebnisse der Verhandlungen der Verbindungsstelle der Handwerkskammern für den Wiederaufbau von Ostpreußen. Die Berliner Vertreter waren bei diesen Verhandlungen, die in Bromberg stattfanden, dafür eingetreten, daß außer dem ostpreußischen und ostdeutschen Handwerk an dem Wiederaufbau auch das Handwerk im übrigen Reich, soweit es dazu geeignete Organisationen geschaffen habe, sich beteiligen solle und daher in der zu bildenden Zentralgenossenschaft Aufnahme finden könne. Gleichwohl ist nur eine „Ostdeutsche Zentralgenossenschaft für das Tischler- und Tapezierer-Gewerbe“ gegründet und zu deren Vorsitzenden Obermeister Kahardt-Berlin gewählt worden, obwohl dieser gegen die enge Begrenzung Widerspruch erhoben hatte. Herr Kahardt hat nunmehr erklärt, daß es bei dieser Beschränkung nicht bleiben könne, die weder von den Berufsangehörigen noch auch von der Regierung gebilligt werde. Sie könne auch grundsätzlich nicht gebilligt werden, da sie sich nicht allein an dem Wiederaufbau Ostpreußens beteilige, sondern auch an der Uebernahme von Heereslieferungen. Der Vorstand der Berliner Handwerkskammer hat sich mit dem Standpunkte des Herrn Kahardt einstimmig einverstanden erklärt.

Arbeit der Kriegsrohstoff-Gesellschaften.

Im Auftrage von 11 Kriegsrohstoff-Gesellschaften, Abrechnungs- und Verteilungsstellen, nämlich: Die A.-G. für Verwertung von Stoffabfällen, Baumwollgarn-Abrechnungsstelle, Deutsche Holzvertrieb Aktien-Gesellschaft, Deutsche Rohhaut Aktien-Gesellschaft, Flachs-Abrechnungsstelle, Jute-Abrechnungsstelle, Kriegsleder Aktien-Gesellschaft, Leinengarn-Abrechnungsstelle A.-G., Rohbaumwoll-Abrechnungsstelle, Rohhaar-Abrechnungsstelle und die Weißblech-Verteilungsstelle, hatte der Staatsminister von Mölker zu einer Abschiedsfeier für Herrn Prof. Dr. G. Klingenberg, der am 1. August seine Tätigkeit als Kommissar des Kriegsministeriums bei diesen Gesellschaften aufgegeben hat, eingeladen, die gestern abend im Kaiserhof stattfand.

Minister v. Moeller brachte das Hoch auf den Kaiser, den Begründer unserer Flotte, aus und gedachte dann der Verdienste von Prof. Klingenberg als Begründer der einladenden Rohstoff-Gesellschaften und widmete ihm herzliche Worte des Dankes für die große organisatorische Arbeit, die er bei der Entwicklung dieser Gesellschaften geleistet habe. Die größte von ihnen, die Kriegsleder A.-G., habe es seit ihrem Bestehen bereits auf einen Geldumsatz von mehr als 1,3 Milliarden Mark gebracht, sie stehe hinsichtlich des Umfanges ihres Arbeitsgebietes mit der Kriegsgetreide-Gesellschaft auf der gleichen Stufe; fast 350 Beamte seien allein in dieser Gesellschaft beschäftigt. Er führe diese Zahlen an, um einen Maßstab für die schon bei einer Gesellschaft zu leistende Arbeit zu geben.

Im Auftrage des stellvertretenden Kriegsministers sprach darauf der Chef der Kriegsrohstoff-Abteilung, indem er der Tätigkeit in der Kriegsrohstoff-Abteilung gedachte und in warmen Worten der Anerkennung seinem Bedauern über den Austritt von Prof. Klingenberg Ausdruck verlieh. Prof. Dr. Klingenberg hob in seiner Erwiderung den Anteil der deutschen Industrie am Kriege hervor, indem er auf die Riesearbeit hinwies, die die Industrie durch die außerordentlich rasche und erfolgreiche Umschaltung auf die Kriegswirtschaft geleistet habe. Er schilderte die vielfach neuen technischen Methoden für die Herstellung des Kriegsbedarfes, auf die die Industrie sich habe einrichten müssen, erwähnte die zahlreichen neuen Fabriken, die im allergrößten Umfange in kürzester Frist sozusagen aus dem Boden gestampft wären. Diese großartige industrielle Arbeit könne außer Deutschland kein anderes Land der Welt leisten. Sie sei zu danken der gründlichen technischen und wissenschaftlichen Vorbildung unserer Industriellen, in der Deutschland gleichfalls seine Gegner weit übertriffe. Früher hätten zum Kriegführen Soldaten und Geld gehört, heute träte als Dritte im Bunde die Technik hinzu. Solche Erfolge seien ohne die großartigen Leistungen der Eisenbahnen, der Luftschiffahrt, der Unterseeboote, der neueren Geschützkonstruktion, der drahtlosen Telegraphie, der Kriegsbeleuchtungstechnik und vieler anderer technischer Errungenschaften nicht denkbar. Unsere Feinde besäßen zwar die gleichen Einrichtungen auch, wir verfügten aber über die vollkommeneren Technik, die in Verbindung mit der besseren Heeresorganisation und der größeren Leistungsfähigkeit unserer Industrie wesentlich dazu beitrüge, uns den endlichen Sieg zu sichern. Er erblicke, unter Hinweis auf die Friedensaufgaben der Rohstoffwirtschaft, in der Ausgestaltung der Verbindung zwischen Heeresverwaltung und Industrie die größte Gewähr für die Verbesserung der Kriegsbereitschaft, die allein einen dauernden Frieden zu sichern vermöge.

*** Eine Bitte an das laufende Publikum.**

Deutsche Blätter verlautbaren: Die wiederholten Mahnungen an das laufende Publikum, das Haushalten in wichtigen für das Heer gebrauchten Rohstoffen zu erleichtern, hatte bisher nicht überall Erfolg. Das Publikum verlangt noch immer das Nachhause schicken und Verschnüren selbst der kleinsten Pakete und übersieht dabei, mit welchen Schwierigkeiten heute die Versendung von Paketen verbunden ist. Die meisten Geschäftsautomobile und Pferde sind für das Heer requiriert, Hafer, Benzin, Benzol, Stroh, Bindfaden sind im Interesse der Militärverwaltung beschlagnahmt, das Hausdienerpersonal ist eingezogen, die Löhne für männliche Arbeitskräfte sind erheblich gestiegen. So kann es vorkommen, daß ein Geschäftsinhaber, der, um die Kundschaft zu erhalten, den Wünschen der Käufer nachkommt und auch kleinere Pakete ins Haus schickt, bei dieser Versendung mehr Unkosten hat, als er verdient. Von berufener Seite wird deshalb erneut an alle Käufer die Bitte gerichtet, im Interesse der Ersparnis wichtiger Rohstoffe in Zukunft von einer Zusendung und Verschnürung kleinerer Pakete absehen zu wollen. (Beherrzigenswerte Worte, die auch für uns gelten sollen! U. d. R.)

Die Kriegshilfeaktion der Kammer.

Rede des Handelskammerpräsidenten Paul Ritter v. Schoeller.

Unter Vorsitz des Präsidenten Herrenhausmitglied Paul Ritter v. Schoeller hielt heute die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer eine öffentliche Plenarsitzung ab. Der Präsident hielt zunächst folgende Ansprache:

Wir treten in schicksalsschwerer Zeit zusammen, um bringenden Anforderungen gerecht zu werden, die die Sorge für das Wirtschaftsleben an uns stellt. Das letztemal haben wir uns vereint, um unserer Trauer und unserer Empörung anlässlich des in unwürdigen Verbrennen Ausdruck zu geben, das der Ausgangspunkt so weittragender Ereignisse werden sollte. Seither hat sich nahezu ganz Europa aus Missethat und Eifersucht gegen die zwei Reiche verschworen, deren Bündnis bisher eine Bürgschaft des Friedens und der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Reiche gewesen ist. Heute eint sie dieses Bündnis zur mannhaften Verteidigung ihrer Existenz und ihrer Rechte. Nicht Eroberungsgier, nicht Neid und Haß gegen fremde Völker erfüllen uns und die uns stammverwandten Bundesgenossen, sondern nur das gerechte Streben nach ungestörter staatlicher und wirtschaftlicher Existenz und nach Erhaltung der kulturellen und materiellen Güter, die wir und unsere Vorfahren in eifriger Arbeit erworben haben. Zu deren Verteidigung stehen unsere tapferen Armeen im Felde. Ihr Schicksal ist auch das unstrige. Daraus erwächst uns aber in diesen ersten Stunden die Pflicht, alle persönlichen Interessen hintanzustellen, alle unsere geistigen und materiellen Kräfte aufzubieten, um die Aufgaben derer zu unterstützen, die mit Mut und Übermut ihr Leben und ihre Gesundheit für die Allgemeinheit einlegen. Das Beste, was wir gewerblichen und kommerziellen Kreise in dieser Hinsicht tun können, ist die möglichste Aufrechterhaltung des Wirtschaftsbetriebes, auch dann, wenn dieser augenblicklich kein gewinnbringender ist. Wir müssen heute für den Staat arbeiten, damit der Staat uns allen eine glückliche und gesicherte Zukunft vorbereiten könne. Wir müssen trachten, wenn auch mit noch so großen Opfern, unsere Betriebe im Gang zu erhalten, unseren Angestellten und Arbeitern einen, wenn auch geschwächerten, aber doch für des Lebens Notdurft hinreichenden Erwerb zu bieten, jene Waren zu produzieren und zu vertreiben, die das Volk notwendig braucht und den Konsum zu fördern. Wir dürfen uns diesen Aufgaben nicht entziehen und wir wollen es auch nicht.

Die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer hat von Kriegsbeginn an getrachtet, im Sinne dieser von ihr als richtig erkannten Grundsätze zu wirken. In einem von ihr einberufenen Vorkomitee, in dem die großen industriellen und kommerziellen Korporationen vertreten sind, werden alle im Zusammenhang mit den kriegerischen Ereignissen stehenden wirtschaftlichen Fragen der Beratung und Erörterung unterzogen und überaus zahlreich und fruchtbringend sind die Anregungen gewesen, die aus dem Schoße dieses Komitees hervorgegangen sind. Durch Anregung und Begutachtung der entsprechenden Maßnahmen der Regierung, durch Beratung der wirtschaftlichen Kreise, durch Intervention bei den berufenen Organen und durch unmittelbare Hilfe und Unterstützung hat die Kammer über die zahlreichen Hemmungen und Schwierigkeiten hinweggeholfen getrachtet, welche namentlich der Kriegsbeginn naturgemäß mit sich bringen mußte. Das Geld- und Kreditwesen, das Verkehrs- und die Beschaffung der notwendigen Rohstoffe sind die hauptsächlichsten Gebiete, in denen die durch den Krieg hervorgerufenen Hemmungen sich am schwersten fühlbar machen und wo die Hilfe am dringendsten war. Auf dem Gebiete des Verkehrs- und Kreditwesens ist nach Beendigung der Mobilisierung eine wesentliche Erleichterung eingetreten. Für die Beschaffung von Rohstoffen sowie der für die Versorgung der Bevölkerung notwendigen Waren wird von allen berufenen Organen die eifrigste Sorge getragen, und es können auch hier die Verhältnisse bereits im großen und ganzen als zufriedenstellend bezeichnet werden, von einigen Rohstoffen abgesehen, wo wir ganz auf überseeische Zufuhren angewiesen sind. Die größten Hemmungen ergaben sich aus dem plötzlichen Stocken des internationalen und unseres eigenen Kreditverkehrs. Durch die Erlassung eines Moratoriums sollten einzelne schlimme Folgeerscheinungen verhütet werden. Wir haben uns seither ununterbrochen bemüht und bemühen uns weiterhin, die Bestimmungen des Moratoriums der allmählich wieder in ihre normale Geleise zurückkehrenden Volkswirtschaft nach Möglichkeit anzupassen. Wir bemühen uns ferner auf das eifrigste, eine der Grundbedingungen der modernen Volkswirtschaft, einen geordneten Kreditverkehr, wieder herzustellen. Mit einer speziell diesen Gegenstand betreffenden Vorlage wird sich ja die geehrte Kammer heute noch im besonderen zu beschäftigen haben.

Wo immer wir können, wollen wir helfen und beistehen. Aber das eine muß nochmals betont werden: Keines einzelnen Mannes Interesse oder Besitz, und wären sie noch so groß, ist jetzt von Wichtigkeit, sondern nur das Interesse des Staates, dem wir uns alle unterordnen wollen und dem in erster Reihe auch alle die Aktionen auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens dienen sollen, mit denen wir uns be-

schäftigen. In diesem Sinne bitte ich die geehrten Herren, in unsere heutigen Beratungen einzugehen. Gleichzeitig erbitte ich für das Präsidium die Unterstützung, in allen jenen Angelegenheiten, die mit Rücksicht auf die drängenden Ereignisse die normale Behandlung in Sektionen und Plenarsitzungen nicht gestatten, die notwendigen Verfügungen zu treffen.

Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifalle entgegengenommen.

Der erste Kammersekretär Regierungsrat Dr. v. Tazenthal legte sodann den Bericht über die Kriegshilfeaktion der Kammer vor, deren Details im wesentlichen bereits bekannt sind. Regierungsrat v. Tazenthal stellte zunächst fest, daß die Kammer sich seit Beginn der Mobilisierung bemüht habe, Schwierigkeiten im Geld- und Kreditverkehr zu überwinden und die produktive und Handelstätigkeit im Gange zu erhalten, womit auch der Arbeitslosigkeit am wirksamsten vorgebeugt wird. Im weiteren Verfolge dieser Absicht hat nunmehr die Kammer die Initiative zu einer unmittelbaren praktischen Kriegshilfeaktion ergriffen und will auch die hierzu notwendige finanzielle Hilfe leisten. Die Kammer erkennt als eines der größten Hemmnisse für den ordentlichen Fortgang des Wirtschaftslebens die Kreditnot. Durch die von ihr angeregte Schaffung von Darlehensklassen durch den Staat kann hier in einem weiten Kreise Abhilfe getroffen werden. Um aber auch den mittleren Kreisen der Industrie, des Gewerbes und des Handels, denen diese Darlehensklassen nicht leicht zugänglich sein werden, die Möglichkeit zur Kreditbeschaffung für welche sie selbst eine gewisse Garantieleistung übernehmen wird. Es sei zu erwarten, daß so wie in Berlin auch bei uns das notwendige Aktienkapital aufgebracht werden wird, und daß so wie die Wiener Bank bereit sein werden, sich in weitgehendem Maße hieran zu beteiligen, auch die kaufmännischen und industriellen Kreise in kürzester Zeit den erforderlichen Betrag zeichnen werden. Es sei aber notwendig, daß der Kriegskreditbank von der Oesterreichisch-ungarischen Bank ein entsprechend großer Reeskontokredit eingeräumt werde. So wie die Deutsche Reichsbank der Großberliner Kriegskreditbank und zahlreichen anderen in Deutschland bereits entstehenden ähnlichen Unternehmungen einen Reeskontokredit in der fünffachen Höhe des verantwortlichen Kapitals eingeräumt habe. Redner glaubt zu der Hoffnung berechtigt zu sein, daß das Projekt der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank verständnisvolle und wohlwollende Unterstützung finden werde. Für die kleinen Handels- und Gewerbetreibenden, denen nur durch Gewährung eines reinen unverzinslichen Personalkredits über die augenblicklich entstandenen Schwierigkeiten hinweggeholfen werden kann, wird von der Kammer ein Betrag von 500.000 Kronen zur Gewährung von Personalbarlehen gewidmet. Der Bericht schließt mit dem Antrage, die Kammer beschließe, eine Kriegshilfeaktion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzuleiten und zu diesem Zwecke 1. die Initiative zur Gründung einer Kriegskreditbank zu ergreifen und für eine solche Bank eine Ausfallgarantie im Betrage von zwei Millionen Kronen zu übernehmen, 2. zur Gewährung von unverzinslichen Darlehen an Kleingewerbe- und Handelsbetriebe sowie für besondere Unterstützungszwecke aus Anlaß des Krieges den Betrag von 500.000 Kronen zu widmen, welche den Kassabeständen der Kammer zu entnehmen, beziehungsweise budgetmäßig zu bebeden sind. Der Bericht wurde ohne Debatte mit großem Beifalle einstimmig genehmigt.

Kongresses in London 1913" ist es jetzt übrigens als einziges von den der Beurteilung unterliegenden Nährpräparaten mit dem „Grand Prix“ ausgezeichnet worden. Wir verweisen auf den der heutigen Nummer beiliegenden Prospekt der Sanatogenwerke Bauer & Cie., Berlin S.W. 48, womit belehrende Broschüren angeboten werden.

Kirchenmusik am Sonntag den 11. Oktober.

In der Hofburgkapelle um 11 Uhr: Messe in B von F. Haydn, Graduale („Locus iste“) und Offertorium („Domine Deus“) von Greith.

In der Dom zu St. Stephan um 9 Uhr: Messe in F-Dur von J. Pottbauer, Introitus („Salus populi“), Graduale („Dirigatur“) und Communio („Tu mandasti“) von Weirich, Offertorium („Si ambulavero“); Choral und Motette („Ave verum“) von Mozart.

In der Botivkirche um 10 Uhr: Asperges, Introitus und Communio; Choral, Festmesse von Gottfried Preyer, Graduale („Locus iste“) von C. R. Kristinus und Offertorium („Domine Deus“) von Gb. Stehle.

In der Stadtkirche Am Hof um 11 Uhr: Messe in F von Moriz Prosig, Graduale von Schöpf und Offertorium („Si ambulavero“) von Klotter.

In der altkatholischen St. Salvatorkirche um 6 Uhr abends: „Zu dir, Herr, seh'n wir“ von Nighini.

In der Pfarrkirche zu St. Karl um 11 Uhr: Messe in B von Führer, Graduale von Boshetti und Offertorium von Wolf.

In der Pfarrkirche zu St. Elisabeth um 11 Uhr: Missa dominicalis von A. Nihowsky, Graduale von Prosig und Offertorium von Kristinus.

In der Breitenfelder Pfarrkirche um 10 Uhr: Festmesse in C-Dur von Ferdinand Kirms, Graduale („Locus iste“) und Offertorium („Domine Deus“).

Das Wiedererwachen der Kaufkraft und Kauflust in Wien.

(Eine Rundfrage in der Geschäftswelt.)

Wien, 9. Oktober.

Die Anregungen und Hoffnungen, die am vergangenen Sonntag an leitender Stelle unseres Blattes ausgesprochen worden sind, haben eine nachdrückliche und wirksame Unterstützung gefunden. Aus maßgebenden kaufmännischen Kreisen kommen uns sehr wichtige Mitteilungen zu, die erkennen lassen, daß der in vielen Branchen durch die Kriegereignisse gehemmte Verkehr allmählich, immer mehr erstarrend, aufzuleben beginnt. So zart auch in einzelnen Handelszweigen, die bisher völlig tot lagen, die frischen Ansätze zu fruchtbarer Tätigkeit sein mögen, so sind es doch bedeutende Tatsachen, die uns bekannt werden. Sie zeigen an, daß der Geschäftsverkehr wieder normal zu werden verspricht, und drängen zur Erkenntnis, daß diese Ansätze mit Sorgfalt gepflegt werden, daß Geschäftsleute und Publikum zusammenhelfen müssen, um den vorläufig noch leisen Puls zu beschleunigen, um die tausendfältigen Quellen wieder zu öffnen, aus denen der wirtschaftliche Organismus seinen Blutreichtum, seine bewegenden Kräfte empfängt. Es muß wieder Mut werden zur Werbung und Mut zum Konsum!

Wir beginnen in nachstehendem mit der Veröffentlichung der Äußerungen der von uns befragten Persönlichkeiten:

Kommerzialrat August Denk.

Reichsratsabgeordneter und Chef des Ersten Wiener Präge- und Goldbrudensplatz.

Die mangelnde Kauflust des Publikums, die man seit dem Kriegsbeginne so ziemlich in allen Schichten der Bevölkerung beobachten konnte, hat, wie in dem Leitartikel der „Neuen Freien Presse“ vom Sonntag mit Recht erklärt wurde, auch Ursachen, die keine naturnotwendigen genannt werden können. Wenn man die Kaufkraft des Publikums beurteilen will, so muß man feststellen, daß die Beamten des Staates, der Gemeinden und auch zahlloser Privatunternehmungen im Genuße ihrer vollen Bezüge geblieben sind. Eingeküßelte Staatsbeamte erhalten im Felde ihre doppelte Löhnung, die sie nicht aufbrauchen können und in sehr vielen Fällen nach Hause schicken, während ihre Familien den vollen Beamtengehalt weiterbezahlen. Einzelne Branchen arbeiten infolge der gegenwärtigen Verhältnisse mit Hochdruck. So besteht eine stürmische Nachfrage nach Leder und Häuten; ebenso ist der Schuhbedarf ein riesiger. Ich selbst habe kürzlich interveniert, um große Lager von Schuhen amerikanischer Form für ärztliche Zwecke approbieren zu lassen. Das ist geschehen und die Schuhindustrie ist vollauf beschäftigt. Das Heereslieferungskonsortium konnte nur täglich 22.000 Schuhe erzeugen, nun geht die Produktionsmöglichkeit in die Millionen. Nur die mittleren Gewerbetreibenden und Industriellen sind in Mitleidenschaft gezogen und finanziell gehemmt.

Was sonst in dem Leitartikel gesagt wird, ist ganz ausgezeichnet. Es erhält durch die Tatsache erhöhte Bedeutung, daß bisher stillliegende Betriebe im Laufe der letzten zwei Wochen Arbeit bekamen, immer mehr Aufträge erhalten, daß im Geschäftsleben eine deutliche Tendenz nach aufwärts wahrnehmbar ist. Der steigende Verkehr muß kräftig angetrieben werden. Es geht nicht an, daß das Publikum ausnahmslos die Taschen zuhält. Man muß es anreizen, aus seiner Reserve herauszutreten, die einen großen volkswirtschaftlichen Schaden verursacht. Es ist für diejenigen, die es können, ebenso eine Pflicht, wie die, wohlthätig zu sein, einzukaufen, zu konsumieren.

Der neue einsehende Geschäftsverkehr, von dem ich gesprochen habe und der auch in dem Betriebe meiner Fabrik angenehm fühlbar wird, läßt sich einerseits auf die endlich hervorbrechenden, nicht mehr zu unterdrückenden Bedürfnisse des Publikums zurückführen, andererseits auch auf die Zugkraft, die durch neue Moden ausgeübt wird, die sich den Kriegzeiten geschickt anpassen und die sicherlich noch mit Erfolg ausgebaut werden könnten. Erwähne hier nur die Mode der Frauenkleidung aus seldgrauen Stoffen.

Im allgemeinen hat ja der Wiener eine leichte Hand. Er lebt gern über seine Verhältnisse. In der letzten Zeit hat er unter seinen Verhältnissen gelebt. Daran sind sehr oft die Ehegatten schuld, die ihre Frauen verhindern, insbesondere Anschaffungen zu machen, die die Bekleidung betreffen. Das ist ganz unvernünftig. Die Mode, die in

10. / 11. 1914.

2A

NEUE FREIE PRESSE

22. OKTOBER 1914

Der Ökonomist.

Die Lage der nordböhmischen Industrie.

Reichenberg, 20. Oktober.

Seit Oesterreichs Kriegserklärung an Serbien sind mehr als zwei Monate verflossen; nach den Ereignissen, die sich in den ersten Tagen und Wochen geradezu überstürzten und das wirtschaftliche Leben förmlich in Verwirrung zu bringen drohten, sind allmählich wieder geordnetere Verhältnisse eingetreten, welche einigermaßen eine Beurteilung der gegenwärtigen Lage in der Industrie zulassen. Niemand hatte so recht an die Möglichkeit eines Weltkrieges gedacht, so daß dessen plötzlicher Ausbruch die Industrie völlig unvorbereitet traf. Die Bestürzung war um so größer, als man glaubte, alles müsse zum Stillstand kommen. Heute kann man sagen, daß sich die Befürchtungen, welche man in der ersten Zeit gehegt hatte, erfreulicherweise nicht erfüllt haben. Wenn die Lage der Industrie, was übrigens begreiflich erscheint, auch keine durchwegs befriedigende ist, so ist sie doch viel besser, als man in der ersten Zeit erwartete. Die unmittelbaren Schwierigkeiten, die sich bei Beginn des Krieges einstellten, sind zum Teil behoben oder wenigstens gemildert worden. Die Unterbindung jedes Verkehrs, unter welcher naturgemäß Industrie und Handel besonders zu leiden hatten, ist zum großen Teil beseitigt, der Frachtenverkehr, der in den ersten Tagen gänzlich stockte, ist wieder aufgenommen und ermöglicht es den Fabriken, ihre Rohstoffe und Materiale, sofern nicht die erlassenen Ausfuhr- und Durchfuhrverbote dies hindern, zu beziehen und ihre Erzeugnisse wieder zu versenden. Auch die Frage der Kohlenversorgung, welche anfänglich sehr bedenklich schien, ist in befriedigender Weise gelöst. Der Postpaketverkehr ist wieder aufgenommen, wenn auch hier die noch bestehenden Beschränkungen für manche Industrie eine Erschwerung bedeuten. Die Post arbeitet fast wieder normal, der wiedereröffnete Telephonverkehr vermag etwaige Verzögerungen rasch zu beseitigen. Die lähmenden Wirkungen des Moratoriums, durch welche den Unternehmungen die Verfügung über ihre bei den Kreditinstituten eingelegten Kapitalien fast völlig entzogen wurde, sind durch die allmähliche Erweiterung der Ausnahmen abgeschwächt worden und werden durch den stufenweisen Abbau der Stundungsvorschrift weiter gemildert werden. Durch die Errichtung von Darlehensbanken und einer Kriegskreditbank wird der Geldknappheit gesteuert und für die Bedürfnisse des Kredits in entsprechender Weise vorgesorgt werden. Die Hauptschwierigkeiten, unter denen die Industrie gegenwärtig noch zu leiden hat, ergeben sich aus der Beschaffung des zur Fabrikation nötigen Rohmaterials infolge der erfolglosen Ausfuhrverbote und aus der fast gänzlichen Unterbindung des Exportverkehrs. Gelingt es, auch diese Schwierigkeiten zu beheben oder wenigstens abzuschwächen — und dafür besteht immerhin eine nicht unbegründete Aussicht — so wird die Lage der Industrie eine weitere Besserung erfahren.

Die nordböhmische Textilindustrie war schon zu Beginn des Jahres 1914 in keiner befriedigenden Lage. Da man der Ansicht war, daß das schwache Geschäft auf die Preise des Rohmaterials zurückwirken müsse, kaufte man nur mit großer Vorsicht ein und auch die Weber waren wenig geneigt, langfristige Schlüsse einzugehen. Man hoffte vom Herbst eine entscheidende Besserung des Geschäftes, da auch die Ernteberichte äußerst günstig lauteten. Auch der Kammgarnindustrie für Damenkleider schien die Wintermode 1914/15 günstig zu sein, da sie nicht nur eine strenge Richtung in einfarbigen Stoffen, sondern auch aus Kammgarn gearbeitete Artikel mit scharf abgegrenzten Bindungseffekten brachte. Für die Winterfaison waren bereits reichlichere Aufträge erteilt worden, auch das Geschäft in der Provinz belebte sich. Der Ausbruch des Krieges hatte zunächst zur Folge, daß zahlreiche Aufträge, welche zum Teil schon zum Versand bereit standen, annulliert wurden. Bald machte sich auch in der Tuch- und Wollwarenindustrie, die zum großen Teil auf den Bezug ausländischer Wollen, Kämmlinge, Garne und Abfälle angewiesen ist, ein Mangel an Rohstoffen bemerkbar. Durch die Ausfuhrverbote Deutschlands war der Bezug des Rohmaterials vorläufig unmöglich geworden. Auch hier kann festgestellt werden, daß es nach langen Unterhandlungen gelungen ist, Erleichterungen zu schaffen und daß weitere zu erwarten sind; so wurde die Einfuhr jener Rohmaterialien, welche vor dem 1. August gekauft und bezahlt wurden, aus Deutschland bewilligt.

Wenn in den meisten Unternehmungen der Textilindustrie der Betrieb nicht voll aufrechterhalten werden konnte, so ist das um so mehr erklärlich, als sich bereits große Lager angesammelt hatten und der Absatz durch die plötzlich verminderte Nachfrage ins Stocken geriet. Eine völlige Einstellung von Textilbetrieben erfolgte jedoch fast nirgends und nur in solchen Fällen, in welchen das Unternehmen mehrere Fabriken besitzt und die Erzeugung aus wirtschaftlichen Gründen zentralisiert wurde. Im allgemeinen wurde die Arbeitszeit auf drei bis vier Tage in der Woche eingeschränkt und so den Arbeitern die Erwerbsmöglichkeit gesichert; gut, zum Teil auf mehrere Monate hinaus voll beschäftigt sind jene Unternehmungen, denen Heereslieferungen übertragen wurden. Besonders die Textilfirmen des Reichenberger Bezirkes haben für Zwecke der Heeresverwaltung ansehnliche Lieferungen übernommen und konnten daher den Betrieb voll aufrecht erhalten; die Aufträge der Reichenberger Tuchfirmen umfassen allein mehrere hunderttausend Meter Militärtauch. Ungünstiger war in den ersten Wochen nach der Kriegserklärung die Lage der Warndarfer Textilindustrie, da deren Hauptabgabengebiete der Balkan, Ungarn und Galizien sind. Auch hier ist es jedoch, vorläufig wenigstens, besser als

Zeiten ein patriotisches Werk zu üben glaubte, wenn sie ihren Schwiegerjohn auf den Kampfplatz schickte. Dem Kriegsministerium stehe kein Aufsichtsrecht über die Nichtgedienten zu. In der Handlung der Angeklagten könne höchstens ein nach unserer Gesetzgebung nicht strafbarer Unfug erblickt werden.

Der Richter sprach auch die Angeklagte mangels eines strafbaren Tatbestandes frei. Der staatsanwaltschaftliche Funktionär hielt sich zur Ergreifung eines Rechtsmittels Bedenkzeit offen, beantragte aber, jedenfalls den Akt der Polizei zur Amtshandlung gegen die Angeklagte nach der kaiserlichen Verordnung vom Jahre 1854 abzutreten.

In einer späteren Verhandlung hatte derselbe Strafrichter über zwei Ehrenbeleidigungsklagen zu entscheiden, die der Reserveleutnant und Gastwirt Johann Lebner in Siebenbrunn und der Bürgermeister und Gemeindefeldarzt dieses Ortes Dr. Hans Wenzel gegen den Vizebürgermeister und Gastwirt von Siebenbrunn Karl Endlweber erhoben hatten. Wie in der durch Dr. Josef Kläger vertretenen Klage ausgeführt wird, hatte der Angeklagte kürzlich an das Militärplatzkommando eine Eingabe gerichtet, in welcher er den Verdacht aussprach, daß der Kläger Johann Lebner durch erschwundene Krankheitszeugnisse sich seiner Dienstpflicht entziehen wolle. In dieser Eingabe beschuldigte er den Gemeindefeldarzt Dr. Wenzel, daß sich offenbar Lebner durch dessen Hilfe von seiner Dienstpflicht befreien wolle. Wegen dieser Eingabe, die nach Ansicht der Kläger die Beschuldigung der Fahnenflucht, beziehungsweise der Mitwirkung an diesem Verbrechen bedeute, erhoben Lebner und Dr. Wenzel die erwähnte Privatklage.

In der heute durchgeführten Verhandlung gab der Angeklagte zu, daß er lediglich aus patriotischen Motiven, ohne der Ehre der beiden Kläger nahezu treten zu wollen, die inkriminierte Anzeige an das Platzkommando erstattet und in dieser Anzeige mitgeteilt habe, daß Reserveleutnant Johann Lebner bis heute noch nicht eingezogen sei. Als Vizebürgermeister habe er sich berufen gefühlt, diesen Umstand der zuständigen Militärbehörde zur Anzeige zu bringen.

Der Klagevertreter Dr. Kläger hob hervor, daß Herr Lebner derzeit im Felde stehe und sich kurz nach Ausbruch des Krieges sogar freiwillig gemeldet habe.

Der Richter verurteilte den Angeklagten wegen Ehrenbeleidigung im Sinne beider Klagen zu einer Geldstrafe von zweihundert Kronen, eventuell zu zehn Tagen Arrests. Der Richter war der Ansicht, daß der Angeklagte durch den Inhalt seiner Eingabe tatsächlich den Kläger Lebner des Verbrechens der Fahnenflucht, den Kläger Dr. Wenzel der Mitthäufung an diesem Verbrechen geziehen habe.

Wien, 21. Oktober. (Justiz und Wehrpflicht.)

In dem Prozeß gegen ein Falschmünzerverbündnis, das durchwegs aus jungen Burschen bestand, hat heute ein Senat des Ausnahmengerichtes eine sehr bemerkenswerte Verfügung getroffen. Nach gefälltem Urteil sah sich der Senat auf Antrag der Verteidigung veranlaßt, die Verurteilten im Hinblick auf ihre Wehrpflicht auf freien Fuß zu setzen und von einem vorläufigen Vollzug der Strafe abzusehen.

In dem Prozeß, in dem Oberlandesgerichtsrat Dr. Schumann den Vorsitz führte, waren fünf Personen angeklagt: Der Spänglergehilfe Alois Switil und der Tischlergehilfe Josef Padecky wegen des Verbrechens der Münzverfälschung, der Hilfsarbeiter Josef Zenisek wegen Mitschuld an demselben Verbrechen und die Tischlergehilfen Josef Chobosky und Josef Hawlicek wegen Teilnahme an der Münzverfälschung. Im Mai dieses Jahres hatte Franz Bürgermeister, gleichfalls ein Tischlergehilfe, die Anzeige erstattet, daß Padecky sich mit der Herstellung falscher Fünfstrohen- und Zwanzighellerstücke befaßt. Kurz darauf wurde Chobosky über Veranlassung einer Kanitenverschleißerin verhaftet, weil er den Versuch machte, ein Fünfstrohenstück in ihrem Laden zu wechseln. Die eingeleiteten Erhebungen der Polizei führten zur Auffindung einer Falschmünzwerkstätte in dem von Switil und Padecky bewohnten Quartier, wo sich Material an sogenannten Lagermetall vorfand, aus dem die Geldmünzen angefertigt wurden.

Zenisek, ein wegen Münzverfälschung bereits vorbestraftes Individuum, hatte die beiden in der Falschmünzerei unterwiesen, sie darüber belehrt, wie man Gipsabdrücke herstellt und das Metall in Formen gießt. Im ganzen sollen etwa 60 falsche Fünfstrohenstücke hergestellt worden sein. Außer Chobosky soll auch Hawlicek sich an der Verausgabe falscher Münzen beteiligt haben.

In der heutigen Verhandlung fungierte Dr. Eduard Mittel als Staatsanwalt. Die Verteidigung führten Dr. v. Klein, Dr. Stadler, Dr. Birnberg, Doktor Löwensohn und Dr. Stadler. Die Täter waren im wesentlichen geständig.

Der Gerichtshof verurteilte Alois Switil und Josef Padecky zu je zehn Monaten, Josef Chobosky und Josef Hawlicek zu je sechs Monaten schwerenerkers. Josef Zenisek wurde freigesprochen. Nach Verkündung des Urteils beantragten die Verteidiger

Der Krieg und der Kleinhandel.

Von Direktor Otto Weil (Straßburg i. E.).

Die gewitterschwangere Stimmung der letzten Juliwöche dieses Jahres fand in den Geschäftshäusern des Kleinhandels ihren deutlichen Ausdruck in einem fast völligen Erlahmen der Kaufkraft des Publikums. Es war, als ob plötzlich aller Bedarf aufgehört habe. Größte Kaufpaläste erschienen nicht weniger verödet als kleinste Ladengeschäfte. Dreiundvierzig Friedensjahre hatten uns den Maßstab für die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges verlieren lassen. Nun das ungeheuerliche Wahrheit wurde, schien es als ob jegliches Erwerbsleben zu Ende sein müsse. Bald aber errang doch kühle Ueberlegung die Oberhand. Nüchtrige Kaufherren gedachten der Bedürfnisse der kommenden Mobilmachung und sorgten vor. Und als am Nachmittag des 1. August die Mobilmachung verkündigt wurde, war in allen Läden ein lebhafter Andrang von Käufern zu beobachten. Unterwäsche und Socken, Stiefel, Koffer, Taschenlampen, Toilettegegenstände und vieles andere wurden stürmisch begehrt und waren vorhanden. Am ersten Sonntag der Mobilmachung beobachtete ich bei einem findigen Kaufmann, wie er aus vorhandenen Fensterleibern auf einigen Nähmaschinen zahllose Brustbeutel, an denen es mangelte, herstellen ließ. Es heißt, daß an diesem Tage schon, in richtiger Voraussicht der Sachlage, die Einkäufer großer Berliner Kaufhäuser unterwegs waren, um bei den Fabrikanten alle Bestände in Wollwaren und Trikotonen aufzukaufen.

Nachdem die zahlreichen Bedürfnisse der Mobilmachung gedeckt waren, lag im August das Geschäft überall schlecht. Die Geschäftshäuser lagen verödet da. Personal-Entlassungen oder Gehaltskürzungen waren die Folge. Einzelne Firmen hatten zwar große Kriegs- und Heereslieferungen, aber die Mehrzahl der Geschäftsinhaber war dabei nicht beteiligt. Nach kurzer Zeit jedoch hatten sich doch schon Viele mit der bisher fremden Materie vertraut gemacht. Sie verstanden es bald, den Anforderungen der Heeresverwaltung gerecht zu werden und sich so ihren Anteil an dem breit fließenden Goldstrom der Heereslieferungen zu sichern.

Anderer wiederum, besonders Geschäfte für Luxuswaren und dergleichen, führten Waren, nach denen jetzt verstärkte Nachfrage herrschte, neu ein. Und so sah man bald Galanteriegeschäfte, in denen Socken und Handschuhe auslagen, Korsettgeschäfte, die das Publikum mit wärmendem Unterzeug versorgte, wieder andere, die Schokolade, Zigarren und dergleichen feilboten. Der Absatz aller für den Heeresbedarf geeigneten Artikel wurde so energisch betrieben, daß sogar leerstehende Läden gemietet wurden, um in ihnen Geschäfte für Heeresbedarfs-Artikel zu eröffnen.

Das ist das bezeichnende des deutschen Kaufmannes, dem er seine großen Erfolge verdankt: Dieses schnelle „sich drehen“ und das gewandte Sichanpassen an die Verhältnisse. Dem lebhaft erstarkten Nationalgefühl kam man durch die Darbietung von patriotischen Abzeichen, Kaiserbildern und Kriegskarten, die schnell massenhaft aufstauten, entgegen. Raum waren die halbpfündigen Feldpostbriefe zulässig, als auch schon überall passende Zusammenstellungen von Gegenständen aufstauten, die den Angehörigen im Felde nützlich oder erwünscht sein konnten.

Es wäre unrecht, in diesem Zusammenhange nicht der Leistungen unserer Industrie zu gedenken. Die Schnelligkeit, mit der sie sich der neuen Lage anpaßte, ist bewundernswert. In fester und enger Fühlung mit dem Warenvertrieb verstand sie es, kaum gelannte, nun plötzlich stark begehrte Artikel schnell herzustellen. Wer wußte früher etwas von Lederwesten? Da ging durch die Presse eine Notiz, daß der Kaiser im Felde stets eine Lederweste trage, da eine solche besonders warm und wasserdicht sei. Vierzehn Tage später schon waren in vielen Geschäften Lederwesten in den mannigfachen Ausführungen erhältlich. Dann las man in den Zeitungen, daß die Offiziere an den gelben glänzenden Gamaschen und an den hellen, mit spiegelndem Celluloid-Überzug versehenen Karren leicht kennlich und dem feindlichen Feuer besonders ausgesetzt seien. Zehn Tage später wurde mir „feldgraue wasserfeste Deckfarbe für Gamaschen und Lederzeug“ angeboten. Das ist deutsche E- und I-zeit und deutsche Tüchtigkeit! Ihr, die ihr uns belämpft, weil ihr das nicht könnt, nimmer auch werdet ihr es erlernen! —

Feldgraue Halsbinden und Pulswärmer, Socken, Aniewärmer, seidene Schuhweiten, Unterzeuge aller Art, nun in hunderten Mengen gebraucht, — sie sind da. Alles paßt sich den Zeitumständen an. Damenwäsche-Fabriken versfertigen Leibbinden und Lungenwickler, Modewaren-Fabriken haben sich auf Verbandszeuge geworfen, Fabrikanten von Kinderstiefeln benutzen ihr Leder zur Herstellung von Säbelgurten, und Fabrikanten feiner Handtaschen für Damen stellen nun Patronentaschen für deutsche Krieger her.

So konnte es nicht ausbleiben, daß die Geschäfte bald besser gingen. Gewinne und Arbeitsverdienste an Heereslieferungen, die ungeheure finanzielle Kraft des deutschen Reiches, das Zutrauen zu unserer gerechten Sache und zu der unbesiegbaren Kraft unseres prächtigen Heeres bewirkten, daß die von weiten Kreisen gelübte Zurückhaltung im Einkauf allmählich wich. Auch das törichte Verlangen, daß nun jeder Einzelne seine Ausgaben auf das äußerste einschränken müsse, machte bald der besseren Erkenntnis Platz, daß der Einzelne durch Ausgaben im Rahmen seiner Verhältnisse der Allgemeinheit Verdienst und Arbeitsmöglichkeit

schaffen müsse, und daß nur so der unumgängliche Kreislauf des Geldes möglich sei.

Einen bedeutenden Anteil an dieser Besserung des Geschäftes hatte aber auch die Tüchtigkeit unserer Kaufmannschaft, die es verstand, in schwierigen Zeiten den Kopf oben zu halten und sich den Zeitumständen anzupassen. Ein deutliches Bild der Entwicklung zeigt die Betrachtung der Fachzeitschriften. Während die ersten Nummern nach dem Kriegsbeginn immer mehr zusammenschrumpften und immer weniger Inserate zeigten, bahnte sich bald eine Aenderung an. Eine Sonder-Aubrit für Kriegsbedarfs-Artikel erschien und wurde immer größer und umfangreicher. Aus ihr kann man so recht die lebhaften Umsätze und den zunehmenden Geschäftsverkehr erkennen.

Einseitig wäre es und eine Unterlassung, wollte man nur die Tüchtigkeit des deutschen Kaufmannes preisen, ohne seiner Fehler Erwähnung zu tun. Liegt doch eben in diesem schon unternehmenden Geist auch der Grund zu mancherlei Mißständen. Schon lange wußten es Einsichtige, daß gerade im Kleinhandel manches recht ungesund war. Es hatte sich in vielen Kreisen eine gewisse Großmannsucht, ein geschäftliches Prozedentum, das sich in schlimmen Uebertreibungen giefel, breit gemacht. Riesenhafte Erweiterungsbauten, kostbare Inneneinrichtungen großer und auch kleiner Geschäftshäuser, waren nicht immer nur durch innere Notwendigkeit bedingt. Neubauten und Vergrößerungen werden ins Werk gesetzt oft nur aus „Prestige-Gründen“. „Repräsentation“ hieß der Höhe, den man, einander überbietend anbetete. Auch die Reklame schien ins Ungemessene gewachsen und überschritt oft das Maß des Schönen, Angenehmen und Rentablen. In alledem wird ja nun der Krieg wohl eine Gesundung bringen. Die Rückkehr zu größerer Einfachheit, die Zurückhaltung in der „Ausmachung“ zur Selbstverständlichkeit.

Und nun noch eines: Die Mode. Profitwut Pariser Modegrößen und törichte kritiklose Nachäffung deutscher Kaufleute hatten das Tempo des Modewechsels zu einem höchst gefährlichen werden lassen. Gewiß wird die Mode erst durch den Wechsel bedingt. Aber dieser Wechsel ging nun so schnell vor sich, daß die Waren, kaum eingetroffen, oft schon unmodern und entwertet waren. Die Folge war vorzeitiges Verschleudern der Bestände, Fortschaffen der kaum eingetroffenen Waren um jeden Preis und damit eine auf die Dauer unerträgliche Erschwerung günstiger Betriebsergebnisse. Auch darin wird nun wohl Wandel eintreten.

Ob Deutschland aus sich heraus die ersehnte neue Mode finden wird, und ob es auf die Wegabung Pariser Künstler auf diesem Gebiete, sowie auf die in Paris durch uralte Traditionen herangezogene Hilfsindustrie so völlig wird verzichten können, muß die Zukunft lehren. Eine brauchbare Mode muß bis zu einem gewissen Grade stets international sein, und es ist fraglos, daß der Güteraustausch zwischen den Nationen nach dem Kriege wieder ausgenommen werden muß. Wenn wir nur unserer selbst bewußter werden und fest auf eigenes Füßen stehen, Fremdes schätzen ohne es anzubeten, Eigenes nicht ins Ungemessene übertreiben, dann hat dieser Krieg schon sein Gutes gezeitigt.

Die Besserung der Lage des Detailgeschäftes ist nicht überall in gleichem Maße erfolgt. Durchgängig läßt sich beobachten, daß sich Verbrauchsgegenstände wie z. B. Lebensmittel, Wollwaren, Trikotonen u. dergleichen nachfrage erfreuen als Luxusartikel. Damenkleidung und Damenhüte werden in mittleren Preislagen ziemlich stark begehrt, teure und elegante Stücke dagegen wenig. Schlecht geht es den Schmuckwarenhändlern, sowie den Geschäften für Herrenbekleidung. Im allgemeinen aber kann man jedenfalls sagen, daß sich die Kaufkraft des Volkes über Erwarten groß und widerstandsfähig gezeigt hat.

Die österreichische Industrie während des Krieges.

Eine Rundgebung der drei zentralen Verbände.

Gestern fand im großen Saale des Industriehauses eine von den drei zentralen Verbänden der Industrie (Bund österreichischer Industrieller, Industrieller Klub, Zentralverband der Industriellen Oesterreichs) einberufene Versammlung der Industriellen Oesterreichs statt, deren einziger Punkt der Tagesordnung das Thema „Die österreichische Industrie während des Krieges“ bildete. Die Versammlung war äußerst zahlreich besucht. Am Präsidentschisch saßen: Sektionschef a. D. Dr. Siegmund Brosche (Präsident des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs), Bergrat Max von Gutmann (Präsident des Industriellen Klubs) und Kommerzrath Heinrich Welter (Präsident des Bundes österreichischer Industrieller).

Die Widerstandsfähigkeit und Opferwilligkeit unserer Industrie.

Sektionschef Dr. Brosche eröffnete im Namen der drei zentralen Verbände die Versammlung mit einer Ansprache, in der er ausführte: Die drei Verbände haben an die Industriellen Oesterreichs den Ruf zu dieser Versammlung ergehen lassen in einer Zeit schwerer Sorgen und harter Bedrängnis. Es gilt diesmal nicht, rein wirtschaftliche Fragen vom industriellen Standpunkte zu erörtern oder Sonderinteressen der Industrie zur Geltung zu bringen, all unser Wünschen, Hoffen und Wollen gehört vielmehr ausschließlich dem großen Ganzen unsres Vaterlandes, das, von einer Welt von Feinden bedroht, den ihm aufgezwungenen Kampf um seinen Bestand und seine gesicherte Zukunft führt.

Was erscheint uns nützlich neben den großen Ereignissen, die auf den Schlachtfeldern das Schicksal Oesterreichs entscheiden, alle Kleinlichen Gegensätze sind verschwunden, alle Sonderbestrebungen treten zurück hinter dem einen großen Ziel: dem Siege unsrer Waffen! (Lebhafte Beifall.) Und wahrlich: die österreichische Industrie ist an diesem Ziel nicht unbeteiligt. Ihre Söhne und ihre Arbeiter kämpfen Schulter an Schulter gleich heldenmütig in den Reihen unsrer Armee. Die Industrie hat das Heer mit Waffen und Wehr gerüstet, deren technische Vollkommenheit den mächtigsten Schutz unsrer Soldaten und den Schrecken unsrer Feinde bedeutet, ihre wirtschaftliche und finanzielle Kraft ist es aber vor allem, die den stärksten Grundpfeiler des Staatsgebäudes bildet, das den schweren Erschütterungen des Krieges ausgesetzt ist. Das Los der einzelnen Industrien ist kein gleiches. Die einen finden gerade durch den Krieg erfolgreiche Betätigung, andre erleiden mehr oder minder schwere Verluste und manche — ich hoffe, ihre Zahl wird verschwindend klein sein — sind in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht.

Gleichwie aber unsre tapferen Soldaten der drohenden Gefahr nicht achten, sondern sich eng zusammenschließen zu kräftiger Abwehr des Feindes und ohne Unterschied der Herkunft und der Nationalität Blut und Leben mutvoll einsetzen für das Vaterland, so muß auch die Industrie — diesem erhebenden Beispiele folgend — in festgefügtter Vereinigung zusammenstehen und ihre gesamten wirtschaftlichen

Kräfte ohne Wehleidigkeit gegen das Ungemach, das der Krieg mit sich bringt, mit Mut und Selbstvertrauen dem Vaterlande weihen. (Zustimmung.)

Von der Notwendigkeit eines einheitlichen und einmütigen Vorgehens in dieser schweren Zeit durchdrungen, haben die drei zentralen industriellen Verbände gleich zu Beginn des Krieges beschlossen, in allen Angelegenheiten, welche mit dem Kriegszustande im Zusammenhange stehen, gemeinsam zu beraten und zu beschließen. Sie haben sich sozusagen als einheitliches Kriegsfürsorgeamt der Industrie etabliert und waren bemüht, die auftauchenden schwerwiegenden Fragen teils selbst, teils im Permanenzkomitee der Wiener Handels- und Gewerbekammer gemeinsam mit den Vertretern von Handel und Gewerbe einer Lösung zuzuführen. Lassen Sie mich der Hoffnung Raum geben, daß dieser Vorgang, der sich durchaus bewährt hat, die Grundlage dafür bieten wird, seinerzeit nach Wiederherstellung des Friedens zu einer dauernden, die Vereinspolitik endgültig befestigenden einheitlichen Organisation der Industrie fortzuschreiten. Heute, nach nahezu viermonatiger Dauer des Kriegszustandes, kann konstatiert werden, daß die Industrie ihre schwierigen Aufgaben, wenn auch zum Teil mit schweren Opfern, glänzend gelöst und Zeugnis für ihre unbeugsame Fähigkeit und Widerstandskraft abgelegt hat. Die österreichische Industrie ist fester Zuversicht und unerschütterlichen Vertrauens in den endgültigen Sieg der Waffen der verbündeten Kaiserreiche, sie muß, kann und wird den Krieg wirtschaftlich aushalten und durchhalten bis zu seinem einen dauernden Frieden und den sicheren Bestand unsrer Monarchie garantierenden Ende, ihre innere Kraft ist und bleibt ungebrochen und sie setzt sie opferfreudig ein für Kaiser und Reich. (Lebhafte Beifall.)

Anpassung der Industrie an die Kriegsverhältnisse.

Hierauf ergriff Präsident Welter das Wort zu folgenden Ausführungen: Es ist eine hochernste Stunde, in der Oesterreichs Industrie zu einer Tagung sich versammelt, um Zeugnis dafür abzulegen, daß sie sich voll bewußt ist ihrer Pflichten für das Vaterland. Wahrlich nicht von uns war dieser unselige Krieg gewollt, nicht von uns und unsern treuen Verbündeten. Unzählig sind die Beweise von Friedensliebe, die unser greiser, schwergeprüfter Monarch und nicht minder sein unergleichlicher Freund Kaiser Wilhelm II. der Welt gegeben haben und eine ehrliche, unbefangene Geschichtsschreibung wird ihnen dereinst den Titel „Friedensfürsten“ nicht vorenthalten. Nicht einen Eroberungskrieg führen wir im Bunde mit dem Deutschen Reiche, sondern einen Verteidigungskrieg in des Wortes wahrster Bedeutung, einen Kampf um Haus und Hof, buchstäblich einen Kampf um unsre Existenz! Das eben ist es, was unsre Söhne und Brüder im Felde mit so beispielloser Begeisterung erfüllte und zu Großtaten befähigte, die wir dankbar anerkennen. Vielleicht zum erstenmal wurde eine moderne, auf dem Kreditwesen aufgebaute weltwirtschaftlich eng verknüpfte Volkswirtschaft von den unvermeidlichen Folgen eines Krieges betroffen. Die Industrie hat sich, dies muß zu ihrem Lobe gesagt werden, mit überraschender Schnelligkeit vollkommen zielbewußt den neuen Verhältnissen angepaßt. Wir sehen heute die österreichische Industrie unter dem Zeichen des Krieges neu orientiert und neu organisiert funktionieren, und zwar aus eigener Kraft. Mit einer gewissen Beruhigung können wir heute konstatieren, daß die anfangs befürchtete allgemeine Arbeitslosigkeit fast gar nicht oder zumindest nur örtlich oder in ganz bestimmten Berufsgruppen eingetreten ist. Wir müssen auch zu unsrer Genugtuung konstatieren, daß Versuche, die verminderte Arbeitsgelegenheit zu Lohnkürzungen zum Anlaß zu nehmen, nicht gemacht wurden. Und mit gleicher Freude können wir ausprechen, daß seitens zahlreicher Unternehmer deren Betriebe ohne Rücksichtnahme auf eigenen Vorteil, sondern nur unter Bedachtnahme auf das Interesse der alten Arbeiterschaft, mit schweren Opfern aufrechterhalten wurden.

Günstiges Gesamtbild der industriellen Verhältnisse in Oesterreich.

Wenn man einen Ueberblick über die verschiedenen Industriezweige macht, so kann man, ohne ins Detail einzugehen, nur konstatieren, daß einzelne Industriegruppen vollauf beschäftigt sind. Und zwar diejenigen, die wir als die Kriegsausstattungsindustrien bezeichnen wollen, deren einzige Schwierigkeit oft nur in Arbeitermangel besteht, für diese bedeutet der Krieg die Konjunktur. Eine zweite Gruppe von Industrien sind solche, welchen die Möglichkeit offen

Die Rohstoffversorgung im Kriege.

Gestern fand unter dem Vorsitze des Vizepräsidenten Oskar Heintjchel Edlen v. Heinegg eine Monatsversammlung des Industriellen Klubs statt, auf deren Tagesordnung eine Diskussion über „Die Rohstoffversorgung im Kriege“ stand.

Der Referent Kommerzialrat Artur Kuffler führte aus: Das Gebiet der Rohstoffversorgung ist ein so umfassendes, daß es notwendig sei, sich zunächst auf die Frage der Beschaffung der industriellen Rohstoffe, und zwar solcher zu beschränken, die normal aus dem Auslande bezogen werden. Für die Beschaffung derjenigen industriellen Rohstoffe, die das Inland liefert, kommen vollständig andere Gesichtspunkte in Betracht, wie insbesondere die allgemeine Kriegslage, das Vorhandensein von Arbeitskräften, Transportmitteln u. dgl. Für unsere Monarchie ist aber die Beschaffung der industriellen Rohstoffe aus dem Auslande von umso größerer Bedeutung, als wir teils infolge unserer geographischen Lage, teils mit Rücksicht auf alte eingelebte Handelsbeziehungen durch lange Zeit den heimischen Häfen vernachlässigt haben. Der Importhafen bildet in den meisten Fällen auch den Markt und den Stapelplatz für den betreffenden Artikel, was zur Folge hat, daß wir bei überseeischen Rohstoffen in großem Maßstabe auf europäische Importländer, in der Hauptsache auf das Deutsche Reich als Vermittler angewiesen sind. Die Ausfuhr- und Durchfuhrverbote, die fast alle europäischen Länder sofort bei Kriegsausbruch eintreten ließen, haben uns von einem Tag zum anderen von den gewohnten auch befreundeten Märkten abgesperrt, so daß wir nur auf die Vorräte angewiesen waren, die sich in den heimischen Fabriken in Verarbeitung befanden haben. Am günstigsten ist die Versorgung in denjenigen Artikeln, für die Triest in Friedenszeiten den normalen Einfuhrhafen und Markt bildet, wie zum Beispiel Reis, Kaffee, ostindische Baumwolle, während für alle Produkte, die über Nordseehäfen bezogen werden, die Aus- und Durchfuhrverbote sofort ihre Wirksamkeit äußern. Man kann mit Recht sagen, daß die einzig verlässliche Art der Rohstoffversorgung während des Krieges die Rohstoffbeschaffung im Frieden ist. Der gegenwärtige Krieg wird zum Unterschiede von früheren ähn-

lichen Ereignissen nicht nur militärisch, sondern in hohem Maße als wirtschaftlicher Krieg geführt. England hat vom ersten Tage an seine Stellung als Seemacht in rücksichtslosester Weise ausgenützt und sich nicht gescheut, auch dem Handel der neutralen Staaten jede Beschränkung, unbekümmert um die völkerrechtlichen Vereinbarungen, aufzuerlegen, die ihm zur Schädigung seiner Gegner notwendig scheinen. Zunächst wurde die bisherige Liste von Konterbandartikeln willkürlich erweitert und so ziemlich alles, was zur See transportiert wird, als relative oder absolute Kriegs-konterbande erklärt. Darüber hinaus hat England in seinen Besitzungen und von ihm verwalteten Ländern den Export selbst von Artikeln, die nicht Konterbande sind, auch nach neutralen Ländern auf das schärfste eingeschränkt und gestattet ihn nur, wenn der Verkäufer gegen hohe Kaution die Verantwortung übernimmt, daß das betreffende Gut tatsächlich im neutralen Land verarbeitet und konsumiert wird. Diese Taktik hat begreiflicherweise dazu geführt, daß die neutralen Staaten, um sich selbst die notwendigen Rohmaterialien zu sichern, dem von England ausgeübten Druck nachgebend, fortwährend neue Beschränkungen für die Ausfuhr und Durchfuhr feststellen. Man darf somit nicht verkennen, daß auch in allen den privaten Handel, sowohl der Kriegführenden als der Neutralen, betreffenden Fragen die Rechtsnormen aufgehoben sind und nur die Macht entscheidet. Von den in Betracht kommenden Ländern wäre zunächst Amerika in der Lage, seinen Interessen Geltung zu verschaffen. Eine der größten Sorgen der Vereinigten Staaten besteht gegenwärtig darin, die Entwertung der Baumwollernte, die zu einer Verarmung der Südstaaten führen müßte, zu verhindern. Und es wird von höchstem Interesse sein, zu beobachten, ob es der Union möglich ist, sich von den Hindernissen, die ihr England auch beim Absatz von solchen Waren, die ausdrücklich als Nicht-konterbande erklärt wurden, bereitet, zu befreien. Die den Seeverkehr betreffenden Schwierigkeiten sind gegenwärtig für alle Gegner Englands die gleichen. Für die einheimische Industrie haben sich aber die Schwierigkeiten noch dadurch erhöht, daß sie auch von ihren gewohnten europäischen Einkaufsmärkten abgeschlossen ist. Dank dem Entgegenkommen der deutschen Regierung konnten zwar die allergrößten Härten, wenn auch erst nach Erledigung zeitweiliger manipulativer Schwierigkeiten behoben werden. Für die Zukunft ist aus den jetzigen Erfahrungen die Lehre zu ziehen, daß man nur über das sicher verfügen kann, was sich im eigenen Lande befindet und daß es daher unbedingte Pflicht ist, für eigene Märkte in den wichtigsten Rohstoffen Sorge zu tragen.

Dr. Friedrich Karminski charakterisiert die Haltung Englands als Kriegführende und jene der Vereinigten Staaten von Amerika als neutrale Macht. Der gegenwärtige Krieg lehre, daß wir unsere Volkswirtschaft gegenüber den Wechselfällen des Schicksals so einrichten müssen, daß wir unabhängig vom Auslande uns auf unsere eigenen Kräfte verlassen können.

Generaldirektor Ritter v. Penzig-Franz legte die Schwierigkeiten dar, welche sich dem Bestreben entgegenstellen, im Inlande große Vorräte von Schafwolle anzuhäufen. Unter Hinweis auf die Wichtigkeit dieses Artikels für die Heeresausrüstung erklärte er, die Schaffung schnellerer Dampfverbindungen und die Begünstigung der Industrie überhaupt könne allein hier fördernd wirken. Je mehr Industrie, desto mehr Vorräte.

Vizepräsident Otto v. Seydel, bemerkte zur Frage der Salpeterbeschaffung, daß, nachdem der Import dieses Artikels nach Europa völlig unterbunden sei, Deutschland darangehe, Salpeter auf synthetischem Wege herzustellen. Ähnliches würde sich auch hier zu Lande empfehlen.

Julius Pastree berührte die Frage der Kohlenversorgung der Industrie, worauf kais. Rat Oskar Berl ausführte, daß diese Frage heute zum großen Teile eine Verkehrsfrage sei, und daß, falls durch militärische Erfordernisse die Benützung einer Eisenbahnlinie eingeschränkt oder eingestellt werde, durch Hilfsrouten und Bezug aus anderen Revieren Abhilfe geschaffen werden müsse.

In seinem Schlussworte sagte der Referent Kuffler, die bisherige Entwicklung zeige, daß der Krieg immer mehr auf wirtschaftlichem Gebiete geführt werde, und daß Oesterreich die Kriegsvorbereitungen, die es auf militärischem Gebiete getroffen, in Zukunft auch auf wirtschaftlichem, finanziellem und industriellem Gebiete treffen müssen.

Mit einem Dank an den Vortragenden und die Diskussionsredner schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Einkaufen!

Zum „goldenen Sonntag“.

Wie in andern Jahren fluten die Menschen heute halb eilig, bald nachdenklich schlendernd durch die Straßen und machen vor Schaufenstern, die ihre Aufmerksamkeit erregen, halt. Mit Tannenzweigen und Wipfelsträußchen, mit farbigen Bändern, mit Plüsch und Lichterpracht herausgeputzt, bilden die Vorlagen ihr stolzes Spalier. In den Straßenecken Blumenhändlerinnen, die obligaten Wagen mit Tannenzweigen und dicken Büschen von Stechpalmen, und Menschen, mit Paketen beladen, Damen, die vor den Geschäften stehen und ihre Kommissionszettel revidieren, Andrang in den Tabaktrafiken, wo die Herren ihre „Christkindeln“ besorgen, die Gruppen der unbeeinträchtigt Entzückten, der Kinder vor den Spielwarenläden und die lieben „Bäumermärkte“, um die Weihnachtsduft zieht...

War's am „goldenen Sonntag“ nicht immer so? Und doch ist's anders. Das Militärische wird in allen Geschäften betont. Ueberall gewährt man fertigungsjustierte, mit dem bewährten Geschmack unsrer Kaufleute zusammengestellte Feldpostpakete, die bald Lebensmittel, bald Wollwaren, dann wieder Pelzfächer und Stiefel, Drogerien, Tabak oder praktische Taschereinventare kombinieren. Es ist alles zweckvoll durchdacht. Man muß nur eintreten, Namen, Regiments- und Feldpostnummer angeben, und noch am

Soldaten zu. Ordentlich erfinderisch geworden ist man in der Befriedigung der Bedürfnisse, die der Krieger draußen hat, von den Unentbehrlichkeiten bis zu dem bescheidenen Luxus.

Man weiß, vielen Geschäftsleuten geht es jetzt recht gut. Wer Armeelieferungen hat, wer Wollwaren, Trikotasen, jegliche Art von Wolle, Leder, versendbare Lebensmittel, Kuchelpelze, kriegsmäßige Optikerwaren und andre feldmäßige Ausrüstungen zum Verkauf bringt, wird gewiß einen günstigen Jahresabschluss zu verzeichnen haben. In den übrigen Geschäften heißt es: „Wie's geht? Du lieber Gott, der Kriegslage entsprechend.“

Dennoch hofft man viel vom Weihnachtsgeschäft. Die Wiener hängen mit so lieber und gültiger Sentimentalität an ihren Traditionen, daß sie gewiß auch heuer geben werden, wo es nur halbwegs möglich ist. Wir haben es ja oft gesagt, und man will es gerade heute wieder nachdrücklich betonen: Es gibt auch einen patriotischen Geist, der sich wirtschaftlich äußert. Man erweist nicht nur mit Almosen Wohlthaten, sondern spendet sie in weit höherem Maß, wenn man die Menschen so unterstützt, daß es nicht erst zur Demütigung des Almosens kommen muß; indem man ihnen Arbeit gibt.

Man soll an keinem Geschäft vorübergehen, wenn es auch glänzend aussieht, und sich sagen: „Hier lauf' ich nicht. Die da drinnen haben es sicher nicht notwendig.“ Man weiß, daß auch hinter dem prunkenden Laden schwer kämpfende Truppen kleiner Handwerksleute, Heimarbeiter und alle möglichen bedrängten Hilfsindustrien stehen. Soll man es wieder sagen? Die neue Bluse ist nicht nur eine Angelegenheit persönlicher Eitelkeit, sie ist Brot für die Schneiderin, ein Stück nationaler Wirtschaftskraft, also Volkswohl.

Darum soll man einkaufen. Und zwar möglichst viel und freudig einkaufen. Auch der heurige Markt ist ja an schönen und geschmackvollen Dingen so reich. Unse Geschäftsleute haben es verstanden, vielen Sachen einen hübschen Einschlag von Sinnigkeit zu geben, so daß das Weihnachtsgeschenk von 1914 gleichzeitig zum Erinnerungsstück wird, zu einem jener Dinge, die in Familien weitervererbt werden und von denen es dann später heißen wird: „Ja das war damals, damals, wie der große Krieg im Lande war...“

Bei den Juwelieren liegen wunderhübsche Nadeln, Anhänger und Broschen hinter Spiegelgläsern. Da ist, von einem Kranz flimmernder Steinchen umrahmt, das Bild des heiligen Antonius, des Patrons der Jugend, zu sehen. Daneben in Alt Silber die Beschützerin der Artilleristen: die heilige Barbara. „Alle Arten von Münzen, namentlich auch viel Georgstaler, werden verkauft“, sagt einer der vornehmsten Wiener Goldschmiede. Dann zeigt er Nadeln mit den Bildnissen der verbündeten Kaiser, große Kristallinsen, in die Kriegsfahnen, Eichenzweige und andre Zeitsymbole eingemalt worden sind. Das Eisenerne Kreuz taucht in allen möglichen Formen auf, der Eisenring des Kriegsfürsorgeamtes, Amulette, Mondsteine, die als Talismane getragen werden. Die Fahne wird motivisch verwendet und mit ihr der Hufnagel, der alte, treue Glückske, oder Medaillons mit den Bildnissen der Lieben. Man sieht auch viele junge Männerköpfe mit Uniformfragen in diesen Medaillons, und mitunter stehen eingravierte Daten daneben, die einen grausamen Schlüsselpunkt für alle Sehnsucht und alles Hoffen bedeuten...

Man gerät, wenn man durch die Wiener Straßen geht, in jenen vorweihnachtlichen Kaufrausch, der heuer von so hoher Bedeutsamkeit ist. Manches Notwendige ist einfach, aber mit gutem Geschmack bereitgestellt. So sind recht praktische Stockgriffe für Invalide zu sehen. Auch Schirme werden viel gekauft. Sie sind einer jener Gegenstände, die das Moment des Nützlichen mit ein bißchen Luxus vereinigen. Man sieht wunderhübsche Griffe mit eingelegten Kristallen und Halbedelsteinen, mit Schildpatt und Keiserln echter Saphire, Nauten, Granaten, Rubine oder Aquamarine. Neben den Krücken aus Patirohr, aus Schlangenhölsern und andern Edelmateriale sind auch die Malakastöcke mit Goldknöpfen, Stahlgriffe, oxidiertes Kupfer, Email und andre künstlerisch entworfene Modelle zu sehen. Die Wiener Schirmindustrie steht ja auf besonders hoher Stufe, sie ist bodenständig und verdient, daß man sie auch in ernster Zeit mit allem Nachdruck unterstützt.

Die Konditoreien machen gute Geschäfte. Namentlich hinsichtlich des Schokoladenkonsums und der haltbaren Bäckerei, die man ins Feld schickt. Und was die Zuckersware betrifft — an den Kindern will niemand sparen. Selbstverständlich gebärden sich auch Schokolademänner kriegerisch, und die Attrappen stellen Soldatenmützen, Munitionswagen und Kanonen dar. Entzückend sieht es in den Spielereigeschäften aus, dem Mikrokosmos des Weltkrieges; vom Bilderbogen angefangen bis zu den stolzen sieghaften Seekreuzern mit vielen hundert

Soldaten, mit Reiterei, Hauptquartier, Festungen, Sanität und Train, Lazaretten und komplettem Etappendienst. Aber darüber ist schon mancherlei erzählt worden.

An wunderschönen Lederwaren geht man vorbei, an allerlei neuen Formen von Handtäschchen und Berlesäcken, an Reiserequisiten und Rahmen, in denen man die Bilder ferner Sieben unter den Christbaum legen wird.

Natürlich gibt es auch Novitäten: Mappen für gesammelte Extraausgaben, Schilde oder Kassetten zum Aufbewahren der Kriegszeichen, die man als Andenken zusammenstellt, Albums für Feldpostkarten oder für Photographien vom Kriegsschauplatz.

Auch der Buchhandel steht im Zeichen des Krieges: Kriegslieder, Historisches, Atlanten und auch sonst vorzugsweise ernster Stoff.

Man läßt sich dicke Bündel der immer kostbarer werdenden Strichwolle schenken, prächtige Körbe mit allerlei Schwaren oder Riechwässern, Seifen und ähnlichen Dingen. Das Militär hat die Armbanduhren der Herren modern gemacht. Briefpapiere mit roten und schwarzgelben Kreuzen, feingranne Seiden für Blusen werden gekauft. Luxuspelze lassen sich jetzt sehr günstig erstehen, denn die teneren Felle sind den Zeiten entsprechend im Preise zurückgegangen, nur Lammfelle, Nutria, Biber, Opossum und andre für militärische Zwecke in Betracht kommende Sorten steigen im Werte. Auch die ganz großen Gaben: Perlen, Brillanten, Platin und andre Kleinodien sind im Preise gesunken. Man betrachte es durchaus nicht als Triviolität oder auch nur als unzeitgemäßen Luxus, wenn man sich auch dafür interessiert, denn, nochmals sei es betont, die Einkäufe beweisen die Kapitalkraft der Nation, und da man sich nun schon einmal daran gewöhnt hat, hinter die Kulissen der Ausstattungsstücke zu blicken, die unsre weihnachtlichen Schaufenster darstellen, so muß man neuerdings wiederholen, daß man nicht nur die glanzvollen Läden, sondern auch die dahinter liegenden Werkstätten mit ihrem Lebensernste sehen soll.

Das Christkind hat immer ein großes Herz haben müssen. Heuer aber wird es ein Verschwender der Güte, ein Prasser der Liebe und Milbätigkeit sein. Man wird das alte wienerische Wort vom „Goldenen Sonntag“ innerlich auffassen müssen... H. T.

Die Wiener Handels- und Gewerbekammer macht, um allem Zweifel zu begegnen, darauf aufmerksam, daß die Vorschriften über Sonntagsruhe und die Verordnung über den 7-Uhr-Ladenschluß in Gewerbe- und Handelsbetrieben Ende Juli dieses Jahres bis auf weiteres außer Kraft gesetzt worden sind und daher der Betrieb der Gewerbe und das Offenhalten der Verkaufsläden am 20. d., dem sogenannten goldenen Sonntag, ohne Einschränkung gestattet ist.

Niederösterreichische Handelskammer.

Wien, 21. Dezember.

Die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer hielt heute unter dem Vorsitze des Präsidenten Herrenhausmitgliedes Paul Ritter v. Schoeller eine öffentliche Plenarsitzung.

Ein Antrag von Kammerat Engel und Genossen stellt fest, daß die kaiserliche Verordnung, mittels welcher die Einführung der Geschäftsaufsicht angeordnet wurde, von den sonst üblichen Durchführungsbestimmungen nicht begleitet war und daher empfindliche Lücken zeigt. Da die Erwartung, daß mit dem Ergehen der neuen Kontursgeetze

eine Einschränkung der Verordnung über die Geschäftsaufsicht eintreten oder wenigstens ein Termin für die Außerkraftsetzung derselben dekretiert würde, nicht erfüllt ersichtlich ist, sondern die Verordnung über die Geschäftsaufsicht weiter in Kraft bleibt und vielfach den Firmen dazu dient, sich Attiven zu sichern, die sonst den Kreditgläubigern zugute gekommen wären, erscheint es dringend notwendig, ergänzende Bestimmungen zu schaffen, sei es in Form einer Novellierung oder von Durchführungsvorschriften, welche die Mängel der Verordnung beseitigen. In Begründung des Antrages durch Kammerat Engel schlägt Kammerat Direktor Dr. Sammerschlag vor, den Antrag nicht dringlich zu behandeln, sondern zu beschließen, den Verwaltungs- und Steuerauschuß mit der raschest möglichen Ausarbeitung einer Eingabe an das Justizministerium zu beauftragen, welche alle notwendigen Abänderungsvorschläge enthalten soll. Nachdem sich Kammerat Engel dieser Modifikation angeschlossen hatte, wurde der Antrag in der vorliegenden Fassung angenommen. Im Uebergange zur Tagesordnung nahm die Kammer eine Reihe von Wahlen in die Ausschüsse vor.

Die Kammer genehmigte weiter einen Bericht des Kammersekretärs Dr. Götzinger, betreffend die gewerbmäßige Herstellung und den Betrieb von elektrischen Anlagen. Die ganz allgemein gehaltenen Bestimmungen der Ministerialverordnung haben sich nämlich als nicht mehr zulänglich erwiesen, so daß einzelne Landesbehörden abweichend vom Wortlaut der Verordnung Konzessionen verschiedenen Berechtigungsstufen erteilt und für die einzelnen Berechtigungsstufen auch einen verschiedenen Befähigungsnachweis gefordert haben. Um diese Praxis einheitlich zu gestalten und den Gewerbebehörden bestimmtere Weisungen über die Abstufung der Gewerbebefugnisse und des damit zusammenhängenden Befähigungsnachweises an die Hand zu geben, hat das Handelsministerium den Entwurf einer neuen Verordnung ausgearbeitet und den Kammern zur Begutachtung überwiesen. Die Wiener Kammer wird nunmehr nach Abschluß einer umfassenden schriftlichen Umfrage bei den interessierten Körperschaften ihr eingehend begründetes Gutachten abgeben. Der umfangreiche Bericht (Berichterstatter Kammersekretär Dr. Karl Götzinger) stellt fest, daß die geltende Verordnung gerade wegen ihrer allgemeinen Fassung die Entwicklung der Elektrotechnik und ihrer gewerblichen Anwendung nicht behindert habe und daß daher die Neuordnung auch in der Zukunft über das unumgängliche Maß einer Reglementierung nicht hinausgehen dürfe. In Wahrung dieses prinzipiellen Standpunktes bezwecken denn auch die Anträge der Kammer eine Vereinfachung der Ministerialverordnung. So werden an Stelle der vom Ministerium in Aussicht genommenen fünf verschiedenen Konzessionsstufen nur zweierlei Konzessionen empfohlen, eine Vollkonzession für die Herstellung und den Betrieb von elektrischen Anlagen ohne Unterschied der Art und Größe, und eine Teilkonzession für die Herstellung und den Betrieb von Niederspannungsanlagen (unter 600 Volt Gleichstrom oder 300 Volt Wechselstrom). Die Kammer befürwortet auch ein einfacheres und den Bedürfnissen des praktischen Lebens mehr entsprechendes Schema für die Erbringung des Befähigungsnachweises; für jede Konzessionsstufe wird ein gewisses Maß an theoretischer Vorbildung und an praktischer Betätigung gefordert, wobei letztere um so länger angelegt ist, je geringer die nachgewiesene theoretische Vorbildung ist. Für Absolventen von Werkmeisterkursen, Elektromonteurkursen und die Lehrlinge der zugelassenen Gewerbe wird neben der mehrjährigen praktischen Betätigung noch die Ablegung einer theoretischen Fachprüfung beantragt. Zum Unterschiede vom Ministerialentwurf befürwortet die Kammer auch die Anerkennung einer mindestens sechsjährigen ununterbrochenen angemessenen praktischen Tätigkeit ohne Nachweis einer theoretischen Vorbildung als Befähigungsnachweis. Weitere Anträge der Kammer beschäftigen sich mit der Genehmigungspflicht der elektrischen Betriebswerke, dann mit der Erlassung eines behördlichen Regulativs über die Ausführung und den Betrieb elektrischer Starkstromanlagen und endlich mit der Schaffung eines Elektrizitätsbeirates, der als beratendes Zentralorgan bei Erledigung einschlägiger Gesetze und Verordnungen sowie bei den Entscheidungen in der Ministerialinstanz beim Ministerium für öffentliche Arbeiten zu bestehen hätte. Der Bericht begründet schließlich auch die Notwendigkeit eines modernen Elektrizitätsweggesetzes.

Ein Bericht des Konsulenten Dr. Becker über Maßnahmen zur Aufstellung der Bilanzen während des Krieges wurde angenommen, ebenso ein Bericht des Konzipisten Dr. Ertl, betreffend die Schaffung einer Evendenzstelle für die Außenstände in den von Kriegsschäden betroffenen Gebieten der Monarchie.

Die Kammer genehmigte sodann eine Reihe von Subventionen und Stipendien.

Auf die öffentliche Sitzung folgte eine vertrauliche. Am Schlusse der Sitzung warf Kammerat Hofrat Doktor v. Gger einen kurzen Rückblick auf die durch die kriegerischen Verwicklungen hervorgerufenen wirtschaftlichen Verhältnisse und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Jahr 1915 eine Besserung in jeder Weise mit sich bringen werde. Er dankt dem Präsidenten Paul Ritter v. Schoeller und dem Vizepräsidenten Rudolf Ritschelt für ihre opferungsvolle Tätigkeit im Dienste der Kammer im Interesse von Handel, Industrie und Gewerbe. (Lebhafte Beifall.)

Präsident v. Schoeller dankt für die freundlichen Worte der Anerkennung und versichert, daß er auch weiterhin bemüht sein werde, die an ihn gestellten Anforderungen voll und ganz zu erfüllen. Er dankt dem Vizepräsidenten, den stellvertretenden Vorsitzenden, dem Kassenverwalter und allen Mitgliedern der Kammer für ihre wertvolle Mitarbeit und spricht dem Bureau der Kammer und an dessen Spitze insbesondere dem ersten Sekretär Regierungsrat Dr. v. Thayenthal den Dank und die Anerkennung aus. Das Bureau war im abgelaufenen Jahre vor keine geringe Aufgabe gestellt, die Arbeit war durch die außergewöhnlichen Verhältnisse eine weitaus größere als sonst und mußte von einem durch Einberufungen stark reduzierten Beamtenstab bewältigt werden. Alle haben sich in opferwilligster Weise in den Dienst der Kammer gestellt und es gebührt allen dafür der größte Dank. Vizepräsident Ritschelt dankt für die freundlichen Worte der Anerkennung und gibt der Versicherung Ausdruck, daß er auch weiterhin seine Arbeitskraft voll und ganz in den Dienst der Kammer stellen werde.

nicht außer acht zu lassen, daß durch die Einberufungen eine Konzentration der zur Erwerbsarbeit wenig geeigneten und wenig geeigneten Elemente stattfand.

Wenn man von der wirtschaftlichen Position einzelner Berufskategorien absteht und die Lage des heutigen Arbeitsmarktes im Allgemeinen betrachtet, so kann, um diese durch Ziffern zu kennzeichnen, gesagt werden: Etwa ein Viertel der Arbeiterschaft ist in ähnlichem Maße wie in Friedenszeiten beschäftigt, und ein Viertel ist soweit unterbeschäftigt, daß der Beschäftigungsanfall dieses Viertels noch nicht ganz durch die Ueberbeanspruchung der restlichen zwei Viertel ausgeglichen erscheint.

Gewiß ist, daß jene Firmen, welche Heeresbedarf irgendwelcher Art liefern, meist derart beschäftigt sind, daß die verfügbaren Werkseinrichtungen kaum zureichen, ja daß man sich neue Maschinen beschafft hat und, um die vorhandenen Einrichtungen besser auszunützen, mit Ueberstunden oder doppelter Belegschaft arbeitet. Einer vollen Ausnützung der Werkseinrichtungen durch Tag- und Nachtschichten steht vielfach ein empfindlicher Mangel an geeigneten Arbeitern entgegen. Besonders in den metallverarbeitenden Branchen hat sich deshalb die Heeresverwaltung veranlaßt gesehen, Arbeiter von der Kriegsdienstleistung zu entheben und in Fabriken einzustellen, wobei sie von der zutreffenden Erkenntnis geleitet wurde, daß diese qualifizierten Arbeiter durch Herstellung von Heeresbedarf dem Staate große Dienste zu leisten vermögen.

Man darf hier beim Worte Heeresbedarf nicht bloß an Waffen und Geschosse jeder Art denken; der Krieg braucht weit mehr. Alles, von der kleinen Schuhhölle bis zum Mantel hinauf, will hergestellt sein und immer wieder hergestellt werden, da der Krieg einen ungewöhnlichen Verbrauch aller Ausstattungsgegenstände verursacht. Riemen- und Sattelzeug, Hufeisen, Tränkeimer, Feldküchen, Zelte und Baracken, Laternen und Scheinwerfer, Feldstecher, Fahrräder, Autos und Wagen, Stier- und Schneereifen, Rud- und Brotsäcke stellen nur einen kleinen Teil der militärischen Bedarfsgegenstände dar. Für die Bewundetenpflege werden Tragbahnen, Betten und Matrasen, Verbandzeug, Heil- und Labemittel, chirurgische Instrumente, Desinfektoren und manches andre benötigt. Brot und Konserven müssen in Massen in das Feld, nach den Gefangenenerlagern und Spitalern geschafft werden. Die große Nachfrage nach Heeresbedarf hat es mit sich gebracht, daß einzelne Unternehmungen, welche vor dem Krieg fünf oder sechs Arbeiter beschäftigten, heute deren bis zu zweihundert verwenden, daß ganz neue Betriebe entstanden sind, daß andre an Kleinbetriebe oder Heimarbeiter Waren und Materialien zur Bearbeitung weitervergeben und daß sich viele Betriebe, welche bislang keinerlei von der Armee benötigten Artikel erzeugten, aber Werkseinrichtungen besaßen, die ein Umschwenken zur Herstellung von solchen Artikeln zuließen, diese Wandlung mit Erfolg vollzogen. Sieser zählen viele Maschinen- und Armaturenfabriken, Webereien, Appreturanstalten etc.

Die Grobeisenindustrie ist nur etwa zu 50 Prozent beschäftigt, die Roheisenherzeugung ist um die Hälfte, die Fasseisenherzeugung um 8 Prozent, die Träger- und Schienenherzeugung um 42 bis 50 Prozent gegen die gleiche Zeit des Vorjahres zurückgegangen. Dieser Rückgang bedeutet aber keine Verminderung der Arbeitsgelegenheit, im Gegenteil wird in den Hüttenwerken, welche einen ungemein großen Prozentsatz kriegstauglicher stellen, das Fehlen geeigneter Arbeitskräfte empfunden. In ähnlicher Weise haben sich die Teerproduktfabriken auf einer Beschäftigungshöhe erhalten, welche die Einberufenen vermissen läßt.

Leider gibt es auch Industrien, welche unter einem beträchtlichen Tiefstand der Konjunktur leiden. Die Glas- und keramischen Betriebe haben drei Viertel ihrer Arbeiter entlassen und erst in allerjüngster Zeit fanden wieder in einigen Arbeiteraufnahmen statt. Ebenso empfindlich ist die Arbeiterverringeringung in der Textilbranche, da die Baumwollspinnereien fast gänzlich, die Schafwollspinnereien mindest zu 40 Prozent ihre Betriebe eingeschränkt haben, wodurch alle von ihnen abhängigen Anlagen, wie Webereien, Wirkwarenfabriken, Färbereien, Bleichereien, Zeugdruckereien, Appretur-

anstalten, Zwirnereien etc. in Mitleidenchaft gezogen wurden. Aber Not macht erfindlich. Und so ist Hoffnung vorhanden, daß für gewisse Erzeugnisse der Spinnereien Surrogate auf dem Markt auftauchen werden, wodurch versiegte Arbeitsgelegenheiten durch neu-geschaffene ersetzt werden.

Die Baubetriebe und ihre Hilfs-gewerbe, wie die Zement- und Ziegelindustrie, die Bautischlerei, Zimmermalerei, Anstreicherei, Steinmeherei, Zimmerei etc. kamen durch die Bankreditentziehungen arg ins Stocken. Als sie sich wieder erholten, war der Winter da, der die Arbeitsmöglichkeit einengte. Die meisten Bauarbeiter fanden jedoch bei den noch näher zu erwähnenden Befestigungs- und Notstandsarbeiten Unterkunft.

Von einer tieferehenden Depression ist in den Betrieben der Luxusbranchen, so in der Damenkleider- und Hutindustrie und der mit der letzteren zusammenhängenden Blumen-macherei und Federnschmückerei zu sprechen. Nach den Ausweisen der Genossenschafts-frantentassen kann auf einen 30- bis 70pro-zentigen Arbeiterabfall geschlossen werden, wobei aus diesen Zweigen, da sie fast durchweg weibliche Arbeiter verwenden, Ab-gänge durch Einberufungen nicht erfolgten. Auch die Edelmetall-, Kunstmöbel- und Beleuchtungsindustrie mußten Arbeiter-entlassungen vornehmen.

Im Bergbau, besonders jenem auf Kohlen, macht sich eher ein Arbeitermangel als ein Zuviel an Arbeitern geltend.

Besondere Beachtung beanspruchen die Arbeitsverhältnisse in der Landwirt-schaft. Nach Kriegsausbruch wurde durch die kaiserliche Verordnung vom 5. August den Landgemeinden das Recht eingeräumt, von nicht den landwirtschaftlichen Ständen an-gehörigen Personen, welche in der Gemeinde sesshaft sind, die Beteiligung an den land-wirtschaftlichen Arbeiten zu fordern. Von den tausenden Gemeinden Oesterreichs haben nur etwa ein Duzend von diesem Rechte Gebrauch gemacht. Industriearbeiter, welche sich zur Landwirtschaft meldeten, wurden als un-geeignet abgewiesen, und das Angebot, mit der Landwirtschaft vertraute Gefangene bei-zustellen, fand keinen Anklang. Die kon-servativen Landwirte zogen lieber Kinder und Ausgedingte zur Arbeit heran und halfen sich gegenseitig aus, als daß sie sich zu fremden Hilfs-träften verstehen wollten. Weder bei den Ernte-, noch bei den Saatarbeiten sind infolge der Einberufungen Störungen, beziehungsweise Rück-stände, eingetreten.

Am schlimmsten waren anfänglich jene daran, welche einem Kunstberufe, dem Handel oder dem Beamtenstande angehören und ihre Beschäftigung einbüßten. Denn einerseits sind sie körperlich ungeübt und deshalb ohne Eignung, um eine Betätigung, in der es auf die physische Kraft ankommt, zu ergreifen. Auch mochten sie vielfach besorgen, durch dieses Umsatteln sich die Fähigkeit zur Rück-lehr zum erlernten Beruf zu beeinträchtigen. Indes kann gesagt werden, daß sich im Laufe der Monate mit der allmählichen Besserung der Wirtschaftslage auch die Lage dieser Kategorien besserte. Nicht wenig hat hiezu die Verfügung des Kriegsministeriums bei-getragen, daß die Vergabung von Be-stellungen für Heeresbedarf an die Be-dingung zu knüpfen sei, daß das beauftragte Unternehmen den vor dem Krieg existenten Stand der Angestellten wieder herstelle.

Wenn nun auch nach den bisherigen Wahrnehmungen ein Teil der Entlassenen gewisser Industrien bei andern Unter-nehmungen unterkommen fand so mußte doch noch für einen Rest in geeigneter Weise gesorgt werden. Zunächst hatten die Befesti-gungsarbeiten bei Wien, größtenteils auch diesem Zweck zu dienen. Haben doch jene bei Wien allein rund 26.000 Mann Beschäftigung ge-boten. Außerdem wurden durch den Staat wie durch Gemeinden umfassende Notstands-arbeiten in Angriff genommen. Stellenweise lockte diese Arbeitsgelegenheit Arbeiter derart an, daß — insbesondere in Wien — der Industrie die Beschaffung geeigneter Arbeiter, selbst ungelerner Tagelöhner, schwierig wurde.

Die Lage des Arbeitsmarktes ist, wie nach den voranstehenden Daten gewiß behauptet werden darf, weit besser, als bei Ausbruch des Krieges befürchtet werden mußte, ja sie ist nicht ungünstiger, als sie zu Zeiten mancher Wirt-

Erholung in der industriellen Produktion auf dem Arbeitsmarkt; günstiger Stand der Landwirtschaft.

Auf Grund authentischer Erhebungen.

Zu Beginn des Krieges trat panikartig die Stilllegung ungezählter Betriebe ein. Ueber-rascht abnehmend minderte sich die Arbeits-lostigkeit, so daß man bereits in der ersten Hälfte November von einem annähernden Beharrungszustand sprechen konnte. Während nach Erhebungen der Gewerkschaftskommission Oesterreichs im August etwa zweiundzwanzig Prozent der gewerblichen Arbeiter als be-schäftigungslos gezählt wurden, sank diese Zahl im September auf 19, im Oktober auf 12 Prozent, und sie dürfte im No-vember und Dezember auf 7 bis 6 von 100 herabgegangen sein. Die letzte Ziffer ist immer noch bedauerlich, doch ist sie richtig zu werten und hiebei insbesondere

Kriegstagung des Preussischen Landtags.

N. Berlin, 25. Febr. (Priv.-Tel.)

In dritter Lesung wird zunächst der Gesetzentwurf über die Stadterweiterung von Essen angenommen. Dann geht das Haus zur Beratung des

Handelsetats

über.

Berichterstatter Abg. Defer (Fortfch. Wp.) führt über die Beratungen der Kommission aus: Es sind beinahe sieben Monate des großen Krieges vorüber, und es ist die Zeit gekommen, zu prüfen, wie sich unsere wirtschaftliche Kraft in dieser Zeit bewährt hat. Darüber hat die Kommission eingehende Beratungen gepflogen. Es konnte natürlich keine schärfere und gewaltigere Prüfung für unser Wirtschaftsleben geben als den Krieg, der eine Störung im Verkehrsleben und in den Geschäftsverbindungen bedeutet, und der das Vertrauen an die wirtschaftliche Zukunft beeinträchtigt. Wenn schon jeder Krieg eine solche Folge hat, so trifft das bei dem gegenwärtigen Krieg besonders zu. Der gegenwärtige Krieg brachte eine umso stärkere Prüfung für unser Wirtschaftsleben. Die Kommission war einstimmig der Meinung, daß unser Wirtschaftsleben gut, ja glänzend und vielfach sogar überraschend guten Bestand hat. Unsere Produktion war kerngesund und widerstandsfähig. Unsere Produktion besitzt einen so langen Atem, daß unsere Gegner darüüber sehr unangenehm überrascht sein werden. Es hat sich als besonders nützlich erwiesen, daß unser Wirtschaftskörper methodisch aufgebaut ist. Wir haben nicht einzelne Produktionsformen gehabt, sondern haben ein lückenloses System gehabt und waren so in der Lage, die auftretenden Bedürfnisse selbst zu befriedigen. Keiner unserer Feinde kann seine Kriegsbedürfnisse im Inland decken, Deutschland allein steht so da, daß wir alles in der Heimat schaffen. Wir beziehen nichts aus dem Auslande und brauchen es auch nicht und können sogar noch abgeben an die mit uns verbündeten Staaten. Nach Ausbruch dieses Krieges, der so große Gefahren in sich zu bergen schien, trat zunächst eine allgemeine Verwirrung auf. Es zeigten sich gewisse Angstmaßnahmen zu einer Einschränkung der Betriebe und Entlassung der Angestellten. Ueber diese Periode sind wir hinaus. Es ist wieder ein geregelter Betrieb vorhanden. Mit dazu beigetragen hat das zweckmäßige Eingreifen in verschiedener Richtung. Ich habe nicht notwendig, ein besonderes Wort des Lobes hinzuzufügen für unsere Reichsbank und unsere Eisenbahn. Beide Institutionen haben sich in dem Maße bewährt, daß nur ein einziges Lob vorhanden ist. (Bravo.) Unsere Eisenbahndirektion hat in überraschend kurzer Zeit den Güterverkehr wieder aufgenommen. Sie hat mit ihren zahlreichen Aufträgen auf das Wirtschaftsleben günstig eingewirkt und so beigetragen, die Arbeitsgelegenheiten zu vermehren. In derselben Richtung haben auch andere Staatsbetriebe gewirkt, und wir sind vor allem glücklich darüber, so leistungsfähige Staatsbetriebe zu haben. Vor allem darf man anerkennen, daß unser Geld- und Kreditwesen so gesund war. Wenn wir es auch auf manchen Wirtschaftsgebieten unterlassen hätten, uns auf den Krieg vorzubereiten, so war es doch auf diesem Gebiete nicht der Fall. Von der Kriegskreditorganisation ist weit geringerer Gebrauch gemacht worden, als man annehmen konnte. Es stand eine solche Fülle von finanziellen Angeboten zur Verfügung, daß ein Ueberfluß von greifbarem Kapital bald wieder vorhanden war, daß es nicht notwendig war, auf diese Organisation zurückzugreifen. Man darf auch anerkennen, wie sachgemäß und richtig es war, kein allgemeines Moratorium zu erlassen. Der Wunsch war sehr stark, weil alle ausländischen Staaten darnach griffen. Soweit es notwendig war, ist durch zweckentsprechende Maßnahmen vorgesorgt worden. Dadurch, daß wir kein allgemeines Moratorium einführten, blieb das Vertrauen bei uns vorhanden, um eine Fortführung des Wirtschaftslebens zu garantieren. Es sei weiter darauf hingewiesen, daß auch die Zahl der Arbeitslosen zwar anfangs sehr groß war. Die Sorge, die wir heute empfinden, steht in einem umgekehrten Verhältnis. Es handelt sich heute nicht mehr so sehr darum, die vorhandenen Arbeitslosen zu beschäftigen, als vielmehr darum, die richtigen Arbeiter aufzufinden. Es herrscht viel mehr ein **Mangel an Arbeitskräften** als ein

Arbeitslosigkeit, erklärlich dadurch, daß ein großer Teil der Kräfte eingezogen worden ist. Daß noch auf einzelnen Gebieten Schwierigkeiten vorhanden sind, das kann nicht bestritten werden. Aber auch im Frieden treten da und dort Schwierigkeiten auf und an solchen Schwierigkeiten kann es auch im Kriege nicht fehlen. Es sind ja in der Kommission entsprechende Vorschläge gemacht für ein Zusammenwirken der Heeres- und Staatsverwaltung, um diesen Schaden bald ganz zu beseitigen. Vor allem steht das Baugeswerbe still, weil jeder bemüht ist, mit den vorhandenen Anlagen auszukommen, und zu neuen Errichtungen von großen Betrieben ist die Zeit nicht gegeben. Aber selbst in dieser Zeit kann man, wenn

man durch die Straßen der Großstädte geht, angefangene Neubauten sehen. Allgemein haben unsere Mitbürger ein festes Vertrauen zum Ausgang des Krieges und für die Zukunft unseres Vaterlandes. (Beifällige Zustimmung.) Man muß jetzt einen solchen Neubau mit einer gewissen Unruhe betrachten, weil wir darin den Ausdruck des Vertrauens erkennen. Unsere Ausfuhr ist zum größten Teil abgeschnitten, ein anderer Teil ist noch im Gange und trotz des Krieges können solche Ausfuhr noch offen gehalten werden. Da aber die Ausfuhr für die meisten Betriebe verschlossen wurde, mußte eine Umorganisation erfolgen. Es liegt kein Grund vor zu verschweigen, daß der normale Umfang der Produktion nicht in jeder Hinsicht erreicht werden kann. Ein großer Teil der Arbeitskräfte ist nicht vorhanden und es mußte also eine Einschränkung eintreten. Dagegen hat die Rohstoffversorgung bisher weniger Schwierigkeiten gemacht als vorher angenommen wurde, zum Teil dank der großen Erfolge unserer Waffen. Zugugeben ist auch, daß mit dem verminderten Umfang der Produktion die Generalunkosten die gleichen geblieben sind und der Gewinn geringer sein wird als in normalen Zeiten. Man darf es aber ruhig aussprechen: In einer solch gewaltigen Zeit mit so entscheidenden Dingen ist nicht ausschlaggebend die Höhe der erreichten Dividende, sondern einzig und allein die Frage: Wie ist es möglich, unsere Produzententätigkeit, unser Wirtschaftsleben aufrecht zu erhalten! Man darf es anerkennen, daß alle beteiligten Unternehmer, Angestellte und Arbeiter sich dessen bewußt waren. Wenn man die richtige Perspektive finden will zur Beurteilung unseres Wirtschaftslebens, muß man ausgehen von dem Zustande, wie er sich im feindlichen und neutralen Ausland befand. Die Kommission war einmütig der Ansicht, daß wir einen Vergleich gut aushalten. Unser Wirtschaftsleben hat sich durchweg kerngesund erwiesen. Eine weitere Frage hat die Budget-Kommission beschäftigt, nämlich die

Lage des Handwerks

Im engeren Sinne: Inwieweit hat das Handwerk verstanden, sich auf den Krieg einzustellen? Es sind ja Bestrebungen im Gange, einen Zusammenschluß handwerksmäßiger Betriebe zu erreichen unter der Leitung der Submissionszentralen. Diese Verhandlungen haben aber noch zu keinem Abschluß geführt. Es sind dem Handwerk Kriegslieferungen zu lohnenden Preisen zugesprochen worden. Es kommt weiter in Betracht die Heranziehung des Handwerks, nämlich beim Wiederaufbau in Ostpreußen. Die Voraussetzung ist aber eine tragfähige und leistungsfähige Organisation, die die Lieferungen in der richtigen Zeit garantiert. Eine weitere wichtige Frage ist die Arbeitsvermittlung. Es ist hier ein Umschwung in den Anforderungen eingetreten. Es ist uns von der einen Seite erklärt worden, daß die Arbeitsvermittlung nicht mehr als politisches Instrument betrachtet werden soll. Aber auf der anderen Seite hat man diesen Institutionen großes Vertrauen entgegengebracht. Die Kommission war der Meinung, daß voraussichtlich mit Friedensschluß an die Arbeitsvermittlung ganz besonders große Anforderungen herangetragen werden, ohne Rücksicht darauf, wie die Konjunktur sich gestaltet. Es wird sich darum handeln, für die Industrie die Arbeitskräfte aufzufinden, und es muß der Ausgleich zwischen Stadt und Land wieder geschaffen werden. Deshalb werden wir die Arbeitsnachweise noch kräftig unterstützen müssen. Ich empfehle Ihnen, dem Beschluß der Kommission beizutreten und den Etat zu bewilligen. In der Kommission war die allgemeine Meinung vertreten, in der gegenwärtigen Zeit auf Streitfragen nicht weiter einzugehen, zu denen vielleicht die Denkschrift über die Bauhandwerker sonst Anlaß geben könnte. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Hassel (kons.): Unsere Industrie hat sich während des Krieges außerordentlich bewährt. Sie hat sich in den Krieg hineingefunden in einer Weise, die unsere allgemeine Bewunderung verdient. Es haben sich Handel und Handwerk mit großer Geschicklichkeit den Bedürfnissen des Krieges angepaßt. Daß wir aber so Großes erreicht haben, verdanken wir nicht minder den deutschen Arbeitern, die ihre Schuldigkeit voll und ganz getan haben. Dieser Krieg zeigt, daß uns das Ausland um die deutsche Arbeitsfähigkeit, um deutsche Wissenschaft und Technik beneiden kann.

Abg. Dr. Deumer (nass.): Die gewerliche Mobilmachung, die der Mobilmachung unseres Heeres folgte, hat sich ebenso bewährt, wie sie auch das Ergebnis ist, daß unser Wirtschaftsleben jetzt auf einer erfreulichen Höhe steht. Deutschland brauchte nicht die Selbstblamage Englands zu erleben und konnte auf ein Moratorium und 10 Prozent Bankrott verzichten. Was der innere Markt geleistet hat, steht beispiellos da. Die Voraussetzung war die

Einigkeit sämtlicher Erwerbsstände

die nur besonders im Anfang durch den illegitimen Zwischenhandel gestört worden ist. Der Kampf dagegen ist bei dem Minister in guten Händen. Er hat bei diesem Kampf auf die Mitwirkung der Finanzverbände rechnen können, deren Rat leider nicht alle Ressorts rechtzeitig eingeholt haben. Bei der Ausfuhr von Industrieprodukten muß der Grundsatz gelten, daß nichts ausgeführt wird, auch nichts über die Neutralen, was unseren Feinden militärisch nützen kann. Innerhalb dieser Grenze sollte aber ohne bürokratische Engbergigkeit auch die Ausfuhr gestattet werden. Daß wir jetzt im Auslande mit so viel Feindschaft und Lügen zu rechnen haben, ist die Folge des schlechten Nachriehtendienstes, über den wir seit Jahren Klage führen. Was wir sind und lebt in diesem Kriege leiben, das verdanken wir den altpreussischen Tugenden, denen in der New Yorker „Evening-Post“ selbst ein Amerikaner volle Anerkennung zollt, und die ja auch in der Arbeit hinter der Front sich bewähren und die Bewunderung der Bewohner der von uns besetzten Landesteile erregen. An diesen Tugenden wollen wir festhalten, und wir alle hoffen, daß der Siegespreis dieses Krieges ein allmächtiges Deutschland sein werde.

16. VII. 1915

169

Die gegenwärtige Lage der nordböhmischen Industrie.

Der Economist.

Die gegenwärtige Lage der nordböhmischen Industrie.

Von hervorragend industrieller Seite.

(Schluß.)

Wien, 16. Juli.

Die Barmser Textilindustrie ist durch den Krieg begreiflicherweise in erheblichem Maße in Mitleidenschaft gezogen worden. Doch auch hier haben sich die Verhältnisse wesentlich besser gestaltet, als im August vorigen Jahres befürchtet wurde. Auch diese Industrie war in den letzten Monaten vorwiegend mit der Anfertigung von Waren für den Heeresbedarf beschäftigt. Die Baumwollzwirnereien in Barmser und Umgebung sind für die nächste Zeit mit derartigen Aufträgen in ausreichendem Maße versorgt. Die Stärfärbereien und Ausrüstereien haben ebenfalls vorläufig noch zu arbeiten, doch gehen die Lieferungen in den nächsten Wochen zu Ende. Dasselbe gilt von den Baumwollbuntwebereien, die ihre Heeresaufträge zum großen Teil erledigt haben und daher mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten. Es wäre im Interesse der Arbeiterschaft wie der Unternehmer sehr zu wünschen, daß weitere Aufträge des Kriegsärars nicht ausbleiben, da sonst mit einer Einschränkung der Betriebe gerechnet werden müßte.

Die zu Beginn des Weltkrieges in der Strick- und Wirkwarenindustrie aufgetauchte Befürchtung, daß jene Unternehmungen, die bessere Wirkwaren herstellen, infolge Mangels an Rohmaterial nach kurzer Zeit ganz zum Stillstand kommen werden, ist glücklicherweise nicht eingetroffen und es sind dank den außerordentlichen Bemühungen der Industriellen hinsichtlich der Garnzufuhren Arbeitseinstellungen aus diesem Grunde vorläufig nicht zu gewärtigen. Infolge der Angst, nicht genügend Rohmaterial zu bekommen, haben einzelne Wirkwarenbetriebe im Vorjahre nur drei Tage in der Woche gearbeitet. Als aber in den Monaten Oktober und November 1914 bereits zu übersehen war, daß infolge größerer Ordereingänge genügend Beschäftigung zu erwarten sein dürfte, wurde wieder voll gearbeitet. Viele Fabrikanten bedauern, durch die zeitweise Einschränkung ihrer Betriebe in gewissen Artikeln nicht genügend Vorräte zu besitzen, um jetzt allen Anforderungen gerecht werden zu können. Auch vom neutralen Ausland langten ganz annehmbare Ordrer ein, die aber leider häufig wegen zu spät erteilter Ausfuhrbewilligung abgeschrieben werden mußten. Es haben sich Fälle ereignet, wo auf eine solche Bewilligung trotz mehrfacher Beteiligungen nahezu drei Monate gewartet werden mußte. Tausende Dutzend Wirkwaren wurden aus Deutschland nach Oesterreich eingeführt, während die inländischen Industriellen infolge der erwähnten Erschwerung nicht oder wenigstens nicht in dem Umfange, wie es möglich gewesen wäre, nach dem Ausland liefern konnten.

Durch die in den letzten Jahren erfolgten Vergrößerungen der Betriebe und durch die Anschaffung der neuesten Maschinen ist die nordböhmische Wirkwarenindustrie in der Lage, die besten und feinsten Qualitäten herzustellen und kann in bezug auf die Güte des Materials und den Geschmack sowie die Genauigkeit der Ausfuhrung den Vergleich mit der französischen und englischen Konkurrenz ohne weiteres aufnehmen. Die zahlreichen Einberufungen geschulter männlicher Arbeiter machen sich selbstverständlich auch hier sehr störend bemerkbar. Auch die erlassenen Stundungsvorschriften haben vielfach eine ungünstige Wirkung ausgeübt. Wenn auch ein großer Teil der besser situierten Kunden vom Moratorium keinen Gebrauch machte, so berief sich doch die weitaus größere Mehrzahl der Abnehmer auf die gesetzlichen Begünstigungen, und manche Firma, deren Inhaber im Felde steht, leistet überhaupt keine Zahlungen.

Die ziemlich bedeutende Bandwarenindustrie, die in den Bezirken Hainbach und Schluckenau ihren Sitz hat, ist für den Heeresbedarf seit den Herbstmonaten 1914 fortlaufend gut beschäftigt. Alle Betriebe arbeiten mit voller Arbeitszahl und voller Arbeitszeit und nur einige wenige Betriebe stehen still, weil deren Inhaber zum Militärdienst einberufen wurden.

In der Kunstblumenindustrie hatte sich das Exportgeschäft mit November 1914 über alles Erwarten gut angelassen. Die Beschäftigung war seither eine zufriedenstellende bis in die letzten Wochen, wo durch die Unmöglichkeit des amerikanischen Exports über Italien das Geschäft nahezu zum Stillstand gekommen zu sein scheint.

In der Schuhindustrie kann man zwei Gruppen unterscheiden. Die erste umfaßt die älteren Fabriken, die nicht maschinell arbeiten, sondern den Schuh außer Haus durch gelernte und geübte Schuhmacher arbeiten lassen. Diese Gruppe der Schuhfabrikanten ist infolge der Mobilisierung und der wiederholten Musterungen um einen großen Teil ihrer Arbeiter gekommen und kann ihre Betriebe nur in ziemlich beschränktem Maße weiterführen. Den Fabrikschuhmacher durch andere Arbeitskräfte zu ersetzen, ist nur sehr schwer möglich. Zur anderen Gruppe gehören jene Schuhfabriken, die maschinell eingerichtet sind und die die Schuhe durchwegs mit Hilfe von Maschinen herstellen. Hier läßt sich der Verlust eines Arbeiters eher durch Einschulung einer neuen Kraft ersetzen, und zwar ist dies leichter oder schwerer, je nachdem die Leistung an der betreffenden Maschine größere oder geringere Geschicklichkeit seitens des Arbeiters erfordert. In diesen Unternehmungen spielt unter den Hilfskräften der Betriebsleiter, dessen Aufgabe es ist, für die fehlenden Arbeiter rasch brauchbaren Ersatz zu schaffen, eine sehr große Rolle. Nach Kriegsausbruch trat in der Schuhwarenbranche eine allgemeine Pause ein. Ein großer Teil der Schuhwarenfabriken wurde gesperrt, später wurde nur eine halbe Woche gearbeitet. Die Lücken, die durch die Mobilisierung in der Arbeiterschaft in einzelnen Betrieben entstanden waren, konnten nur langsam wieder ausgefüllt werden. Die großen Aufträge, die sodann die Schuhindustrie durch das Kriegsärar erhielt, brachten Leben in diesen Industriezweig.

gleich weitergeben, doch die Preise seien gesunken und er müßte mit dem Verkauf warten. — Vors.: Wie kommen Sie als Bauunternehmer dazu, sich mit solchem Handel zu befassen? Sie haben ja in der Untersuchung selbst gesagt, Sie wollten die Waren erst nach Beendigung des Krieges in Galizien verkaufen. — Angekl.: In meiner Heimat sind mehrere Unternehmungen, Eisengießereien und Fabriken. Da wollte ich die Waren für die Arbeiter aufheben. — Vors.: Treiben Sie denn auch mit Arbeitern Handel? — Angekl.: Ja. — Vors.: Aber, daß man für Arbeiter gerade Pfaffen, Schokolade und Tee kauft, ist doch mindestens sonderbar. Nach längerer Verhandlung erkannte der Senat den Angeklagten des Vergehens der Preistreiberei schuldig und verurteilte ihn zu einem Monat strengen Arrests und zu tausend Kronen Geldstrafe. Die Untersuchungsfrist vom 2. bis 23. März wurde Schulem Lamm in die Strafe eingerechnet. Er hielt sich gegen das Urteil Bedenkzeit offen.

[Telegr.] Glasgow, 13. Juli. Kohleisen per Kassa 67 sh. 6 d., per einen Monat 67 sh. 11 d.

Newyork, 14. Juli. (Newyorker Preise und Kurse.)

Tendenz für Geld stetig (stetig), Geld auf 24 Stunden 2.— (2.—), Geld letztes Darlehen 2.— (2.—), Wechsel auf Berlin, Sicht 81 1/2 (81 3/8), Wechsel auf Paris, Sicht 5.61 1/2 (5.64), Wechsel auf London, 60 Tage, 4.73 (4.73), Cable Transfers 4.77 3/8 (4.77 3/8), Silber Bullion 47 1/2 (47 3/8), Bonds: Atchison 4proz. konv. — (99 1/2), Baltimore 4 1/2proz. — (85 3/8), Chesapeake konv. 4 1/2proz. — (70 1/2), Northern Pacific 3proz. — (63.—), Prior. Vien. 4proz. — (9 5/8), St. Louis San Francisco, Ref., 4proz. — (66 1/2), St. Louis San Francisco, Ref. 5proz. — (44 1/2), Southern Pacific, 4proz. konv. — (80 1/2), Union Pacific 1. Bonds fällig 1947 — (—), Union Pacific konv. 4proz. Bonds 1927 — (88 1/2), United States 2proz. — (97.—), U. S. Steel Corp. 5proz. Bonds — (—), Aktien: Atchison 100.— (100.—), Atchison Pref. — (96 3/4), Baltimore 76 1/2 (76 3/8), Canadian 142 1/2 (143 3/4), Chesapeake 36 3/4 (37.—), Chicago-Milwaukee 80 3/8 (81.—), Colorado-Southern — (—), Denver and Rio Grande 4.— (4.—), Erie 25 1/4 (24 3/8), I. Pref. 39 1/2 (37 1/4), 2. Pref. — (30 1/2), Great Northern Pref. 115 1/2 (116.—), Great Northern Dre Cert. 35 1/4 (35 1/4), Illinois Central 103.— (102.—), Interborough Metropolitan 19 1/2 (20 3/8), Pref. — (72 1/2), Kansas City & Southern — (24.—), Pref. — (58.—), Lehigh Valley 141.— (141.—), Louisville 109 1/4 (108 1/4), Missouri-Cansas 6.— (7.—), Pref. — (20 1/2), Missouri-Pacific 3 1/2 (3 3/8), National Railways of Mexico Pref. 5.— (5.—), Newyork Central 86.— (86.—), Newyork Ontario 26.— (26 3/8), Norfolk 102 1/2 (102.—), Northern Pacific 103 3/8 (103 3/4), Pennsylvania 105 3/4 (105 5/8), Reading 145 7/8 (146 1/4), Chicago Rock-Island and Pacific 137 3/8 (142 1/2), Chicago Rock-Island com. — (1/2), Pref. — (1/4), Southern Pacific 84 3/8 (85 7/8), Southern Railway 14 1/2 (14 3/8), Pref. 45.— (45.—), Union Pacific 126 3/8 (125 3/4), Pref. 80 1/2 (80 3/8), Babash 1/4 (1/2), Western Maryland — (23.—), Amalgamated 72 3/4 (73.—), American Can — (50.—), Pref. — (103.—), American Locomotiv — (49 1/4), American Smelting 78 1/2 (77 1/2), American Sugar Ref. — (107.—), Anaconda 34 3/8 (34 3/4), Bethlehem Steel 172 1/2 (174 1/2), Central Leather — (41 1/4), Consolidated Gas 127 1/2 (126.—), International Mercantile — (—), General Electric 166 1/4 (166.—), Mexican Petroleum — (71 3/8), National Lead 63.— (63.—), United States Steel 60 7/8 (60 3/4), Pref. 109 3/4 (109 3/8), Utah Copper 67 1/4 (67 3/8), Virginia Carolina Chemical — (30 1/4), Sears Roebuck Comm. (Chicago) — (144.—).

Newyork, 14. Juli. Baumwolle, Newyork loto 9.05 (9.05), per Juli 8.65 (8.59), per August 8.75 (8.69), per September 8.95 (8.88), per Oktober 9.08 (9.01), per Dezember 9.35 (9.26), per Januar 9.45 (9.35), per März 9.69 (9.60), Neworleans, loto 8.50 (8.50), Zufuhren in den Häfen 1000 (1000) Ballen. Petroleum, raffiniertes, in Cases 9.75 (9.75), Standard White in Newyork 7.50 (7.50), Standard White in Philadelphia 7.50 (7.50), Credit Balances to Oil City 1.35 (1.35), in Tanks 4.— (4.—), Terpent in Newyork 42.— (42 1/2), in Savannah 39 1/4 (39 1/2), Schmalz, Western Steam 8.45 (8.50), Hohe Brothers 9.25 (9.25), Neutrallard 11.— (11.—), Talg (Spezial) 6 3/8 (6 3/8), Zucker Zentrifugal 4.83 bis 4.86 (4.83 bis 4.86), Granulated 6.— (6.—), Kaffee, Rio Nr. 7 loto 7 1/2 (7 1/2), per Juli 7.05 (6.93), per September 6.75 (6.75), per Dezember 6.82 (6.82), Roh-eisen Nr. 1 Northern — (—), Nr. 2 Northern 13 3/4 bis 14 1/4 (13 3/4 bis 14 1/4), Nr. 1 Southern — (—), Nr. 2 Southern — (—), Kupfer, Standard, loto 18 1/2 (18 1/2), Electrolytic 19 3/4 bis 20 1/4 (19 3/4 bis 20 1/4), Zinn, Standard 37 1/2 bis 38 1/4 (38 1/2), Zink nominell (nominell), Blei 5.— bis 5.60 (5.— bis 5.60), Pittsburg-Bessemerstahl 19.25 (19.25), Stahlhienen — (—), Getreidefracht nach Liverpool 10 1/2 d. (10 1/2 d.), nach London 10 1/2 d. (10 1/2 d.), nach Rotterdam — (—), nach Bremen — (—), nach Hamburg — (—), Weizen Nr. 2 rot Winter 143 1/2 (138 1/2), Northern Nr. 1 157.— (151 3/4), per Juli — (—), per September 116 1/2 (111 7/8), Mais (Mixed Nr. 2), loto 87.— (86 3/4), Hafer (Nr. 2) loto — (60 3/4), Mehl, Spring Clear — bis — (5.25 bis 5.45) und Minneapolis Fancy Patents 6.70 (6.70).

Chicago, 14. Juli. Weizen per September 109 3/8 (104 1/2), per Dezember 112.— (107 1/2), Mais per September 73 1/4 (73 1/2), per Dezember 64 1/2 (63 3/8), Hafer per September 38 1/2 (38.—), Schmalz per Juli 8.15 (8.17), per September 8.27 (8.35), Rippen per Juli 9.85 (9.65), Fleisch per Juli 14.85 (14.75), Speck (loto) 9.12 bis 9.62 (9.12 bis 9.62), Schweinezufuhren im Westen 66.000 (62.000) Stück, in Chicago 18.000 (12.000) Stück.

Welthandel und Weltkrieg

I.

Das Verständnis vom Wesen des Krieges zu fördern und seinem Ursprung nachzugehen, ist eine Zeitaufgabe für Neutrale. Das ist kein Einmischen in fremde Angelegenheiten; denn der Krieg — man spürt's auch in friedlichen Ländern — geht alle an, in erster Linie durch die Erschütterung der ökonomischen Ordnung. Raum hat je ein Krieg so große wirtschaftliche Werte vernichtet wie der gegenwärtige. Das drängt sich der Phantasie auf. Und darum mögen auch solche Leute, die keinen Anlaß haben, die Ereignisse anders als nach eigenem Urteil zu würdigen, leicht versucht sein, das Wesen und den Grund des Krieges in wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen und zwar um so mehr, je ausgesprochenener ein kriegsführendes Volk Handelsmacht ist. Deshalb wird auch der englisch-deutsche Konflikt vor allem als Austrag kommerzieller Rivalität angesehen.

„Man spricht und schreibt so viel von der Handelskonkurrenz, worin der wahre Kriegsgrund zu suchen sei. Aber lauter, als alle Schlagwörterliteratur den Gegensatz der wirtschaftlichen Interessen betonen kann, verkünden die Tatsachen die Wahrheit von der allgemeinen Solidarität, die eine Frucht ist der Entwicklungsreihe: Freihandel — Weltverkehr — Weltwirtschaft. Heute liegt die Weltwirtschaft in Scherben, aber die Solidarität ist geblieben: alle leiden, und die friedlichen Völker nicht am wenigsten.“

Das war vor kurzem hier zu lesen als Ausdruck des Zweifels an dem angeblich die „hohe Politik“ regierenden Widerstreit der wirtschaftlichen Interessen. Es lohnt sich, nachzuforschen, ob die Zeit vor dem Kriege, in der sich die Handelsrivalität entwickelte, ganz andere Schlüsse zu ziehen erlaubt, ob etwa das Gedeihen des einen jeweiligen auf Kosten des andern gegangen ist oder ob der eine den andern an der Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte hinderte, so daß aus bloßen ökonomischen Gründen der gewaltsame Versuch, die politischen Machtverhältnisse zu ändern, erklärt werden kann.

Um gleich den Kolonialbesitz vorwegzunehmen, der ja mit Vorliebe unter den rein wirtschaftlichen Gesichtswinkel gestellt wird: ist es richtig, was hundertfach vorboziert und nachgesagt wird, daß Kolonien notwendig seien, um einem europäischen Volk die volle Entfaltung seiner Kräfte zu erlauben? Ein Beispiel: Portugal ist einer der ältesten Kolonialstaaten. Ist das portugiesische Volk wirtschaftlich und kulturell etwa weitergekommen, als zum Beispiel die Schweden oder die Schweizer? Wer dem Aberglauben frönen sollte, daß Großmächte unter andern Naturgesetzen stehen als kleine Völker, dem genüge der Hinweis auf den gewaltigen, alle Kräfte der Nation anspannenden wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands, das ohne nennenswerte Kolonien zu einer Industrie- und Handelsmacht allererster Ordnung geworden ist. Vom gesamten deutschen Außenhandel entfiel nur knapp 1/4 vom Hundert auf den Handel mit den eigenen Kolonien; vom Handel der Kolonien kam nur ein Fünftel auf den Verkehr mit der Heimat.*

An erster Stelle unter den Abnehmern Deutschlands steht Großbritannien, und unter den Absatzgebieten für englische Waren steht — nach Britisch Indien — Deutschland obenan! Da ist doch augenscheinlich, daß die Kaufkraft des einen immer dem andern zugut kommt, und daß die wirtschaftlichen Interessen der beiden rivalisierenden Nationen in der Hauptsache gleich laufen. Der Welthandel ist nicht eine bestimmte und begrenzte Größe, eine Erbschaft, in die sich die Völker in der Weise teilen, daß jedes den Erbteil des andern schmälert. Wo käme sonst die Weltkonjunktur her? Je lebhafter der internationale Handel geworden ist, um so gleichmäßiger ist doch in aller Welt der Stand des wirtschaftlichen Barometers. Das trifft nicht nur auf einzelne Jahre zu; es gilt für die ganze Entwicklung. Der große wirtschaftliche Aufstieg begann für Deutschland, Nordamerika, Italien und Japan gleichzeitig in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts; in Frankreich hatte er etwa zehn Jahre früher eingesetzt, England

war als ältester Industriestaat allen vorausgegangen; aber weder die französische, noch die englische Entwicklung wurden durch das Wachstum der andern enturzelt, so wenig als das Gedeihen der ältern Wirtschaftsmächte dem der jüngern Tau und Sonne raubte. Raum für alle hat die Erde. Sollte das auf einmal anders geworden sein?

Es gibt natürlich auch Konkurrenzschäden und wirtschaftlichen Chauvinismus (wir haben's im „Schokoladenkrieg“ erlebt), und daß im Verhältnis zwischen dem Besitzenden und dem Strebenden der „Krämerneß“ weder auf der einen noch auf der andern Seite eine Rolle spielte, wäre eine gewagte Behauptung. Der fremde Wettbewerb kann ganzen einheimischen Erwerbszweigen den Boden entziehen. Da ist es natürlich, daß sich die Mißstimmung der Betroffenen heftig äußert und auch ansteckend wirken kann. Solche Erscheinungen dürfen aber bei der Beurteilung einer Politik nur dann als Symptom gewertet werden, wenn die Haltung der Regierung damit übereinstimmt.

Ein typisches Beispiel ist der in der letzten Zeit von Paul Kohrbach ausgegrabene, vor vielen Jahren in der „Saturday Review“ erschienene Artikel, worin behauptet wurde, wenn Deutschland von heute auf morgen vernichtet würde, so gäbe es keinen Engländer, der nicht um so reicher würde. Das ist nun die denkbar schärfste Formulierung des wirtschaftlichen Antagonismus von Staat zu Staat. War aber diese Ansicht jemals richtig, hat sie standgehalten in der langen Zeit, die seither verflossen ist und traf sie besonders zu für den Zeitpunkt der Kriegserklärung Englands an Deutschland?

Der Artikel erschien 1887, also im Jahr des *«Made in Germany»-Gesetzes*. Die englischen Gewerbetreibenden waren zum erstenmal ernstlich beunruhigt durch den deutschen Wettbewerb. Aus dieser Zeitstimmung eines Bruchteils des englischen Volkes heraus wird jener Artikel geschichtlich zu erklären sein. Was geschah aber? Jahr um Jahr verschärfte sich die deutsche Konkurrenz, aber als die Regierung zur Zeit von Joseph Chamberlain den Versuch machen wollte, nach französisch-deutsch-amerikanischem Vorbild die heimische Industrie durch Schutzzölle zu sichern, da wurde sie von der öffentlichen Meinung weggesetzt. Und der hervorragendste Gegner der Schutzollbestrebungen, Asquith, steht an der Spitze der Regierung, die Deutschland den Krieg erklärt hat. Diese Tatsache, und dazu vielleicht auch der Umstand, daß Großbritannien gerade zur Zeit der schärfsten deutschen Konkurrenz und vorübergehenden wirtschaftlichen Stagnation Englands wiederholt mit Deutschland ein Bündnis gegen Rußland eingehen wollte (so namentlich in den Jahren 1898 bis 1902), sollten jedenfalls einen ernst zu nehmenden neutralen Beurteiler davor zurückhalten, die Ursache des Krieges lediglich in widerstreitenden Handelsinteressen zu suchen. Die Berufung auf eine 28 Jahre alte private Äußerung ist um so wertloser, als man bekanntlich jeder beliebigen Regierungspolitik in jedem beliebigen Land — nicht einmal die schweizerische ausgenommen — gestützt auf Äußerungen eigener Staatsangehöriger jede beliebige Untugend und Torheit „nachweisen“ kann. Worauf es ankommt, das ist die Frage, ob wirklich der Welthandel in der Hauptsache den Verlauf eines wirtschaftlichen Interessenkonflikts darstellt, der naturgemäß zum Kriege führen mußte, oder ob im Welthandel nicht vielmehr die gemeinsamen Interessen der Kulturstaaten das Ueberwiegende sind. Die Frage ist von der größten moralischen, kulturellen und materiellen Bedeutung für die Zukunft des Abendlandes; sie geht die Neutralen in gleichem Maße an, wie die Kriegsführenden.

Die Art, wie gegenwärtig die Wirtschaft als Kriegsmittel gebraucht wird, genügt nicht, um den Kriegsgrund im Wirtschaftlichen zu suchen. Der Kriegsgrund liegt natürlich in den Verhältnissen, die vor Ausbruch der Feindseligkeiten bestanden haben — auch eine Binsenwahrheit, die man noch sagen muß. Ueber die wirtschaftliche Konkurrenz werden uns einige Zahlen Aufschluß geben, die Zeugnis reden sollen von der Entwicklung der drei größten Handelsmächte der Welt: Deutschland, England und der Vereinigten Staaten von Amerika. Wer in der Handelskonkurrenz den ausschlaggebenden Kriegsgrund erblickt, der stellt sich damit vor die Frage, warum der Krieg zwischen England und Deutschland und nicht eher zwischen England und Amerika ausgebrochen ist.

* Diese, so wie im wesentlichen die folgenden Zahlen nach Friedrich Lenz, a. o. Prof. der Staatswissenschaften an der Technischen Hochschule in Braunschweig, in seiner Publikation „Ist Deutschlands Krieg ein Wirtschaftskrieg? Ueber die ökonomischen Grundlagen des deutsch-britischen Konflikts“. Berlin 1915, Gebr. Paetel.

Welthandel und Weltkrieg

II.

Wie sich der deutsche neben dem englischen Außenhandel im letzten Vierteljahrhundert entwickelte, dafür mögen folgende Zahlen sprechen. Bemerkte sei, daß die englischen Ziffern Großbritannien ohne Kolonien und Dominien betreffen. Die Zahlen bedeuten Milliarden Mark.

	Ausfuhr					
	1890	1894	1898	1901	1905	1913
England	6,7	5,6	6,0	7,1	8,3	13,0
Deutschland	3,7	3,3	4,1	4,7	6,1	10,9

	Einfuhr					
	1890	1894	1898	1901	1905	1913
England	8,6	8,3	9,6	10,6	11,5	15,5
Deutschland	4,5	4,2	5,4	5,7	7,6	11,6

Ist es nun möglich, darin nichts zu sehen als eine auf Tod und Leben gehende feindliche Konkurrenz? Eine Konkurrenz im besten Sinn ist freilich da, ein Miteinanderlaufen. Bei diesem Wettlauf sind, wie recht und billig, die jüngeren Beine verhältnismäßig rascher vorangekommen; die Deutschen sind den Engländern hart auf den Fersen. Aber hat England dadurch auch nur das mindeste verloren? Oder war umgekehrt der Rückschlag des englischen Handels in den neunziger Jahren ein Gewinn für Deutschland? Der Rückschlag zeigt sich ja getreulich auf beiden Seiten zur gleichen Zeit, und gleichzeitig beginnt für England wie für Deutschland der neue Aufstieg. Die Entwicklungskurven laufen auf und ab parallel, sie unterliegen den gleichen weltwirtschaftlichen Einflüssen, die Stagnation ist für beide Konkurrenten dieselbe, die Zeit der Blüte und der größten ökonomischen Machtentfaltung ist wieder gemeinsam. Wie heute der gleiche Krieg den Handel beider Gegner niederschlägt, so hat vorher der gleiche Frieden ihn emporgebracht.

Daraus zu schließen, daß die politische oder wirtschaftliche Vernichtung des einen ein wirtschaftlicher Segen, ja selbst eine Lebensnotwendigkeit für den andern sei, ist doch gewiß so verkehrt als möglich und ist darüber hinaus ein Unrecht an der ganzen zivilisierten Welt. England ist seit 1887 um mehr als den Betrag des damaligen deutschen Außenhandels reicher geworden, ohne daß Deutschland vernichtet werden mußte; der Mann der „Saturday Review“ hat sich also doch wohl geirrt, und es wäre auch kaufmännisch verfehlt gewesen, wenn die englische Regierung seinen Ratschlägen hätte folgen wollen.

Ein anderes Beispiel: Das fast unerreichte wirtschaftliche Emporschnellen Frankreichs von 1850 bis 1870. In diesen zwei Jahrzehnten hat sich der französische Außenhandel verdreifacht, der Wechselbestand der Banque de France vervierfacht, die Kohlenproduktion stieg in 15 Jahren aufs Dreifache; all das, ohne daß es dem englischen Konkurrenten eingefallen wäre, deswegen einen Krieg zu entfesseln. Ein Krieg hat allerdings 1870 die fabelhafte Entwicklung gebrochen, aber man wird doch nicht behaupten wollen, daß etwa deutscher Krämergeist und Handelsneid seine Ursache, oder daß Bismarck ein Werkzeug der englischen Konkurrenz gewesen sei.

Was für die Ein- und Ausfuhrziffern, das gilt für die ökonomischen Werte überhaupt. Im Frieden und durch den Frieden kommt die nationale Wirtschaft am sichersten voran. Ob Kontinental- oder Kolonialstaat, macht hierin nicht den geringsten Unterschied aus. Das rührt zum großen Teil daher, daß sich die Gütererzeugung der verschiedenen Länder weniger im Wege steht als gegenseitig ergänzt. Selbst wo es sich um die gleiche Ware handelt, darf nicht ohne weiteres ein Interessenskonflikt angenommen werden. So wäre Großbritannien kaum in der Lage, die Kohlen- und Eisengewinnung Deutschlands einfach zu ersetzen. Je älter der Bergbau und je stärker ausgebeutet die Lager, um so teurer wird in der Regel die Förderung. Deshalb müssen die ältesten Industrieländer wenigstens in einem wichtigen Industriezweig von den Neuländern abgelöst werden. Stellen wir nun die dritte Welthandels-Großmacht zum Vergleich in die Reihe, das Land, in dem die Entwicklung am amerikanischsten vor sich gegangen ist: Amerika. Es sei vorausgeschickt, daß der Gesamtwert der amerikanischen Industrieproduktion antisch geschätzt wird: für das Jahr 1850 auf rund 1 Milliarde Dollars, 1860 auf rund 1,88 Milliarde und 1910 auf rund 22,8 Milliarden.

Von dem Gesamthandel Mittel- und Südamerikas entfielen im Jahre 1912 auf Großbritannien 22 Proz., auf Deutschland 14 Proz.

und auf die Vereinigten Staaten 30 Prozent. Von 1862 bis 1912 verzeichnen die großen Handelsmächte folgende Zunahme der Ausfuhr:

Das gesamte britische Reich:	850 Mill. £
Das deutsche Reich mit Kolonien:	392 Mill. £
Die Vereinigten Staaten:	416 Mill. £

Der Eigenhandel des britischen Reiches machte 1862 rund ein Drittel und 1912, trotz der Entwicklung Deutschlands und Amerikas, immer noch knapp ein Drittel des Gesamthandels der Erde aus; dabei hat sich der Gesamthandel der Erde in diesen 40 Jahren vervierfacht (von 40 auf 160 Milliarden Mark). Das gesamte britische Reich hat also im ganzen seinen verhältnismäßigen Anteil am Welthandel gewahrt und es ist absolut genommen weiter vorangekommen als Deutschland und Nordamerika zusammengerchnet.

Diese großartige wirtschaftliche Blüte sollte nun durch Entfaltung des Weltkrieges aus wirtschaftlichen Motiven, aus bloßer kaufmännischer Kalkulation, aufs Spiel gesetzt worden sein? Die Kalkulation wäre unbegreiflich.

Das britische Reich hat seine beherrschende Stellung im Welthandel gewahrt bei allem Aufschwung der Rivalen und, was vielleicht noch mehr bedeutet, trotz Ueberflügelung in bedeutenden Industriezweigen. Sehen wir zum Vergleich die wichtigsten Ziffern des Bergbaus ein:

	Kohlenförderung (in Millionen Tonnen)		
	Großbritannien	Deutschland	Ver. Staaten
1860:	81	17	15
1910:	269	222	455

	Roheisenerzeugung (in Millionen Tonnen)		
	Großbritannien	Deutschland	Ver. Staaten
1860:	4	0,5	0,8
1910:	10,5	15	28

Selbst auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, ist die englische Eisenproduktion von Deutschland mit 0,2 Millionen Tonnen erreicht und von den Vereinigten Staaten mit 0,3 Millionen Tonnen überholt worden.

Das verhältnismäßige Zurückbleiben Großbritanniens in der Kohlen- und Eisenproduktion hat die weltwirtschaftliche Stellung des Reiches durchaus nicht erschüttert. Es hat seinen Grund übrigens nicht etwa in hemmenden Einflüssen der internationalen Konkurrenz; denn absolut genommen ist ja auch die englische Produktion gewaltig gestiegen, um mehr als das Dreifache bei Kohle, um mehr als das Zweieinhalbfache bei Eisen. Die Ursache liegt eher in der Entdeckung immer neuer Bodenschätze in Amerika und vielleicht in den größern innern Schwierigkeiten, mit denen der englische Bergbau auch gegenüber Deutschland zu rechnen hat, wozu die Erschöpfung der Lager bis in beträchtlicher Tiefe gehören mag. Jedenfalls wäre England gar nicht in der Lage, die deutschen und amerikanischen Erzeugnisse quantitativ zu ersetzen.

Es ist also selbst bei Industriezweigen, in denen Großbritannien absolut überholt ist, schlechterdings nicht einzusehen, was es aus dem gewaltigen Abstoßen der Konkurrenz für positiven Nutzen ziehen sollte, während der ungeheure Schaden, den sein Welthandel durch den Krieg unmittelbar erleiden mußte, von vornherein klar war.

Und nun die letzte Frage, die sich die Anhänger der materialistisch-wirtschaftlichen Kriegsauffassung selber stellen müssen: warum ist der Krieg zwischen England und Deutschland und nicht zwischen England und Nordamerika entbrannt? Man wird Mühe haben, die Antwort dort zu finden, wo sie nach jener Auffassung gesucht werden müßte, in der ökonomischen Statistik. Die Vereinigten Staaten sind als Industrieland (wenn auch nicht als Seefahrer) der erfolgreichste Konkurrent Großbritanniens. Auf dem eigensten englischen Industriegebiet, der Gewinnung von Steinkohle, Eisenerz, Roheisen und Stahl hat die Union das alte Stammland geschlagen; Amerika beherrscht die Weltproduktion von Rohbaumwolle, Petroleum und Kupfer; den großen amerikanischen Produktionsstrufts ist England wie Deutschland und die übrige Welt tributpflichtig. Fast noch weniger läßt sich das friedliche Verhältnis zwischen England und Amerika aus der amerikanischen wirtschaftlichen Politik erklären. Die Union hat prohibitiv wirkende Schutzzölle aufgestellt, und

wie wenig der Begriff der wirtschaftlichen Expansionspolitik der neuen Welt fremd geblieben ist, wollen wir mit den Worten des gestirntesten deutschen Gelehrten Friedrich Leng belegen:

„Ihre Monroe doktrin umfaßt in immer extensiverer Auslegung von Pol zu Pol die andere Hemisphäre; darüber hinaus greifen sie (die Nordamerikaner) nach den Rändern der Südsee und bewerben sich um China; den englischen Dominions Kanada und Australien haben die Nordamerikaner ganz friedlich angeboten, sie sollten unter ihre „Sterne und Streifen“ kommen. Vor allem hat die Union England am Panamakanal schachmatt gesetzt, obgleich England dort unbestritten ältere Ansprüche besaß und dem künftigen Welt handelsweg noch 1850 die völlige Neutralisierung gesichert hatte.“
Verhältnisse, selbst politischer, vor allem aber wirtschaftlicher Natur, die zu einer gefährlichen Spannung zwischen den beiden angelsächsischen Mächten führen konnten und nach materialistischer Auffassung führen mußten, haben bis 1914 nicht geführt. Trotzdem hörte man nichts davon, daß Krämerneid und Scheelsucht von hüben oder drüben jemals zu einem englisch-amerikanischen Kriege gedrängt hätte; die kanadisch-amerikanische Grenze blieb beiderseits völlig ungeschützt, und wenn Amerika auch eine Kriegsflotte auf Kiel gelegt hat, so ließ es sich doch nie auf ein Wettstreiten mit England ein; daher standen beide Teile auch nicht unter dem verhängnisvollen Eindruck der unmittelbaren Bedrohung.

Das alles spricht doch, scheint uns, laut genug dafür, daß die Handelskonkurrenz nicht notwendig zum bewaffneten Konflikt führen muß und daß der gegenwärtige ungeheuerliche Verwüstungs- und Vernichtungskrieg nicht einfach wirtschaftlich zu erklären ist. Auf keinen Fall stellt er eine Entwicklungsphase der Weltwirtschaft dar, die durch ein ökonomisches Naturgesetz vorgeschrieben war. Nein, wirtschaftlich gesehen, hat der Krieg nicht sein müssen, er ist ein wirtschaftliches Unglück nach allen Seiten, für Sieger, Besiegte und Neutrale. Denn stärker als alle wirtschaftlichen Interessengegensätze ist die alle Kulturvölker umspannende wirtschaftliche Solidarität.

So schmerzlich diese Solidarität uns in der neutralen Schweiz heute auch zum Bewußtsein gebracht wird, so beruht auf ihr doch letzten Endes die Hoffnung auf einen gesunden Frieden. Die Völker müssen es wohl erst fühlen, daß ein Weltkrieg in der Zeit des Welthandels ökonomisch etwas ganz anderes heißt, als zur Zeit allgemeiner Einfuhrsperrern. Sie werden sich dann auch darauf besinnen, daß überhaupt die ganze Kultur des Westens ein gemeinsames Gut ist, zu dem alle Mitglieder der europäischen Völkerfamilie ihren Teil beigetragen haben. Dieser Erkenntnis wird und muß schließlich die Veröhnung folgen.

Die wirtschaftliche Freundschaft Oesterreichs und Ungarns.

Außerungen hervorragender Fachmänner.

Wien, 2. September.

Textilindustrie.

Rudolf Freiherr v. Esbary.

Chef der Webereifirma Plawatsch & Esbary.

Wenn noch irgendwo der leiseste Zweifel darüber bestehen konnte, daß das Schicksal die Monarchie auf ein enges Zusammenleben Oesterreichs und Ungarns verwiesen hat, mußte er durch die Erfahrungen des Krieges verstreut werden. Welchen Kampfes hat es seinerzeit bedurft, um den Gedanken an eine Zolltrennung und die Errichtung einer selbständigen ungarischen Notenbank, mit dem einzelne Persönlichkeiten leichtfertig spielten, zurückzudrängen. Man vergegenwärtige sich die Folgen einer österreichischen und ungarischen Notenbank im Kriege. Heute sollen jedoch angesichts des einmütigen Bestrebens der Vertreter Oesterreichs und Ungarns nach einem engeren Zusammenschluß die Schatten der Vergangenheit nicht heraufbeschworen und nur neuerlich die Ueberzeugung ausgesprochen werden, wie notwendig es ist, daß beide Teile die gegenseitigen Bedürfnisse immer tiefer erfassen und sich in der Befriedigung ihrer Lebensinteressen unterstützen. Die österreichische Industrie wird es mit Freude begrüßen, wenn man so bald als möglich zu einer Verständigung über das künftige wirtschaftliche Verhältnis gelangt, zumal darin eine Voraussetzung für die Regelung der Beziehungen zum Auslande gelegen ist. Wenn an diese Aufgabe ohne Engherzigkeit herangetreten wird, ist die Gewähr für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung in beiden Staaten gegeben. Kämpft man zusammen, muß man auch das Brot teilen, und die Regelung der Nahrungsfragen sollte unter dem Gesichtspunkte der vollsten Brüderlichkeit vor sich gehen. In Oesterreich wird man gewiß auf die agrarischen Interessen der anderen Reichshälfte in dem gebotenen Maße Rücksicht nehmen. Hinsichtlich der Versorgung der ungarischen Kundschaft mit Industrieartikeln darf gewiß gesagt werden, daß die österreichische Produktion sich mit vollem Verständnis den Anforderungen der ungarischen Kundschaft anzupassen gewußt hat, und ohne ein so vollständiges Eingehen auf die Wünsche der ungarischen Abnehmer hätte ja auch eine so innige Verbindung zwischen den österreichischen Lieferanten und den ungarischen Konsumenten nie hergestellt werden können. Die herzlichsten kaufmännischen Beziehungen, wie sie namentlich in der Textilbranche zwischen Oesterreich und Ungarn bestehen, sind so stark eingewurzelt, daß eine weitere Vertiefung kaum mehr möglich ist.

Es bedarf wohl keiner besonderen Hervorhebung, daß die Regelung des wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Oesterreich und Ungarn nur auf der heutigen staatsrechtlichen Grundlage möglich ist und daß der Gedanke an eine Zolltrennung oder an Zwischenzölle ausgeschlossen erscheint. Beide Reichshälften haben sich unter dem jetzigen Regime wirtschaftlich sehr gut entwickelt und es wäre wünschenswert, die Basis desselben auf eine längere Zeit festzulegen. Die Industrie bedarf, um ruhig fortarbeiten zu können, stabiler Verhältnisse, und die Ausgleichsverhandlungen, die alle zehn Jahre stattgefunden haben, brachten auf beiden Seiten Reibungsflächen hervor und haben immer wieder wie ein Alpdrück auf der Bevölkerung gelastet. Das gegenseitige wirtschaftliche Verhältnis sollte für einen längeren Zeitraum gebunden werden, und wenn es gelingen würde, mindestens auf ein Vierteljahrhundert einen Ausgleich zu schließen, so läge darin gewiß ein sehr bedeutsamer Fortschritt. Ein solches Ergebnis bedingt natürlich das vollste gegenseitige Verständnis. Beide Teile müssen sich vertrauensvoll entgegenkommen und alles Kleinliche beiseite lassen. Ich möchte nur nebenbei erwähnen, ohne damit einen Vorwurf erheben zu wollen, daß auch die Differenzen, die sich wiederholt bei der Aufstellung der Werte für den Zwischenverkehr zeigen, durch freundschaftliche Einsicht von ungarischer Seite aus dem Wege geräumt werden mögen. Bei der Statistik des Zwischenverkehrs soll nicht das Bestreben zutage treten, den ungarischen Absatz in Oesterreich möglichst niedrig, den österreichischen in Ungarn möglichst hoch zu bewerten. Die absoluten Ziffern können ohnedies an sich bei einem Vergleich kein richtiges Bild ergeben, weil wir ja nach Ungarn Industrieartikel senden, für die wir die Rohstoffe aus der Fremde beziehen und den Gegenwert in das Ausland entrichten müssen. Dies soll nur nebenbei erwähnt werden, weil sich mir dieser Eindruck wiederholt als Mitglied der Permanenzkommission aufgedrängt hat. Zusammenfassend möchte ich nur nochmals betonen, von welcher Wichtigkeit es ist, wenn die Verhältnisse es gestatten, baldmöglichst zu einem wirtschaftlichen Einvernehmen mit der anderen Reichshälfte zu gelangen und diese Beziehungen auf eine möglichst lange Dauer festzulegen, um der Monarchie die Erschütterungen und Aufregungen der früheren zehnjährigen Ausgleichsverhandlungen zu ersparen. Loyalität, Vertrauen und Verständnis für die beiderseitigen Lebensinteressen werden die sichersten Grundpfeiler des künftigen wirtschaftlichen Verhältnisses sein.

Eugen Freiherr v. Kubinsky.

Präsident des Prager Industriellenverbandes.

Der nunmehr fast vierzehn Monate tobende Weltkrieg hat alle Ueberlegungen, jede Voraussicht über den Hausen geworfen. So brachte er der Industrie fast jeder Branche in jeder neuen Phase Ueberraschungen, und es bedurfte wohl einer wirklich ernstlichen, gesunden Industrie, um den großen Anforderungen, welche im Laufe dieser Zeit an sie gestellt wurden, voll und ganz nachzukommen.

Je nach der Branche und der Art der Beschäftigung hat der Krieg auf die einzelnen Industriezweige, deren Arbeitgeber und Arbeitnehmer, verschieden eingewirkt. Die

Industrie wird nach Beendigung dieses Krieges vor weitere, große und wichtige Probleme gestellt werden, vor allem die künftigen Handelsverträge, die wirtschaftlichen Beziehungen zu den verschiedenen Staaten, Gegenstände, über welche in der Öffentlichkeit bereits viel diskutiert wurde, was von vielen Seiten mit Recht oder Unrecht als verfrüht bezeichnet wurde. Nicht oft genug und nicht mit genug Nachdruck kann jedoch betont werden, daß vor allem die innere wirtschaftliche Kraft der Monarchie — auch für alle Zukunft — gefestigt werden muß. Dazu gehört in erster Linie die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Reichshälften zueinander. Der herzlichste Willkommgruß Wiens anlässlich der Anwesenheit der ungarischen Gäste und die Aufnahme desselben seitens der Gäste sind wohl keine leeren Zeichen momentaner Begeisterung, sondern sie sind der tiefe Ausdruck aufrichtigster Empfindung, daß der eine Teil des anderen nicht entzogen kann. Die österreichische Industrie, speziell auch die Textilindustrie, erblickt in Ungarn den aufnahmefähigen Großkonsumenten, welchem sie andererseits die eigene Industrie des Landes keineswegs mißgönnen soll und darf. Eine aufblühende Industrie Ungarns wird die österreichische ebensowenig schädigen, als eine engherzige Agrarpolitik Ungarns das Aufblühen einer ungarischen Industrie zum Nachteile Ungarns verhindern würde, wodurch gleichzeitig der Gesamtstaat geschädigt werden würde. So muß ein jeder in der weisen Mäßigung beider Teile in dem Vorteil des einen Kompazizenten gleichzeitig den eigenen Vorteil sehen. Die wirtschaftliche Kraft der beiden Staaten, welcher wir nicht zum geringen Teile die herrlichen Erfolge unserer Armee mitverdanken, wird durch einen möglichst lange Zeit dauernden Ausgleich der beiden Staaten gefestigt werden.

Der Krieg, welcher über ungezählte Familien Trauer und Leid als unvermeidliche Folgeerscheinung bringt, möge für unser Vaterland eines zeitigen: „Die Einsicht der Zusammengehörigkeit, die Einsicht der Unzerreißbarkeit, nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung, der habsburgischen Monarchie.“

Zuckerindustrie.

Dr. Heinrich Fries.

Präsident des Zentralvereines für Rübenzuckerindustrie.

Die gesamte Industrie Oesterreichs und Ungarns ist an einer freundschaftlichen Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse beider Staaten der Monarchie auf das höchste interessiert. In Oesterreich und Ungarn wird die Ansicht einmütig geteilt, daß nur ein großes Absatzgebiet, ein umfangreiches gemeinsames Zollgebiet, das beide Staaten der Monarchie in sich schließt, eine günstige wirtschaftliche Entwicklung gewährleisten kann. Eine Zolltrennung oder auch nur ein unfreundliches Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn wäre selbstverständlich ein Unglück für beide Teile. War diese Anschauung schon vor dem Kriege für jeden Einsichtigen eine Gewißheit, so ist sie es jetzt in zehnfach größerem Maße nach dem Weltkriege geworden. Wir wissen nicht, wie die Bedingungen der Produktion und des Exports nach dem Frieden sein werden, wir wissen nicht, auf welche Absatzgebiete im Auslande und über See wir noch rechnen können, und deshalb ist ein enger Zusammenschluß zweier Staaten, die seit Generationen im Verkehr stehen und so viele gemeinsame Voraussetzungen des wirtschaftlichen Gedeihens haben, eine unbedingte Notwendigkeit. Jetzt, nachdem wir den gemeinsamen Feind von unseren Grenzen abgewehrt haben, müssen wir sobald als möglich unser Haus bestellen und das Verhältnis zu Ungarn neu regeln, damit wir auf dieser Grundlage zur Ausgestaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu den fremden Ländern gelangen können. Diese Neuordnung des Verhältnisses zu Ungarn kann nur auf der bisherigen Basis der Zollgemeinschaft und des freundschaftlichen Einvernehmens für möglichst lange Dauer erfolgen.

Stärker als bei anderen Industrien ist dieses freundschaftliche Verhältnis beider Staaten in der Zuckerindustrie ausgeprägt. Die Beziehungen der österreichischen und der ungarischen Fabriken sind in der Weise geordnet, daß im Verkehr zwischen Oesterreich und Ungarn eine Surtare von 3½ Kronen besteht, daß den ungarischen Fabriken ihr Absatzgebiet in Ungarn gesichert ist und nur bezüglich eines Quantums von 250.000 Meterzentnern eine Vereinbarung getroffen wurde, nach welcher diese Menge, frei von jeder Zwischenabgabe, aus Oesterreich nach Ungarn geliefert werden darf. Die Vereinbarung wurde stets loyal eingehalten, und die österreichische Zuckerindustrie strebt keine Veränderung, keine Erweiterung ihres Absatzes in Ungarn an. In der Zuckerproduktion beider Staaten laufen zahlreiche Fäden hinüber und herüber. Die österreichischen und ungarischen Zuckerfabrikanten arbeiten nach gemeinsamen Grundsätzen, die Industrie beider Länder hat eine gemeinsame Organisation im Zentralverein für Rübenzuckerindustrie mit dem Sitze in Wien. Dieses günstige gegenseitige Verhältnis der Zuckerproduktion hat sich seit einer Reihe von Jahren eingelebt und eine Aenderung wird von keiner Seite angestrebt. Wir sind überzeugt, daß wir im gleichen freundschaftlichen Einvernehmen auf gleicher Grundlage zum beiderseitigen Vorteil weiter arbeiten werden.

Volkswirtschaft

und kaufmännische Interessen

Der deutsche Kaufmann.

Eine Rede Dernburgs.

Vor einigen Tagen fand, wie wir bereits berichtet haben, in Berlin die Gründung eines deutschen Wirtschaftsverbandes für Süd- und Mittelamerika statt. Im Anschluß an die Gründungsversammlung sprach Dr. Paul Rohrbach über die wirtschaftspolitische Bedeutung Süd- und Mittelamerikas für Deutschland.

Im weiteren Verlauf der Tagung nahm der ehemalige Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. V. Dernburg, den die Versammlung zum ersten Vorsitzenden des Verbandes wählte, das Wort. Er betonte, daß Deutschland gegenwärtig in der Welt wenig Freunde habe. Die Stimmung in Südamerika sei geteilt und auch die wirkliche Neutralität Nordamerikas sei sehr zweifelhaft. Es war nicht uninteressant, so führte der Redner aus, zu beobachten, wie Galdane in Manchester die Kaufleute darauf hinwies, daß jetzt die günstige Gelegenheit gekommen sei, Deutschland die Handelsvorherrschaft für immer zu entreißen. Eine ähnliche Mahnung richtete Sazonow nach Nordamerika. Auch Dernburg habe selbst in Philadelphia einer großen Versammlung maßgebender Personen beigewohnt, von der das gleiche Thema mit deutscher Spitze gegen Deutschland einen ganzen Tag lang behandelt worden sei. Es wurde gesagt, daß Deutschlands wirtschaftlicher Erfolg in Südamerika auf zwei Dingen beruhe: erstens auf der schlechten Ware, die Deutschland liefere, und zweitens auf dem langen Ziel, das der deutsche Kaufmann gibt. Diese Behauptung sei indessen Importware englischer Erfindung gewesen. In einem Lande, wo die Bevölkerung durchschnittlich nicht allzu wohlhabend ist, werden eben billige Artikel verlangt und auch ein längeres Ziel lasse sich wohl verteidigen, so lange dadurch der Handel sich nicht selbst